

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für Landestopografie
Seftigenstrasse 264
Postfach
3084 Wabern

27. April 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2022 sind die Kantone zur Vernehmlassung zu oben erwähnter Angelegenheit eingeladen worden. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Wir haben unsere allgemeinen Rückmeldungen und die Detailerörterungen zu einzelnen Artikeln im dafür vorgesehenen Fragebogen eingefügt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Beilage
• Fragebogen

Kopie
• rechtsdienst@swisstopo.ch



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Regierungsrat des Kantons Aargau, Regierungsgebäude, 5001 Aarau

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
André Fedeli, andre.fedeli@ag.ch, 062 835 15 07

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen sind im Hinblick auf die Einführung des neuen modularen Datenmodells DM.flex angemessen.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Wir begrüssen es, dass zusätzlich die örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten, deren Grenzen zeichnerisch eindeutig dargestellt werden, neu in den Daten der amtlichen Vermessung aufgenommen und darin verwaltet werden. Dies erhöht die Rechtssicherheit und schafft weitere Transparenz.

In Bezug auf die bevorstehende Einführung des neuen Datenmodells DM.flex ist es störend, dass hinsichtlich der Umsetzung noch kein Konzept vorliegt, welches Auskunft über die zu erwartenden Kosten und auch deren Aufteilung zwischen Bund und den Kantonen gibt.

Terminologie "Grundbuchplan": Je nachdem aus welcher Perspektive der Plan betrachtet wird, soll dieser als "Plan für das Grundbuch" (Sicht Vermessung) oder als "Grundbuchplan" (Sicht Grundbuch) bezeichnet werden. Derselbe Plan soll künftig also unterschiedlich bezeichnet werden. Dies wird unvermeidlich zu



Missverständnissen führen. Die Begründung im erläuternden Bericht (vgl. S. 25) vermag nicht zu überzeugen. Eine einheitliche Terminologie für beide Bereiche Grundbuch und Vermessung hat sich in der Praxis bewährt. Daher ist der Ausdruck "Plan für das Grundbuch" in den Erlassen beizubehalten.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7	<p>¹ Der Plan für das Grundbuch ist ein analoger oder digitaler Auszug aus den Daten der amtlichen Vermessung.</p> <p>² Er enthält mindestens die Daten über:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die <u>Grenzpunkte und Grenzlinien der Liegenschaften</u> (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 1 ZGB); b. die <u>Grenzpunkte und Grenzlinien der flächenmässig ausgeschiedenen selbstständigen und dauernden Rechte an Grundstücken</u> (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 2 ZGB); c. die <u>Grenzpunkte und Grenzlinien der Bergwerke</u> (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB); d. die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in einer zeichnerisch eindeutigen Darstellung ihrer Grenzen (Art. 732 Abs. 2 ZGB); e. die Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen (Art. 660a ZGB). <p>³ Der Mindestbestand des Planes hat Grundbuchwirkung (Art. 971–974 ZGB).</p> <p>⁴ Die Dienstbarkeitsgrenzen werden über eine Schnittstelle in die Daten der amtlichen Vermessung überführt.</p> <p>⁵ Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und das VBS legen die Anforderungen an den Plan für das Grundbuch an weitere Auszüge für die Grundbuchführung fest, namentlich hinsichtlich Inhalt und Darstellung.</p>	<p>In Abstimmung mit dem neuen Art. 7a der Technischen Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch (TGBV) sind bei den Daten, welche mindestens im Plan für das Grundbuch enthalten sind und Grundbuchwirkung haben, bei den Liegenschaften, den flächenmässig ausgeschiedenen selbstständigen und dauernden Rechten an Grundstücken und den Bergwerken deren Grenzpunkte und Grenzlinien aufzuführen.</p>

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 23	<p>¹ Die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für deren Nachführung ein Meldewesen organisiert werden kann, sind innert drei Monaten <u>nach Eingang der Meldung zu</u> einer Veränderung nachzuführen.</p> <p>² Die Kantone können nach Anhörung der V+D für begründete Fälle abweichende Fristen vorsehen.</p> <p>³ Sie regeln das Meldewesen.</p>	<p>Die bestehende Regelung mit einer maximalen Nachführungsfrist von einem Jahr ist aufgrund der breiten Verwendungen der Daten nicht mehr zweckmässig. Die neue maximale Nachführungsfrist von drei Monaten, nach Eintreten einer Veränderung, ist dagegen herausfordernd. Dabei ist der massgebende Auslöser «nach Eintreten einer Veränderung» nicht klar definiert. Da die laufende Nachführung über ein Meldewesen erfolgt, sollte als massgebender Auslöser der Eingang der Meldung in der Regelung Verwendung finden.</p>
Art. 38	<p>¹ <u>Für die Beglaubigung von Auszügen wird zusätzlich zu den Gebühren für den Datenbezug eine einheitliche Gebühr erhoben. Das VBS legt diese Gebühr fest.</u></p> <p>² <u>Die Gebühr für eine Beglaubigung, die nicht gleichzeitig mit der Datenabgabe erfolgt, wird nach dem zeitlichen Aufwand berechnet.</u></p>	<p>Die Regelung hinsichtlich der einheitlichen Gebühr für die Beglaubigung von Auszügen wurde bei der letzten Teilrevision der Verordnungen über die amtlichen Vermessung (VAV) (im Rahmen der neuen Geoinformationsgesetzgebung) im Jahr 2008 eingeführt. Diese Regelung war und ist aus Kundensicht sehr zu begrüessen. Die schweizweit einheitliche Handhabung dieser Gebühr hat sich bewährt. Abgestützt wurde diese Regelung auf die besondere Ermächtigung des Bundesrats im Bundesgesetz über die Geoinformation (Geoinformationsgesetz, GeolG) vom 5. Oktober 2007 (Art. 33 Abs. 2 und 3). Der Kanton Aargau verweist hinsichtlich der Gebühr für die Beglaubigung in den kantonalen Rechtsgrundlagen (§ 6 Dekret über die Gebühren im Geoinformationbereich vom 24. Mai 2011) auf das Bundesrecht. Mit der Aufhebung wird hier die rechtliche Grundlage entzogen. Art. 38 ist zur Erhaltung der Einheitlichkeit wichtig und daher nicht aufzuheben.</p>

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 45 Abs. 2	² <u>Arbeiten der amtlichen Vermessung, die in einem bestimmten geografischen Raum zur ausschliesslichen Ausführung vergeben werden, müssen öffentlich ausgeschrieben werden.</u>	<p>Die Arbeitsvergaben wie diejenigen der Vermarkung, Ersterhebung, Erneuerung und periodischen Nachführungen erfolgen bereits nach neuem Vergaberecht (Öffentliches Beschaffungswesen). Art. 45 Abs. 1 kann daher aufgehoben werden.</p> <p>Die bestehende spezialgesetzliche Regelung hinsichtlich der Vergabe von Arbeiten in der amtlichen Vermessung, die in einem bestimmten geografischen Raum zur ausschliesslichen Ausführung vergeben werden, haben sich in der Praxis bewährt. Im Kanton Aargau kommt bei der Ausführung dieser Arbeiten der einheitliche Tarif zur Anwendung. In der amtlichen Vermessung ist der Nachwuchs von Fachpersonen und insbesondere von patentierten Ingenieur-Geometerinnen und -Geometern gering. Um hierbei volkswirtschaftlich für Sicherheit zu sorgen und die Qualität der Daten nachhaltig zu sichern, ist der Art. 45 Abs. 2 zu belassen. Eine öffentliche Ausschreibung hat in jedem Fall zu erfolgen.</p>
Grundbuchverordnung vom 23. September 2011	Ausdruck " <u>Plan für das Grundbuch</u> " ist beizubehalten.	Eine einheitliche Terminologie für beide Bereiche Grundbuch und Vermessung, das heisst der Ausdruck "Plan für das Grundbuch" ist im Erlass zu belassen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
-	-	-

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
-	3a. Abschnitt: <u>Plan für das Grundbuch</u>	Eine einheitliche Terminologie "Plan für das Grundbuch" für beide Bereiche Grundbuch und Vermessung.
Art. 7a	Der Plan für das Grundbuch nach Artikel 7 VAV (Grundbuchplan) enthält die folgenden Daten der amtlichen Vermessung zu:	Eine einheitliche Terminologie "Plan für das Grundbuch" für beide Bereiche Grundbuch und Vermessung.
Art. 7b	Das EGBA und die V+D legen in einer gemeinsamen Weisung die Genauigkeits- und Zuverlässigkeitsanforderungen an den <u>Plan für das Grundbuch</u> fest für die Grenzen von:	Eine einheitliche Terminologie "Plan für das Grundbuch" für beide Bereiche Grundbuch und Vermessung.



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
rechtsdienst@swisstopo.ch

Appenzell, 5. Mai 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2022 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Es wird auf den beiliegenden Fragebogen verwiesen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Beilage:
Antwortformular

Zur Kenntnis an:

- Land- und Forstwirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Gaiserstrasse 8, 9050 Appenzell
- Bau- und Umweltsdepartement Appenzell I.Rh., Gaiserstrasse 8, 9050 Appenzell
- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Kanton Appenzell I.Rh., Standeskommission, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Dörig Markus, Ratschreiber, info@rk.ai.ch, 071 788 93 11

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Vgl. Anträge und Begründung unten.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7 Abs. 2 lit. d und Abs. 4	<ol style="list-style-type: none"> 1. Streichen 2. Eventualiter <ul style="list-style-type: none"> - seien die Kosten für die Nachführung (Abs. 2 lit. d) und die Schnittstelle (Abs. 4) durch den Bund zu übernehmen; - es sei eine Übergangsfrist von mindestens 5 Jahren für die Vermessung bestehender Dienstbarkeitsgrenzen vorzusehen und - es sei sicherzustellen, dass die notwendigen Grundbuchpläne für Dienstbarkeiten auch durch Private, Planerinnen und Planer oder die Grundbuchämter selbst erstellt werden können. 	<p>Mit dieser Revision wird aus einer Kann-Vorschrift eine zwingende Norm, indem Dienstbarkeitsgrenzen neu vermessen werden müssen. Dies erhöht den Vollzugaufwand und die Kosten enorm. Der Nutzen vermag die Kosten bei weitem nicht aufzuwiegen, weil sich Streitigkeiten um Dienstbarkeiten oftmals nicht um die Grenze drehen, sondern um das Ausmass der Nutzung zum Beispiel infolge Mehrbelastung bei verändertem Bedürfnis bei einem Wegrecht. Abs. 2 lit. d und Abs. 4 sind zu streichen.</p> <p>Falls am Vorschlag festgehalten wird, müssen die Kosten vom Bund getragen werden.</p> <p>Zudem fehlt eine Übergangsbestimmung, damit genügend Zeit für die Erfassung bestehender Dienstbarkeitsgrenzen besteht.</p> <p>Die Erfahrung zeigt, dass aufgrund der heutigen Ansätze der Geometerbüros diese Erfassungskosten deutlich über die Grundbuchgebühren für einen Dienstbarkeitsvertrag zu liegen kommen. Es ist deshalb zu befürchten, dass dadurch entweder weniger Dienstbarkeiten im Grundbuch eingetragen werden oder aber diese ohne Planbeilage und mit Beschreibung der örtlichen Lage in Worten erfolgen. Damit wird einerseits die Einführung des eidgenössischen Grundbuchs deutlich teurer und aufwendiger und andererseits die Begründung neuer Dienstbarkeiten massiv erschwert. Ausserdem werden bei kleinen Baugesuchverfahren die Verfahrenskosten (Baubewilligung, Dienstbarkeitsvertrag, Nachführung Geometerdaten) teurer als die effektiven Baukosten.</p> <p>Art. 7 Abs. 4 geht soweit, dass die Dienstbarkeitsgrenzen zwingend über eine Schnittstelle in die amtliche Vermessung überführt werden müssen. Diese Regelung geht weiter als die heutige Regelung in Art. 70 Abs. 3 GBV, wonach die Dienstbarkeit eindeutig in einem Grundbuchplan dargestellt werden muss. Auch wenn eine Schnittstelle zu begrüssen ist, müssen jedoch die dafür notwendigen Daten einfach zur Verfügung gestellt werden können. Gemäss erläuterndem Bericht (Ziffer 3.1.8) kann eine hinreichende Qualität aktuell nur sichergestellt werden, wenn die Planbeilage vom zuständigen Geometer erstellt wird. Andere Lösungen sind gemäss dem Bericht «angedacht», «denkbar» oder «in Planung». Es ist zwingend notwendig, dass neben dem Geometer auch Private, Planerinnen und Planer oder die jeweiligen</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		Grundbuchämter die notwendigen Grundbuchpläne einfach erstellen können. Nur so kann sichergestellt werden, dass auch künftig Dienstbarkeiten mit Planbeilage kostengünstig eingetragen werden können.
Art. 6 Abs. 2	Auf den Absatz ist zu verzichten.	Aktuell sind für einige Fragestellungen der Anwendung von DM.flex noch keine Antworten gefunden. Kantonale Erweiterungen grundsätzlich für unzulässig zu erklären, ist deshalb nicht möglich.
Art. 7 Abs. 5	Präzisieren	Die betroffenen eCH Schnittstellen sind zu benennen. Es muss unbedingt verhindert werden, dass es zu einem Parallelbetrieb von AVGBS und eCH kommt. Zudem muss dem Grundsatz «digital first» Rechnung getragen werden bezüglich Regelung digitaler Signaturen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 24	Verzicht auf Versionshinweise.	In Verordnungen soll grundsätzlich auf Verweise zu spezifischen Versionen verzichtet werden, damit keine Revision der Verordnung nötig wird bei einem Wechsel.
Art. 30	Ergänzung mit Übergangsregelung.	Es sollte eine Übergangsregelung für die Überführung der DM.01 nach DM.flex erstellt werden. Der Übergang der Beschreibungssprache wurde von uns nicht verstanden. In der Übergangsregelung sind die Modelle und Schnittstellen zu benennen.

Artikelweise Detaillierung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Alle	Benennung der zu verwendenden eCH-Standards.	Den digitalen Prozessen muss entsprechendes Gewicht beigemessen werden. Den Anforderungen hinsichtlich Datenaustausch ist über eindeutige Identifikatoren und entsprechende Metadaten Rechnung zu tragen. Es sind zwingend die zu verwendenden eCH-Standards zu benennen.



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport

per E-Mail an: Rechtsdienst@swisstopo.ch

[PDF- und Wordversion]

Herisau, 6. Mai 2022

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Eidg. Vernehmlassung; Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2022 unterbreitet das eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) eine Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV) sowie technische Ausführungsverordnungen bis am 13. Mai 2022 zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat unterstützt die geplante Einführung des neuen Datenmodells DM.flex sowie die weiteren Punkte der Revision von der Stossrichtung her und inhaltlich grossmehrheitlich. Die Revision bildet eine wichtige Grundlage für die erfolgreiche Weiterführung und nötige Weiterentwicklung des bewährten Werkes der amtlichen Vermessung als wichtigster Referenzdatensatz für zahlreiche weitere Geodaten. Folgende zwei Hauptinhalte der Vorlage lehnt der Regierungsrat hingegen ab:

Auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung ist vorläufig zu verzichten. Art. 7 Abs. 2 Bst. d und Art. 7 Abs. 4 VAV sowie Art. 7a Bst. b und Art. 7b Bst. c TGBV sind ersatzlos zu streichen. Art. 7 VAV steht in der vorliegenden Fassung im Widerspruch zu Art. 732 ZGB. Zumindest ist das Verhältnis von Art. 7 VAV und Art. 732 ZGB nicht geklärt. Das Thema soll aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Amt für Grundbuch- und Bodenrecht zur nötigen Reife gebracht werden.

Der bisherige Art. 10 der VAV zu den kantonalen Erweiterungen ist beizubehalten. Verschiedene spezifische Informationen, die der Kanton Appenzell Ausserrhoden in den letzten Jahren in kantonalen Erweiterungen erfasst hat (u.a. Bezeichnungen in Übersichtsplänen, Linientypen), würden verloren gehen. Dies wäre u.a. mit grossen plangrafischen Qualitätseinbussen und einem generellen Informationsverlust verbunden. Der neue Art. 6 Abs. 2 "Kantonale Erweiterungen des Geodatenmodells sind nicht zulässig." ist dementsprechend zu



streichen. Der Regierungsrat unterstützt zwar die Absicht, dass das Bundesmodell mehr Gewicht erhält, so dass künftig keine widersprüchlichen Definitionen auf Stufe Kanton mehr eingesetzt werden dürfen und so das Produkt "Amtliche Vermessung Schweiz" homogener und einheitlicher wird. Jedoch ist die Unterbindung von kantonalen Erweiterungen ein unnötiger und aus Sicht des Regierungsrates nicht akzeptabler Eingriff in die kantonale Autonomie.

Der Regierungsrat begrüsst im Weiteren die deutliche Verschlankung des Rechts der amtlichen Vermessung auf Verordnungsstufe. Die Regelungsdichte wird von heute 116 Artikeln in der TVAV auf noch 31 Artikel in der VAV-VBS deutlich reduziert. Damit steigt die Bedeutung der Regelungen auf Weisungsstufe. Die Weisungsbefugnis obliegt der Eidg. Vermessungsdirektion V+D. Die Mitwirkungsmöglichkeiten und ein gutes Einvernehmen sind für die Kantone und die Konferenz der kantonalen Geoinformations- und Katasterstellen KGK von zentraler Bedeutung. Die Ausarbeitung der Weisungen wird viel Zeit in Anspruch nehmen. Insofern ist der veranschlagte Zeitplan sehr ambitiös und deshalb nochmals zu hinterfragen. Alternativ ist ein Arbeitsplan mit entsprechenden Prioritäten zu erstellen und die Weisungen stufenweise zu erlassen, sobald der Inhalt in guter Art und Weise zwischen dem Bund und den Kantonen abschliessend koordiniert abgestimmt werden konnte.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach Einschätzung des Regierungsrates möglicherweise den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Dies ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung. Diese Kosten müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös abgeschätzt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten, welche Kostenbeteiligung des Bundes an den Kosten der Kantone für die Umsetzung vorgesehen ist. Auch gilt es zu beachten, dass die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Vollständigkeit hohe bis sehr hohe Kosten verursachen wird.

Weder aus den geplanten Änderungen noch aus dem erläuternden Bericht lässt sich ableiten, welcher Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist. Aus Sicht des Regierungsrates sind für die Einführung der Prozesse, die Erarbeitung der zugehörigen Weisungen sowie die Migration der bestehenden Daten mindestens drei Jahre ab Inkrafttreten zu veranschlagen. Wird an der Einführung der Dienstbarkeiten festgehalten, ist ein Zeitraum von 10 Jahren bis zur vollständigen Datenerhebung als realistisch zu betrachten.

Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Es wird auf den ausgefüllten Fragebogen zur Änderung der VAV und die technischen Ausführungsverordnungen verwiesen.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Kanton Appenzell Ausserrhoden
Amt für Raum und Wald, Fachstelle Amtliche Vermessung
Kasernenstrasse 17A
9102 Herisau

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
Markus Fäh, markus.faeh@ar.ch, 071 353 67 90

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Revisionspaket zur amtlichen Vermessung.

Die deutliche Verschlankung des Rechts der amtlichen Vermessung auf Verordnungsstufe wird begrüsst. Die Auslagerung des Datenmodells aus der Verordnung ist folgerichtig. Die Regelungsdichte wird von heute 116 Artikeln in der TVAV auf noch 31 Artikel in der VAV-VBS deutlich reduziert. Damit steigt die Bedeutung der Regelungen auf Weisungsstufe. Die Weisungsbefugnis obliegt der Eidgenössischen Vermessungsdirektion V+D. Die Mitwirkungsmöglichkeiten und ein gutes Einvernehmen sind für die Kantone und die Konferenz der kantonalen Geoinformations- und Katasterstellen KGK von zentraler Bedeutung. Die Arbeiten sind sehr umfangreich. Insofern ist der veranschlagte Zeitplan sehr ambitiös und deshalb nochmals zu hinterfragen. Alternativ ist ein Arbeitsplan mit entsprechenden Prioritäten zu erstellen und die Weisungen stufenweise zu erlassen, sobald der Inhalt in guter Art und Weise zwischen dem Bund und den Kantonen abschliessend koordiniert abgestimmt werden konnte.



2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Die geplante Einführung des neuen Datenmodells DM.flex als Hauptanlass sowie die weiteren Punkte der Revision werden von der Stossrichtung her und inhaltlich grossmehrheitlich unterstützt. Die Revision bildet eine wichtige Grundlage für die erfolgreiche Weiterführung und nötige Weiterentwicklung des bewährten Werkes der amtlichen Vermessung als wichtigster Referenzdatensatz für zahlreiche weitere Geodaten. Einzig zwei wesentliche Hauptinhalte der Vorlage werden abgelehnt:

- Auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung ist vorläufig zu verzichten. Art. 7 Abs. 2 lit. d und Art. 7 Abs. 4 E-VAV sowie Art. 7a lit. b und Art. 7b lit. c E-TGBV sind ersatzlos zu streichen. Art. 7 nVAV steht in der vorliegenden Fassung im Widerspruch zu Art. 732 ZGB. Zumindest ist das Verhältnis von Art. 7 nVAV und Art. 732 ZGB nicht geklärt. Das Thema soll aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht zur nötigen Reife gebracht werden.
- Der bisherige Art. 10 der VAV zu den kantonalen Erweiterungen ist beizubehalten. Verschiedene spezifische Informationen die der Kanton Appenzell Ausserrhoden in den letzten Jahren in kantonalen Erweiterungen erfasst hat (u.a. Bezeichnungen in Übersichtsplänen, Linientypen), würden verloren gehen. Dies wäre u.a. mit grossen plangrafischen Qualitätseinbussen und einem generellen Informationsverlust verbunden. Der neue Art. 6 Abs. 2 «Kantonale Erweiterungen des Geodatenmodells sind nicht zulässig.» ist dementsprechend zu streichen. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden unterstützt zwar die Absicht, dass das Bundesmodell mehr Gewicht erhält, dass künftig keine widersprüchlichen Definitionen auf Stufe Kanton mehr eingesetzt werden dürfen und so das Produkt «Amtliche Vermessung Schweiz» homogener und einheitlicher wird. Umgekehrt ist die Unterbindung kantonalen Erweiterungen ein unnötiger und aus unserer Sicht nicht akzeptabler Eingriff in die kantonale Autonomie. Unsere Detailausführungen finden sich beim Artikel 10.

Im Weiteren sei auf die folgende Detailerörterung zu den einzelnen Artikeln (Beilage 1) verwiesen.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach unserer Einschätzung möglicherweise den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Dies ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung. Diese Kosten müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös abgeschätzt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten, welche Kostenbeteiligung des Bundes an diesen



Kosten der Kantone für die Umsetzung vorgesehen ist. Auch gilt es zu beachten, dass die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Vollständigkeit hohe bis sehr hohe Kosten verursachen wird.

Weder in den Erlassen noch im erläuternden Bericht lässt sich ableiten, welcher Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist. Unseres Erachtens sind für die Einführung der Prozesse, die Erarbeitung der zugehörigen Weisungen und der Migration der bestehenden Daten mindestens drei Jahre ab Inkrafttreten zu veranschlagen. Wird an der Einführung der Dienstbarkeiten festgehalten, betrachten wir einen Zeitraum von 10 Jahren bis zur vollständigen Datenerhebung als realistisch.

Die meisten Kantone stellen AV Daten kostenlos zur Verfügung. Die uneinheitlichen Regelungen verhindern aber eine effiziente Nutzung und einen hindernisfreien Zugang zu den Daten für die Kunden. Die Revision der Verordnung würde die Chance bieten, eine einheitliche Regelung zu Open Data Standards für Daten der amtlichen Vermessung zu treffen. Diese Chance wird mit der vorliegenden Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV) sowie technische Ausführungsverordnungen nicht ergriffen. Eine einheitliche Regelung zur Etablierung von Open Data Standards in der amtlichen Vermessung ist zu prüfen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 3, Abs. 1	... legt nach Anhörung der kantonalen zuständigen Behörde die strategische Planung und übergeordneten Erlasse wie Richtlinien oder Weisungen der amtlichen Vermessung fest.	Mit der Verlagerung der Detailregelungen aus der Verordnung zu swisstopo ist wichtig, dass die Kantone dabei mindestens angehört werden und im Idealfall mitarbeiten können.
Art. 6, Abs. 2	Abs. 2 «Kantonale Erweiterungen des Geodatenmodells sind nicht zulässig.» Löschen	Vgl. Erläuterungen unter Art. 10.
Art. 7, Abs. 2	Buchstabe d ist zu streichen.	Siehe allgemeine Rückmeldungen zu den Dienstbarkeiten. Auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung ist vorläufig zu verzichten.
Art. 7, Abs. 4	Die Bestimmung ist zu streichen.	Siehe allgemeine Rückmeldungen zu den Dienstbarkeiten. Auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung ist vorläufig zu verzichten.
Art. 10	Nicht aufheben. Bisherigen Wortlaut beibehalten: «Die Kantone können den durch das Bundesrecht vorgeschriebenen Inhalt der amtlichen Vermessung im Rahmen der vom VBS definierten Vorgaben erweitern und weitergehende Anforderungen an die Vermessung vorschreiben.»	Der bisherige Art. 10 der VAV zu den kantonalen Erweiterungen ist beizubehalten. Der Kanton Appenzell Ausserrhodon unterstützt zwar die Absicht, dass das Bundesmodell mehr Gewicht erhält, dass künftig keine widersprüchlichen Definitionen auf Stufe Kanton mehr eingesetzt werden dürfen und so das Produkt «Amtliche Vermessung Schweiz» homogener und einheitlicher wird. Umgekehrt ist die Unterbindung kantonalen Erweiterungen ein unnötiger und damit nicht akzeptabler Eingriff in die kantonale Autonomie. Mit kantonalen Erweiterungen können gewisse Zusatzthemen organisatorisch, rechtlich und finanziell einfach im Rahmen der amtlichen Vermessung geregelt werden. Im Kanton Appenzell Ausserrhodon hat sich namentlich die entsprechende Führung eines kantonalen Datenmodells für die Übersichtspläne mit der jeweiligen (nicht automatisierten) Beschriftung sehr bewährt. Der neue Art. 6 Abs. 2 ist dementsprechend zu streichen.
Art. 14	Angelehnt an die bisherige Formulierung: «Als Grenzlinie gilt <u>eine</u> Gerade oder ein Kreisbogen zwischen zwei Grenzpunkten.» oder: «Als Grenzlinie gilt <u>eine gerade Strecke</u> oder ein Kreisbogen zwischen zwei Grenzpunkten.»	Die versuchte Präzisierung ist nicht gelungen. Die bisherige Formulierung ist exakter und entsprechend beizubehalten. Als Strecke wird mindestens umgangssprachlich auch ein geschwungener Strassenverlauf von A nach B verstanden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Art. 23	... kann, sind in der Regel innert drei Monaten nach deren Eintreten.....	Die Verkürzung der Nachführungsfrist von einem Jahr auf 3 Monate wird unterstützt. Die Frist von 3 Monaten ist besser praktikabel als die 2 Monate im ersten Entwurf. Anstelle des Begriffs "nach deren Eintreten" ist die Formulierung "seit deren Meldung" zu verwenden. Die Erfahrung zeigt, dass das Meldewesen seitens der Gemeinden nicht 'sofort' nach der Fertigstellung der Baute erfolgt, da die Schlussabnahme oft erst später erfolgt. Der Auftrag zur Nachführung erfolgt durch die Gemeinde an den Geometer in der Regel quartalsweise.
Art. 34, Abs. 3	Anpassen oder Erläuterungen präzisieren	Was bedeutet die Formulierung «swisstopo betreibt einen Geodienst für den vernetzten Zugang zu den Daten der AV» konkret? Geht es nur um eine Verlinkung zu den kantonalen Portalen oder sollen die AV-Daten direkt zugänglich gemacht werden? Wie ist das Verhältnis zur Aggregationsinfrastruktur der Kantone? Die Bereitstellung des Geodienstes soll wie für alle anderen Geobasisdaten der Klassen II und III über geodienste.ch erfolgen. Die Bereitstellung eines für die Kunden nützlichen Geodienstes bedingt die Verfügbarkeit aktueller Daten. Die im Geodienst verwendeten Daten müssen dem Betreiber des Dienstes (KGK) als tagesaktuelle Freigabedaten zur Verfügung gestellt werden.
Anhänge	Die zwei Anhänge als Anhang 1 und Anhang 2 bezeichnen.	Im ganzen Verordnungstext wird empfohlen, die beiden Anhänge differenziert zu bezeichnen. Im Art. 47c findet sich bereits die Bezeichnung «Anhang 1».
Anhang 2, 2. Grundbuchverordnung	Begriff vereinheitlichen	Für das gleiche Produkt sollte in allen Rechtserlassen ein einheitlicher Ausdruck verwendet werden, alles andere ist verwirrend: entweder «Plan für das Grundbuch» oder «Grundbuchplan», aber nur einen der beiden Begriffe verwenden. Im ZGB, Geoinformations-, AV- und Grundbuchrecht (inkl. Geobasisdatenkatalog), etc. ist ein einheitlicher Begriff anzustreben.
Anhang 2, 6. GeoIV, Anhang 1	Auf die Zusammenlegung ist zu verzichten. Der Geobasisdatenkatalog ist wie folgt zu gestalten: <ul style="list-style-type: none"> - Differenzierung in ID 52 und 54-64 beibehalten. - Zusätzlich differenzieren zwischen LFP2 und LFP3 sowie zwischen HPF2 und HFP3. - Dienstbarkeiten zusätzlich aufnehmen. 	Katalog der Geobasisdaten wird zu 2 Ids zusammengefasst, Plan für das Grundbuch (Id 51) und Daten der amtlichen Vermessung (Id XX): Auf die Zusammenfassung der Einträge im Geobasisdatenkatalog soll werden. Bisher gab es 11 Einträge im Geobasisdatankatalog mit einem zugeordneten Datenmodell. Neu ist es ein Eintrag mit mehreren zugeordneten Datenmodellen. Der Grund für die Zusammenfassung ist nicht ersichtlich. Die Beibehaltung der Differenzierung erlaubt es, bei Bedarf differenzierte Aussagen zur zuständigen

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		Stelle (Delegation an Gemeinden), Zugangsberechtigung, Art der Bereitstellung, etc. zu machen. Dies schafft Flexibilität.
--	--	---

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 1 – Art. 6	Reihenfolge prüfen	In den Erläuterungen ist erwähnt, dass die Reihenfolge der Art. 1 – 6 VAV-VBS der Aufzählung in Art. 5 VAV folgt. Dies ist aber nicht der Fall. In einem der beiden Entwürfe folgte wohl noch eine späte Umstellung, die noch nicht wieder abgeglichen wurde.
Art. 2, Abs. 2	Lagefixpunkte sind primär nach ihrer Lage, Höhenfixpunkte primär nach ihrer Höhe bestimmt.	Beide Fixpunktarten weisen auch die jeweils andere Information auf.
Art. 3	Aufzählung ergänzen	Hier wäre eine volle Redundanz zum Art. 7a der TGBV betr. Inhalt des Plans für das Grundbuch klarer. Hier zwar wohl in Bst. f) mitgemeint, aber besser noch konkret aufführen: Gebäudeadressen, Hoheitsgrenzen.
Art. 3	Gebäude-Zustände präzisieren	Die Formulierung «bestehend, geplant oder projektiert» suggeriert 3 Zustände und ist damit verwirrend; gemeint sind wohl aber nur die 2 Zustände «bestehend» und «projektiert» (als klar bezeichnetem Zeitpunkt der Baubewilligungserteilung eines geplanten Gebäudes) → bitte nur von diesen 2 Begriffen sprechen.
Art. 6	Zweiten Absatz ergänzen mit den amtlichen Verzeichnissen	Neben den erwähnten abgeleiteten amtlichen Produkten sollten in einem zweiten Absatz auch die amtlichen Verzeichnisse erwähnt werden, welche zu einem wesentlichen Teil aus den Daten der amtlichen Vermessung abgeleitet werden, resp. für die Aktualisierung die Nachführungsprozesse der amtlichen Vermessung nutzen: <ul style="list-style-type: none"> • Amtliches Verzeichnis der Strassen, Id 196 • Amtliches Verzeichnis der Gebäudeadressen, Id 197
Art. 14, Abs. 3	Absatz 3 streichen	Die Zyklen der periodischen Nachführung sind sehr hoch angesetzt. Abgesehen von den Sömmerungsgebieten und unproduktiven Gebieten (TS5) ist ein Zyklus von 3 – 6 Jahren vorgesehen. Das ist unserer Meinung nach zu hoch. Wir empfehlen, den Absatz 3 zu löschen und erst auf Weisungsstufe (gemäss aktuellem Absatz 4) in den Toleranzstufen 1–3 in der Regel auf 6 Jahre festzulegen, in den Toleranzstufen 4 und 5 auf 6 – 12 Jahre.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Abs. 22, Abs. 1	... Recht, soweit diese, bzw. dieses eine Grösse aufweist, dass sie dargestellt werden können.	Bei übergrossen Parzellen müssen Ausnahmen möglich sein (Problematik analog ÖREB-Kataster).
Abs. 30, Abs. 1	Übergangsbestimmungen	Im Kommentar zum Artikel 30 (Übergangsbestimmungen) wird ausgeführt, dass bis zum Inkrafttreten alle notwendigen Weisungen bereitstehen sollen. Dies kann unter Umständen das Inkrafttreten stark verzögern. Vergleiche dazu die einleitenden Ausführungen unter Punkt 2. «Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage».

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7a	<i>Buchstabe b streichen</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
Art. 7b	c. Bergwerke	Qualitätsanforderungen über alle Grundstücksarten; Einführung der Dienstbarkeiten verschieben.
Art. 7c	b. die Fläche in Quadratmetern, die Nummer und den eidgenössischen Grundstücksidentifikator EGRID des Grundstücks ...	Der EGRID als schweizweit eindeutiger Identifikator sollte ebenfalls zum Beschrieb gehören.
Art. 7d Abs. 2 Bst. f und Abs. 3 Bst. d	Möglichkeiten zur digitalen Signatur zulassen.	Hier wird explizit eine Unterschrift verlangt. Kann eine Formulierung gewählt werden, welche auch elektronische Signaturen digitaler Dokumente zulässt (wie in Erläuterungen Kap 2.1.6 vorgesehen) resp. offensichtlich miteinschliesst?



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Rechtsdienst@swisstopo.ch

RRB Nr.: 454/2022
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

11. Mai 2022

Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV) sowie der technischen Ausführungsverordnungen (VAV-VBS und TGBV) und die Einladung zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Bern nimmt wie folgt Stellung zur Vorlage:

1. Grundsätzliches

Hauptanlass und Hauptinhalt der Revision der Verordnung über die amtliche Vermessung ist die geplante Einführung des neuen Datenmodells DM.flex.

Mit der Revision der VAV und VAV-VBS werden zahlreiche technische Vorschriften auf die Stufe Richtlinien und Weisungen delegiert. Für deren Ausarbeitung ist zwar ein partizipatives Verfahren mit dem Einbezug der Kantone vorgesehen. Dieses Verfahren ist aber nicht verbindlich definiert. Die Grundsätze bezüglich der Organisation und die Kompetenzen des Verfahrens wie auch der Einbezug der Kantone und der Konferenz der kantonalen Geoinformations- und Katasterstellen (KGK) müssen in der VAV verankert werden. Der Regierungsrat lehnt die Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung in der vorgelegten Form daher ab.

Die amtliche Vermessung ist eine Verbundaufgabe. Dementsprechend müssen die Kantone in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Die Änderungen von technischen Anforderungen können für die Kantone weitreichende Kostenfolgen auslösen. Die in den Vernehmlassungsunterlagen aufgeführte Schätzung der Mehrkosten auf ca. CHF 5 Mio. beurteilen wir als deutlich zu tief. Die Kostenfolgen müssen unbedingt fundierter abgeklärt werden und die Erkenntnisse in eine Umsetzungsplanung einfließen. Eine haushaltneutrale Umsetzung erachten wir als nicht realistisch.

Gemäss erläuterndem Bericht soll IND-AV vorläufig zurückgestellt werden. IND-AV ermöglicht die Festlegung von spezifischen Anforderungen entsprechend der Nutzungsintensität, was eine Reduktion der Kosten zur Folge haben kann. IND-AV ist deshalb mit hoher Priorität weiter zu verfolgen.

Weiter stellt der Regierungsrat fest, dass die Technische Verordnung über das Grundbuch (TGBV) unzureichend mit den geplanten Neuerungen in der amtlichen Vermessung abgestimmt ist und deshalb überarbeitet werden sollte.

2. Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV)

2.1 Art. 7 VAV

Art. 7 bezeichnet den Inhalt des Plans für das Grundbuch. Es wird die rechtliche Grundlage geschaffen, dass die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung (AV) aufgenommen werden.

2.1.1 Antrag

Es sind nur die auf einem Grundstück geänderten oder neu erstellten Dienstbarkeiten zu erfassen. Die rückwirkende Erfassung der Dienstbarkeiten ist erst in einem zweiten Schritt in Betracht zu ziehen. Zudem sollen die Kantone entscheiden können, ob und ab welchem Zeitpunkt diese Dienstbarkeiten von der AV zu erfassen und ins Grundbuch zu transferieren sind.

2.1.2 Begründung

Der Regierungsrat begrüsst es sehr, dass die rechtlichen Grundlagen für die Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung geschaffen werden. Die Erfassung aller Dienstbarkeiten über die ganze Historie ist aus Sicht des Kantons Bern jedoch weder realisierbar noch finanzierbar. Bevor eine Erfassung der historischen Dienstbarkeiten ins Auge gefasst werden kann, muss zwingend eine Bereinigung mit einem neuen, noch zu definierenden vereinfachten Verfahren durchgeführt werden. Ebenso soll die Einführung zeitlich gestaffelt möglich sein, denn die Voraussetzungen sind unter den Kantonen sehr unterschiedlich: Es gibt Kantone, welche schon Dienstbarkeitsinformationen erheben und andere, welche längere Zeit benötigen werden, um alle Regelungen und Vorgaben umzusetzen.

3. Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung (VAV-VBS)

3.1 Antrag

In den Übergangsbestimmungen (Art. 30 VAV-VBS) ist die Überführung der bestehenden AV-Daten (DM.01 Datenmodell) in das neue Geodatenmodell der amtlichen Vermessung (DM.flex) zu regeln.

3.2 Begründung

In den Übergangsbestimmungen ist nicht der Übergang der Datenbeschreibungssprache zu regeln, sondern die Frist zu definieren, bis wann die bestehenden AV-Daten (DM.01 Datenmodell) ins neue Geodatenmodell der amtlichen Vermessung (DM.flex) zu überführen sind.

4. Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch (TGBV)

4.1 Antrag

Die Bestimmungen in der TGBV sind unter Berücksichtigung des neuen Datenmodells DM.flex sowie der «Strategie der amtliche Vermessung für die Jahre 2020–2023» grundlegend zu überarbeiten. Der konsequente Wechsel von der AVGBS zu den Standards eCH-131, eCH-129 und eCH-134 ist schweizweit vorzusehen und zu regeln. Zudem sind hinreichende Bestimmungen und Regelungen zu den von der amtlichen Vermessung neu zu erfassenden und ans Grundbuch zu liefernden Dienstbarkeitsinformationen aufzunehmen. Insbesondere ist der Inhalt der Dienstbarkeitsbeschreibung zu definieren und die Form sowie der Darstellung der Dienstbarkeitspläne sollte präzisiert werden. Nach erfolgter Überarbeitung der TGBV ist diese nochmals in die Vernehmlassung zu geben.

4.2 Begründung

Die Bestimmungen gemäss «Massnahmenplan zur Strategie amtliche Vermessung für die Jahre 2020–2023» sind in der TGBV noch nicht umgesetzt. Zudem liegen verschiedene inhaltliche Mängel vor und wesentliche Praxisanforderungen fehlen. Es ist keine Übergangszeit vom bestehenden Datenmodell DM.01-AV in das neue Datenmodell DM.flex festgelegt. Gemäss dem «Massnahmenplan zur Strategie amtliche Vermessung für die Jahre 2020–2023» sollte für die Schnittstelle zum Grundbuch ein Übergang zu eCH-Standards erfolgen. Im Entwurf der TGBV ist noch die AVGBS als Schnittstelle zum Grundbuch definiert.

5. Weiteres

Die vorliegende Verordnungsänderung schafft die Grundlagen für die Einführung des neuen Datenmodells DM.flex. Dessen Einführung hat sehr grosse Auswirkungen auf die Kantone und zahlreiche Informatiksysteme. Insbesondere dürfen die Auswirkungen auf die zahlreichen Um Systeme nicht ausser Acht gelassen werden. Wir verweisen dazu auf die Stellungnahme des Amtes für Geoinformation des Kantons Bern im Rahmen der Konsultation zu DM.flex vom 23. Dezember 2021.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Beatrice Simon
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Direktion für Inneres und Justiz

Beilage

- Fragebogen Kanton Bern



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Regierungsrat des Kantons Bern, Postgasse 68, 3000 Bern 8

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
Thomas Hardmeier, Amt für Geoinformation des Kantons Bern,
thomas.hardmeier@be.ch, +41 31 633 33 12

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Im Übrigen verweisen wir auf das Begleitschreibens des Regierungsrats des Kantons Bern.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
6	In der VAV ist klar zu regeln, dass es sich um die Daten gemäss dem neuen Geodatenmodell der amtlichen Vermessung (DM.Flex) handelt.	Es ist zu prüfen, ob der Name «DM.flex» (ohne Version) nicht doch in den Rechtsgrundlagen zu erwähnen wäre, um jedes Missverständnis auszuräumen und damit klar ist, welches Geodatenmodell AV gemeint ist. Aus den AV-Originaldaten müssen die Informationen für das Grundbuch gemäss TGBV ableitbar sein.
6a	Art. 6a ist nicht ersatzlos aufzuheben.	Es muss weiterhin ein normiertes Datenaustauschformat mit dem Umsystem definiert sein.
7	In der VAV und TGBV sind die gleichen Begriffe zu verwenden: «Plan für das Grundbuch»	
7 Abs. 2	In Abs. 2 ist auf die Definition gemäss TGBV Art. 7 a hinzuweisen. Lit. d ist wie folgt zu ergänzen d. die <u>auf dem Grundstück geänderten oder neu erstellten</u> in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in einer zeichnerisch eindeutigen Darstellung ihrer Grenzen (Art. 732 Abs. 2 ZGB);	Die Definition des Plans für das Grundbuch ist in der VAV und der TVAV konsistent formuliert. Da der Plan für das Grundbuch nicht mehr Bestandteil der AV ist, wäre es sinnvoller auf die Definition gemäss TGBV Art. 7 a hinzuweisen. s. Begleitschreiben des Regierungsrats.
7 Abs. 5	5 Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD und das VBS legen <u>in der TGBV</u> die Anforderungen an den Plan für das Grundbuch und an weitere Auszüge für die Grundbuchführung fest, namentlich hinsichtlich Inhalt, <u>Normierung</u> und Darstellung.	Nebst den Regelungen für den Inhalt und die graphische Darstellung ist auch die technische Normierung wichtig für eine homogene Handhabung über die ganze Schweiz. Zum Beispiel soll ein Plan in Zukunft ja elektronische und möglichst signiert übertragen werden und solche technischen Vorgaben sind zu normieren.
23 Abs. 1	... kann, sind <u>in der Regel</u> innert drei Monaten ...	Eine Reduktion der Frist von einem Jahr für die Nachführung einer Veränderung ist grundsätzlich zu begrüssen. Eine zu massive Reduktion der Nachführungsfrist kann jedoch zu deutlich höheren Kosten führen, da die Nachführungsarbeiten in mehreren Schritten durchgeführt werden müssen. Die zusätzlichen Kosten müsste der/die Eigentümer/in des Bauobjektes tragen.
26 Abs. 2	nicht streichen	Der Verzicht auf die Verifikation widerspricht dem Grundsatz der unabhängigen Kontrolle. Die Verifikation ist ein wichtiger Know-How Austausch.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

46		Die Einführung der elektronischen Beglaubigung von Auszügen der amtlichen Vermessung begrüßen wir sehr.
57	Übergangsbestimmungen ergänzen	Es fehlen die Übergangsbestimmungen, bis wann die AV-Daten im DM.01 geführt werden dürfen und bis wann die AV-Daten ins DM.flex zu überführen sind. Ebenso fehlt die Definition, bis wann die AVGBS durch die entsprechenden Standards gemäss TGBV Art. 3 abgelöst sind.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3		Die Konsultationsunterlagen zum DM.flex enthielten den Hinweis, dass die Informationsebene Rohrleitung künftig als eigenständiger Geobasisdatensatz geführt wird. Diese ist hier nicht erwähnt.
6	Liste um die Grundbuchinformationen gemäss TGBV sowie «weitere Produkte» ergänzen	Aus den Daten der amtlichen Vermessung müssen die zu liefernden Grundbuchinformationen gemäss TGBV abgeleitet werden können. An Stelle eines abschliessenden Katalogs für abgeleitete Produkte wäre die Ergänzung mit «Weitere Produkte» prüfenswert. Damit kann auf Neuerungen in der Zukunft reagiert werden ohne die Verordnung jedes Mal anpassen zu müssen.
9 Abs. 3	Jedes Objekt weist <u>mindestens</u> das Datum seiner letzten Änderung aus	Bei Mutationen könnte es sinnvoll sein, dass zu einem Objekt nebst dem Datum weitere wichtige Informationen übertragen werden können.
10	streichen	Dieser Artikel ist komplett aufzuheben. Diese Metadaten im Datenmodell der AV zu integrieren, ist nicht zielführend, da diese Informationen bereits im Grundbuchsystem oder anderen Quellen geführt werden. Die Nachführung dieser Metainformationen wäre nicht machbar.
13	Datenbeschreibungssprache für das vereinfachte Modell ergänzen.	Es muss auch für das vereinfachte Modell eine Datenbeschreibungssprache definiert sein.

Artikelweise Detaillierterörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

14		Die generelle Verkürzung der Fristen halten wir in Anbetracht der beschränkten Bedeutung der Bodenbedeckung nicht für sinnvoll. Die Erfahrung aus zwei PNF-Etappen im Kanton Bern hat gezeigt, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht mehr gegeben ist. Es ist zu prüfen ob die PNF überhaupt noch durchgeführt werden soll.
22	Abs. 1 und 2 streichen	Abs. 1 und 2 kann gestrichen weden, da der Auszug nach Abs. 1 Art. 7, Abs. 4 entspricht und die Darstellung dort geregelt ist.
24	Für Auf-Meldungen der amtlichen Vermessung an Dritte (Art. 6 Bst. d) wird die letzte freigegebene Version findet der des Standards eCH-0131 (Version 2.0 vom 7. Juni eingesetzt. 2017)9 Anwendung.	Wir empfehlen auf die Nennung einer Version zu verzichten, so dass bei technischen Updates nicht stets eine Verordnungsänderung erfolgen muss.
30	Die Übergangsbestimmungen sind auf die Überführung in DM.flex Daten anzupasen.	Es muss nicht der Übergang der Datenbeschreibungssprache, sondern die Übergangsregelung für die Überführung der DM.01 Daten in DM.flex Daten definiert werden. Ebenso soll die Frist für die Ablösung der AVGBS durch die eCH-Standards gemäss TGBV Art. 3 (eCH-131/134/129) definiert werden.

Artikelweise Detaillierterörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Mehrere	Die Bestimmungen in der TGBV sind im Hinblick auf die Neuerungen des DM.flex, die Praxisbedürfnisse und die Strategie AV 2020-2023 (Massnahmenplan) grundlegend zu überarbeiten und nochmals in Vernehmlassung zu geben.	<p>Die Bestimmungen gemäss Massnahmenplan Strategie AV 2020-2023 sind in der TGBV noch nicht umgesetzt. Zudem gibt es verschiedene inhaltliche Mängel und wesentliche Praxisanforderungen fehlen. Es ist keine Übergangszeit für DM.01-AV zu DM.flex festgelegt. Gemäss TGBV, Art. 6 ist immer noch die veraltete AVGBS als Schnittstelle zum Grundbuch definiert. Gemäss Massnahmenplan Strategie AV muss nun ein Übergang zu den Standards eCH-131/134/129 erfolgen. Dabei soll auch geregelt werden, wie lange AVGBS noch benützt werden darf. Die AVGBS sollte nur noch für Datenbestände im Modell DM.01 gültig sein.</p> <p>Für detaillierte Bemerkungen steht Ihnen das Amt für Geoinformation des Kantons Bern gerne zur Verfügung.</p>

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössische Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport
3000 Bern

Per E-Mail an: Rechtsdienst@swisstopo.ch;
und helena.astroem@swisstopo.ch

Liestal, 10. Mai 2022
VGD/AGI/Rei

Revision der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Amherd
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2022 haben Sie uns das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns gerne wie folgt:

Hauptanlass und Hauptinhalt der Revision ist die geplante Einführung des neuen Datenmodells DM.flex für die amtliche Vermessung. Mit dem DM.flex soll künftig ein modulares und flexibles Datenmodell für die amtliche Vermessung zum Einsatz kommen. Dieses Projekt ist notwendig und entspricht den Anforderungen und Herausforderungen eines modernen, auf die Bedürfnisse der Zukunft ausgerichteten digitalen Katasters.

Ebenfalls stimmen wir den massgebenden Verbesserungen zur Regelung der Archivierung und Einführung der Historisierung, der Öffnung neuer Technologien, der Einführung der elektronischen Beglaubigung im Bereich der amtlichen Vermessung sowie der Einführung von Pilotprojekten zu.

Ferner begrüssen wir die Neuregelung der Finanzierung der amtlichen Vermessung. Sie stützt sich, wie im erläuternden Bericht gezeigt, auf Art. 38 des Geoinformationsgesetzes GeolG ab, welcher von der vereinigten Bundesversammlung bereits 2021 genehmigt wurde und per 1.1.2023 in Kraft gesetzt wird. Dort werden neu innovative Projekte zur Weiterentwicklung der amtlichen Vermessung und zur Erprobung neuer Technologien genannt, welche von einzelnen Kantonen als Pilotprojekte durchgeführt werden können. Mit dem neuen Art. 46b VAV können diese durch die Eidgenössische Vermessungsdirektion bewilligt und in Auftrag gegeben werden. Im neuen Anhang 1 VAV ist erkennbar, dass abgesehen vom neuen Titel 7 «Pilotprojekte» zu den bestehenden Verfahren (Titel 1-6) keine Änderungen vorgesehen sind.

Keine Zustimmung können wir der Aufnahme von Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung erteilen. Die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in der angestrebten Richtigkeit und Vollständigkeit verursacht hohe bis sehr hohe Kosten für Bund und Kanton. Die Dienstbarkeiten sind im Grundbuch vollständig mit Belegen bestimmt und geniessen dort Vorrang.

Eine Einarbeitung der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung soll vorerst in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht (EGBA) und dort namentlich unter der Betrachtung der Verhältnismässigkeit und gestützt auf Abschnitt 3 «Dienstbarkeiten und Grundlasten» in der Grundbuchverordnung (SR 211.432.1) zur nötigen Reife gebracht werden.

Der Regierungsrat unterstützt, abgesehen von der Einführung der Dienstbarkeiten in den Daten der amtlichen Vermessung, die geplante Revision der rubrizierten Verordnungen. Die Migration der Daten der amtlichen Vermessung in das Datenmodell DM.flex und die nachfolgende Anpassung von Prozessen auf mehreren Stufen bedingen aber

- einen detaillierten und realistischen Umsetzungsplan unter Berücksichtigung der kantonalen Möglichkeiten;
- eine realistische Schätzung der Kosten der Einführung dieser Revision, nicht nur auf Bundesebene, sondern auch für die Kantone und für die weiteren Akteure, die davon betroffen sein werden;
- eine Umsetzung in zwei Phasen mit Pilotkantonen, wie es bei der Umsetzung des ÖREB-Katasters gemacht wurde.

Wir erlauben uns, im beiliegenden Antwortraster einige Anträge und Bemerkungen dazu und zu den einzelnen vorgeschlagenen Bestimmungen anzubringen. Wir bitten Sie, diese bei der weiteren Bearbeitung zu berücksichtigen.

Hochachtungsvoll



Thomas Weber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

– Beilage: Antwortraster



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Kanton Basel-Landschaft, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
Patrick Reimann, patrick.reimann@bl.ch, 061 552 56 85

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Hauptanlass und Hauptinhalt der Revision ist die geplante Einführung des neuen Datenmodells DM.flex für die amtliche Vermessung. Mit dem DM.flex soll künftig ein modulares und flexibles Datenmodell für die amtliche Vermessung zum Einsatz kommen. Dieses Projekt ist notwendig und entspricht den Anforderungen und Herausforderungen eines modernen, auf die Bedürfnisse der Zukunft ausgerichteten digitalen Katasters.

Ebenfalls stimmen wir den massgebenden Verbesserungen der Regelung der Archivierung und Einführung der Historisierung, Öffnung neuer Technologien, die Einführung der elektronischen Beglaubigung im Bereich der amtlichen Vermessung sowie der Einführung von Pilotprojekten zu.

Ferner begrüssen wir die Neuregelung der Finanzierung der amtlichen Vermessung. Sie stützt sich wie im erläuternden Bericht gezeigt auf Art. 38 des Geoinformationsgesetzes GeolG ab, welcher von der vereinigten Bundesversammlung bereits 2021 genehmigt wurde und per 1.1.2023 in Kraft gesetzt wird. Dort werden neu innovative Projekte zur Weiterentwicklung der amtlichen Vermessung und zur Erprobung neuer Technologien genannt, welche von einzelnen Kantonen als Pilotprojekte durchgeführt werden können. Im



neuen Art. 46b VAV können diese durch die Eidgenössische Vermessungsdi-
rektions bewilligt und in Auftrag gegeben werden. Im Anhang 1 VAV ist erkenn-
bar, dass abgesehen vom neuen Titel 7 «Pilotprojekte» zu den bestehenden
Verfahren (Titel 1-6) keine Änderungen vorgesehen sind.

Keine Zustimmung können wir der Aufnahme der Dienstbarkeitspläne in die
amtliche Vermessung erteilen. Es wird nicht gezeigt, welche Dienstbarkeiten
effektiv gemeint sind. Um Personaldienstbarkeiten kann es sich da nicht han-
deln. Auch bei den denkbaren Grunddienstbarkeiten erkennen wir keinen
Grundsatz, die für eine Aufnahme in die amtliche Vermessung sprechen.
Ebenso erkennen wir keine Auseinandersetzung mit der Richtigkeit und Voll-
ständigkeit der Resultate in der amtlichen Vermessung. Weitere offene Fragen
wie das zugehörige Datenmodell oder der Umgang mit der negativen Publizitäts-
wirkung des Grundbuchs wurden weder abschliessend diskutiert noch be-
antwortet. Ferner gilt es zu beachten, dass die Aufarbeitung der Grunddienst-
barkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Richtigkeit und Vollständigkeit hohe
bis sehr hohe Kosten verursachen wird. Den Aufwand, aus den Prosatexten der
im Grundbuch belegten Dienstbarkeiten gültige Resultate in der amtlichen
Vermessung zu erhalten, betrachten wir als enorm. Auch betrachten wir mit Er-
greifung dieser Massnahme die Gefährdung des Rechtsfriedens als in Gefahr!
Eine allfällige Einarbeitung der Grunddienstbarkeiten in die amtliche Vermes-
sung soll vorerst in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Grund-
buch- und Bodenrecht (EGBA) und dort namentlich unter der Betrachtung der
Verhältnismässigkeit und gestützt auf Abschnitt 3 «Dienstbarkeiten und Grund-
lasten» in der Grundbuchverordnung (SR 211.432.1) zur nötigen Reife gebracht
werden.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Angesichts der künftigen Herausforderungen muss die Zusammenarbeit zwi-
schen den Kantonen und swisstopo weiter verbessert werden. Entsprechend ist
uns wichtig, dass die präzisierenden Regelungen gemeinsam erarbeitet und
breit diskutiert werden. Wir schlagen vor, Art. 3 VAV entsprechend anzupassen
und zu erweitern.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten von 5 Mio Fran-
ken entsprechen nach unserer Einschätzung lediglich den bundesinternen Kos-
ten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Die Kosten, welche damit bei
den Kantonen entstehen, müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös ab-
geklärt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten,
welche Kostenbeteiligung der Bund für die Umsetzung in den Kantonen vor-
sieht.

Weder in den Erlassen noch im erläuternden Bericht lässt sich ableiten, welcher
Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist. Unseres Erachtens sind für die Ein-



führung der Prozesse, die Erarbeitung der zugehörigen Weisungen, die Revision der kantonalen gesetzlichen Bestimmungen und der Migration der bestehenden Daten mindestens drei Jahre ab Inkrafttreten und nach Abschluss der bestimmten Übergangsfrist zu veranschlagen.

Wird an der Einführung der Dienstbarkeiten festgehalten, betrachten wir einen Zeitraum von 20 Jahren bis zur vollständigen Datenerhebung als realistisch.

Aus den oben genannten Gründen beantragt der Kanton Basel-Landschaft, dass die Migration der Daten der amtlichen Vermessung in das Datenmodell DM.flex von nachfolgenden Bedingungen abhängig gemacht wird:

- ein detaillierter und realistischer Umsetzungsplan unter Berücksichtigung der kantonalen Möglichkeiten;
- eine realistische Schätzung der Kosten der Einführung dieser Revision, nicht nur für auf Bundesebene, sondern vor allem für die Kantone und für die weiteren wichtigsten Akteure, die davon betroffen sein werden;
- eine Umsetzung in zwei Phasen mit Pilotkantonen, wie es bei der Umsetzung des ÖREB-Katasters gemacht wurde.

Gestützt darauf befürworten wir, dass die Revision mit Berücksichtigung der aus unserer Sicht notwendigen Anpassungen der gesetzlichen Bestimmungen zwar per 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt wird, hingegen die Übergangsfrist zum Start der Migration mindestens bis 1. Januar 2025 anzusetzen ist.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3, Abs. 1	... legt nach Anhörung der kantonalen zuständigen Behörde die strategische Planung und übergeordneten Erlasse wie Richtlinien oder Weisungen der amtlichen Vermessung fest.	Mit der Verlagerung der Detailregelungen aus der Verordnung zu swisstopo ist wichtig, dass die Kantone dabei mindestens angehört werden und im Idealfall mitarbeiten können.
7, Abs. 2	<i>Buchstabe d ist zu streichen.</i>	Siehe allgemeine Rückmeldungen zu den Dienstbarkeiten.
7 Abs.4	<i>streichen</i>	Siehe allgemeine Rückmeldungen zu den Dienstbarkeiten.
26		Redaktionel ist die «kantonale Aufsichtsstelle» mit «kantonale Vermessungsaufsicht» zu ersetzen (Analogie zu Abschnitt 2 bzw. Art. 42).
44, Abs. 2 und 3	Abs. 2: Die Kantone können festlegen, welche Bestandteile der amtlichen Vermessung aus anderen Datensätzen übernommen werden können und die entsprechenden Prozesse regeln. Die Verantwortung über Qualität und Zuverlässigkeit bleibt dabei bei einem oder einer im Register eingetragenen Ingenieur-Geometer, bzw. Geometerin. Abs. 3: Das VBS kann weitere Ausnahmen festlegen.	Künftig sollen die Daten dort erfasst und gehalten werden, wo sie die höchste Qualität aufweisen. Redundanzen sind zu vermeiden, weshalb sich der Datensatz bei der kantonalen Vermessungsaufsicht befinden muss. Diese bietet analog zu Art. 34 Abs. 3 ein Geodienst dazu an

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
1	Die Vermessungsarbeiten sind nach den Regeln der Kunst und unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit durchzuführen	Artikel 1 "Arbeitsgrundsatz" der TVAV ist für alle Arbeiten der AV strukturierend. Es ist wichtig, dass er beibehalten wird. «Punktzeichen» ist im Artikel 3 Absatz 1 zu regeln
2, Abs. 2	Lagefixpunkte sind primär nach ihrer Lage, Höhenfixpunkte primär nach ihrer Höhe bestimmt.	Beide Fixpunktarten weisen auch die jeweils andere Information auf.
3	Die Begriffe "geplant", "projektiert" sind zu präzisieren.	Insbesondere in Zusammenhang mit Art. 23 VAV, aber auch bei anderen Prozessen ist wichtig, dass alle Anwender unter diesen Begriffen dasselbe verstehen, bzw. dass diese gleich gegeneinander abgegrenzt werden. Dies kann durchaus im erläuternden Bericht festgehalten werden. Punktzeichen siehe oben unter 1: «Die Punktzeichen der amtlichen Vermessung bezeichnen die Fixpunkte und Grenzpunkte im Gelände.»
17		Die Gemeinde ist die kleinste Verwaltungseinheit für technische und administrative Dokumente, aber es macht keinen Sinn, diese Verwaltungseinheit für Daten beizubehalten. Dies zwingt zu einer Aufsplittung der Daten und führt zu kaskadenartigen Problemen.
30, Abs. 1	... muss bis zum 31. Dezember 2025 vollzogen sein.	Siehe allgemeine Rückmeldungen zum Einführungszeitraum.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
--------------------------------	--	--

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

7a	<i>Buchstabe b streichen</i>	Siehe allgemeine Rückmeldungen zu den Dienstbarkeiten.
7b	c. Bergwerke	Qualitätsanforderungen über alle Grundstücksarten; Die Einführung der Dienstbarkeiten sind bis weiteres zu sistieren.
7c	b. die Fläche in Quadratmetern, die Nummer und den eidgenössischen Grundstücksidentifikator EGRID des Grundstücks ...	Der EGRID als schweizweit eindeutiger Identifikator sollte ebenfalls zum Beschrieb gehören.
		Der erläuternde Bericht spricht von der Verbreitung von Servitutsdaten, aber nur im Zusammenhang mit Art. 26 GBV (Einsichtnahme am Schalter). Wenn man jedoch ein System mit echten Open-Data-Daten anstrebt, ist es erstaunlich, dass man sich nicht um Art. 27 GBV (Verbreitung über das Internet) kümmert. Unserer Meinung nach sollte dies der Fall sein, wenn man eine allgemeine Zugänglichkeit anstrebt.



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für Landestopografie
swisstopo
Seftigenstrasse 264
3084 Wabern

E-Mail:
rechtsdienst@swisstopo.ch

Basel, 3. Mai 2022

Regierungsratsbeschluss vom 3. Mai 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen: Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2022 laden Sie uns ein, zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie deren technischen Ausführungsverordnungen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Wir begrüßen die Revisionsinhalte grundsätzlich, nutzen jedoch auch die Gelegenheit zur Anbringung von Vorbehalten und konkreten Verbesserungswünschen. Der Wortlaut unserer detaillierten Stellungnahme sowie unsere Änderungsbegehren mit deren Begründung befinden sich im Dokument «Fragebogen.docx», das elektronisch an den Rechtsdienst von swisstopo versandt wird.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Änderungsvorschläge. Bei Rückfragen steht Ihnen Paul Haffner, Kantonsgeometer, Tel. 061 267 92 57, paul.haffner@bs.ch, gerne zur Verfügung.

An dieser Stelle danken wir Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Kanton Basel-Stadt, Bau- und Verkehrsdepartement Generalsekretariat

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
Paul Haffner, Kantonsgeometer, paul.haffner@bs.ch, 061 267 92 57

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die grundlegenden Stossrichtungen und Zielsetzungen erscheinen uns mehrheitlich folgerichtig und logisch. Die Notwendigkeit zur Harmonisierung des 50-jährigen Regelungswerkes der amtlichen Vermessung (AV) an das GeolG anerkennen wir an. Die Auslagerung von technischen Inhalten aus BR-Verordnungen erscheint aus gesetz-redaktionellen Gründen nachvollziehbar. Für die Beurteilung möglicher Umsetzungskonsequenzen vermischen wir gegenwärtig verstärkte Aktivitäten zur einvernehmlichen Konkretisierung der neuen Inhalte zwischen Bund und Kantonen.

Aus den vorliegenden Verordnungsentwürfen erkennen wir eine Zentralisierungstendenz, aber auch Kompetenzkonzentration hin zu swisstopo. Obwohl Entscheidfindungen künftig leichter fallen werden, befürchten wir eine nachhaltige Schwächung der bewährten Verbundsaufgabe. Wir lehnen daher die ersatzlose Streichung des Artikels 10 VAV als bundesgesetzlichen Verankerung von zusätzlichen kantonalen Aufgaben in der amtlichen Vermessung entschieden ab.



Wir würden es bevorzugen, wenn die technische Einwirkung und Zusammenführung zwischen AV und Grundbuch über einen regulären Prozess der Gesetzesanpassung laufen würde und nicht indirekt, wie hier vorgesehen, auf Verordnungsstufe.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Terminologie

Sowohl in der Gesetzesvorlage wie auch im Erläuternden Bericht wird eine unpräzise, teilweise auch widersprüchliche Terminologie bezüglich «Daten/Informationen» – «Datenmodell» – «Darstellungsmodell» angewendet. Sie erschwert das Verständnis und eine realistische Einschätzung der Konsequenzen. Problematisch ist, dass der Eintrag im Geobasisdatenkatalog "Daten der amtlichen Vermessung" Daten enthält, für die sowohl der Bund (Landesgrenzen, Fixpunkte 1) als auch die Kantone (Rest) zuständig sind. Dies entspricht nicht dem Gedankengut von Geobasisdaten nach GeolG bzw. GeolV. Zur Klärung regen wir je einen Eintrag pro Zuständigkeit (Bund resp. Kantone) an.

Inhalte der amtlichen Vermessung auf Stufe Kanton und Gemeinde

Wir lehnen die Beanspruchung des Begriffes «amtliche Vermessung» aus ausschliesslicher Bundessicht ab, obwohl wir das Bedürfnis nach Harmonisierung grundsätzlich nachvollziehen können. Den Bundesinteressen wird vollständig genüge getan, wenn der Bund ein einziges nationales Datenmodell vorgibt. Welche Inhalte in den proprietären kantonalen (und kommunalen) Datenbanken verwaltet werden, soll Sache der Kantone bleiben. Diese müssen lediglich ihre Daten via Interlis ins Bundesmodell übermitteln können und haben selbstverständlich keinen Anspruch auf Bundesabgeltung für Datenerhebungen ausserhalb der Bundesdefinition. Die kantonalen Mehranforderungen sollen daher weiterhin Bestandteil der amtlichen Vermessung bleiben. Wir wünschten uns eine rasche Aufnahme der Diskussion über die Inhalte und eine entsprechende gesetzliche Verankerung.

Plan für das Grundbuch als Teilmenge der AV

Die Begriffsänderung von «Plan für das Grundbuch» auf «Grundbuchplan» in der Grundbuchverordnung (GBV) ist für uns nicht nachvollziehbar. Aus Sicht der Nutzenden erachten wir die Verwendung desselben Begriffs für ein und dasselbe Produkt als zielführender. Der Plan für das Grundbuch ist ein grafisches Derivat (Darstellungsmodell), das primär auf den Daten der AV aufbaut. Es ist somit kein eigener Geobasisdatensatz. Damit die Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen unterschieden sowie die Module des DM.flex eigenständig bearbeitet und gezielt verbessert werden können, ist pro Modul ein eigener Geobasisdatensatz nötig.

Unvollständige Behandlung der Dienstbarkeiten

Die praktischen Konsequenzen der negativen Publizitätswirkung konnten für uns noch nicht abschliessend erschlossen werden. Wir wünschten uns Erläute-



rungen, wie bei der Publikation der Dienstbarkeiten auf dem kantonalen Geoportal damit umzugehen ist, dass nicht alle Dienstbarkeiten über einen Plan verfügen und die Publikation damit unvollständig ist.

Dienstbarkeiten weiterhin ermöglichen

Wir unterstützen entschieden eine Aufnahme der örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten im Plan für das Grundbuch. Die Aufnahme wurde im Rahmen der «Reform der amtlichen Vermessung» (RAV) aus finanziellen Gründen fallengelassen. Nach mehr als 50 Jahren erachten wir die Zeit als reif, für unsere Nachfolgeneration eine klar formulierte gesetzliche Grundlage zur nationalen Harmonisierung zu schaffen. Mindestens optional müssen die Kantone, welche Dienstbarkeiten in der AV führen, diese auch weiterhin im Plan für das Grundbuch darstellen können.

Verkürzung der Nachführungsfrist verursacht höhere Kosten

Die Anpassung der Nachführungsfrist auf drei Monate wird die Kosten für die Nachführung der Daten der amtlichen Vermessung erhöhen, da diese dann in mehreren Teilschritten ausgeführt werden muss (z.B. Gebäudehülle und Umgebungsarbeiten).

Rohrleitungen als ÖREB statt Anmerkung im GB

Art. 43a Rohrleitungssicherheitsverordnung vom 4. Juni 2021: Wir raten von einer Anmerkung im Grundbuch ab. Anstelle einer vorübergehenden Anmerkung im Grundbuch regen wir die Aufnahme in den ÖREB-Kataster an.

Begleitgremium für Anpassungen und Konkretisierungen

Dem Change Board kommt künftig eine wichtige Bedeutung zu. Eine gesetzliche Verankerung in der vorliegenden Vorlage fehlt leider. Das Gremium wird nur im Erläuternden Bericht erwähnt. Wir regen an, dem Change Board in ihrem Reglement rasch entsprechende Kompetenzen einzuräumen, aber auch die Verpflichtung, sich mehr als zwei Halbtage im Jahr zu treffen sowie die Besetzung durch ausgewiesenen Fachleute vorzunehmen.

Planungssicherheit mit Experimentierklausel

Die Einführung einer Experimentierklausel weist in die richtige Richtung. Wir beobachten mit Sorge, dass die für die AV reservierten finanziellen Mittel mittelfristig bereits anderweitig verpflichtet sind. Zur Planungssicherheit (Sicherstellung der kantonalen Finanzmittel) regen wir den Abschluss der Programmvereinbarungen im Herbst vor Beginn der neuen Legislaturperiode an.

Neues Datenmodell modulweise angehen und umsetzen

Die Konzeption des neuen Datenmodells ist noch zu wenig fortgeschritten, um die Konsequenzen (Finanzen und Bedarf an personellen Ressourcen) abschätzen zu können. Wir erkennen keinen Mehrwert mit der Einführung der Version 1.0; hingegen haben wir einen erheblichen Respekt vor den entsprechenden Anpassungen sämtlicher Schnittstellen. Nach unserer gegenwärtigen



Einschätzung empfehlen wir, den Modellwechsel materiell zur Reife zu bringen und direkt modulbezogen mit DM.flex V1.1 einzusetzen. Nur so kann zielgerichtet und etappiert ein Mehrwert der hohen Investitionen erreicht werden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo
 Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 5, Abs. 2		Nach unserem Verständnis bleibt die AV eine Verbundaufgabe und ist nicht ausschliesslich Sache des VBS. Hier fehlt die Mitwirkung der Kantone.
Art. 6	Datenmodell der amtlichen Vermessung Das VBS legt die Anforderungen an das Geodatenmodell für die amtliche Vermessung die Daten der amtlichen Vermessung fest, namentlich hinsichtlich Inhalt, Dimensionen, Genauigkeit und Zuverlässigkeit. Das Datenmodell kann modular aufgebaut sein. Kantonale Erweiterungen des Geodatenmodells sind nicht zulässig.	Dieser Punkt ist für die Kantone mit Unsicherheit behaftet. Die Kostenfolgen lassen sich derzeit kaum abschätzen. Abs 2. erübrigt sich aus der Korrektur
Art. 7, Abs. 2	Er enthält mindestens die Daten Informationen über...	
Art. 7, Abs. 4	Die Dienstbarkeitsgrenzen werden über eine Schnittstelle in die Daten der amtlichen Vermessung überführt.	Die Dienstbarkeiten werden in der AV geführt und nicht von einem <u>Drittsystem</u> übernommen.
Art. 7, Abs. 5	Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und das VBS legen gemeinsam die Anforderungen an den Plan für das Grundbuch und an weitere Auszüge für die Grundbuchführung fest, namentlich hinsichtlich Inhalt und Darstellung.	Mit dem Korrekturvorschlag wird die Absicht konkreter dargestellt.
Art. 10	Artikel nicht aufheben, Trennung zwischen AV nach Bundesrecht und kantonalem Recht.	Die Beanspruchung des Begriffes «AV» für Inhalte, die alleine nur nach Bundesrecht definiert werden, ist nicht zielführend. Bei allem Verständnis für eine Vereinheitlichung der Inhalte und Vereinfachung der Finanzierung schadet die ersatzlose Löschung aus der VAV der Legitimität der Verbundaufgabe «amtliche Vermessung» auf Stufe Kanton und Gemeinde. Der Möglichkeit zur kantonalen Erweiterung der amtlichen Vermessung muss in diesem Artikel explizit an die Kantone delegiert werden. Zuallererst muss jedoch die Diskussion über die Inhalte der AV nach Bundesrecht geführt werden!

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo
Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Art. 29 Abs. 1	Nach Abschluss der öffentlichen Auflage und nach erstinstanzlicher Erledigung der Einsprachen genehmigt die zuständige kantonale Behörde, ungeachtet der gerichtlich zu erledigenden Streitfälle, die Daten der amtlichen Vermessung und die daraus erstellten Auszüge, insbesondere den Plan für das Grundbuch, wenn die Daten diese den technischen und qualitativen Anforderungen des Bundesrechts entsprechen.	Nur die Daten sollten Rechtswirkung entfalten.
Art. 37 Abs. 1	Als beglaubigt gelten Auszüge aus den Geobasisdaten der amtlichen Vermessung in analoger oder digitaler Form, deren Übereinstimmung mit den massgeblichen Daten der amtlichen Vermessung durch einen Ingenieur-....	
Art. 46 Abs. 1	Das EJPD und das VBS regeln gemeinsam die Grundzüge des elektronischen Geschäftsverkehrs zwischen den Stellen der amtlichen Vermessung und den Grundbuchämtern.	VBS soll GB gegenüber keine Weisungskompetenz haben.
Art. 46b Abs. 2	Das VBS kann für solche Pilotprojekte besondere Regelungen erlassen, die temporär vom Verordnungsrecht des Bundes abweichen.	
Fremdänderung	Anhang GeoIV Eintrag Plan für das Grundbuch streichen Einträge der Datenebene AV stehen lassen	Der Plan für das Grundbuch ist kein eigenständiger Geobasisdatensatz, sondern ein Auszug aus den Daten der amtlichen Vermessung Die Datenebenen der amtlichen Vermessung sollen wie bis anhin einzeln und nicht summiert als Daten der amtlichen Vermessung aufgeführt werden (es wird damit dem modularen Aufbau des DM.Flex gefolgt).
Fremdänderung	Rohrleitungssicherheitsverordnung Art. 43a	Anstelle der Anmerkung im Grundbuch sollen die Rohrleitungsanlagen im ÖREB-Kataster geführt werden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 2 Abs. 1 Ausgleichungsverfahren nach kleinsten Fehlerquadraten...	Dieses Prinzip ist vermessungstechnisch wichtig und verdient seine gesetzliche Verankerung, sonst tauchen bald Produkte auf dem Markt auf, die den Basisprinzipien widersprechen.
Abs. 3	Die Daten der amtlichen Vermessung enthalten die Daten In-formationen des Plans für das Grundbuch (Art. 7 VAV) und weitere Informationen, insbesondere die Daten zu:	
Art. 3 lit. c.	... geplant und...	<i>projektiert</i> ist ein offizieller Status in baupolizeilichen Prozessen. Andernfalls müsste <i>geplant</i> definiert werden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de la défense, de la
protection de la population et des sports DDPS
Office fédéral de topographie swisstopo
Seftigenstrasse 264
Case postale
3084 Wabern

Courriel : Rechtsdienst@swisstopo.ch

Fribourg, le 10 mai 2022

2022-493

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques – Réponse à la consultation

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous donner la possibilité de nous déterminer sur la modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et des ordonnances d'exécution techniques jointes au projet mis en consultation.

De manière générale, nous saluons le projet de révision des bases légales applicables dans le domaine de la mensuration officielle. Les estimations sur les incidences financières présentées dans le rapport explicatif nous paraissent toutefois insuffisantes et nous demandons que des précisions soient apportées concernant la redéfinition des règles de financement de la mensuration officielle.

Nous estimons que les surcoûts résultant pour les cantons de la mise en œuvre du nouveau modèle de géodonnées DM.flex et de l'accélération de la mise à jour de la mensuration officielle devraient être pris en charge, au moins partiellement, par la Confédération, selon des modalités qui restent à définir.

Pour le surplus, conformément à votre demande, nous avons inséré nos remarques, générales et particulières, dans le formulaire que vous nous avez soumis et que nous joignons à la présente réponse.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Olivier Curty, Président



Olivier Curty

Signature électronique qualifiée · Droit suisse

Marc Valloton, Vice-chancelier

Marc Valloton

11.05.2022

Signature électronique qualifiée · Droit suisse

L'original de ce document est établi en version électronique

Annexe

—

Questionnaire « Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques »

Copie

—

à la Direction des finances, pour elle et le Service du cadastre et de la géomatique ;
à la Chancellerie d'Etat.



Questionnaire

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Consultation du 2 février 2022 au 13 mai 2022

Expéditeur

Nom et adresse du canton ou de l'organisation:

Etat de Fribourg, Service du cadastre et de la géomatique

Personne à contacter en cas de questions en retour (nom, courriel, téléphone):

François Gigon, géomètre cantonal, francois.gigon@fr.ch, +41 26 305 25 56

Réactions d'ordre général

1. Etes-vous favorable aux orientations définies et aux objectifs fixés dans le projet mis en consultation?

Oui Oui, avec des réserves Non

Commentaires:

Nous vous remercions de la possibilité qui nous est donnée de prendre position sur l'objet précité et saluons de manière générale, tant sur le besoin que sur le contenu, la révision des bases légales liées à la MO.

Nous constatons actuellement que les montants alloués par la Confédération à la mensuration officielle ne permettent pas de couvrir les besoins actuels et doutons qu'ils permettent d'accomplir les défis futurs.

Ce postulat est corroboré par une estimation largement sous-évaluée des coûts engendrés par le projet mis en consultation. En outre, cette estimation omet les coûts inhérents aux cantons (cf. chapitre 4 du rapport explicatif).

Nous estimons être en droit d'attendre que l'entier des coûts, comprenant la participation de la Confédération aux coûts de mise en œuvre, soient estimés sérieusement avant l'entrée en vigueur de l'OMO révisée. Ce motif financier explique nos réserves envers les orientations définies dans le projet.

2. Autres réactions d'ordre général concernant le projet mis en consultation:

Nous saluons la complémentarité du projet entre la MO et le RF et vous invitons à tirer encore d'avantage de synergies avec le droit du registre foncier et notamment l'OTRF (cf. remarques dans le tableau ci-dessous).



Pour des questions de lisibilité, nous nous opposons à la représentation des servitudes sur le plan du registre foncier. Sous réserve de précisions qui doivent être apportées tant quant au contenu des servitudes à intégrer dans ce module, que quant au processus de mise en œuvre et à la prise en charge des coûts y relatifs, nous pouvons soutenir l'introduction du module *Servitudes* dans le modèle de données DM.flex, afin de disposer de la géodonnée qui pourrait être accessible si besoin.

Accessoirement, nous relevons la difficulté d'acquérir la vue d'ensemble du projet eu égard aux nombreuses dispositions qui seront soit conservées, soit reléguées dans des directives techniques. Nous aurions apprécié disposer au minimum d'un avant-projet d'OMO et d'un avant-projet d'OMO-DDPS exhaustifs ainsi que d'un tableau qui accompagne ces avant-projets en précisant les dispositions qui seront reprises dans des directives.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3, alinéa 1	...fixe la planification stratégique et les actes législatifs de rang supérieur tels que les directives ou les instructions de la mensuration officielle en étroite collaboration avec les autorités cantonales compétentes.	Avec le transfert des réglementations détaillées de l'ordonnance à swisstopo, il est important que les cantons soient au moins consultés à ce sujet et, dans l'idéal, qu'ils puissent collaborer.
5, alinéa 3 (nouveau)	3 Les données permettent d'assurer la tenue du registre foncier conformément aux articles 7c (Etat descriptif de l'immeuble) et 7d (Documents de mutation) OTRF.	Les géodonnées de référence de la MO doivent livrer les informations nécessaires à la tenue du registre foncier conformément à l'OTRF.
6		Nous jugeons utile de préciser le nom du modèle de géodonnées (sans version) auquel se réfèrent les éléments de la MO mentionnés dans le projet d'ordonnance.
7 alinéa 2	<p>2 Il contient au moins les données concernant :</p> <ul style="list-style-type: none"> a. les biens fonds (art. 943 al. 1 ch. 1 CC); b. les droits distincts et permanents sur des immeubles différenciés par la surface (art. 943 al. 1 ch. 2 CC); c. les mines (art. 943 al. 1 ch. 3 CC); d. les servitudes dont le lieu d'exercice est limité, avec un tracé sans ambiguïté de leurs limites (art. 732 al. 2 CC); e. les zones de territoires en mouvement permanent (art. 660a CC). <p>2 Il contient au moins les données mentionnées à l'art 7a OTRF.</p>	Le contenu du plan du registre foncier est à décrire de manière identique dans les différentes dispositions légales. A ce titre, nous jugeons pertinent d'effectuer dans l'OMO un renvoi vers l'OTRF.
7, alinéa 2, let d		<p>Pour des questions de lisibilité, nous nous opposons à la représentation des servitudes au plan du registre foncier. Sans précisions qui doivent être apportées tant quant au contenu des servitudes à intégrer dans ce module que quant au processus de mise en œuvre et à la prise en charge des coûts y relatifs, nous ne pouvons soutenir l'introduction du module <i>Servitudes</i> dans le modèle de données DM flex.</p> <p>La définition des servitudes « dont le lieu d'exercice est limité, avec un tracé sans ambiguïté de leurs limites » peut être sujette à interprétation ! Eu égard à la complexité de la thématique, il convient de délimiter avec précision les servitudes que l'on souhaite représenter dans le jeu de données de la MO.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>Les exemples ci-dessous répondent à la définition proposée et n'apporteraient pourtant aucune plus-value ou intérêt pour l'utilisateur de géodonnées MO :</p> <ul style="list-style-type: none"> > l'utilisation d'un local au Xè sous-sol pourtant localisé et délimité avec précision ; > une servitude d'empiètement d'un balcon situé au Xè étage. <p>Le financement pour la saisie des servitudes reste à clarifier.</p>
7, alinéa 4	<p>Les limites des servitudes sont transférées dans les données de la mensuration officielle via une interface, après contrôle de la D+M.</p>	<p>Il nous paraît nécessaire d'assurer un contrôle qualité des données saisies sans toutefois engendrer des frais supplémentaires pour le particulier.</p> <p>La reprise des servitudes dans le jeu de données de la MO pourrait s'opérer par le biais d'un géoservice.</p>
7, alinéa 5	<p>5 Le Département fédéral de justice et police DFJP et le DDPS fixent dans l'OTRF les exigences applicables au plan du registre foncier et à d'autres extraits pour la tenue du registre foncier, notamment en matière de contenu, de format d'échange et de représentation.</p>	
14a, alinéa 1	<p>1 Des contradictions relevées entre les données de la mensuration officielle et la situation sur le terrain ou entre le plan du registre foncier et d'autres plans de la mensuration officielle sont corrigées conformément aux dispositions du code civil d'office en tenant compte de l'art. 668 al. 2 CC.</p>	<p>Le terme d'office est contraire aux dispositions des droits réels et ne se laisse pas appliquer en pratique.</p> <p>Il convient de saisir l'opportunité de la modification de l'OMO pour corriger cette contradiction.</p>
28, alinéa 4		<p>Nous saluons la numérisation du processus d'enquête publique.</p>
34 alinéa 3	<p>Les cantons exploitent un géoservice pour l'accès en réseau aux données de la mensuration officielle (art. 36 let. e OGéo5).</p>	
46a, alinéa 1	<p>Seuls les ingénieurs géomètres inscrits au registre des géomètres sont habilités à [...]</p>	<p>La disposition prévue dans l'avant-projet est incompréhensible et inutile. Elle doit être retirée. Elle contrevient non seulement au principe qui veut que le titulaire du brevet fédéral d'ingénieur géomètre puisse exercer dans toute la Suisse mais générerait en outre un processus bureaucratique sans aucune plus-value et qui pourrait tendre vers l'arbitraire.</p> <p>Accessoirement, le contenu du rapport explicatif est insuffisant pour expliquer l'idée derrière la création de cette disposition.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

46a, alinéa 2		Nous saluons l'introduction de l'établissement d'actes authentiques électroniques.
57a		Il manque les délais et dispositions relatifs à l'introduction du DM.flex ainsi qu'au remplacement de l'iMO-RF par les standards eCH.
Annexe 1		Nous regrettons que la mesure B1 du plan de mesures de la mensuration officielle pour les années 2020 à 2023 n'ait pas été mise en œuvre. Pour mémoire, cette mesure précise : <i>L'Office fédéral de topographie élabore d'ici à la fin de l'année 2020 les bases légales permettant de verser des indemnités fédérales plus élevées lors du remplacement de zones préalablement numérisées.</i>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2, alinéa 2	Les points fixes planimétriques sont déterminés en premier lieu en fonction de leur position, les points fixes altimétriques en premier lieu en fonction de leur altitude.	Les deux types de points fixes présentent également l'autre information.
3	Les termes "prévu", "projeté" et "noms des objets importants" doivent être précisés.	En particulier en ce qui concerne l'art. 23 OMO, mais aussi pour d'autres processus, il est important que tous les utilisateurs comprennent ces termes de la même manière ou qu'ils soient délimités de la même manière les uns par rapport aux autres. Cela peut tout à fait être précisé dans le rapport explicatif.
6	e. autres produits	Permettrait l'introduction de produits au sens de l'art. 46b OMO. Similarité à l'art. 7 al. 4 let. e OMO-DDPS.
10	Supprimer	La circulaire MO 2010/04 est toujours valable pour les métadonnées publiées sur geocat.ch, mais pas en ce qui concerne les méta-informations de GeoMeta, qui ne sont pas des métadonnées selon la définition qu'en donne la LGéo. Il s'agit d'attributs associés à des objets de la MO ou d'autres géodonnées qu'il n'est pas nécessaire de mentionner explicitement dans l'OMO-DDPS.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

15		La question de la prise en charge des coûts reste à préciser.
22		Peut être supprimé compte tenu du fait que la définition existe à l'art. 7 OMO et que la représentation y est réglée, également pour un contenu partiel.
18		L'alinéa 2 précise que « <i>Les données originales doivent être gérées dans une infrastructure se trouvant en Suisse</i> ». Ceci nous apparaît trop restrictif. On pourrait se contenter d'un pays européen présentant les mêmes exigences sécuritaires que la Suisse et un for juridique en Suisse en cas de problème. Des références aux années (ISO/IEC 27001:2013, ISO/IEC 27005:2018, 27004:2016) ne sont pas judicieuses. Certaines de ces normes sont déjà obsolètes.
25		Etonnant, alors que les cantons (CGC) gèrent une infrastructure d'agrégation qui permet la diffusion des données sous la forme du modèle de géodonnées simplifié.
30, alinéa 1	<p>2 Les données originales MD.01 doivent être migrées par les cantons jusqu'au 01.01.2026 dans le nouveau modèle de géodonnées de la mensuration officielle. La migration est financée par la Confédération.</p> <p>3 L'iMO-RF est à remplacer conformément à l'OTRF par les normes eCH-131/134/129 dans toute la Suisse et de manière coordonnée jusqu'au 01.01.2026. Cette interface peut être implémentée comme un service, qui fournit, aux systèmes du registre foncier, depuis les données originales de la MO, les informations nécessaires à la tenue du registre foncier.</p>	<p>Les dispositions transitoires sont mal définies. Il s'agit de déterminer le délai pour le transfert des données MD.01 en données DM.flex et non la transition du langage de description des données. NB : Nous pourrions utiliser MD.01 en INTERLIS 2.</p> <p>De même, le délai pour le remplacement de l'iMO-RF par les normes eCH (eCH-131/134/129) doit être fixé.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
1, let b et d	(AVGBSDM; Anhang 2 eCH-131/eCH-129/eCH-134)	Avec l'introduction du DM.flex, l'iMO-RF doit être remplacée par les normes eCH correspondantes conformément au plan de mesures et à la stratégie MO 2020-2023, mesures F1, F2, F3 et F5. Il n'est pas judicieux d'adapter l'iMO-RF (INTERLIS1) au contenu de données du DM.flex. Il convient de définir dans les dispositions transitoires la date à laquelle l'iMO-RF est désactivée et tous les cantons introduisent les normes eCH sous DM.flex.
7a		Il est louable d'effectuer un renvoi à l'art. 7 OMO. Il serait encore mieux d'éviter les redondances entre ces deux articles et de supprimer l'énumération à l'art. 7 OMO.
7c	b. la surface en mètres carrés, le numéro et l'identificateur fédéral EGRID de l'immeuble ...	L'EGRID, identifiant unique pour toute la Suisse, devrait également faire partie de la description.
7d al 2 let f	la date d'exécution, le nom et la signature de l'ingénieur géomètre.	La signature seule ne permet pas d'identifier la personne qui a exécuté les travaux.
7d al 3 let d	la date d'exécution, le nom et la signature de l'ingénieur géomètre.	La signature seule ne permet pas d'identifier la personne qui a exécuté les travaux.
3, 5, 6 alinéa 3, 7, 7a, 7b, 7c, 7d, 7e, 9, 11, 12, 13, 15, 16, 25, 26, 27, Anhang II		Nous soutenons et rejoignons la démarche de l'office de l'information géographique du canton de Berne qui vise à ancrer dans les bases légales les orientations du plan de mesures et de la stratégie MO 2020-2023, notamment l'introduction des normes eCH. L'interface entre la mensuration officielle et le registre foncier doit reposer de manière homogène dans toute la Suisse sur les normes eCH et les outils numériques reconnus. Conformément au plan de mesures et à la stratégie MO 2020-2023, mesure F3. Grâce à une mise en œuvre coordonnée du remplacement de l'iMORF par eCH dans tous les cantons, des économies substantielles seront réalisées.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		De plus, les informations foncières seront à l'avenir plus homogènes sur l'ensemble de la Suisse.
--	--	---



Genève, le 11 mai 2022

Le Conseil d'Etat

2109-2022

Département fédéral de la défense, de
la protection de la population et des
sports (DDPS)
Madame Viola AMHERD
Conseillère fédérale
Palais fédéral Est
3003 Berne

Concerne : consultation sur la modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Madame la Conseillère fédérale,

Notre Conseil a pris connaissance des documents de la consultation sur la modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle (OMO) et d'ordonnances d'exécution techniques liées notamment à la révision totale de l'ordonnance technique sur la mensuration officielle (OTEMO) et l'ordonnance sur le registre foncier (OTRF), et vous communique sa position par la présente.

La mensuration officielle représente aujourd'hui un socle de données de références important pour les milieux économiques, scientifiques, académiques et administratifs. Elle doit ainsi accompagner la transformation numérique et permettre de répondre aux enjeux et aux exigences d'un cadastre moderne et tourné vers l'avenir. A ce titre, une révision ambitieuse des ordonnances était nécessaire. Les réponses apportées dans la présente consultation sont, bien que partielles, le plus souvent utiles et en phase avec les enjeux. Nous tenons à saluer ce travail.

Cela étant, le Conseil d'Etat est clairement opposé à ce que les ordonnances visées par la présente consultation soient si profondément modifiées sans obtenir un certain nombre de garanties sur leur mise en œuvre future.

Nous souhaitons fermement qu'un plan détaillé de mise en œuvre tenant compte des contraintes cantonales soit intégré dans la révision. En effet, les modifications proposées touchent à des données qui sont d'ores et déjà des référentiels au sein de notre administration. À ce titre, ces données sont utilisées dans de très nombreux systèmes d'information qui seront eux même impactés par les modifications proposées.

Afin d'éviter les difficultés financières et techniques déjà soulevées par notre Conseil et avérées lors de la consultation sur la révision de l'ordonnance sur le registre fédéral des bâtiments et des logements, nous demandons d'une part de prévoir la mise en œuvre des adaptations proposées pour la mensuration officielle en deux phases avec des cantons pilote comme cela a été fait avec succès pour la mise en œuvre du cadastre des restrictions de

droit public à la propriété foncière. D'autre part, nous attendons, pour l'ensemble des nouveautés, qu'une description des spécifications nécessaires à leur mise en œuvre rationnelle, fiable et sans surprise tant au niveau technique que juridique soit réalisée. Ces spécifications sont indispensables pour évaluer les coûts d'adaptation des systèmes d'informations de la mensuration officielle et du territoire numérique et poser un calendrier réaliste.

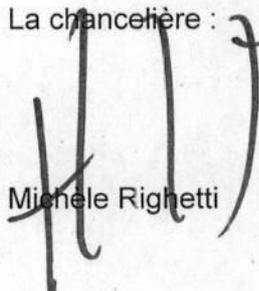
Enfin, notre Conseil demande à ce qu'une véritable estimation des coûts et du retour sur investissement de l'introduction de cette révision soient faites, non seulement pour les offices fédéraux, mais surtout pour les cantons, communes et principaux acteurs du territoire qui seront concernés. La répartition de la charge et la participation de chacun des acteurs pourra dès lors être estimée et discutée en bonne collaboration et en toute transparence.

Vous trouverez en annexe des explications plus circonstanciées sur divers aspects de ces projets de révision ainsi que des remarques ponctuelles sur certains articles.

Nous vous remercions par avance de l'attention que vous porterez à notre position et vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre haute considération.

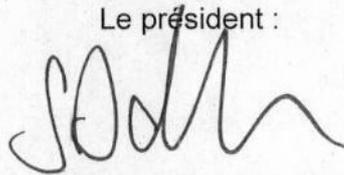
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Serge Dal Busco



Questionnaire

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Consultation du 2 février 2022 au 13 mai 2022

Expéditeur

Nom et adresse du canton ou de l'organisation:

Canton de Genève, Conseil d'Etat

Personne à contacter en cas de questions en retour (nom, courriel, téléphone):

Laurent Niggeler, Géomètre cantonal, laurent.niggeler@etat.ge.ch, 022 546 72 01

Réactions d'ordre général

1. Etes-vous favorable aux orientations définies et aux objectifs fixés dans le projet mis en consultation?

Oui Oui, avec des réserves Non

Commentaires:

Les documents mis en consultation sont de bonne facture, les modifications sont facilement compréhensibles notamment grâce au rapport explicatif. Ce projet, nécessaire, correspond aux exigences et aux défis d'un cadastre moderne et tourné vers les besoins avenir.

En revanche, les impacts financiers et humains de ce projet n'y sont pas évalués. L'introduction d'un nouveau modèle de données pour la mensuration officielle constitue une évolution importante aux répercussions considérables non seulement sur les cantons qui en supporteront une grande partie de la charge mais également pour les utilisateurs des données et les systèmes d'information consommateur de ces données. L'introduction des servitudes dans le plan du registre foncier constitue une avancée importante pour la sécurité du droit de propriété. L'acquisition et la gestion de ces servitudes demandent des moyens financier et humains très importants qui ne sont pas évalués dans ce projet. L'introduction de la gestion du sous-sol, bien que facultative en l'état est également un poste important qui nécessite des moyens et des ressources élevées. L'estimation des coûts de 5 millions de francs pour la mise en œuvre de cette révision pour un budget neutre n'est pas réaliste.



Pour les raisons invoquées ci-dessus, le canton de Genève demande que l'entrée en vigueur de cette révision soit conditionnée à avoir :

- un plan détaillé et réaliste de mise en œuvre en tenant compte des contraintes cantonales ;
- une véritable estimation des coûts de l'introduction de cette révision, non seulement pour les offices fédéraux, mais surtout pour les cantons, communes et principaux acteurs du territoire qui seront concernés ;
- pour toutes les nouveautés, une description des spécifications nécessaires à leur mise en œuvre rationnelle, fiable et sans surprise tant au niveau technique que juridique. Ces spécifications sont indispensables pour évaluer les coûts et poser un calendrier réaliste ;
- une mise en œuvre segmentée en deux phases avec des cantons pilote comme cela été fait avec la mise en œuvre du cadastre RDPPF.

2. Autres réactions d'ordre général concernant le projet mis en consultation:

De manière générale, la **collaboration** entre les cantons et la Confédération doit être améliorée pour répondre aux défis de la géoinformation dont il est question dans ce lot de révision. Très peu de nos retours sur la consultation informelle ont, par exemple, été pris en compte. Nous l'avons constaté récemment avec l'homogénéisation de la MO et du RegBL, la méthode descendante qui tend à imposer des normes et des contraintes au canton sans consultation préalable, sans financement ni plan de mise en œuvre ne fonctionne pas.

L'introduction des **servitudes** dans le plan du registre foncier nous apparaît une amélioration, d'autant plus qu'elle permet de consacrer sur le plan légal, la pratique actuelle, puisque toutes les servitudes font déjà l'objet d'une telle représentation graphique dans les systèmes d'information géographiques cantonaux. Cependant cela soulève de nombreuses questions sur le plan juridique, technique et bien sûr financier. Parmi les incertitudes : comment gérer l'effet de publicité négatif propre au registre foncier et donc l'exhaustivité qui en découle ? quelles sont les informations nécessaires et obligatoires à diffuser (modèle de données, modèle minimal) ? QUID de la gestion des divergences entre le plan historique, les données numériques et la réalité du terrain ? QUID de l'accessibilité et de la sécurité de ces données ? QUID des anciennes servitudes qui n'ont pas de plan associé ? Le sujet doit être repris et la mise en œuvre doit être discutée avec les cantons avant toute introduction des servitudes à la mensuration officielle.



La mise en œuvre de **DM.flex** va bénéficier aux géodonnées de référence de toute la Suisse. Cependant, comme avoué au chapitre 5 du rapport explicatif, les conséquences pour les cantons seront lourdes. A ce stade l'évaluation des impacts notamment sur les systèmes d'informations cantonaux n'est pas évaluable mais les coûts induits de mise en œuvre semblent conséquents si on se réfère à d'autres réformes similaires telles que le RegBL. De très nombreuses questions techniques déjà soulevées lors de la consultation dédiée au nouveau modèle de données sont encore en suspens et doivent faire l'objet d'éclaircissements.

Le **chapitre 4** du rapport explicatif nous semblent très surprenants. D'une part les coûts mentionnés semblent correspondent aux couts internes à la confédération et nous nous étonnons qu'une évaluation plus complète n'aie pas eu lieu. Aussi, les chapitres 4 et 5 devraient faire l'objet d'une véritable étude comprenant un rapport coût/bénéfice de l'opération ainsi qu'un plan de mise en œuvre détaillé avec les moyens associés à chacune des actions nécessaires. Les moyens alloués devront être discutés avec les cantons et à la hauteur des ambitions - loquables - de cette révision.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7 al.4	4 Les limites des servitudes sont transférées dans les données de la mensuration officielle via une interface.	Il n'est pas nécessaire de préciser le mode de transfert des limites de servitudes.
23 al.1		Il y a une contradiction entre le délais de trois mois dans l'article et de deux mois dans le rapport explicatif. Avec ce délais raccourci, il devient important de préciser la notion de "l'instant où survient une modification". Par exemple pour une nouvelle construction, parle-t-on de la fin des travaux, arrivée des premiers occupants, fin des aménagements extérieurs ? Ainsi, il aurait été préférable d'introduire la notion de cycle de vie et de niveau d'information nécessaire qui résoud ce type de problématiques.
26		Cela représente un transfert de charge de la confédération vers les cantons, il convient d'en tenir compte dans les budgets notamment.
42	1 Le canton désigne le service compétent pour la surveillance de la mensuration officielle (service du cadastre). Ce service est placé sous la direction technique autonome d'un ingénieur géomètre inscrit au registre des géomètres (aucune instruction ne lui étant donnée). Alinéa manquant Les cantons peuvent initier des groupes de travail aux fin et conditions visées à l'article 40 alinéa 3bis.	Cela précise le statut du géomètre officiel et devrait plutôt se trouver dans l'Ordonnance sur les géomètres (OGéom) afin d'éviter de le répéter à l'article 44.
44		Il semble logique que les cantons puissent également initier des modifications du modèle qu'ils alimentent. Cela représente la disparition d'une profession à savoir les autres spécialistes en mensuration. Dans certains cantons, le marché libéralisé permet aux spécialistes en mensuration d'effectuer certains travaux. La mise à jour permanente souffrira de cette restriction, les délais visés à l'article 23 al.1 seront d'autant plus difficiles à tenir sans le recours à ces professionnel. De plus les nouvelles techniques d'acquisition de données font que les géomètres ne sont pas toujours les mieux équipés pour l'exécution desdits travaux. Les cantons devraient également être habilités à prévoir des exceptions, ce qui n'est pas prévu.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo
Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

46a		Les cantons devraient ainsi établir une liste des ingénieurs géomètres officiels habilité à travailler dans son canton, cela est contraire à l'esprit du brevet et du registre qui se veulent fédéraux. Il convient de modifier ou d'expliciter ce point.
46b	la Direction fédérale des mensurations cadastrales encourage des projets pilotes	

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
-	Art. 1 Principe de base Les travaux de mensuration sont à exécuter dans les règles de l'art et dans le respect du principe de rentabilité.	L'article 1 "Principe de base" de l'OTEMO est structurant pour l'ensemble des travaux de la MO. Il est important de le conserver.
6	a. le plan cadastral;	Le "plan de situation" est une terminologie trop commune et non univoque pour parler du plan cadastral; les risques de confusion sont fort dans notre canton. A moins que le plan de situation ne corresponde pas au plan cadastral ce qui n'est alors pas clair dans le rapport explicatif.
9		De nombreuses questions sur les identificateurs et leur invariabilité restent ouvertes à l'heure actuelle.
17		La commune est la plus petite unité de gestion des documents techniques et administratifs, par contre il n'y a pas de sens de maintenir cette unité de gestion sur les données. Ceci oblige au fractionnement de données et génère des problèmes en cascade.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7a		Voir les remarques générales concernant les servitudes.
		Le rapport explicatif parle de la diffusion des données des servitudes, mais uniquement en relation avec l'art. 26 ORF (consultation au guichet). Or si on veut un système avec des données réellement en Open Data, il est surprenant que l'on ne se préoccupe pas de l'art. 27 ORF (diffusion par internet). A notre avis, cela devrait être le cas si on veut une accessibilité tout public.

Glarus, 10. Mai 2022
Unsere Ref: 2022-77

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Wir unterstützen die offizielle Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Geoinformations- und Katasterstellen (KGK).

Besten Dank für die Berücksichtigung der Anliegen.

Freundliche Grüsse



Kaspar Becker
Landesstatthalter

Beilage:

- Fragebogen KGK

Kopie an:

- Abteilung Raumentwicklung und Geoinformation



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Konferenz der kantonalen Geoinformations- und Katasterstellen (KGK)
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Hans Andrea Veraguth, hans-andrea.veraguth@alg.gr.ch, +41 81 257 24 61

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die Dokumente und der Inhalt der Revision entsprechen weitgehend den modernen Anforderungen und den paritätisch erarbeiteten Entwürfen. Die Absicht der Revisionen und die Beschreibungen und Begründungen zu den einzelnen Artikeln sind in der Regel ausführlich, verständlich und sinnvoll. Herzlichen Dank für die insgesamt gute Qualität der Vorlage.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Angesichts der künftigen Herausforderungen muss die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und swisstopo zwingend verbessert werden. Entsprechend ist den Kantonen wichtig, dass die präzisierenden Regelungen gemeinsam erarbeitet und breit diskutiert werden können. Wir schlagen vor, Art. 3 VAV entsprechend umzuformulieren.

Aktuell finden zu viele Aktivitäten in der amtlichen Vermessung gleichzeitig und ohne ersichtliche Koordination statt. Aufgrund der damit verbundenen finanziellen Unsicherheiten haben sich zahlreiche Kantone entschieden, die Revision abzulehnen. Angesichts der vielen anstehenden Veränderungen in der amtlichen Vermessung ist es aus Sicht der KGK zwar richtig, mit der vorliegenden



Revision die rechtliche Basis für die notwendige Flexibilität zu legen. Danach muss aber zwingend ein Marschhalt eingelegt werden, damit Bund und Kantone gemeinsam festlegen können, wie diese Veränderungen aussehen sollen, wie sie finanziert werden und in welcher Priorität sie umzusetzen sind.

Im erläuternden Bericht (Kap. 2.1.1) wird suggeriert, dass die Revision der Gesetzgebung nötig sei, weil man das Datenmodell angepasst habe. Es ist aber umgekehrt: Weil sich die Anforderungen und Kundenbedürfnisse geändert haben, müssen die Erlasse angepasst werden. Die Anpassung des Datenmodells und der Prozesse sind die darauf logisch folgenden Schritte. Zudem ist festzuhalten, dass das DM.flex zwar flexibel auf ändernde Bedürfnisse angepasst werden kann, dass dabei aber die Stabilität der amtlichen Vermessung weitestmöglich erhalten werden muss. Im selben Kapitel wird erwähnt, dass Regelungen für das Change Board geprüft werden sollen. Diese Regelungen existieren bereits, gemäss Rückmeldungen unserer Vertreter werden sie jedoch nicht in jedem Fall eingehalten und das Changeboard habe nicht die visionäre Rolle, die ihr zugeordnet sei. Insbesondere würden nicht strategische Themen erörtert, sondern technische Details diskutiert.

Analog zum Thema IND-AV ist auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung vorläufig zu verzichten. Offene Fragen wie das zugehörige Datenmodell, der Umgang mit der negativen Publizitätswirkung und daraus abgeleitet Startzeitpunkt und Vollständigkeitsanforderung wurden weder abschliessend diskutiert noch beantwortet. Das Thema soll aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht zur nötigen Reife gebracht werden.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach unserer Einschätzung möglicherweise den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Dies ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung. Diese Kosten müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös abgeschätzt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten, welche Kostenbeteiligung des Bundes an diesen Kosten der Kantone für die Umsetzung vorgesehen ist. Auch gilt es zu beachten, dass die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Vollständigkeit hohe bis sehr hohe Kosten verursachen wird.

Weder in den Erlassen noch im erläuternden Bericht lässt sich ableiten, welcher Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist. Unseres Erachtens sind für die Einführung der Prozesse, die Erarbeitung der zugehörigen Weisungen und der Migration der bestehenden Daten mindestens drei Jahre ab Inkrafttreten zu veranschlagen. Wird an der Einführung der Dienstbarkeiten festgehalten, betrachten wir einen Zeitraum von 10 Jahren bis zur vollständigen Datenerhebung als realistisch.



Die Terminologie und Konzeption für Geobasisdaten aus der Geoinformationsgesetzgebung ist nicht stringent übernommen worden. Die Datenebenen der amtlichen Vermessung sollen weiterhin und wie auch im neuen Datenmodell DM.flex gefordert, eigenständige Module sein und folglich auch als eigene Geobasisdatensätze gelistet werden. Der Plan für das Grundbuch hingegen ist «nur» eine Darstellung aus den Daten der amtlichen Vermessung und entsprechend kein eigenständiger Geobasisdatensatz. Es gibt im Gesetzgebungsentwurf weitere Begriffe wie "Kataster-" und "Situationsplan", "geplant" oder "projektiert", deren Klärung für die Branche von grossem Wert wäre.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3, Abs. 1	... legt nach Anhörung der kantonalen zuständigen Behörde die strategische Planung und übergeordneten Erlasse wie Richtlinien oder Weisungen der amtlichen Vermessung fest.	Mit der Verlagerung der Detailregelungen aus der Verordnung zu swisstopo ist wichtig, dass die Kantone dabei mindestens angehört werden und im Idealfall mitarbeiten können.
7, Abs. 2	<i>Buchstabe d ist zu streichen.</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
7., Abs. 4	<i>Streichen</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
10	<i>Nicht streichen, aber anpassen</i>	Mit der Streichung dieses Artikels können die Kantone keine anderen Arbeiten und Datensätze unter dem Begriff amtliche Vermessung laufen lassen und der Begriff AV ist nur noch im Bundesrecht definiert. Die Legitimität der Verbundaufgabe fällt damit weg. Die Kantone müssen weiterhin die Möglichkeit haben Erweiterung von Arbeiten unter der Schirmherrschaft der amtlichen Vermessung (nicht des Datenmodells des Bundes) zu definieren und zu tätigen.
23	<p>¹ Die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für deren Nachführung ein Meldewesen organisiert werden kann, sind innert drei Monaten <u>nach Eingang der Meldung zu</u> einer Veränderung nachzuführen.</p> <p>² Die Kantone können nach Anhörung der V+D für begründete Fälle abweichende Fristen vorsehen.</p> <p>³ Sie regeln das Meldewesen.</p>	Die bestehende Regelung mit einer maximalen Nachführungsfrist von einem Jahr ist aufgrund der breiten Verwendungen der Daten nicht mehr zweckmässig. Die neue maximale Nachführungsfrist von drei Monaten, nach Eintreten einer Veränderung, ist dagegen herausfordernd und kann zu massiven Mehrkosten führen. Zudem ist der massgebende Auslöser «nach Eintreten einer Veränderung» nicht klar definiert. Da die laufende Nachführung über ein Meldewesen erfolgt, sollte als massgebender Auslöser der Eingang der Meldung in der Regelung Verwendung finden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
30, Abs. 1	... muss bis zum 31. Dezember 2025 vollzogen sein.	Siehe allgemeine Bemerkungen zum Einführungszeitraum.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom
3. Mai 2022

Mitgeteilt den
4. Mai 2022

Protokoll Nr.
411/2022

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

per E-Mail an:

Rechtsdienst@swisstopo.ch

**Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische
Ausführungsverordnungen – Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Februar 2022 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Sie finden unsere Anträge im beigeschlossenen Antwortformular.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Beilage: erwähnt



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Kanton Graubünden

Amt für Landwirtschaft und Geoinformation
Ringstrasse 10
7001 Chur

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Hans Andrea Veraguth, hans-andrea.veraguth@alg.gr.ch, 081 257 24 61

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die Modernisierung der rechtlichen Grundlagen der amtlichen Vermessung wird ausdrücklich begrüsst. Sie ist notwendig, damit digitale Prozesse und Daten rechtskräftig eingeführt und auf heutige Anforderungen angepasst werden können. Die Dokumente und der Inhalt der Revision entsprechen weitgehend den modernen Anforderungen und den paritätisch erarbeiteten Entwürfen.

Festzuhalten ist allerdings, dass es in einigen Punkten Verbesserungsbedarf gibt, s. dazu nachfolgend.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Angesichts der künftigen Herausforderungen muss die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und swisstopo weiter verbessert werden. Entsprechend ist es für den Kanton wichtig, dass die präzisierenden Regelungen gemeinsam erarbeitet und breit diskutiert werden können. Wir schlagen vor, Art. 3 VAV entsprechend umzuformulieren.



Im erläuternden Bericht (Kap. 2.1.1) wird suggeriert, dass die Revision der Gesetzgebung nötig sei, weil man das Datenmodell angepasst hat. Es ist aber umgekehrt: Weil sich die Anforderungen und Kundenbedürfnisse geändert haben, müssen die Erlasse angepasst werden. Die Anpassung des Datenmodells und der Prozesse sind die darauf logisch folgenden Schritte. Zudem ist festzuhalten, dass das DM.flex zwar flexibel auf ändernde Bedürfnisse angepasst werden kann, dass dabei aber die Stabilität der amtlichen Vermessung erhalten werden muss. Im selben Kapitel wird erwähnt, dass Regelungen für das Change Board geprüft werden sollen. Diese Regelungen existieren bereits: es ist jedoch wichtig, dass diese auch eingehalten werden und das Change Board das ihm zustehende Gewicht erhält.

Analog zum Thema IND-AV ist auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung so lange zu verzichten, bis die detaillierten Grundlagen insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht zur nötigen Reife gebracht worden sind. Offene Fragen wie das zugehörige Datenmodell, der Umgang mit der negativen Publizitätswirkung und daraus abgeleitet Startzeitpunkt und Vollständigkeitsanforderung wurden weder abschliessend diskutiert noch sind sie heute bekannt.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach unserer Einschätzung möglicherweise den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Dies ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung. Diese Kosten müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös abgeschätzt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten, welche Kostenbeteiligung des Bundes an diesen Kosten der Kantone für die Umsetzung vorgesehen ist. Auch gilt es zu beachten, dass die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Vollständigkeit hohe bis sehr hohe Kosten verursachen wird.

Weder in den Erlassen noch im erläuternden Bericht lässt sich ableiten, welcher Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist. Unseres Erachtens sind für die Einführung der Prozesse, die Erarbeitung der zugehörigen Weisungen und der Migration der bestehenden Daten mindestens drei Jahre ab Inkrafttreten zu veranschlagen. Wird an der Einführung der Dienstbarkeiten festgehalten, betrachten wir einen Zeitraum von 10 Jahren bis zur vollständigen Datenerhebung als realistisch.

Der Ansatz, die AV zu modernisieren, ist nachvollziehbar und berechtigt. Es ist jedoch heikel, dies ausschliesslich aus Sicht der AV umzusetzen. Vielmehr ist das Gesamtsystem AV, Grundbuch und ÖREB-Kataster und weitere Umsysteme zu überprüfen und neu auszutarieren, bevor einzelne Elemente bei einem Teilsystem gelöscht oder hinzugefügt werden. Beispiele hierfür sind die Dienstbarkeiten oder auch die Rohrleitungen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3 Abs. 1	... legt unter Mitwirkung der kantonalen zuständigen Behörde die strategische Planung und übergeordneten Erlasse wie Richtlinien oder Weisungen der amtlichen Vermessung fest.	Mit der Verlagerung der Detailregelungen aus der Verordnung zu swisstopo ist wichtig, dass die Kantone dabei mitwirken können.
6 Abs. 2	<i>Abs. 2 ist zu streichen.</i>	Die Guldidee, dass kantonale Anpassungen des Datenmodells nicht möglich sein sollen, wird zwar grundsätzlich begrüsst. Dies macht die AV homogen, einfacher und günstiger. Erweiterungen in einem separaten kantonalen Zusatzmodell müssen aber möglich sein, um kantonspezifische Eigenheiten führen zu können. Ebenfalls müssen die zugehörigen Prozesse den Schutz der institutionalisierten Organisation AV geniessen können.
7 Abs. 2	<i>Buchstabe d ist zu streichen.</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
16	<i>Der ganze Art. 16 ist zu streichen.</i>	Entscheidend ist, dass die Materialisierung der Grenzpunkte im Feld nach Abschluss der Ersterhebung oder der Nachführung den Vorschriften entspricht. Der Zeitpunkt, wann diese ausgeführt wird ist irrelevant und methodenabhängig und muss nicht geregelt werden.
23 Abs. 1	... kann, sind innert drei Monaten nach Mitteilung einer Veränderung...	Das grosse Problem der verzögerten Nachführung ist nicht der Zeitraum der Nachführung, sondern der nicht klar definierte Zeitpunkt der Fertigstellung. Dies kann mit dem Ansatz der Mitteilung verbessert werden.
34 Abs. 3	<i>streichen</i>	Der Geodienst ist in Art. 34 der Geoinformationsverordnung genügend geregelt.
36 Abs. 1	<i>streichen</i>	Der Download-Dienst ist in Art. 37 der Geoinformationsverordnung genügend geregelt.
42 Abs. 1	Der Kanton bezeichnet die für die Aufsicht über die amtliche Vermessung zuständige Stelle (Vermessungsaufsicht). Diese steht unter der weisungsfreien fachlichen Leitung eines im Register eingetragenen Ingenieur-Geometers oder einer im Register eingetragenen Ingenieur-Geometerin.	Im Falle des Kantonsgeometers erübrigt sich die Forderung nach Weisungsfreiheit wie in der Privatwirtschaft. Der Kantonsgeometer ist streng genommen nie weisungsfrei bzw. er muss sich ohnehin im Spannungsfeld des gesetzlichen Rahmens bewegen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

44 Abs. 2 und 3	<p>Einschub eines neuen Abs. 2: <i>Die Kantone können festlegen, welche Bestandteile der amtlichen Vermessung aus anderen Datensätzen übernommen werden können und die entsprechenden Prozesse regeln. Die Verantwortung über Qualität und Zuverlässigkeit bleibt dabei bei einer oder einem im Bundesregister eingetragenen Ingenieur-Geometerin bzw. -Geometer.</i></p> <p>Neuer Abs. 3: <i>Das VBS kann weitere Ausnahmen festlegen.</i></p>	Künftig sollen die Daten dort erfasst und gehalten werden, wo auch die rechtliche Verantwortung liegt. Die Qualitätsanforderungen sind aber zu erfüllen. Redundanzen sind möglichst zu vermeiden.
-----------------	---	---

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2 Abs. 2	Lagefixpunkte sind primär nach ihrer Lage, Höhenfixpunkte primär nach ihrer Höhe bestimmt.	Beide Fixpunktarten weisen auch die jeweils andere Information auf.
3	Die Begriffe "geplant", "projektiert" sind zu präzisieren.	Insbesondere in Zusammenhang mit Art. 23 VAV, aber auch bei anderen Prozessen ist wichtig, dass alle Anwenderinnen oder Anwender unter diesen Begriffen dasselbe verstehen, bzw. dass diese gleich gegeneinander abgegrenzt werden. Dies kann durchaus im erläuternden Bericht oder in einer Weisung festgehalten werden.
6	Der Begriff "Situationsplan", ist zu präzisieren, zusätzlich sind die Begriffe "Grundbuchplan" und "Katasterplan" aufzuführen und über die gesamte Gesetzgebung zu harmonisieren.	Einzelne Kantone unterscheiden klar zwischen "Katasterplan" als klar definiertes Produkt der AV, welches nur von einem Geometer herausgegeben werden darf und einem "Situationsplan", der ähnlich aussieht und von jedermann herausgegeben werden kann. Dies kann durchaus im erläuternden Bericht festgehalten werden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

14 Abs. 3	a. in Sömmerungsgebieten, in unproduktiven Gebieten und bei Inhalten mit geringer Dynamik: 5-12 Jahre b. in allen übrigen Gebieten: 3-6 Jahre	Es macht wenig Sinn, mit grossem Aufwand Themen nachzuführen, welche sich auch über lange Zeiträume kaum oder nur marginal ändern wie beispielsweise Flussläufe, der Übergang von Vegetation und Fels oder statische Waldränder.
30 Abs. 1	... muss bis zum 31. Dezember 2025 vollzogen sein.	Siehe allgemeine Bemerkungen zum Einführungszeitraum.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7a	<i>Buchstabe b streichen</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
7a Bst. i	weiteren Informationen , soweit diese für die Nutzung des Grundstücks oder im öffentlichen Interesse von Bedeutung sind	Es sind auch Informationsbedürfnisse denkbar, welche nicht in direktem Zusammenhang mit der Nutzung des Grundstücks stehen. Weiter ist festzuhalten, dass diese Informationen an anderer Stelle zu präzisieren sind.
7b	c. Bergwerke	Qualitätsanforderungen über alle Grundstücksarten; Einführung der Dienstbarkeiten verschieben.
7c	b. die Fläche in Quadratmetern, die Nummer und den eidgenössischen Grundstücksidentifikator EGRID des Grundstücks ...	Der EGRID als schweizweit eindeutiger Identifikator sollte ebenfalls zum Beschrieb gehören.

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de la défense,
de la protection de la population et des sports (DDPS)
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont
t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 3 mai 2022

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques : prise de position

Madame la Conseillère fédérale,
Mesdames, Messieurs,

Par courrier du 2 février 2022, vous nous avez invités à participer à la consultation relative à la nouvelle ordonnance fédérale sur la mensuration officielle. Nous vous en remercions et prenons position sur le projet de révision susmentionné.

Sur le fond, nous soutenons totalement les objectifs de ce projet à savoir la modernisation de la gestion des données de la mensuration officielle. Par contre, nous ne pouvons pas soutenir cette révision sous sa forme actuelle pour les raisons suivantes.

Le changement du modèle de données a des conséquences importantes sur toute la chaîne de traitement des données, du géomètre officiel des communes jusqu'à la Confédération, en passant par les gestionnaires des systèmes d'information du territoire communaux ou cantonaux. Les répercussions financières sur les cantons et les communes sont considérées comme très importantes dans le rapport explicatif, mais n'ont pas été évaluées. **Une révision des ordonnances fédérales concernant la mensuration officielle ne peut être acceptée que si elle n'engendre aucun coût supplémentaire pour les cantons et les communes.** Rien n'indique que la société civile souhaite que les collectivités publiques consacrent davantage de ressources aux tâches de la mensuration officielle. Le rapport explicatif ne précise pas clairement le niveau de subventionnement du changement de modèle : s'agit-il d'un renouvellement ou d'une adaptation particulière d'intérêt national ? Le Gouvernement est d'avis que ce changement de modèle doit être considéré comme une adaptation particulière d'intérêt national et doit être fortement supporté par la Confédération. L'introduction des servitudes clairement délimitées dans le plan du registre foncier est proposée pour améliorer la sécurité juridique et la publicité. Elle entraîne une multitude de questions et d'avis contradictoires entre experts des droits réels. Les conséquences financières de l'introduction rétroactive des servitudes dans le plan du registre foncier sont reconnues comme importantes dans le rapport explicatif, mais non estimées et supportées essentiellement par les cantons voire les communes. Vu les incertitudes juridiques et financières, il nous est impossible de soutenir cette introduction.

Enfin, le projet de révision prévoit que l'entretien du plan cadastral reste, comme il l'a toujours été, réservé aux seuls géomètres brevetés. Le projet renforce même le rôle du géomètre breveté, en prévoyant qu'aucune instruction ne peut lui être donnée. Le projet place ainsi les compétences techniques du géomètre au-dessus des décisions politiques et administratives, ce qui n'est pas acceptable pour le fonctionnement des institutions. Le projet de révision conserve une organisation corporatiste anachronique de la gestion de la mensuration officielle et n'apporte aucune solution à l'important problème de relève de personnes au bénéfice du brevet de géomètre. Une réforme doit être entreprise urgemment. Elle doit se faire dans l'intérêt public et non dans le seul intérêt d'une corporation.

Pour le canton du Jura, il n'est pas nécessaire que le service cantonal du cadastre soit dirigé par un géomètre breveté, sachant que la réalisation des travaux est déjà confiée à un géomètre breveté. **Le canton du Jura demande ainsi de supprimer l'exigence d'avoir un géomètre breveté à la tête du service cantonal concerné, dans la mesure où cette exigence n'est manifestement pas une nécessité.**

Vous trouverez en annexe le questionnaire demandé dans lequel nous avons consigné nos remarques.

Le Gouvernement vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames, Messieurs, à sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

David Eray
Président



Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'Etat

Distribution par voies postale et électronique (pdf et docx à rechtsdienst@swisstopo.ch)



Questionnaire

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Consultation du 2 février 2022 au 13 mai 2022

Expéditeur

Nom et adresse du canton ou de l'organisation:
République et canton du Jura, Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
2800 Delémont

Personne à contacter en cas de questions en retour (nom, courriel, téléphone):
Pierre-André Crausaz, chef de la section du cadastre et de la géoinformation, pierre-andre.crausaz@jura.ch, 032 420 53 22
Jean-Claude Juillerat, responsable technique de la MO, jean-claude.juillerat@jura.ch, 032 420 53 24

Réactions d'ordre général

1. Etes-vous favorable aux orientations définies et aux objectifs fixés dans le projet mis en consultation?

Oui Oui, avec des réserves Non

Commentaires:

Les documents et le contenu de la révision correspondent en grande partie aux exigences modernes et aux projets élaborés de manière paritaire. L'intention des révisions et les descriptions et justifications des différents articles sont en général détaillées et compréhensibles. Le projet est de bonne qualité.

Le projet occulte complètement la mise en œuvre des modifications proposées, notamment pour les ressources humaines et financières supportées par les cantons ainsi que la planification de réalisation. Or, le rapport explicatif indique que ce projet aura « de lourdes conséquences » pour les cantons. L'expérience précédente de changement de modèle de données MD93 en MD01 a démontré un impact important sur les cantons et les géomètres officiels. Malgré des demandes répétées de la part des cantons, la Confédération a renoncé à analyser le rapport coûts-bénéfice lié à ce nouveau modèle de données.



Contrairement à ce que la Confédération semble penser, les ressources financières et humaines des cantons et des communes ne sont pas illimitées. **Une révision des ordonnances fédérales concernant la mensuration officielle ne peut être acceptée que si elle n'engendre aucun coût supplémentaire pour les cantons et les communes.** Rien n'indique que la société civile souhaite que les collectivités publiques consacrent davantage de ressources aux tâches de la mensuration officielle (MO), ce qui se ferait au détriment d'autres tâches publiques.

2. **Autres réactions d'ordre général concernant le projet mis en consultation:**

Au vu des défis à venir, la collaboration entre les cantons et swisstopo doit encore être améliorée. En conséquence, les cantons tiennent à ce que les règles puissent être élaborées en commun et largement discutées. Nous proposons de reformuler l'art. 3 OMO en conséquence.

Le rapport explicatif (chap. 2.1.1) suggère que la révision de la législation est nécessaire parce que le modèle de données a été adapté. Or, c'est parce que les exigences et les besoins des clients ont changé que la législation doit être adaptée. L'adaptation du modèle de données et des processus sont les étapes qui suivent logiquement. Il convient en outre de noter que le DM.flex peut certes être adapté de manière flexible à l'évolution des besoins, mais que la stabilité de la mensuration officielle doit être maintenue dans la mesure du possible et que tout changement de modèle a un coût. Dans le même chapitre, il est mentionné que des règles pour le Change Board doivent être examinées. Ces règles existent déjà, mais selon les réactions de nos membres, elles ne sont pas respectées dans tous les cas. En particulier, les discussions ne porteraient pas sur des thèmes stratégiques, mais sur des détails techniques. De plus, le Change Board doit disposer d'un pouvoir décisionnel.

Il n'est pas souhaitable d'introduire des servitudes dans la mensuration officielle. Celle-ci ne représenterait que les servitudes dont le lieu d'exercice est limité, avec un tracé sans ambiguïté de leurs limites. Le fait même de représenter qu'une partie des servitudes dans la MO provoquera une insécurité insidieuse de l'exhaustivité des droits et charges d'un immeuble pour le client. De plus, cette introduction créera une redondance et la mise en place de processus et d'outils de vérification entre les deux sources de données (MO et RF).

L'introduction de l'al. 3 de l'art. 7 OMO n'est juridiquement pas envisageable, du moins pour les servitudes. Si une servitude n'existe que par son inscription au registre foncier, il n'en va pas de même de son report sur le plan du registre foncier. A supposer qu'une servitude soit radiée du RF, même d'office, mais que sa suppression du plan du RF soit omise, il y aurait une contradiction entre le RF et le plan du RF, ce qui serait une source d'insécurité juridique. Par ailleurs, seule l'inscription au RF fait foi, les pièces justificatives pouvant préciser l'étendue du droit. L'indication de la servitude sur le plan du RF ne saurait remplacer



l'inscription au RF les pièces justificatives. Un report sur le plan, de nature purement indicative, serait par contre envisageable. Il devrait se limiter aux servitudes nouvellement constituées, le report de toutes les servitudes existantes entraînant un travail disproportionné pour les cantons.

Les coûts mentionnés au chapitre 4 du rapport explicatif correspondent vraisemblablement aux coûts internes à la Confédération pour la conversion des modèles et des processus. Ces coûts doivent être estimés plus précisément avant l'entrée en vigueur de l'ordonnance et vérifiés au moyen de projets pilotes. Il convient également de renforcer la participation financière de la Confédération pour ces travaux de modernisation de la MO dont la mise en œuvre incombe principalement aux cantons.

Ni les actes législatifs ni le rapport explicatif ne permettent de déterminer le délai prévu pour la mise en œuvre. Nous estimons qu'il faut compter au moins cinq ans à partir de l'entrée en vigueur de l'OMO pour l'introduction des processus, l'élaboration des instructions correspondantes et la migration des données existantes. Ce délai dépendra bien évidemment des orientations stratégiques qui seront retenues par la Confédération et des moyens en ressources humaines et financières des cantons.

Cette révision, par ses articles 42 et 44, renforce l'organisation traditionnelle de la gestion de la MO en élevant les pouvoirs des géomètres brevetés. En l'état, les interventions sur la MO ne peuvent être réalisées que par des géomètres brevetés qui ne peuvent souffrir d'aucune contradiction autre que celle formulée par leurs pairs. Cette approche souffre de deux problèmes majeurs. Elle suppose que le savoir n'est détenu que par une corporation de personnes, ce qui est de moins en moins vrai au vu de l'évolution rapide de notre société, tant au niveau juridique que technologique. Cette approche n'est également plus viable, car le statut fermé de géomètre n'attire plus suffisamment de prétendants-e-s. pour remplacer les personnes en charge. Il est grand temps de changer de paradigme et de normaliser la gestion du cadastre en l'ouvrant à des personnes responsables devant la loi de tenir à jour une couche de géodonnées selon des règles clairement définies.

Pour le canton du Jura, il n'est pas nécessaire que le service cantonal du cadastre soit dirigé par un géomètre breveté, sachant que la réalisation des travaux est déjà confiée à un géomètre conservateur breveté. **Le canton du Jura demande ainsi de supprimer l'exigence d'avoir un géomètre breveté à la tête du service cantonal concerné, dans la mesure où cette exigence n'est manifestement pas une nécessité.**

Le canton du Jura est fermement opposé à la proposition de modification selon laquelle aucune instruction ne peut être donnée au géomètre breveté qui dirige les tâches cantonales. Cette modification est inacceptable et impraticable. Le géomètre est un employé qui doit se soumettre aux instructions



de sa hiérarchie: chef d'unité administrative, chef de département, gouvernement, parlement, etc. Rien ne justifie que l'ordonnance fédérale place les géomètres au-dessus des institutions publiques, notamment celles qui sont élues par le peuple. Avec ce projet de révision, la Confédération donne l'impression de défendre les intérêts d'une corporation avant les intérêts publics. Or, selon le canton du Jura, ce projet de révision devrait supprimer le caractère trop corporatiste de l'ordonnance actuelle. Il n'y a pas de nécessité d'accorder de tels privilèges aux géomètres brevetés. Cette défense corporatiste n'a donc pas sa place dans le texte légal. On ne la trouve pas dans d'autres législations fédérales tout aussi importantes, par exemple en aménagement du territoire.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3, alinéa 1	... fixe la planification stratégique et les actes législatifs de rang supérieur tels que les directives ou les instructions de la mensuration officielle après avoir entendu les autorités cantonales compétentes.	Avec le transfert des réglementations détaillées de l'ordonnance à swisstopo, il est important que les cantons soient consultés et qu'ils puissent y collaborer. Des directives ou instructions identiques pour tous les cantons sont nécessaires pour garantir un produit uniforme sur l'ensemble du pays.
23	...doivent être mis à jour, en règle générale , dans un délai de trois mois à compter de l'instant où survient une modification.	La réduction du délai de mise à jour va inévitablement entraîner des coûts supplémentaires puisqu'il faudra prévoir quatre visites par année au lieu d'une actuellement. Ce délai est identique à celui du bouclage trimestriel du RegBL. En décalant de quelques jours son intervention, le géomètre limite ses travaux aux objets à mettre à jour. Cela répond aussi à l'interrogation de citoyens qui s'étonnent de ne pas voir leur nouvelle construction sur les géoportails plusieurs mois après leur réalisation.
42, al 1	Le canton désigne le service compétent pour la surveillance de la mensuration officielle (service du cadastre). Il est recommandé qu'un ingénieur géomètre inscrit au registre des géomètres (aucune instruction ne lui étant donnée) le dirige.	La réalisation et la mise à jour permanente de la mensuration officielle doivent être assurées par un ingénieur géomètre inscrit au registre des géomètres. Cette obligation est déjà garante de la pérennité et de la qualité de la MO. Celle-ci est notamment vérifiée par les outils de validation (checker) de la confédération à utiliser à chaque intervention du géomètre sur les données de la MO. Dès lors, les activités de la surveillance de la mensuration officielle consistent à mettre en œuvre et faire respecter les directives d'exécution de la MO et non à la réalisation de la MO. L'engagement par les cantons d'un ingénieur géomètre inscrit au registre des géomètres doit être facultatif. S'il est engagé, celui-ci doit répondre de ses tâches à sa hiérarchie y compris pour les instructions techniques. Un impact important (financier) peut en découler (exemple avec l'introduction des servitudes proposée dans cette révision).
44, al 1	Les travaux de la mensuration officielle ne peuvent être exécutés que par des ingénieurs géomètres autonomes (aucune instruction ne leur étant donnée) inscrits au registre des géomètres ou sous leur direction technique.	Un patron ne voudra pas engager un employé auquel il ne peut pas donner d'instructions. L'employé peut donner ses considérations mais, le patron doit pouvoir prendre une décision contraire en toute connaissance de cause.
ORF art. 21 al. 2	La modification de limites de biens-fonds, de droits distincts et permanents, de mines et des servitudes dont le lieu d'exercice est limité ne peut être inscrite au registre foncier que sur	Il est important pour pouvoir garantir la foi publique aux servitudes dont le lieu d'exercice est limité représentées sur le plan du registre foncier que le document

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	présentation de documents de mutation signés par l'ingénieur géomètre compétent (art. 46a OMO)	de base soit élaboré par un ingénieur géomètre breveté. Les données font parties intégrantes des données de la mensuration officielle.
--	---	--

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2, alinéa 2	Les points fixes planimétriques sont déterminés en premier lieu en fonction de leur position, les points fixes altimétriques en premier lieu en fonction de leur altitude.	Les deux types de points fixes présentent également l'autre information.
10 point e	Des autres données utiles à la gestion de la mensuration officielle.	
12 al. 2	Elle fixe d'entente avec les cantons un délai pour la mise en œuvre des modifications.	
13 al. 5 (nouveau)	La D+M d'entente avec les cantons peut définir d'autres sous-ensembles de données en tant que produit.	
16 al. 4	Les frais de mise à jour sont à la charge du service compétent du DDPS.	
21	Les cantons veillent à la protection et à la conservation des points fixes , pour autant que la mensuration nationale n'en soit pas chargée.	
23	Basée sur la stratégie de la Confédération, le canton élabore...	

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

30	Les frais de mise à jour de la mensuration officielle d'ouvrages militaires affectés à un usage civil entre le 1er juillet 2008 et l'entrée en vigueur de la présente ordonnance, sont à la charge du service compétent du DDPS.	
----	---	--

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7c al. 1	b. la surface en mètres carrés, le numéro et l'identificateur fédéral d'immeuble EGRID de l'immeuble	
7d al. 2 f	la date d'exécution et la signature de la <i>personne habilitée</i>	Voir article. 46a OMO
7d al. 3 d	la date d'exécution et la signature de la <i>personne habilitée</i>	Voir article. 46a OMO



Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 51 55
buwd@lu.ch
www.lu.ch

Eidg. Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

per E-Mail an: Rechtsdienst@swis-stopp.ch

Luzern, 10. Mai 2022

Protokoll-Nr.: 584

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2022 laden Sie unter anderem die Kantone ein, zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie den technischen Ausführungsverordnungen Stellung zu nehmen. Hauptanlass und Hauptinhalt der Revision ist die geplante Einführung des neuen Datenmodells DM.flex für die amtliche Vermessung. Mit dem DM.flex soll künftig ein modulares und flexibles Datenmodell für die amtliche Vermessung zum Einsatz kommen. Weitere Punkte der Revision sind namentlich die Details zur Neuregelung der Finanzierung der amtlichen Vermessung, die Aufnahme der Dienstbarkeitspläne in die amtliche Vermessung und die Einführung der elektronischen Beglaubigung im Bereich der amtlichen Vermessung.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teilen wir Ihnen, dass die Stossrichtungen der Vernehmlassungsvorlage zum Teil zwar unterstützt werden können, wir einzelnen Änderungen aber doch kritisch gegenüberstehen bzw. diese ablehnen. So rechnen wir bei der Umsetzung der rückwirkenden Aufnahme und fortlaufenden Übermittlung von örtlich abgrenzbaren Dienstbarkeitsplänen an die amtliche Vermessung mit erheblichem Mehraufwand (Personal, Informatik). Diese Mehraufwände stehen unseres Erachtens in keinem Verhältnis zu einem allfälligen Nutzen. Die dadurch entstehenden Kosten können auch nicht auf die Grundeigentümerinnen und -eigentümer überwältet werden, sondern müssten durch die Kantone respektive die Grundbuchämter getragen werden.

Mit den vorliegenden Verordnungsentwürfen wird – wie ausgeführt – die Grundlage für das neue Datenmodell DM.flex der AV gelegt. Die Auswertung der Konsultation dazu ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Da wir davon ausgehen, dass viele Änderungsanträge eingegangen sind und in der Folge noch Pilotprojekte erforderlich sein werden, erachten wir die Einführung des neuen Datenmodells als verfrüht. Zumindest müssten die Fristen für den Wechsel ins neue Datenmodell – abgestimmt darauf – ausreichend grosszügig vorzusehen sein. Im Weiteren muss das im Zusammenhang mit dem neuen Datenmodell vorgesehene

Change Board unseres Erachtens paritätisch zusammengesetzt sein. Zudem müssen dessen Beschlüsse verbindlichen und nicht bloss konsultativen Charakter haben. Denn Änderungen am Datenmodell können für die Kantone weitreichende Folgen haben, insbesondere finanzielle Folgekosten. Die Grundsätze der Organisation und Kompetenzen des Change Boards sind dementsprechend in der Verordnung zu verankern.

Ergänzend verweisen wir auf unsere detaillierten Ausführungen zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie den technischen Ausführungsverordnungen im beigelegten Fragebogen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anträge und Bemerkungen.

Freundliche Grüsse



Fabian Peter
Regierungsrat

Beilage:

- Vernehmlassung Kanton Luzern (Fragebogen BUWD)



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel : Rechtdienst@swisstopo.ch

Office fédéral de topographie swisstopo
Seftigenstrasse 264
Case postale
3084 Wabern

Consultation : Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Madame la conseillère fédérale,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance du projet de modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques, et vous remercie de l'avoir associé à la procédure de consultation.

Sur le principe, les modifications, ainsi que le nouveau modèle de donnée y étant associé, nous semble correspondre à une révision moderne de l'ordonnance. Les intentions sont bonnes et légitimes.

La collaboration entre la Confédération et les cantons dans le cadre de la mensuration officielle est excellente. L'exécution de cette dernière étant de compétence cantonale, il nous semble par contre primordial que nous puissions plus participer à l'élaboration des ordonnances, et que les avis et demandes cantonaux soient réellement pris en considération avant mise en consultation.

De plus, aucune évaluation financière de l'impact au niveau des cantons n'a été effectuée par la Confédération et cela même quand les instances cantonales en ont, à maintes reprises, clairement fait la demande. Ces modifications ont un impact non-négligeable sur les charges du canton que celle-ci soient organisationnelles, financières et sur les effectifs des services concernés.

En conclusion le Gouvernement neuchâtelois ne se montre donc pas favorable aux modifications proposées de l'ordonnance sur la mensuration officielle, ainsi que les ordonnances d'exécution techniques. Notre préavis est donc négatif.

Nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 11 mai 2022

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRE

La chancelière,
S. DESPLAND



[Handwritten signature of L. Favre]

[Handwritten signature of S. Despland]

Annexe : questionnaire



Questionnaire

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Consultation du 2 février 2022 au 13 mai 2022

Expéditeur

Nom et adresse du canton ou de l'organisation:

Canton de Neuchâtel, Conseil d'Etat

Personne à contacter en cas de questions en retour (nom, courriel, téléphone):

Florian Spicher, géomètre cantonal, florian.spicher@ne.ch, 032 889 47 66

Réactions d'ordre général

1. Etes-vous favorable aux orientations définies et aux objectifs fixés dans le projet mis en consultation?

Oui Oui, avec des réserves Non

Commentaires:

Les documents et le contenu de la révision correspondent en grande partie aux exigences modernes et aux projets élaborés de manière paritaire. L'intention des révisions, les descriptions et les justifications des différents articles sont en général détaillées et compréhensibles. Le projet est globalement de bonne qualité.

Le projet occulte par contre complètement la question des **charges RH et financières** qui seront supportées par les cantons pour l'introduction du nouveau modèle de données DM.flex. Sur la base des expériences précédentes, il est aujourd'hui certain que ces charges seront considérables et se chiffreront en plusieurs dizaines de millions de francs pour l'ensemble des cantons suisses. Malgré des demandes répétées de la part des cantons, la Confédération a renoncé à effectuer toute analyse du rapport coûts-bénéfice de ce nouveau modèle de données.

2. Autres réactions d'ordre général concernant le projet mis en consultation:

Considérant les révisions ou l'élaboration d'instructions à faire selon les modifications proposées, les cantons tiennent à ce que les règles soient élaborées et décidées en commun et largement discutées. L'art. 3 OMO doit être reformulé en conséquence.



Le rapport explicatif (chap. 2.1.1) mentionne que des règles pour le Change Board doivent être examinées. Selon le projet de règlement qui a été mis en consultation auprès des cantons en 2018, les cantons, qui sont pourtant en charge de l'exécution de la mensuration officielle et en supportent la majeure partie des coûts, sont sous-représentés dans cet organe. Dans l'idéal, le Change Board aurait dû avoir un pouvoir décisionnel.

De plus, la plupart des nombreux clients publics ou privés de la mensuration officielle ont besoin d'un modèle stable. Ils ne sont pas forcément demandeurs de ces changements.

Considérant l'expérience du canton de Neuchâtel, les servitudes doivent faire partie intégrante de la mensuration officielle. Le projet actuel n'est par contre pas satisfaisant. Pour pouvoir garantir la foi publique aux données, ces plans de servitude doivent absolument être élaborés par un ingénieur géomètre breveté.

Les coûts mentionnés au chapitre 4 du rapport explicatif correspondent vraisemblablement aux coûts internes de la Confédération pour la conversion des modèles et des processus. Ces coûts doivent cependant être estimés sérieusement avant l'entrée en vigueur de l'ordonnance et vérifiés au moyen de projets pilotes. Il convient également de déterminer quelle participation de la Confédération est prévue pour supporter les coûts de mise en œuvre dans les cantons.

Ni les actes législatifs ni le rapport explicatif ne permettent de déterminer le délai prévu pour la mise en œuvre. Nous estimons qu'il faut compter au moins cinq ans à partir de l'entrée en vigueur de l'OMO pour l'introduction des processus, l'élaboration des instructions correspondantes et la migration des données existantes. Ce délai dépendra bien évidemment des orientations stratégiques qui seront retenues par la Confédération.

Nous regrettons enfin que le modèle de données en Interlis 2 soit disponible uniquement en allemand. Cela va compliquer sa mise en œuvre auprès de ses nombreux utilisateurs non germanophones tout en induisant des frais supplémentaires pour les éditeurs de logiciels, frais qui seront vraisemblablement reportés sur les géomètres. S'agissant de LA géodonnées de référence, il nous semble nécessaire que le modèle de donnée soit aussi disponible en français. In fine, si une seule langue devait être retenue, l'anglais permettrait de mettre tout le monde sur un pied d'égalité.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3, al. 1	...fixe la planification stratégique et les actes législatifs de rang supérieur tels que les directives ou les instructions de la mensuration officielle après avoir entendu les autorités cantonales compétentes.	Avec le transfert des réglementations détaillées de l'ordonnance à swisstopo, il est important que les cantons soient au moins consultés à ce sujet et, dans l'idéal, qu'ils puissent collaborer.
6, al. 2	A supprimer	L'alinéa est compréhensible par rapport à la situation actuelle, mais n'est pas nécessaire.
7, al. 2	Il contient au moins les données conformément à l'OTRF Art. 7a.	
7, al. 5	Le Département fédéral de justice et police DFJP et le DDPS fixent les exigences applicables au plan du registre foncier et à d'autres extraits pour la tenue du registre foncier, notamment en matière de contenu et de représentation dans l'OTRF.	
34, al 3	Les cantons exploitent un géoservice pour l'accès en réseau aux données de la mensuration officielle (art. 36 let. e OGéo5).	
46a, al 1	Il faut supprimer la lettre a (signer les documents de mutation;)	Il y a le registre des géomètres au niveau fédéral.
48 al. 2		Il faut adapter l'alinéa en indiquant l'accord intercantonal sur les marchés publics.
57		Il manque le délai pour l'introduction de DM.flex.
ORF art. 21 al. 2	La modification de limites de biens-fonds, de droits distincts et permanents, de mines et des servitudes ne peut être inscrite au registre foncier que sur présentation de documents de mutation signés par l'ingénieur géomètre compétent (art. 46a OMO)	Il est important pour pouvoir garantir la foi publique aux servitudes représentées sur le plan du registre foncier que le document de base soit élaboré par un ingénieur géomètre breveté. Les données font parties intégrantes des données de la mensuration officielle.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2, al. 2	Les points fixes planimétriques sont déterminés en premier lieu en fonction de leur position, les points fixes altimétriques en premier lieu en fonction de leur altitude.	Les deux types de points fixes présentent également l'autre information.
3		Il faut faire référence uniquement au modèle de données ainsi qu'aux exigences de l'ORF.
9, al. 3	La date de dernière modification pour chaque objet est indiquée.	
10 point e	Des autres données utiles à la gestion de la mensuration officielle.	
12 al. 2	Elle fixe d'entente avec les cantons un délai pour la mise en œuvre des modifications.	
13 al. 5 (nouveau)	La D+M d'entente avec les cantons peut définir des autres sous-ensembles de données en tant que produit.	
16 al. 4	Les frais de mise à jour sont à la charge du service compétent du DDPS.	
17 al.2	Un objet de la réalité correspond à un élément dans la mensuration officielle et tient compte des besoins des utilisateurs, notamment de l'administration. Les données ainsi que les documents techniques sont gérées au moins par section du registre foncier.	
21	Les cantons veillent à la protection et à la conservation des points fixes, pour autant que la mensuration nationale n'en soit pas chargée.	

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

23	Basée sur la stratégie de la Confédération, le canton...	
25	Sur demande du canton, la D+M diffuse les données de la mensuration officielle.	
30	Les frais de mise à jour de la mensuration officielle d'ouvrages militaires affectés à un usage civil entre le 1er juillet 2008 et l'entrée en vigueur de la présente ordonnance, sont à la charge du service compétent du DDPS.	

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7c al.1	b. la surface en mètres carrés, le numéro et l'identificateur fédéral d'immeuble EGRID de l'immeuble	
7d al. 2 f	la date d'exécution et la signature de la <i>personne habilitée</i>	Voir article. 46a OMO
7d al. 3 d	la date d'exécution et la signature de la <i>personne habilitée</i>	Voir article. 46a OMO



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Kanton Nidwalden

Kantonsgeometer NW

Bundesamt für Landestopografie swisstopo

3084 Wabern

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Daniel Steudler, pat. Ing.-Geom. 058 464 54 82

Daniel.Steudler@swisstopo.ch

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7 (und VAV-VBS, Art. 3 / TGBV, Art. 7a)	Plan für das Grundbuch nur an einem Ort definieren. Von den anderen Verordnungen her dann nur Bezug dazu herstellen.	Der Plan für das Grundbuch wird an 3 verschiedenen Orten beschrieben bzw. erwähnt: <ul style="list-style-type: none"> • das ganze Konstrukt ist schwierig zu verstehen; wieso wurde der Plan für das Grundbuch an verschiedenen Orten definiert? Dies kann später Inkonsistenzen verursachen. • wer ist schlussendlich für was zuständig? Z.B. woher kommen die Gebäudeadressen, wenn die AV diese evtl. später aus ihrem DM streicht? • an einem Ort wird der Plan für das Grundbuch durch den Grundbuchplan ersetzt, am andern Ort nicht. Wenn schon, dann überall.
Art. 6	--	Was passiert mit den kantonalen Erweiterungen bis das neue DM.flex eingeführt ist? Braucht es dazu noch eine Übergangsbestimmung?

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 3, Abs. b und c	den Begriff "geplant" nicht verwenden	Was ist mit "geplanten" Gebäuden, bzw. Bauten oder Verkehrswegen gemeint? Der Begriff "projektiert" hat sich in der AV etabliert; der Begriff "geplant" wurde bisher nicht verwendet (umgangssprachlich wird geplant mit projektiert gleichgesetzt). Was ist damit gemeint?

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Kanton Nidwalden
Trigonet AG, Nachführungsgeometer
Aemättlistrasse 2
6370 Stans

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
Andreas Sidler andreas.sidler@trigonet.ch 041 618 61 21

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Harmonisierung und Vereinfachung sind zu begrüßen.

Der Bezug zur dritten Dimension (Beziehung Amtliche Vermessung <> 3D-Landschaftsmodell <> Amtliches Gebäudemodell) oder auch das Thema Stockwerkeigentum wird vermisst.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
14a	Ev. Ergänzung	Fragen bestehen nach wie vor bei Gebieten von nicht angemerkten dauernden Bodenverschiebungen, bei denen die Widersprüche jedoch auch beseitigt werden müssen. In vielen Fällen bedarf es der Anwendung des Art. 660b ZGB. Es wäre wünschenswert, wenn die VAV hier Grundsätze darlegen würde oder dann gemäss Art. 19, Erneuerungen bei Widersprüchen, Weisungen über das Verfahren vorgeben würde.
23	-	Grundsätzlich ist die Nachführungsfrist von 3 Monaten zu begrüssen. Ausnahmen bei den Fristen aufgrund von Naturereignissen oder geschlossener Schneedecke müssten ausnahmsweise erlaubt werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass der Zeitpunkt «Eintreten einer Veränderung» nicht mit demjenigen der kommunalen Bauabnahme übereinstimmen muss. Häufig finden noch abschliessende Umgebungsarbeiten nach der letzten Bauabnahme statt. Analog auch bei Abbruchbewilligungen und dem tatsächlich erfolgten Abbruch eines Gebäudes. Mit der Einführung der deutlich kürzeren Frist müsste auch die Etablierung eines qualifizierteren Meldewesens einhergehen.
47d, Abs. 2, Lit. i	Ev. anpassen bzw. ergänzen	Widerspruch zum Anhang <i>Bemessung des Bundesbeitrages</i> , Kap. 5, Massnahmen infolge von Naturereignissen: Erneuerungen zur Beseitigung von Widersprüchen und einer Ersterhebung gleichkommen, sind beitragsberechtigt!

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
18	-	Im Rahmen der Vernehmlassung konnten die ISO/IEC-Normen nicht eingesehen werden (nur vor Ort möglich, keine digitale Verfügbarkeit im Internet). Die Anwendung dieser Normen in der amtlichen Vermessung bedarf sicherlich noch der Klärung. Es wird eine Weisung seitens V+D erwartet, die die Vorgaben bezogen auf die AV darlegt.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

--	--	--

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

Eidgenössischen Departement für Ver-
teidigung, Bevölkerungsschutz und
Sport VBS

Per mail:
rechtsdienst@swisstopo.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4284
Unser Zeichen: cb

Sarnen, 3. Mai 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2022 geben Sie uns die Möglichkeit, zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV; SR 211.432.2) sowie technischen Ausführungsverordnungen (TVAV; SR 211.432.21) Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden befürwortet die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage mit Vorbehalten (vgl. nachstehend).

Die Dokumente und der Inhalt der Revision entsprechen weitgehend den modernen Anforderungen und den paritätisch erarbeiteten Entwürfen. Die Absicht der Revisionen und die Beschreibungen und Begründungen zu den einzelnen Artikeln sind in der Regel ausführlich, verständlich und sinnvoll. Wir danken Ihnen für die insgesamt gute Qualität der Vorlage.

Auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung ist aus Sicht Grundbuch hingegen ganz zu verzichten. Wie sich gezeigt hat, wurden offene Fragen wie das zugehörige Datenmodell, der Umgang mit der negativen Publizitätswirkung und daraus abgeleitet Startzeitpunkt und Vollständigkeitsanforderung weder abschliessend diskutiert noch beantwortet. Wenn das Thema trotzdem aufgegriffen werden sollte, ist eine Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht zwingend, damit die Frage der Umsetzbarkeit vertieft mit den betroffenen Fachstellen geklärt werden kann.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach Einschätzung des Kantons Obwalden möglicherweise den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Dies ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung. Diese Kosten

müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös abgeschätzt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten, welche Kostenbeteiligung des Bundes an diesen Kosten der Kantone für die Umsetzung vorgesehen ist. Auch gilt es zu beachten, dass die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Vollständigkeit hohe bis sehr hohe Kosten verursachen wird.

Weder aus den Erlassen noch im erläuternden Bericht lässt sich ableiten, welcher Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist. Für die Einführung der Prozesse, die Erarbeitung der zugehörigen Weisungen und der Migration der bestehenden Daten sind aus Sicht des Kantons Obwalden mindestens drei Jahre ab Inkrafttreten zu veranschlagen.

Wird wider Erwarten an der Einführung der Dienstbarkeiten festgehalten, muss ein realistischer Zeitraum definiert werden (mehr als zehn Jahre). Eine Umsetzung wäre zudem sehr personalintensiv und würde mit vielen praktischen Umsetzungsproblemen einhergehen. So ist das Heraussuchen der bestehenden Pläne sehr aufwändig, zumal das Stichwort nicht immer verlässlich auf das Vorliegen oder das Fehlen eines Plans hinweist. Weiter sind gerade die alten Pläne teilweise ungenau und lassen sich schwer lesen.

Gerne gehen wir auf die Details direkt in unserer Stellungnahme im Fragebogen ein.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Daniel Wyler
Landammann



Nicole Frunz Wallimann
Landschreiberin



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
[Kanton Obwalden](#)

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

[RA lic. iur. Barbara Wicki, Leiterin Volkswirtschaftsamt, \[barbara.wicki@ow.ch\]\(mailto:barbara.wicki@ow.ch\), 041 666 62 20.](#)

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

[Der Vorbehalt bezieht sich auf die Änderungen, die das Grundbuch betreffen \(Plan für das Grundbuch\)](#)

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

[Angesichts der künftigen Herausforderungen ist es für die Kantone ein grosses Anliegen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und swisstopo weiter verbessert wird. Insbesondere ist es wichtig, dass die präzisierenden Regelungen gemeinsam erarbeitet und breit diskutiert werden können. Wir schlagen vor, Art. 3 VAV entsprechend umzuformulieren.](#)

[Im erläuternden Bericht \(Kap. 2.1.1\) wird festgehalten, dass die Revision der Gesetzgebung nötig sei, weil man das Datenmodell angepasst hat. Diese Perspektive trifft nicht ganz zu: Weil sich die Anforderungen und Kundenbedürfnisse geändert haben, müssen die Erlasse angepasst werden. Die Anpassung des Datenmodells und der Prozesse sind die darauf logisch folgenden Schritte. Zudem ist festzuhalten, dass das DM.flex zwar flexibel auf ändernde Bedürfnisse angepasst werden kann, dass dabei aber die Stabilität der amtlichen Vermessung weitest möglich erhalten werden muss.](#)

[Auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung ist aus Sicht Grundbuch zu verzichten. Wie sich gezeigt hat, wurden offene Fragen wie das zugehörige Datenmodell, der Umgang mit der negativen Publizitätswirkung und daraus abgeleitet Startzeitpunkt und Vollständigkeitsanforderung weder abschliessend diskutiert](#)



noch beantwortet. Wenn das Thema trotzdem aufgegriffen werden sollte, ist eine Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht zwingend, damit die Frage der Umsetzbarkeit vertieft mit den betroffenen Fachstellen geklärt werden kann.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach unserer Einschätzung möglicherweise den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Dies ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung. Diese Kosten müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös abgeschätzt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten, welche Kostenbeteiligung des Bundes an diesen Kosten der Kantone für die Umsetzung vorgesehen ist. Auch gilt es zu beachten, dass die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Vollständigkeit hohe bis sehr hohe Kosten verursachen wird.

Wird wider Erwarten an der Einführung der Dienstbarkeiten festgehalten, muss ein realistischer Zeitraum definiert werden (mehr als 10 Jahre). Eine Umsetzung wäre zudem sehr personalintensiv und würde mit vielen praktischen Umsetzungsproblemen einhergehen. So ist das Heraussuchen der bestehenden Pläne sehr aufwändig, zumal das Stichwort nicht immer verlässlich auf das Vorliegen oder das Fehlen eines Planes hinweist. Weiter sind gerade die alten Pläne teilweise ungenau und lassen sich schwer lesen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 3 Abs. 1	[...] legt nach Anhörung der kantonalen zuständigen Behörde die strategische Planung <i>und übergeordneten Erlasse wie Richtlinien oder Weisungen</i> der amtlichen Vermessung fest	Mit der Verlagerung der Detailregelungen aus der Verordnung zu swisstopo ist wichtig, dass die Kantone dabei mindestens angehört werden und im Idealfall mitarbeiten können.
Allgemein zu Art. 7 (und VAV-VBS, Art. 3 / TGBV, Art. 7a)	Plan für das Grundbuch nur an einem Ort definieren. Von den anderen Verordnungen her dann nur Bezug dazu herstellen.	Der Plan für das Grundbuch wird an 3 verschiedenen Orten beschrieben bzw. erwähnt: <ul style="list-style-type: none"> • das ganze Konstrukt ist schwierig zu verstehen; wieso wurde der Plan für das Grundbuch an verschiedenen Orten definiert? Dies kann später Inkonsistenzen verursachen. • wer ist schlussendlich für was zuständig? Z.B. woher kommen die Gebädeadressen, wenn die AV diese evtl. später aus ihrem DM streicht? • an einem Ort wird der Plan für das Grundbuch durch den Grundbuchplan ersetzt, am andern Ort nicht. Wenn schon, dann überall.
Art. 7 Abs. 2 lit. d	Streichen.	
Art. 7 Abs. 4	Streichen.	Diese Regelung wird abgelehnt. Der Argumentation im erläuternden Bericht (Ziff. 2.1.5) kann nicht gefolgt werden. In Bezug auf die Dienstbarkeitsbereinigungen bei der Vereinigung und insbesondere bei der Parzellierung von Grundstücken könnte zwar in gewisser Weise die Darstellung der Dienstbarkeiten im Plan für das Grundbuch hilfreich sein. Bislang aber konnten die Prüfungen der Bereinigungsanträge aber auch ohne Probleme anhand der vorliegenden Dienstbarkeitspläne vorgenommen werden. Inwiefern bei Löschungen und Änderungen von Dienstbarkeiten die Darstellung im Plan für das Grundbuch hilfreich sein sollte lässt sich nicht nachvollziehen. Publikationen dienen den Interessen der Öffentlichkeit. So werden denn auch im Kanton Obwalden seit der Änderung des Art. 970a ZGB die Handänderungen nach wie vor publiziert. Die Publikation von Dienstbarkeiten sind aber keineswegs von öffentlichem Interesse. Die Lage beispielsweise eines Benützungrechts an einem Parkplatz interessiert in erster Linie die Eigentümer-schaften der berechtigten und belasteten Grundstücke, allenfalls noch diejenigen von Anstössern oder Anstösserinnen der beteiligten Grundstücke. So ist zum Beispiel eine Einwohnerin in Sarnen vermutlich kaum an der Publikation eines solchen Rechts in Giswil interessiert.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>Die Argumentation zeigt, dass die Publikation der Lage der Dienstbarkeiten nicht im Interesse der Allgemeinheit ist. Die Dienstbarkeiten sind deshalb nicht in den Plan für das Grundbuch aufzunehmen. Zudem sollte der Plan für das Grundbuch übersichtlich bleiben, damit er auch lesbar ist. Im überbauten Gebiet kommt es durchaus vor, dass sich Dienstbarkeiten in der zweidimensionalen Darstellung überlappen, wenn zum Beispiel in der unterirdischen Einstellhalle und auf dem darüber liegenden Grundstück Benützungsrechte und Wegrechte eingetragen sind. Der Fokus soll darauf liegen, dass die Pläne für das Grundbuch lesbar bleiben soll und nicht nur mit viel Zeitaufwand von ausgewiesenen Fachpersonen entschlüsselt werden können. Die Verhältnisse sind bereits heute einsehbar. Auch ohne die angedachten Änderungen können die Dienstbarkeitspläne nach wie vor von jeder Person beim Grundbuchamt eingesehen oder bezogen werden.</p> <p>Zudem wird in der VAV in der Überschrift zu Art. 7 der Plan (wie bisher) "Plan für das Grundbuch" genannt; hingegen erscheint in der TGBV im Gliederungstitel nach Art. 7 in der Ziffer 3a der Begriff "Grundbuchplan", und in der Grundbuchverordnung wird im ganzen Erlass "Plan für das Grundbuch" durch "Grundbuchplan" ersetzt. Entweder bezeichnet man den Plan durchgehend als "Plan für das Grundbuch" oder als "Grundbuchplan". Eine Mischung der beiden Begriffe ist nicht sinnvoll, auch wenn das gemäss Ziff. 3.3.1 des erläuternden Berichts ausdrücklich so gewollt ist (Hinweis: Im ZGB wird der Plan als "Plan für das Grundbuch" bezeichnet [Art. 732 Abs. 2, Art. 950 Abs. 1]).</p>
Art. 6	--	Was passiert mit den kantonalen Erweiterungen bis das neue DM.flex eingeführt ist? Braucht es dazu noch eine Übergangsbestimmung?
Art. 14	Evtl. aufnehmen einer Ergänzung; vgl. Bemerkungen	Fragen bestehen nach wie vor bei Fällen von nicht dauernden Bodenverschiebungen, bei denen die Widersprüche jedoch auch beseitigt werden müssen. In vielen Fällen bedarf es der Anwendung des Art. 660b ZGB. Es wäre wünschenswert, wenn die VAV hier Grundsätze darlegen würde oder dann gemäss Art. 19, Erneuerungen bei Widersprüchen, Weisungen über das Verfahren vorgeben würde
Art. 23	kann, sind <i>in der Regel</i> innert drei Monaten ...	Grundsätzlich ist die Nachführungsfrist von 3 Monaten zu begrüssen. Es ist darauf hinzuweisen, dass der Zeitpunkt «Eintreten einer Veränderung» nicht mit demjenigen der kommunalen Bauabnahme übereinstimmen muss. Häufig finden noch abschliessende Umgebungsarbeiten nach der letzten Bauabnahme

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		statt. Mit der Einführung der deutlich kürzeren Frist müsste auch die Etablierung eines qualifizierteren Meldewesens einhergehen.
Art. 47d Abs. 2 lit. i	Evtl. anpassen oder ergänzen.	Widerspruch zum Anhang <i>Bemessung des Bundesbeitrages</i> , Kap. 5, Massnahmen infolge von Naturereignissen: Erneuerungen zur Beseitigung von Widersprüchen sind beitragsberechtigt .

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 2 Abs. 2	Lagefixpunkte sind <i>primär</i> nach ihrer Lage, Höhenfixpunkte <i>primär</i> nach ihrer Höhe bestimmt.	Beide Fixpunktarten weisen auch die jeweils andere Information auf.
Art. 3 Abs. b und c	Den Begriff "geplant" nicht verwenden. Die Begriffe "geplant", "projektiert" und "Namen wichtiger Objekte" sind zu präzisieren.	Was ist mit "geplanten" Gebäuden, bzw. Bauten oder Verkehrswegen gemeint? Der Begriff "projektiert" hat sich in der AV etabliert; der Begriff "geplant" wurde bisher nicht verwendet (umgangssprachlich wird geplant mit projektiert gleichgesetzt). Was ist damit gemeint? Insbesondere in Zusammenhang mit Art. 23 VAV, aber auch bei anderen Prozessen ist wichtig, dass alle Anwender unter diesen Begriffen dasselbe verstehen, bzw. dass diese gleich gegeneinander abgegrenzt werden. Dies kann durchaus im erläuternden Bericht festgehalten werden.
Art. 14 Abs. 3	a. in Sömmerungsgebieten, in unproduktiven Gebieten und bei Inhalten mit geringer Dynamik: 5-12 Jahre b. in allen übrigen Gebieten: 3-6 Jahre	Es macht wenig Sinn, mit grossem Aufwand Themen nachzuführen, welche sich auch über lange Zeiträume kaum oder nur marginal ändern wie beispielsweise Flussläufe, der Übergang von Vegetation und Fels oder statische Waldränder.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Art. 18		Im Rahmen der Vernehmlassung konnten die ISO/IEC-Normen nicht eingesehen werden (nur vor Ort möglich, keine digitale Verfügbarkeit im Internet). Die Anwendung dieser Normen in der amtlichen Vermessung bedarf sicherlich noch der Klärung. Es wird eine Weisung seitens V+D erwartet, die die Vorgaben bezogen auf die AV darlegt.
Grundbuchverordnung		
Art. 21 Grundbuchverordnung	Die Ergänzung "die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten" ist wegzulassen.	Zum einen s. Ausführungen zu Art. 7 VAV oben, zum anderen können auch Dienstbarkeiten örtlich eingeschränkt sein, ohne dass diese Einschränkung in einem Plan eingezeichnet werden. Dann nämlich, wenn sich der Inhalt der Dienstbarkeit ausreichend mit Worten umschreiben lässt (Art. 732 ZGB).
Art. 70 Abs. 3 Grundbuchverordnung		Es ist keine Änderung am geltenden Absatz vorzunehmen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7a	<i>Buchstabe b streichen</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Art. 7c	b. die Fläche in Quadratmetern, die Nummer und den eidgenössischen Grundstücksidentifikator EGRID des Grundstücks [...].	Der EGRID als schweizweit eindeutiger Identifikator sollte ebenfalls zum Beschrieb gehören.
---------	--	---



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Bau- und Umweltdepartement des Kantons St.Gallen

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Kantonsgeometer Fäh Patrick, Amt für Raumentwicklung und Geoinformation, Leiter
Abteilung Vermessung, patrick.faeh@sg.ch, 058 229 35 09

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Der Kanton St.Gallen bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Revisionspaket zur amtlichen Vermessung.

Die geplante Einführung des neuen Datenmodells DM.flex als Hauptanlass und Hauptinhalt sowie die weiteren Punkte der Revision werden von der Stossrichtung her und inhaltlich grossmehrheitlich unterstützt.

Die Revision bildet eine wichtige Grundlage für die erfolgreiche Weiterführung und Weiterentwicklung des bewährten Werkes der amtlichen Vermessung als wichtigster Referenzdatensatz für zahlreiche weitere Geodaten.

Namentlich wird die Aufnahme der Dienstbarkeitspläne bei örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung von der Vermessungsseite unterstützt. Die Grundbuchseite ist aus Gründen der Rechtssicherheit gegen die vorgeschlagene Lösung, die stark von Art. 732 Abs. 2 ZGB abweicht. Die Detailausführungen sind beim Art. 7 VAV zu finden.

Einzig die vorgesehene Aufhebung zweier wesentlicher Artikel wird abgelehnt:



- 1) Der bisherige Art. 10 der VAV zu den kantonalen Erweiterungen ist beizubehalten. Der neue Art. 6 Abs. 2 «Kantonale Erweiterungen des Geodatenmodells sind nicht zulässig.» ist dementsprechend zu streichen.
Der Kanton St.Gallen unterstützt zwar die Absicht, dass das Bundesmodell mehr Gewicht erhält, dass künftig keine widersprüchlichen Definitionen auf Stufe Kanton mehr eingesetzt werden dürfen und so das Produkt «Amtliche Vermessung Schweiz» homogener und einheitlicher wird.
Umgekehrt ist die Unterbindung kantonalen Erweiterungen ein unnötiger und aus unserer Sicht nicht akzeptabler Eingriff in die kantonale Autonomie. Unsere Detailausführungen finden sich beim Artikel 10.
Allenfalls ist genauer zu spezifizieren, welche bestehenden kantonalen Erweiterungen künftig noch zugelassen werden sollen.

- 2) Der Artikel 45 zur Arbeitsvergabe, insbesondere die Differenzierung im Absatz 2 für die Arbeiten der laufenden Nachführung als ausgelagerte öffentliche Aufgabe sind eine wichtige Abgrenzung zum öffentlichen Beschaffungsrecht. Eine solche Abgrenzung sollte unbedingt im Fachgesetz klar deklariert sein. Die Stossrichtung des bisherigen Absatz 2 ist ja genau eine administrative und formelle Vereinfachung mit mehr Freiraum für Kantone und Gemeinden als bei der Unterstellung unter das öffentliche Beschaffungsrecht. Die Formulierung des bisherigen Art. 45 Abs. 2 VAV vermag allerdings unsere kantonale Beschaffungsstelle auch nicht zu überzeugen. Es bietet sich mit der anstehenden Revision die Chance für eine klarere Formulierung, allenfalls verbunden mit einer politischen Diskussion des diesbezüglichen Regelungswillens. Unsere Detailausführungen finden sich beim Artikel 45.

Im weiteren sei auf die folgende Detailerörterung zu den einzelnen Artikeln verwiesen.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Die deutliche Verschlankung des AV-Rechts auf Verordnungsstufe wird begrüsst. Die Auslagerung des Datenmodells aus der Verordnung ist folgerichtig. Umfasste die bisherige TVAV noch 116 Artikel sind es bei der neuen VAV-VBS noch 31 Artikel.

Hingegen steigt damit die Bedeutung der Regelungen auf Weisungsstufe. Die Weisungsbefugnis obliegt der Eidgenössischen Vermessungsdirektion V+D. Die Mitwirkungsmöglichkeiten und ein gutes Einvernehmen sind für die Kantone und die Konferenz der kantonalen Geoinformations- und Katasterstellen KGK von zentraler Bedeutung.

Im Kommentar zum Artikel 30 (Übergangsbestimmungen) wird ausgeführt, dass bis zum Inkrafttreten alle notwendigen Weisungen bereitstehen. Diese Arbeiten sind sehr umfangreich. Die lobenswerte Absicht birgt die Gefahr, den notwendigen Zeitaufwand zu unterschätzen oder zu wenig Zeit zu haben für eine sorgfältige Erarbeitung und damit das Inkrafttreten erheblich zu verzögern. Aus unserer Sicht ist eine Differenzierung in einem klaren Arbeitsplan möglich:



Alles was die bisher vorhandene Regelungstiefe betrifft (vorhandene Weisungen, Auslagerungen aus dem Verordnungsrecht), sollte auf die Inkraftsetzung hin aktualisiert bereitstehen. Dort wo aber heute schon Pendenzen vorliegen oder neue Themen betroffen sind (z.B. Archivierung, Historisierung, Informationssicherheit, Dienstbarkeiten, etc.), kann eher verantwortet werden, wenn nicht alles auf den Inkraftsetzungstermin hin bereitsteht.

Was wir explizit vermissen, ist eine einheitliche Regelung zur Etablierung von Open Data Standards in der amtlichen Vermessung. Die meisten Kantone stellen AV-Daten kostenlos zur Verfügung. Die uneinheitlichen Regelungen verhindern aber eine effiziente Nutzung und einen hinderisfreien Zugang zu den Daten für die Kunden. Die Revision der Verordnung würde die Chance bieten, eine einheitliche Regelung zu Open Data Standards für AV-Daten zu treffen. Die Auswirkungen wären für die meisten Kantone gering, der erzielte Nutzen aber beträchtlich. Unserer Ansicht nach sollte die Chance für Regelungen zu Open Data genutzt werden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 3, Abs. 1	... legt nach Anhörung der kantonalen zuständigen Behörde die strategische Planung und übergeordneten Erlasse wie Richtlinien oder Weisungen der amtlichen Vermessung fest.	Mit der Verlagerung der Detailregelungen aus der Verordnung zu swisstopo ist wichtig, dass die Kantone dabei mindestens angehört werden und im Idealfall mitarbeiten können.
Art. 6, Abs. 2	Abs. 2 «Kantonale Erweiterungen des Geodatenmodells sind nicht zulässig. » Löschen	Vgl. Erläuterungen unter Art. 10.
Art. 7 allgemein, insb. Art. 7, Abs. 2, Bst. d	Formulierung präzisieren analog Art. 732 Abs. 2 ZGB, für selbständige und dauernde Recht auf die Fälle von Art. 732 Abs. 2 ZGB beschränken oder wenn die Dienstbarkeit als Grundstück im Grundbuch aufgenommen wird, Ergänzung Erläuterungen	<p>Die Aufnahme der in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung wird im Grundsatz unterstützt und entspricht einem klaren Bedürfnis der Geodaten-Nutzer. Für eine Akzeptanz braucht es aber noch wesentliche Anpassungen.</p> <p>Der Begriff "örtlich eingeschränkte Dienstbarkeiten" ist zu präzisieren: darunter fallen nur solche, die sich nur auf einen Teil des Grundstücks beziehen und im Rechtsgrundausweis nicht genügend bestimmbar umschrieben sind.</p> <p>Es ist klarzustellen, dass es sich nicht um eine Ausweitung von Art. 732 Abs. 2 handelt, sondern genau die dort verbleibenden Fälle anspricht.</p> <p>Allgemein kann festgestellt werden, dass das Verhältnis zwischen Grundbuch und amtlicher Vermessung im Bereich örtlich eingeschränkter Dienstbarkeiten noch zu präzisieren ist.</p> <p>Im Zeitalter der Digitalisierung sind räumliche Festlegungen je länger je mehr ausschliesslich als Geobasisdaten zu verstehen, die in einem klar definierten Datenmodell als Vektordaten erfasst und verwaltet werden. Nur so können sie optimal genutzt und bei Bedarf mit anderen Geodaten kombiniert werden. Im Bereich der Grundstücke ist die Rolle der AV als integrierender Bestandteil des Grundbuchs etabliert.</p> <p>Im Bereich der örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten bietet sich die amtliche Vermessung für die Datenhaltung geradezu an. Diese Rolle ist von AV- und Grundbuchseite zusammen noch klarer zu definieren.</p> <p>Die Grundbuchseite befürchtet eine Doppelspurigkeit, wenn örtlich eingeschränkte Dienstbarkeiten sowohl im Grundbuch als auch in der amtlichen Vermessung rechtsverbindlich eingetragen werden. Insbesondere sind Fragen im Zusammenhang mit daraus resultierenden Rechtsunsicherheiten bei Diskrepanzen sowie die Frage nach dem Vorrang (Grundbuch oder Vermessung) nicht geklärt. Diese unbefriedigende Situation muss vermieden werden.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>Wir bitten, die Verordnung um eine entsprechende Lösung zu ergänzen. Eine Lösung wie bei den Grundstücken, wo die AV mit der Mutationsurkunde den Geometrieteil beisteuert, wäre aus Sicht der Vermessung zielführend. Jedoch darf dadurch die Eintragung einer solchen Dienstbarkeit nicht wesentlich verteuert werden.</p> <p>Für die Akzeptanz insbesondere der Grundbuchseite ist es wichtig, auf die Bestrebungen zu einem umfassenden Grundstückinformationssystem hinzuweisen, welches aus den 3 Säulen des schweizerischen Katastersystems bestehen soll: Grundbuch, amtliche Vermessung und ÖREB-Kataster.</p> <p>Eine vollständige Aufzählung aller auf einem Grundstück vorkommenden Dienstbarkeiten soll dabei von der Grundbuchseite her kommen.</p> <p>Zusätzlich soll dabei ersichtlich sein, ob es darunter solche Dienstbarkeiten hat, die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkt sind. Diese wiederum sind zu differenzieren und klar kenntlich zu machen, ob sie:</p> <p>a) in AV-Qualität bearbeitet sind (allenfalls rückwirkend erfasst ab 2012, ggf. mit öffentlicher Auflage), oder</p> <p>b) erst als nicht bereinigter Scan einer Planbeilage aus dem Grundbuch vorliegen.</p>
<p>Art. 7, Abs. 2, Bst. b und Bst. c</p>	<p>Formulierung präzisieren und ergänzen:</p> <p>die flächenmässig ausgeschiedenen selbstständigen und dauernden Rechte an Grundstücken (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 2 ZGB), die als Grundstück in das Grundbuch aufgenommen werden;</p> <p>c. die Bergwerke (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB), die als Grundstück in das Grundbuch aufgenommen werden;</p>	<p>Offenbar ist für die Grundbuchseite die (bereits bisher vorhandene) Formulierung "... flächenmässig ausgeschiedene selbständige und dauernde Rechte" zu wenig klar, resp. umfangreicher als in der amtlichen Vermessung beabsichtigt und bisher gehandhabt. Es gibt auch zahlreiche solche, die nicht als Grundstüctk ins Grundbuch aufgenommen werden, z.B. Parkplatzbenützungrechte. Die Formulierungen in der VAV sind zu präzisieren.</p> <p>Selbständige und dauernde Rechte können gemäss Art. 655 ZGB und Art. 22 GBV auf schriftliches Begehren der berechtigten Person als Grundstücke in das Grundbuch aufgenommen werden.</p> <p>Analoge Anpassungen sind im Art. 11 VAV und im Art. 21 der Grundbuchverordnung notwendig.</p>
<p>Art. 7, Abs. 2, Bst. e</p>	<p>Gebiete mit dauernder Bodenverschiebung als Bestandteil des Plans für das Grundbuch</p>	<p>Darstellung im Plan für das Grundbuch war bisher nicht zwingend; macht diese neue Forderung wirklich Sinn?</p> <p>Eine Bandierung reicht für die Darstellung eines kleinen Planausschnittes nicht aus. Eine Flächenfüllung ist für eine schwarz-weiss-Darstellung schwierig, da Grautöne bereits für die Gebäude und Tiefgaragen eingesetzt werden. Da das</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>Planbild sonst überladen ist, bevorzugen wir weiterhin eine optionale Darstellung, resp. eine Lösung mit einer separaten zuschaltbaren Karte in einem Geoportal. Zweckmässiger wäre unserer Ansicht nach ein obligatorischer Hinweis im Grundstückbescrieb.</p>
--	--	--

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

<p>Art. 7, Abs. 4</p>	<p>Tendenziell weglassen: «Die Dienstbarkeitsgrenzen werden über eine Schnittstelle in die Daten der amtlichen Vermessung überführt.»</p>	<p>Die Absichten dieses Absatzes sind nicht verständlich und zudem in diesem Artikel eigenartig platziert. Die Originaldaten der neu in AV-Qualität erfassten Dienstbarkeitsabgrenzungen sollen Bestandteil der AV sein. Die Erhebungs-, Erfassungs- und Transfermethoden müssen nicht auf Verordnungsstufe festgeschrieben werden. Art. 7 Abs. 4 VAV steht unserer Ansicht nach im Widerspruch zu TGBV Art. 7a Bst. b und 7b Bst. c. Dort sind Dienstbarkeiten klar als AV Daten deklariert. Falls eine Schnittstelle notwendig ist, sollte diese standardisiert sein, bevorzugt als eCH Standard.</p>
<p>Art. 10</p>	<p>Nicht aufheben. Bisherigen Wortlaut beibehalten: «Die Kantone können den durch das Bundesrecht vorgeschriebenen Inhalt der amtlichen Vermessung im Rahmen der vom VBS definierten Vorgaben erweitern und weitergehende Anforderungen an die Vermessung vorschreiben.»</p>	<p>Der bisherige Art. 10 der VAV zu den kantonalen Erweiterungen ist beizubehalten. Der Kanton St.Gallen unterstützt zwar die Absicht, dass das Bundesmodell mehr Gewicht erhält, dass künftig keine widersprüchlichen Definitionen auf Stufe Kanton mehr eingesetzt werden dürfen und so das Produkt «Amtliche Vermessung Schweiz» homogener und einheitlicher wird. Umgekehrt ist die Unterbindung kantonalen Erweiterungen ein unnötiger und damit nicht akzeptabler Eingriff in die kantonale Autonomie. Mit kantonalen Erweiterungen können gewisse Zusatzthemen organisatorisch, rechtlich und finanziell einfach im Rahmen der amtlichen Vermessung geregelt werden. Im Kanton St.Gallen hat sich namentlich die entsprechende Führung des Gemeindestrassenplans klar bewährt. Damit ist der Gemeindestrassenplan den Regeln der AV unterstellt und eben nicht wie die übrigen Geobasisdaten geregelt. Alternativ müsste ein neuer kantonaler Status geschaffen werden, was nicht zielführend ist. Der neue Art. 6 Abs. 2 ist dementsprechend zu streichen. Allenfalls kann genauer spezifiziert werden, welche bestehenden kantonalen Erweiterungen künftig noch zugelassen werden. Weiterhin möglich sein sollte u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zusätzliche kantonale Themen unter die Organisation der AV zu stellen oder mindestens bestehende Erweiterungen weiterhin zulassen; • Verfeinerte Aufzählungen weiterhin zulassen, wenn sie einen sauberen, voll automatisierten Zugang zum Bundesmodell gewährleisten; • Aufwändig erhobene und finanzierte, auf Weisungsstufe definierte verfeinerte Erfassungsgrundsätze (z.B. Hofräume in TS3 ab 300m2) weiterhin zulassen; ggf. weiter einschränken, aber nicht ganz unterbinden.

Art. 11 Abs. 2	Formulierung präzisieren und ergänzen: ..., soweit Letztere flächenmässig ausgedehnt werden können und als Grundstück ins Grundbuch aufgenommen werden.	Vgl. Bemerkungen zu Art. 7, Abs. 2, Bst. b und c Nur diese Grundstücke sind zu vermarken.
Art. 14	Angelehnt an die bisherige Formulierung: «Als Grenzlinie gilt <u>eine</u> Gerade oder ein Kreisbogen zwischen zwei Grenzpunkten.» oder: «Als Grenzlinie gilt <u>eine gerade Strecke</u> oder ein Kreisbogen zwischen zwei Grenzpunkten.»	Die versuchte Präzisierung ist nicht gelungen. Die bisherige Formulierung ist exakter und entsprechend beizubehalten. Als Strecke wird mindestens umgangssprachlich auch ein geschwungener Strassenverlauf von A nach B verstanden.
Art. 23	-	Gut. Die Verkürzung der Nachführungsfrist von einem Jahr auf 3 Monate wird unterstützt. Die Frist von 3 Monaten ist besser praktikabel als die 2 Monate im ersten Entwurf, wie wir dies schon bei der früheren informellen Umfrage geäußert haben.
Art. 26, Abs. 2	Tendenziell Abs. 2 nicht aufheben. Ergänzenden Abs. 3 prüfen: «Kantone, die die Durchführung der amtlichen Vermessung selber vornehmen, haben die unabhängige Verifikation in geeigneter Weise sicherzustellen.»	Der vorgesehene Wegfall von Abs. 2 ist erstaunlich. Da der Bund in den anderen Bereichen nur eine Oberaufsichtsfunktion hat, wäre es logisch, wenn V+D bei den Fixpunkten der zweiten Kategorie als Verifikationsbehörde auftritt. Auch wenn die Bedeutung der Fixpunkte gegenüber früher abgenommen hat, bleiben sie doch nach wie vor eine sehr wichtige Grundlage der Vermessung. In Kantonen, welche die amtliche Vermessung selber durchführen, wäre es für eine lückenlose unabhängige Verifikation sogar angebracht, wenn diese an eine neutrale Stelle auzulagern ist, z.B. eine andere kantonale Vermessungsaufsicht.
Art. 34, Abs. 3	Anpassen oder Erläuterungen präzisieren	Was bedeutet die Formulierung «swisstopo betreibt einen Geodienst für den vernetzten Zugang zu den Daten der AV» konkret? Geht es nur um eine Verlinkung zu den kantonalen Portalen oder sollen die AV-Daten direkt zugänglich gemacht werden? Wie ist das Verhältnis zur Aggregationsinfrastruktur der Kantone? Die Bereitstellung des Geodienstes soll wie für alle anderen Geobasisdaten der Klassen II und III über geodienste.ch erfolgen. Die Bereitstellung eines für die Kunden nützlichen Geodienstes bedingt die Verfügbarkeit aktueller Daten. Die im Geodienst verwendeten Daten müssen dem Betreiber des Dienstes (KGK) als tagesaktuelle Freigabedaten zur Verfügung gestellt werden.
Art. 41	-	Gute Ergänzungen zur kantonalen Vermessungsaufsicht
Art. 45	Nicht aufheben Bisherigen Wortlaut beibehalten:	Der Artikel 45 zur Arbeitsvergabe, insbesondere die Differenzierung im Absatz 2 für die Arbeiten der laufenden Nachführung als ausgelagerte öffentliche Aufgabe ist eine wichtige Abgrenzung zum öffentlichen Beschaffungsrecht. Eine solche Abgrenzung sollte unbedingt im Fachgesetz klar deklariert sein. Wenn

	<p>¹«Die Vergabe von Arbeiten wie der Vermarkung, Ersterhebung, Erneuerung, periodischen Nachführung und provisorischen Numerisierung erfolgt nach den für den Kanton massgeblichen Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen.»</p> <p>²«Arbeiten der amtlichen Vermessung, die in einem bestimmten geografischen Raum zur ausschliesslichen Ausführung vergeben werden, müssen öffentlich ausgeschrieben werden.»</p>	<p>dann ohne Art. 45 für einen Grossteil der Gemeinden die normalen Schwellenwerte des öffentlichen Beschaffungsrechts zum Zuge kommen sollen, ist dies nicht zielführend.</p> <p>Die Argumentation in den Erläuterungen, wonach Art. 45 nicht mehr nötig sei, ist nicht schlüssig. Gemäss Art. 9 BöB und Art. 9 IVöB (zweiter Satz) braucht es für die bisherige Differenzierung genau eine spezialgesetzliche Bestimmung. Sonst gilt die Übertragung einer öffentlichen Aufgabe als öffentlicher Auftrag und unterliegt folglich dem öffentlichen Beschaffungsrecht.</p> <p>Die Stossrichtung des bisherigen Absatzes 2 ist ja genau, eine administrative und formelle Vereinfachung mit mehr Freiraum bei der Gestaltung des öffentlichen Wettbewerbs als bei der Unterstellung unter das öffentliche Beschaffungsrecht wie für die Arbeiten gemäss Abs. 1. Es ist einzig die Durchführung eines Wettbewerbes verlangt. Die Verantwortung für die Art und Weise der Durchführung des Wettbewerbs obliegt aber den Kantonen. Nach unserer Ansicht ist die Beibehaltung des Artikels 45 und insbesondere des Absatzes 2 ist auch unter dem erneuerten Beschaffungsrecht zulässig und somit weiterhin zweckmässig. Die Transparenz als eine der zentralen Stossrichtungen der IVöB kann auch mit dem Vorgehen nach Abs. 2 gewahrt werden. Eine Erstbeurteilung unserer kantonalen Beschaffungsstelle hat dies allerdings in Frage gestellt.</p> <p>Eine Streichung von Art. 45 würde für die Kantone und Gemeinden keine Erleichterungen bringen, sondern im Gegenteil Einschränkungen und Mehraufwand.</p> <p>Die Formulierung des bisherigen Art. 45 Abs. 2 VAV vermag allerdings auch nicht ganz zu überzeugen. Es bietet sich mit der anstehenden Revision die Chance für eine klarere Formulierung, allenfalls verbunden mit einer politischen Diskussion des diesbezüglichen Regelungswillens.</p> <p>Nach wir vor finden sich die aktuellen Stossrichtungen in den "Empfehlungen für die Ausschreibung von Nachführungsmandaten in der amtlichen Vermessung", herausgegeben 2011 gemeinsam von IGS (Ingenieur-Geometer Schweiz) und KKVA (heute KGK, Konferenz der kantonalen Geoinformations- und Katasterstellen). U.a. wird darin empfohlen, aufgrund der Wirtschaftlichkeit vereinfachte Verfahren und Direktvergaben zu prüfen.</p> <p><u>Vollständigkeitshalber sind nachstehend die Erläuterungen zum Verordnungsrecht zum Geoinformationsgesetz von 2006 betreffend Art. 45 aufgeführt:</u></p> <p><u>Art. 45 Arbeitsvergabe</u></p> <p>Laut Art. 43 VAV obliegt die Durchführung der amtlichen Vermessung den Kantonen. Somit wären im Rahmen der VAV für die Arbeitsvergaben keine zusätzlichen Regelungen notwendig. Da man aber speziell darauf hinweisen</p>
--	--	--

		<p>will, dass die Vergabe von Arbeiten wie die Vermarkung, Ersterhebung, Erneuerung, periodische Nach-führung und provisorische Numerisierung nach den für den Kanton massgeblichen Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen erfolgen muss, wird dies in Abs. 1 von Art. 45 explizit verlangt. Für die Vergabe der Arbeiten der amtlichen Vermessung, die in einem bestimmten geografischen Raum zur ausschliesslichen Ausführung vergeben werden (meist als «Nachführungsgeometermandate» bekannt), wurde in der Version der Anhörung nichts geregelt. Im Rahmen der Anhörung kam nun der Wunsch auf, dass auch für die Vergabe dieser Arbeiten in der VAV eine minimale Regelung notwendig sei. Die Arbeitsgruppe formuliert deshalb Abs. 2 von Art. 45 wie folgt: «Arbeiten der amtlichen Vermessung, die in einem bestimmten geografischen Raum zur ausschliesslichen Ausführung vergeben werden, müssen öffentlich ausgeschrieben werden.» Basis für diesen Absatz bilden die folgenden Überlegungen und Zielsetzungen des Bundes: Bei der laufenden Nachführung und Verwaltung der amtlichen Vermessung handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe, die teilweise an private patentierte Ingenieur-Geometer oder Geometerinnen übertragen wird. Eine Kontinuität über mindestens fünf und mehr Jahre ist unabdingbar, um die Qualität der amtlichen Vermessung zu erhalten, die notwendige Hard- und Software-Infrastruktur abschreiben beziehungsweise auf dem neusten Stand halten und einen optimalen Kundenservice aufbauen zu können. Der Bund will aber auch, dass bei der Arbeitsvergabe ein Wettbewerb stattfindet. Von zentraler Bedeutung ist indes, dass die Kantone durch die Regelung in der VAV in ihren Rechten nicht eingeschränkt werden. Mit Art. 45 Abs. 2 wird diesen Überlegungen Rechnung getragen, ohne die Kompetenz der Kantone zu beschneiden. Es wird klar eine öffentliche Ausschreibung und somit die Durchführung eines Wettbewerbes verlangt. Die Verantwortung für die Art und Weise der Durchführung des Wettbewerbs obliegt aber den Kantonen.</p>
Art. 46a, Abs. 1	<p>zu eng formuliert Alternativvorschlag: «Die Kantone <u>legen fest oder genehmigen</u>, welche im Register eingetragenen Ingenieur-Geometer und -Geometerinnen: a. Mutationsurkunden unterzeichnen dürfen; b. beglaubigte Auszüge nach Artikel 37 ausstellen dürfen.»</p>	<p>Wieso soll es diesen Artikel brauchen? Dies ergäbe ja ein zusätzliches kantonales Register, also einen Ausbau der Administration. Aus unserer Sicht ist die Formulierung zu eng gefasst. Massgebend ist die Wahl durch die Gemeinde und die Unterzeichnung von Werk- und Nachführungsverträgen. Dabei ist der Kanton nur Genehmigungsbehörde. Falls dieses Regime (Vergabe durch Gemeinde, Genehmigung durch KVA) damit vereinbar sein soll, dann i.O., aber dennoch besser direkt offener formulieren wie vorgeschlagen.</p>
Anhänge	Die zwei Anhänge als Anhang 1 und Anhang 2 bezeichnen.	Im ganzen Verordnungstext wird empfohlen, die beiden Anhänge differenziert zu bezeichnen. Im Art. 47c findet sich bereits die Bezeichnung «Anhang 1».

Anhang 2, 2. Grundbuch- verordnung	Begriff vereinheitlichen	Für das gleiche Produkt sollte in allen Rechtserlassen ein einheitlicher Ausdruck verwendet werden, alles andere ist verwirrend: entweder «Plan für das Grundbuch» oder «Grundbuchplan», aber nur einen der beiden Begriffe verwenden. Im ZGB, Geoinformations-, AV- und Grundbuchrecht (inkl. Geobasisdatenkatalog), etc. ist ein einheitlicher Begriff anzustreben. In der Grundbuchverordnung soll der «Plan für das Grundbuch» durch «Grundbuchplan» ersetzt werden. In Art. 732 Abs. 2 ZGB, Art. 950 Abs. 1 ZGB und in der geänderten VAV bleibt die Bezeichnung «Plan für das Grundbuch». Damit klar ist, dass der gleiche Plan gemeint ist, sollte dieser wie im Gesetz bezeichnet werden.
Anhang 2, 2. Grundbuch- verordnung, Art. 21	Formulierung präzisieren und ergänzen: "... als Grundstück in das Grundbuch aufgenommen selbständige und dauernde Rechte, ..."	Vgl. Bemerkungen zu Art. 7, Abs. 2, Bst. b und c Nur diese Grundstücke sind im Grundbuchplan darzustellen und setzen das Vorliegen von Mutationsurkunden voraus.
Anhang 2, 2. Grundbuch- verordnung, Art. 21 Abs. 2	Ergänzung für örtlich eingeschränkte Dienstbarkeiten	In Analogie zu den Grundstücken müssten wohl konsequenterweise für die Veränderung örtlich eingeschränkter Dienstbarkeiten auch Mutationsurkunden angefertigt werden. Dies ist im Absatz 2 zu ergänzen.
Anhang 2, 6. GeoIV, Anhang 1	Auf die Zusammenlegung ist zu verzichten. Der Geobasisdaten-katalog ist wie folgt zu gestalten: <ul style="list-style-type: none"> - Differenzierung in ID 52 und 54-64 beibehalten. - Zusätzlich differenzieren zwischen LFP2 und LFP3 sowie zwischen HPF2 und HFP3. - Dienstbarkeiten zusätzlich aufnehmen. 	Katalog der Geobasisdaten wird zu 2 Ids zusammengefasst, Plan für das Grundbuch (Id 51) und Daten der amtlichen Vermessung (Id XX): Auf die Zusammenfassung der Einträge im Geobasisdatenkatalog soll im Hinblick auf das modulare Datenmodell DMflex verzichtet werden. Bisher gab es 11 Einträge im Geobasisdatankatalog mit einem zugeordneten Datenmodell. Neu ist es ein Eintrag mit mehreren zugeordneten Datenmodellen. Der Grund für die Zusammenfassung ist nicht ersichtlich. Die Beibehaltung der Differenzierung erlaubt es, bei Bedarf differenzierte Aussagen zur zuständigen Stelle (Delegation an Gemeinden), Zugangsberechtigung, Art der Bereitstellung, etc. zu machen. Einzelne Themen werden durch den Kanton bearbeitet (z.B. Lagefixpunkte LFP2), die meisten werden an die Gemeinden delegiert. Wenn alle Themen zusammengelegt werden, muss diese Differenzierung im kantonalen Geobasisdatenkatalog vorgenommen werden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 1 – 6	Reihenfolge prüfen	In den Erläuterungen ist erwähnt, dass die Reihenfolge der Art. 1 – 6 VAV-VBS der Aufzählung in Art. 5 VAV folgt. Dies ist aber nicht der Fall. In einem der beiden Entwürfe folgte wohl noch eine späte Umstellung, die noch nicht wieder abgeglichen wurde. Folglich müssten die aktuellen Art. 3 und 4 an den Anfang genommen werden. Bitte prüfen und ggf. anpassen.
Art. 3	Aufzählung ergänzen	Hier wäre eine volle Redundanz zum Art. 7a der TGBV betr. Inhalt des Plans für das Grundbuch klarer. Hier zwar wohl in Bst. f) mitgemeint, aber besser noch konkret aufführen: Gebäudeadressen, Hoheitsgrenzen.
Art. 3	Gebäude-Zustände präzisieren	Die Formulierung «bestehend, geplant oder projektiert» suggeriert 3 Zustände und ist damit verwirrend; gemeint sind wohl aber nur die 2 Zustände «bestehend» und «projektiert» (als klar bezeichnetem Zeitpunkt der Baubewilligungserteilung eines geplanten Gebäudes) → bitte nur von diesen 2 Begriffen sprechen.
Art. 4	Artikel-Überschrift ergänzen: Daten: Genauigkeit und Zuverlässigkeit	Die vorläufige Beibehaltung der bisherigen Regelungen geht in Ordnung. Der Begriff «Zuverlässigkeit» sollte auch in die Artikelüberschrift aufgenommen werden. Das in Aussicht stehende neue System der Informationsanforderungen IND-AV tönt zwar vielversprechend. Umgekehrt hat sich unserer Meinung nach auch das System der Toleranzstufen grundsätzlich gut bewährt. Um nicht allzu viel und für alle Objekte individuell und umfassend definieren zu müssen, ist unserer Meinung nach zu prüfen, ob nicht das System der Toleranzstufen subsidiär als Basiseinteilung beibehalten werden sollte und darüber hinaus neue Möglichkeiten individuell und objektspezifisch genutzt werden können.
Art. 6	Zweiten Absatz ergänzen mit den amtlichen Verzeichnissen	Neben den erwähnten abgeleiteten amtlichen Produkten sollten in einem zweiten Absatz auch die amtlichen Verzeichnisse erwähnt werden, welche zu einem wesentlichen Teil aus den Daten der amtlichen Vermessung abgeleitet werden, resp. für die Aktualisierung die Nachführungsprozesse der amtlichen Vermessung nutzen: <ul style="list-style-type: none"> • Amtliches Verzeichnis der Strassen, Id 196 • Amtliches Verzeichnis der Gebäudeadressen, Id 197

Artikelweise Detaillierterörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Art. 8	Klammerausdruck mit Versionsbezeichnung weglassen	Macht es Sinn, die Version auf Verordnungsstufe zu regeln? Bei jeder neuen Version des Interlis2-Standards muss auch die VAV-VBS angepasst werden. Reicht das nicht auf Stufe einer Weisung?
Art. 13	Abschwächen zu einer Kann-Formulierung Evtl. verallgemeinern und ausbauen zu einem Artikel zur Unterstützung weiterer Formate	Aktuell ist der Artikel zu einem vereinfachten Geodatenmodell so formuliert, dass V+D ein solches vereinfachtes Geodatenmodell zwingend zur Verfügung stellen muss. Unserer Meinung nach würde eine Kann-Formulierung ausreichen (bisher gar nicht im AV-Recht verankert). Wer nutzt das aktuelle Modell MO-Public? Wird dies breit genug genutzt? Wie ist das Aufwand-Nutzen-Verhältnis? In der doch schon langen Berufskarriere ist mir noch keine einzige Nachfrage nach MO-Public-Daten begegnet. Umgekehrt ist der Datentransfer über Geobau-dxf immer noch sehr weit verbreitet, da dies in CAD-Applikationen einfach importiert werden kann. Hier wäre eine Weiterentwicklung deutlich nutzenbringender. Ideal wäre ein einfaches Vektorformat, bei dem aber die Darstellung mittransferiert werden könnte.
Art. 14, Abs. 3	Absatz 3 streichen	Die Zyklen der periodischen Nachführung sind sehr hoch angesetzt. Abgesehen von den Sömmerungsgebieten und unproduktiven Gebieten (TS5) ist ein Zyklus von 3 – 6 Jahren vorgesehen. Das ist unserer Meinung nach zu hoch. Wir empfehlen, den Absatz 3 zu löschen und erst auf Weisungsstufe (gemäss aktuellem Absatz 4) in den Toleranzstufen 1–3 in der Regel auf 6 Jahre festzulegen, in den Toleranzstufen 4 und 5 auf 6 – 12 Jahre.
Art. 17	Verwaltung der amtlichen Vermessung, Grundsätze: Ergänzung betreffend Grundbuchkreise	Falls innerhalb einer Gemeinde unterschiedliche Grundbuchkreise existieren und weiterbestehen (z.B. aufgrund einer Gemeindefusion), ist der Bezug zu diesen in den Daten der amtlichen Vermessung abzubilden. Bisher erfolgte dies über die sog. NBIdent-Geometrie. Gegebenenfalls ist ein Ersatz dafür vorzusehen. Die bisherige Handhabung im Kanton St.Gallen hat sich nicht ganz bewährt, sie ist längerfristig nicht befriedigend. Aktuell sind die Grundstücknummern bei fusionierten Gemeinden im Grundbuch unverändert geblieben (in separaten Grundbuchkreisen). In der amtlichen Vermessung hat man einen Suffix (in der Regel der Anfangsbuchstabe der Ursprungsgemeinde) zur Grundstücknummer dazu eingeblendet. Für den Nutzer ist das aber nicht ersichtlich, so dass dies öfters zu Verwirrung führt. Es gilt die Vor- und Nachteile verschiedener Lösungsansätze, insbesondere allfälliger Bereinigungsaufwand für beide Seiten (AV und Grundbuch) sorgfältig

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

		<p>abzuwägen. Allenfalls braucht es Regeln, dass Suffixe im Grundbuch und in der amtlichen Vermessung zur Grundstücknummer dazuzuschlagen sind. Eine einheitliche schweizweite Lösung wird begrüsst.</p>
Art. 18	<p>Informationssicherheit: sorgfältigen Umgang bzgl. Aufwand und Nutzen anstreben: so viel wie nötig, so wenig wie möglich.</p> <p>Diskussion mit allen beteiligten Partnern führen.</p>	<p>Die Ansprüche an die Informationssicherheit steigen im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung unweigerlich.</p> <p>Umgekehrt können die Datenhaltungen der AV-Daten in den Geometerbüros bisher schlank organisiert werden, dennoch ist ein Datenverlust dank tagesaktueller Replikation auf verschiedene Portale (kantonales Geoportal, Bundes-Geodateninfrastruktur, Aggregationsinfrastruktur der Kantone, etc.) praktisch ausgeschlossen.</p> <p>Die V+D ist angehalten, neue Auflagen mit Augenmass umzusetzen und mit Vorarbeiten im Rahmen von Branchenlösungen den Aufwand für die beteiligten Unternehmen und kantonalen Vermessungsaufsichten so klein wie möglich zu halten.</p> <p>Die Auflagen betr. Informationssicherheit führen unweigerlich auch zu organisatorischen Fragen betr. Datenhaltung. Aus strategischer Sicht ist durchaus prüfenswert, wie (dezentrale) Bearbeiter auf einem zentralen Masterdatensatz arbeiten können. So können Anforderungen an Integrität, Prozessintegration und Aktualität gut erfüllt werden und die AV kann ein zuverlässiger Teil von eGov Lösungen sein.</p> <p>Zentral ist aber auch, dass die etablierten Prozesse der Nachführung der amtlichen Vermessung durch diese neuen Anforderungen nicht verteuert werden; respektive können gegebenenfalls dann solche Informatik-aufwendungen nicht mehr auf die «Verursacher», die Auslöser einer Nachführung, abgewälzt werden.</p> <p>Die vorgesehene Prüfung der Informationssicherheit durch die kantonalen Veremssungsaufsichten kann einiges an Mehraufwand mit sich bringen und ist deshalb möglichst schlank zu halten.</p> <p>In diesem Spannungsfeld braucht es eine sorgfältige Diskussion unter Einbezug aller beteiligten Partner. Allenfalls gilt es, die Infrastruktur als strategischen e-Government-Service zu positionieren und so auf Bund, Kanton und Gemeinden</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

		<p>abzuwählen, am besten gleich unter Einbezug einer eSignatur-Lösung für die Beglaubigungen im Bereich der amtlichen Vermessung.</p> <p>Wie ist der verlangte, jederzeitige Zugriff durch die kantonalen Vermessungsaufsichten zu verstehen? Nur Lesezugriff oder inkl. Schreibzugriff? Zugriff auf tagesaktuelle Freigabedaten oder originäre Daten? Eine Zugriffsmöglichkeit auf unfertige Zwischenstände in den originären Daten ist aus unserer Sicht nicht nötig resp. zielführend.</p>
Art. 30	Übergangsbestimmungen	<p>Im Kommentar zum Artikel 30 (Übergangsbestimmungen) wird ausgeführt, dass bis zum Inkrafttreten alle notwendigen Weisungen bereitstehen sollen. Dies kann unter Umständen das Inkrafttreten stark verzögern. Vergleiche dazu die einleitenden Ausführungen unter Punkt 2. «Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage».</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7c	b. die Fläche in Quadratmetern, die Nummer und den eidgenössischen Grundstücksidentifikator EGRID des Grundstücks ...	Der EGRID als schweizweit eindeutiger Identifikator sollte ebenfalls zum Beschrieb gehören.
Art. 7d Abs. 2 Bst. f und Abs. 3 Bst. d	Möglichkeiten zur digitalen Signatur zulassen.	Hier wird explizit eine Unterschrift verlangt. Kann eine Formulierung gewählt werden, welche auch elektronische Signaturen digitaler Dokumente zulässt (wie in Erläuterungen Kap 2.1.6 vorgesehen) resp. offensichtlich miteinschliesst?



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Kanton Schaffhausen, Volkswirtschaftsdepartement, Mühlentalstrasse 105, 8200 Schaffhausen,
sekretariat.vd@sh.ch

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Hannes Schärer, hannes.schaerer@sh.ch, 052 632 73 90

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die Notwendigkeit der Revision ist unbestritten. Inhalt und Dokumente sind weitgehend gut begründet und plausibel. In einigen Punkten sehen wir aber die Kontinuität und Qualität der amtlichen Vermessung gefährdet und schlagen ein anderes Vorgehen vor.

Wir bedanken uns für die gute Qualität der Vorlage und die Möglichkeit, detailliert dazu Stellung zu nehmen.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Gemäss dem erläuternden Bericht ist der Hauptanlass der Revision die Einführung des neuen Datenmodells DM.Flex. Am Anfang stehen aber gegenüber 1993 geänderte Bedürfnisse und neue Technologien. Daraus wurde DM.Flex entwickelt und deshalb müssen die Verordnungen angepasst werden. Diese Kausalität muss unbedingt bei der künftigen Weiterentwicklung bedacht werden.



Grundsätzlich wird deshalb eine Flexibilisierung der amtlichen Vermessung begrüsst. Sämtliche Änderungen sind aber zwingend einer Kosten- und Nutzenanalyse zu unterziehen. Die Stabilität der amtlichen Vermessung und deren Daten und Produkte muss so weit wie möglich erhalten bleiben.

In Kapitel 2.1.1 des erläuternden Berichts wird das "Change Board" erwähnt. "Es soll geprüft werden, welche Regelungen für die Organisation, die Kompetenzen und die Zuständigkeiten des Change Boards es brauchen würde". Das "Change Board" existiert bereits und verfügt über ein Reglement, das bereits veröffentlicht wurde. Zuständigkeiten, Organisation und Kompetenzen sind darin schon heute geregelt. Insbesondere ist dort geregelt, dass Änderungen des Datenmodells der amtlichen Vermessung immer zusammen mit der Umsetzungsplanung eingeführt werden, welche explizit technische, finanzielle, organisatorische und terminliche Aspekte umfassen. Um eine homogene Entwicklung der amtlichen Vermessung über die ganze Schweiz sicherzustellen, sind diese Aspekte von zentraler Bedeutung.

Die explizite Erwähnung der Dienstbarkeiten auf Verordnungsstufe als neue Thematik widerspricht der sonst offenen Formulierung der Verordnungstexte. Alle detaillierten Nennungen der einzelnen Informationsebenen in der alten TVAV wurden in den neuen Verordnungstexten gelöscht und analog den anderen Fachgebieten der Geoinformation auf die minimalen Geodatenmodelle verwiesen. Deshalb und weil weder organisatorische noch terminliche, technische und finanzielle Aspekte bekannt sind, ist auf die Einführung der Dienstbarkeiten als Teil der amtlichen Vermessung zu verzichten. Eine teilweise Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung kommt für den Kanton Schaffhausen nicht in Frage, da die negative Publizitätswirkung zu schwerwiegenden Fehlinterpretationen führen würde. Zudem ist die Idee, dass "auch Laien im Internet einfach eine präzise und über eine Schnittstelle in die AV-Daten überführbare Darstellung generieren und dann als Rechtsgrundausschnitt ausdrucken können" (Erläuternden Bericht, Kapitel 3.1.8) mit Vehemenz abzulehnen. Die Zuverlässigkeit und das öffentliche Ansehen von Grundbuch und amtlicher Vermessung würden massiven Schaden nehmen.

Die Regelungen in ZGB 732, Abs. 2, wonach "...sie (die Dienstbarkeiten) in einem Auszug des Planes für das Grundbuch zeichnerisch darzustellen" sind, wird falsch interpretiert. Dieser Passus regelt die Verwendung einer geeigneten Plangrundlage, was nicht bedeutet, dass die darauf dargestellten Dienstbarkeiten automatisch Teil der amtlichen Vermessung werden. Würde man diese Interpretation konsequent umsetzen, dann müssten auch Baueingaben jeglicher Art automatisch Teil der amtlichen Vermessung werden, da sie auch auf einem Auszug des Planes für das Grundbuch dargestellt werden müssen.

Zudem ist auch aus zivilrechtlicher Sicht (ZGB 732 II) darauf hinzuweisen, dass die Verwendung eines Planes für Dienstbarkeiten im Zivilgesetzbuch nicht zwingend vorgesehen ist bzw. ganz bewusst auch die Herstellung von Dienstbarkeitsplänen durch die Vertragsparteien möglich ist. Nur damit ist es im Übrigen möglich, noch nicht ausgeführte Überbauungen rechtlich umzusetzen und Liegenschaftsverkäufe ab Plan praktikabel durchzuführen.



Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach unserer Einschätzung möglicherweise den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Dies ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung. Die Kosten müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös abgeschätzt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten, welche Kostenbeteiligung des Bundes an den Kosten der Kantone für die Umsetzung vorgesehen ist.

Weder in den Erlassen noch im erläuternden Bericht lässt sich ableiten, welcher Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist. Unseres Erachtens sind für die Einführung der Prozesse, die Erarbeitung der zugehörigen Weisungen, der Migration der bestehenden Daten und der Anpassung der Umsysteme, welche die Daten der amtlichen Vermessung als Referenzdaten nutzen, mindestens drei Jahre ab Inkrafttreten zu veranschlagen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7, Abs. 2	<i>Buchstabe d ist zu streichen.</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
23	... kann, sind in der Regel innert drei Monaten ...	Es gibt Fälle, in denen diese Frist zu massiven Mehrkosten führt. Es gibt immer Ausnahmefälle, in denen die Fristeinholung nicht möglich ist, da nicht alle baulichen Veränderungen gleich schnell vor sich gehen.
44, Abs. 2 und 3	Abs. 2: Die Kantone können festlegen, welche Bestandteile der amtlichen Vermessung aus anderen Datensätzen übernommen werden können und die entsprechenden Prozesse regeln. Die Verantwortung über Qualität und Zuverlässigkeit bleibt dabei bei einem oder einer im Bundesregister eingetragenen Ingenieur-Geometer, bzw. Geometerin. Abs. 3: Das VBS kann weitere Ausnahmen festlegen.	Künftig sollen die Daten dort erfasst und gehalten werden, wo sie die höchste Qualität aufweisen. Redundanzen sind möglichst zu vermeiden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 12, Abs. 1 und 2	Abs. 1: Änderungen des Geodatenmodells beinhalten neben den technischen Modelländerungen die zugehörigen organisatorischen, finanziellen und terminlichen Aspekte. Abs. 2: Die V+D legt die Umsetzungsplanung nach Anhörung der Kantone fest.	Durch die Flexibilisierung des Datenmodells besteht die Gefahr, dass die Homogenität der amtlichen Vermessung über das Gebiet der Schweiz leidet. Mit einer strikten Umsetzungsplanung soll die Homogenität erhalten bleiben. Zugleich sollen mit dieser Regelung fortwährende kleine Änderungen verhindert werden, die die Stabilität gegenüber Nutzerinnen und Nutzern beeinträchtigen würden. Siehe auch allgemeine Bemerkungen zum "Change Board".

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7a	<i>Buchstabe b streichen</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
7b	c. Bergwerke	Die Bergwerke sollen gleich behandelt werden, wie die andern selbständigen dauernden Rechte. Auf die Dienstbarkeiten ist aus oben dargelegten Gründen zu verzichten.
7c	b. die Fläche in Quadratmetern, die Nummer und den eidgenössischen Grundstücksidentifikator EGRID des Grundstücks oder des selbständigen und dauernden Rechts;	Auf den EGRID als schweizweit eindeutiger Identifikator kann nicht verzichtet werden.

Bau- und Justizdepartement
Departementssekretariat

Rötihof / Werkhofstrasse 65
4509 Solothurn
Telefon 032 627 25 43
kanzlei@bd.so.ch
bd.so.ch

Albisetti Bernardo
Departementssekretär
Telefon 032 627 25 99
bernardo.albisetti@bd.so.ch

Eidgenössisches Departement für
Verteidigung Bevölkerungsschutz
und Sport VBS, swisstopo

Rechtsdienst

per e-mail

13. Mai 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit, uns zur Revision der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie den diesbezüglichen technischen Ausführungsverordnungen äussern zu können.

Wir können uns mit den vorgeschlagenen Änderungen des Revisionsentwurfes weitgehend einverstanden erklären. Anmerkungen zu den einzelnen Bestimmungen könne dem beigelegten Fragebogen entnommen werden.

Kritisch beurteilt der Kanton Solothurn hingegen die Absicht, die im Grundbuch verzeichneten Dienstbarkeiten im Rahmen der amtlichen Vermessung darzustellen.

Die Absicht, die Verfügbarkeit von Rechtsinformationen des Grundbuches zu erhöhen wird zwar grundsätzlich begrüsst. Wir beantragen gleichwohl auf die Darstellung von Grunddienstbarkeiten zu verzichten. Dies aus folgenden Gründen:

- Der heutige Art. 7 Abs. 3 VAV räumt den Kantonen bereits heute die Möglichkeit ein, vorzuschreiben, dass auch die Dienstbarkeitsgrenzen in der Amtlichen Vermessung dargestellt werden können, sofern sie lagemässig eindeutig definiert sind. Gemäss Bericht haben aber bisher nur sehr wenige Kantone davon Gebrauch gemacht. Es ist offensichtlich, dass die Aufnahme der Dienstbarkeitsgrenzen in den Plan für das Grundbuch kein Bedürfnis seitens der Kantone, Parteien und Grundbuchämter darstellt.
- Für die geometrische Einzeichnung der Dienstbarkeitsgrenzen ist angedacht, dass digitale Werkzeuge zur Verfügung gestellt werden, mit welchen auch Laien im Internet einfach eine präzise und über eine Schnittstelle in die AV-Daten überführbare Darstellung generieren und dann als Rechtsgrundausweis ausdrucken können. Diese digitalen Werkzeuge stehen heute weder zur Verfügung noch sind allfällige Lösungen evaluiert und getestet worden. Ein entsprechendes Pilotprojekt hat gar noch nicht begonnen und dennoch soll ein Obligatorium für die Aufnahme der DB-Grenzen in den Plan für das Grundbuch legiferiert werden? Zuerst müssen die Zuständigkeiten, Abläufe und die technischen Voraussetzungen definiert sein, bevor die Inhalte des Planes für das Grundbuch neu definiert wird. Wenn das Pilotprojekt nicht die notwendigen Ergebnisse hinsichtlich der Erfassung durch Laien liefert, werden bei der Umsetzung grosse Unsicherheiten generiert.

- Eine Rückerfassung der Dienstbarkeitspläne bis 2012 und allenfalls noch weiter zurück ist nicht realistisch. Dies aufgrund des enormen Arbeitsaufwandes verbunden mit den dafür notwendigen zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen, welche erfahrungsgemäss durch die einzelnen Kantone selber zu tragen wären. Vielmehr müsste die Erfassung - wenn überhaupt - für die künftigen Eintragungen erfolgen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die obligatorische Erfassung der Dienstbarkeitsgrenzen im Plan für das Grundbuch nicht durchdacht ist und deshalb die entsprechenden Bestimmungen aus der Vorlage zu streichen sind.

Freundliche Grüsse



Bernardo Albisetti
Departementssekretär

Beilagen: Fragebogen ausgefüllt

Kopie z.K:

- Sandra Kolly, Vorsteherin Bau- und Justizdepartement, Regierungsrätin
- Andreas Eng, Staatsschreiber
- Stefan Ziegler, Leiter Amt für Geoinformation Kanton Solothurn
- Jürg Studer, Departementssekretär Finanzdepartement
- Philipp Adam, Amtschreiberei-Inspektor
- Hanspeter Kolly, Amtschreiber Region Solothurn



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Bau- und Justizdepartement
Röthhof
Werkhofstrasse 65
4509 Solothurn

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Stefan Ziegler
stefan.ziegler@bd.so.ch
032 627 75 96

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Angesichts der künftigen Herausforderungen muss die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und swisstopo weiter verbessert werden. Entsprechend ist den Kantonen wichtig, dass die präzisierenden Regelungen gemeinsam erarbeitet und breit diskutiert werden können. Wir schlagen vor, Art. 3 VAV entsprechend umzuformulieren.

Im erläuternden Bericht (Kap. 2.1.1) wird suggeriert, dass die Revision der Gesetzgebung nötig sei, weil man das Datenmodell angepasst hat. Es ist aber umgekehrt: Weil sich die Anforderungen und Kundenbedürfnisse geändert haben, müssen die Erlasse angepasst werden. Die Anpassung des Datenmodells und der Prozesse sind die darauf logisch folgenden Schritte. Zudem ist festzuhalten,



dass das DM.flex zwar flexibel auf ändernde Bedürfnisse angepasst werden kann, dass dabei aber die Stabilität der amtlichen Vermessung weitestmöglich erhalten werden muss. Im selben Kapitel wird erwähnt, dass Regelungen für das Change Board geprüft werden sollen. Diese Regelungen existieren bereits, gemäss Rückmeldungen von KGK-Vertreter werden sie jedoch nicht in jedem Fall eingehalten. Insbesondere würden nicht strategische Themen erörtert, sondern technische Details diskutiert.

Analog zum Thema IND-AV ist auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung vorläufig zu verzichten. Offene Fragen wie das zugehörige Datenmodell, der Umgang mit der negativen Publizitätswirkung und daraus abgeleitet Startzeitpunkt und Vollständigkeitsanforderung wurden weder abschliessend diskutiert noch beantwortet. Das Thema soll aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht zur nötigen Reife gebracht werden.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach unserer Einschätzung möglicherweise den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Dies ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung in den Kantonen. Diese Kosten müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös abgeschätzt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten, welche Kostenbeteiligung des Bundes an diesen Kosten der Kantone für die Umsetzung vorgesehen ist. Auch gilt es zu beachten, dass die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Vollständigkeit hohe bis sehr hohe Kosten verursachen wird.

Weder in den Erlassen noch im erläuternden Bericht lässt sich ableiten, welcher Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist. Unseres Erachtens sind für die Einführung der Prozesse, die Erarbeitung der zugehörigen Weisungen und der Migration der bestehenden Daten mindestens drei Jahre ab Inkrafttreten zu veranschlagen. Wird an der Einführung der Dienstbarkeiten festgehalten, betrachten wir einen Zeitraum von 10 Jahren bis zur vollständigen Datenerhebung als realistisch.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3, Abs. 1	... legt nach Anhörung der kantonalen zuständigen Behörde die strategische Planung und übergeordneten Erlasse wie Richtlinien oder Weisungen der amtlichen Vermessung fest.	Mit der Verlagerung der Detailregelungen aus der Verordnung zu swisstopo ist wichtig, dass die Kantone dabei mindestens angehört werden und im Idealfall mitarbeiten können.
6, Abs. 2		Das Datenmodell DM.flex lässt sich technisch ohne weiteres erweitern. Für gewisse Arbeiten kann das sinnvoll sein. Der Wildwuchs der heutigen Praxis mit dem DM.01 ist aber klar zu vermeiden. Die Aussage im Absatz muss hinsichtlich des Zieles klarer definiert werden.
7, Abs. 2	<i>Buchstabe d ist zu streichen.</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
14a, Abs. 2	An anderer Stelle aufführen.	Bei einer möglichen Verwendung von Näherungsgeometrien für Kreisbogen handelt es sich nicht um Widersprüche gemäss Art. 14a und müssen entsprechend nicht wegbedungen werden. Es ist eine technische Implementierung / Umsetzung zur Verwaltung von Kreisbogen in einem Erfassungssystem.
23	... kann, sind in der Regel innert drei Monaten ...	In vielen Fällen führt eine massive Reduktion der Nachführungsfrist zu deutlich höheren Kosten. Entsprechend muss auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis betrachtet werden und nicht nur Ausnahmefälle wie klimatische Bedingungen. Ausserdem haben auch Bundesdaten diese Rahmenbedingungen zu erfüllen.
44, Abs. 2 und 3	Abs. 2: Die Kantone können festlegen, welche Bestandteile der amtlichen Vermessung aus anderen Datensätzen übernommen werden können und die entsprechenden Prozesse regeln. Die Verantwortung über Qualität und Zuverlässigkeit bleibt dabei bei einem oder einer im Bundesregister eingetragenen Ingenieur-Geometer, bzw. Geometerin. Abs. 3: Das VBS kann weitere Ausnahmen festlegen.	Künftig sollen die Daten dort erfasst und gehalten werden, wo sie die höchste Qualität aufweisen. Redundanzen sind möglichst zu vermeiden.
Fremdänderung GBV	Auf die Umbenennung «Plan für das Grundbuch» zu «Grundbuchplan» ist zu verzichten.	

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2, Abs. 2	Lagefixpunkte sind primär nach ihrer Lage, Höhenfixpunkte primär nach ihrer Höhe bestimmt.	Beide Fixpunktarten weisen auch die jeweils andere Information auf.
3	Die Begriffe "geplant" und "projektiert" sind zu präzisieren.	Insbesondere in Zusammenhang mit Art. 23 VAV, aber auch bei anderen Prozessen ist wichtig, dass alle Anwender unter diesen Begriffen dasselbe verstehen, bzw. dass diese gleich gegeneinander abgegrenzt werden. Dies kann durchaus im erläuternden Bericht festgehalten werden.
6	Der Begriff "Situationsplan", ist zu präzisieren, bzw. gegen häufig verwendete Begriffe wie z.B. "Katasterplan" abzugrenzen.	Einzelne Kantone unterscheiden klar zwischen "Katasterplan" als klar definiertes Produkt der AV, welches nur von einem Geometer herausgegeben werden darf und einem "Situationsplan", der ähnlich aussieht und von jedermann herausgegeben werden kann. Dies kann durchaus im erläuternden Bericht festgehalten werden.
6	Basisplan ist zu streichen.	Mit dem Vorhandensein von LK10 ergibt ein ähnliches Produkt im gleichen Masstabsbereich keinen Sinn mehr und verursacht unnötigen Aufwand.
7, Abs. 3		Es ist nicht klar was mit «eingebunden» verstanden werden kann. Ist damit eine Verlinkung gemeint oder das Kopieren der Daten?
10	Das Metadatenmodell...	Präzisierung. Es ist nicht klar, ob es sich um das Datenmodell der amtlichen Vermessung handelt oder um das Datenmodell der Metadaten.
11	Die V+D stellt einen Validierungsdienst zur Verfügung.	«...im Internet ein Instrument...»: Es ist nicht klar was gemeint ist. Eine Software zum Herunterladen? Einen Checkservice?

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

14, Abs. 3	a. in Sömmerungsgebieten, in unproduktiven Gebieten und bei Inhalten mit geringer Dynamik: 5-12 Jahre b. in allen übrigen Gebieten: 3-6 Jahre	Es macht wenig Sinn, mit grossem Aufwand Themen nachzuführen, welche sich auch über lange Zeiträume kaum oder nur marginal ändern wie beispielsweise Flussläufe, der Übergang von Vegetation und Fels oder statische Waldränder.
18, Abs. 2	Präzisierung notwendig.	Es ist nicht klar, was «jederzeit Zugriff» bedeutet.
22		Wie ist die Abgrenzung zu den abgeleiteten amtlichen Produkten? Warum ist das kein abgeleitetes Produkt?
24		Falls damit auch der Austausch zwischen Grundbuch und amtlicher Vermessung gemeint ist («Kleine Schnittstelle», AVGBS), muss die TGBV angepasst werden.
30, Abs. 1	... muss bis zum 31. Dezember 2025 vollzogen sein.	Siehe allgemeine Bemerkungen zum Einführungszeitraum.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
1	Siehe Art. 24 Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung.	
7a	<i>Buchstabe b streichen</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

7b	c. Bergwerke	Qualitätsanforderungen über alle Grundstücksarten; Einführung der Dienstbarkeiten verschieben.
7c	b. die Fläche in Quadratmetern, die Nummer und den eidgenössischen Grundstücksidentifikator EGRID des Grundstücks ...	Der EGRID als schweizweit eindeutiger Identifikator sollte ebenfalls zum Beschrieb gehören.



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
3003 Bern

(Im Word- wie auch im PDF-Format an: rechtsdienst@swisstopto.ch)

Schwyz, 12. April 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung und der technischen Verordnungen
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 2. Februar 2022 lädt das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) die Kantonsregierungen ein, bis zum 13. Mai 2022 zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung und der technischen Ausführungsverordnungen Stellung zu nehmen.

Wir begrüssen die Revision. In einigen Punkten haben wir jedoch klare Vorbehalte.

Grundsätzlich wünschen wir, die amtliche Vermessung auf einen einheitlichen Standard zu bringen, bevor sie mit Daten ergänzt wird, die nicht automatisch erhoben werden können. Wir erachten es jedoch als sinnvoll, das Datenmodell aus den Verordnungen zu entlassen.

Mit der neuen Verordnung sollen Dienstbarkeiten im Plan für das Grundbuch dargestellt werden. Wir begrüssen eine Regelung auf Stufe Bund. Uns scheint die vorgeschlagene Lösung allerdings zu wenig ausgereift. Eine umfassende Darstellung der Dienstbarkeiten erfordert unseres Erachtens ein eigenständiges Informationssystem mit einer gesicherten Finanzierung. Als Projektvorbild könnte der Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen dienen.

Die verkürzten Nachführungsfristen entsprechen nicht unseren Bedürfnissen und sind eher praxisfern. Wir erkennen kaum Nutzen in den gekürzten Fristen, da viele Kundenbedürfnisse schon heute mit der Verwaltung von projektierten Objekten abgedeckt sind. Kürzere Nachführungsfristen bedeuten deutlich höhere Nachführungskosten. Wenn sich für den Bund eine schnellere Nachführung rechnet, soll er die Kosten dafür voll übernehmen.

Die spezifischen Anpassungsvorschläge zu den genannten Kritikpunkten und zu weiteren Änderungen finden Sie, wie gewünscht, in den beiliegenden Antworten zu Ihrem Fragebogen. Bitte beachten Sie unsere Ergänzungen mit einem Abschnitt zum erläuternden Bericht und einem Abschnitt zu den Fremdänderungen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber

Beilage: erwähnt



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Regierungsrat des Kantons Schwyz, Staatskanzlei, Bahnhofstrasse 9, 6431 Schwyz

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Umweltdepartement, Amt für Geoinformation, Bahnhofstrasse 16, 6431 Schwyz

Dr. Tobias Dahinden, tobias.dahinden@sz.ch, 041 819 25 40

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja, mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Weisungen

Die geänderten Verordnungen delegieren der Eidgenössischen Vermessungsdirektion (V+D) viel Verantwortung. Das erlaubt ein flexibler Umgang mit den Vermessungsdaten und trotzdem eine schweizweit einheitliche Datenstruktur. Wir befürworten die Regulierungen mittels Weisungen. Wir sind allerdings auf eine wohlwollende Zusammenarbeit mit der V+D angewiesen. Wir legen auf eine Anhörung der Kantone, wie sie bisher erfolgt ist, wert.

Dienstbarkeiten

Wir verstehen den Wunsch, örtlich eingeschränkte Dienstbarkeiten als Teil des Plans für das Grundbuch darstellen zu wollen. Wir begrüßen eine Regelung auf Stufe Bund, denn die Grundbuchämter unterstehen bei uns den rechtlich eigenständigen Schwyzer Bezirken. Der Regierungsrat besitzt keine direkte Weisungsbefugnis. Die Schwyzer Grundbuchämter stehen, gemäss früheren Gesprächen, einer Veröffentlichung der Dienstbarkeiten eher negativ gegenüber. Sie äusserten Bedenken zur Durchmischung von öffentlichem Recht und Privatrecht. Eine Darstellung der Dienst-



barkeiten kann ohne eine schweizweite Regelung vermutlich nicht umgesetzt werden. Die Umsetzung der Erfassung der Dienstbarkeiten im Kanton Schwyz würde für die kantonale Vermessungsaufsicht herausfordernd werden.

Wir haben jedoch folgende, starke Vorbehalte:

- eine zusätzliche Darstellung der Dienstbarkeiten auf dem Plan für das Grundbuch erschwert die Leserlichkeit des Plans für das Grundbuch;
 - die örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten sind nur in sehr heterogener Form vorhanden:
 - es ist nicht zu erkennen, ob eine Dienstbarkeit nicht dargestellt wird, weil sie nicht örtlich erfasst wurde oder weil sie nicht existiert;
 - es ist nicht zu erkennen, ob eine Dienstbarkeit nicht dargestellt wird, weil sie vor 2012 erstellt wurde oder weil sie nicht existiert;
 - es ist nicht zu erkennen, ob eine Dienstbarkeit nicht dargestellt wird, weil sie im Rechtsgrundausweis genügend genau beschrieben wurde oder weil sie nicht existiert;
 - es ist nicht klar, ob und wie eine örtlich eingeschränkten Dienstbarkeit bei einer Nachführung des Plans für das Grundbuch, z. B. infolge einer Wald-, Gewässer- oder Wegrandänderung im Gelände, angepasst werden darf und muss;
 - die Darstellungen der Dienstbarkeiten sind nicht geregelt;
- dadurch leidet die *Glaubwürdigkeit* des Plans für das Grundbuch;
- die Erhebung und Bereinigung der bestehenden Dienstbarkeiten dürfte Jahre in Anspruch nehmen;
 - die Finanzierung der Erhebung und Bereinigung der bestehenden Dienstbarkeiten ist nicht geregelt und wurde im Bericht nicht erläutert;
 - es ist für uns nicht zu erkennen, wie die örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in einem einheitlichen Datenmodell erfasst und von den Grundbuchämtern zuverlässig gepflegt werden.

Wir lehnen daher die Änderungen zur Darstellung der örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten ab.

Wir empfehlen, die Dienstbarkeiten künftig auf Stufe Bund als eigener Geobasisdatensatz mit Zugangsberechtigungsstufe A und mit Zuständig bei den Kantonen zu behandeln. Wir stellen uns ein interaktives Informationssystem mit Dienstbarkeiten vor. Ein solches System wird mit dem Plan für das Grundbuch, dem Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, dem zukünftigen Leitungskataster Schweiz und dem zukünftigen, schweizweit einheitlichen Zugriff auf Grundstücksinformationen ergänzt.

Es liegt im Interesse des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, ein solches System zu entwickeln, da jenes die Publizität des geltenden Rechts fördert und Widersprüche aufdeckt. Wir empfehlen, die Entwicklung von Seiten des Eidgenössischen Amtes für Grundbuch und Bodenrecht (EGBA) zu steuern und nicht von Seiten der V+D. Die Regelung hat in den Rechtsgrundlagen des Grundbuchs zu erfolgen.



Sonst wird es aus unserer Sicht fast unmöglich, einheitlich und fristgerecht die örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten zu erheben.

Nachführungsfristen

Wir halten es nicht für sinnvoll, laufende Nachführungen regelmässig in weniger als *zehn* Monaten durchzuführen. Eine dreimonatige Frist, wie sie vorgeschlagen wurde, können wir nicht erfüllen. Synergieeffekte, z. B. Anfahrtswege, gehen bei kürzeren Nachführungsfristen verloren. Dadurch steigen die Kosten.

Durch die kürzeren Nachführungsfristen entsteht uns kaum zusätzlicher Nutzen, da viele Kundenbedürfnisse schon heute mit der Verwaltung von projektierten Objekten abgedeckt sind. Kürzere Nachführungsfristen bedeuten deutlich höhere Nachführungskosten. Eine Kostenübernahme kommt für uns daher nicht in Frage. Eine Kostenübernahme durch den Bauherrn erachten wir als nicht zumutbar. Daher müsste der Bund die zusätzlichen Kosten, die durch die verkürzten Nachführungsfristen entstehen, übernehmen.

Wir lehnen daher die geänderten Nachführungsfristen ab. Wir schlagen vor, die Nachführungsfristen neu zu regeln, wenn das neue System zu den Informationsanforderungen in der amtlichen Vermessung (IND-AV) eingeführt wird.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Kosten

Die Weiterentwicklung der amtlichen Vermessung erachten wir als wichtig und richtig. Es ist uns bewusst, dass eine Weiterentwicklung Kosten verursacht und wir einen Teil der Kosten übernehmen müssen.

Der erläuternde Bericht gibt eine grobe Abschätzung über die Kosten, die für den Bund entstehen. Leider können wir nicht erkennen, welche Aufgaben damit abgedeckt werden und zu welchen Teilen. Im Bericht sind nur zwei Hauptaufgaben erwähnt: das neue Datenmodell und die Einführung der Dienstbarkeiten. Für den Kanton entstehen unter Umständen erhebliche, zusätzliche Kosten:

- falls Dienstbarkeiten erfasst und nachgeführt werden müssen;
- falls Objekte genauer, detaillierter oder in der dritten Dimension erfasst werden müssen;
- falls Objekte öfters vermessen werden müssen.

Wir sind nicht gewillt, solche zusätzlichen Kosten zu tragen.

Übergangsfristen

Die Umsetzung der neuen Verordnungen erfordert eine Umstellung des Datenmodells während Erneuerungen stattfinden. Gemäss Auskunft der V+D ist mit einer Übergangsfrist von 2 Jahren zu rechnen. Wir empfehlen, vorgängig ein Pilotprojekt



mit dem neuen Datenmodell (DM.flex) durchzuführen. Die Übergangsfrist ist auf vier Jahre zu verlängern.

Weiteres

Bitte beachten Sie unsere Ergänzungen des Fragebogens:

- mit einem Abschnitt zum erläuternden Bericht;
- mit einem Abschnitt zu den Fremdänderungen.

Artikelweise Detaillierung
Verordnung über die amtliche Vermessung

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag Autre proposition Proposta di modifica	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 5 Abs. 1 Bst. b	die <i>Vermessungszeichen für Fixpunkte</i> und die <i>Grenzzeichen</i> im Gelände (Punktzeichen);	In Art. 21 GeolG werden Vermessungs- und Grenzzeichen genannt. Mit der vorgeschlagenen Formulierung werden Fixpunktzeichen klar als Vermessungszeichen bezeichnet. Zudem wird der Bezug zu Art. 21 GeolG deutlich.
Art. 7 Abs. 2 Bst. d	Streichen.	<p>Art. 732 Abs. 2 ZGB regelt die Darstellung von Dienstbarkeiten in Auszügen des Plans für das Grundbuch. Eine Darstellung der Dienstbarkeiten im Plan für das Grundbuch ist deutlich weitreichender.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das Datenmodell und die technischen Anforderungen an die Dienstbarkeiten sind unbekannt. Es ist unklar, wie präzise die Dienstbarkeiten erfasst werden. - Die Definition von «zeichnerisch eindeutigen Darstellung ihrer Grenzen» in Abs. 2 Bst. d. ist nur vage formuliert. Es besteht das Risiko, dass dies sehr unterschiedlich angewendet wird. - Es wird vermutet, dass die Dienstbarkeiten über viele Jahre hinweg nicht flächendeckend zeichnerisch erfasst sein werden. Damit entsteht eine sehr heterogene Darstellung. - Die Darstellung eines Wegrechts als Dienstbarkeit kann der Rechtssicherheit dienen, wenn ein Erschliessungsweg in der AV nicht erfasst ist. <p>Bitte beachten Sie unseren ausführlichen Kommentar oben.</p>
Art. 7 Abs. 4	Streichen.	s. o.
Art. 23 Abs. 1	Die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für deren Nachführung ein Meldewesen organisiert werden kann, sind innert <i>zwölf</i> Monaten nach Eintreten einer Veränderung nachzuführen.	<p>Der Begriff «überführt» ist in diesem Zusammenhang nicht verständlich.</p> <p>Die laufende Nachführung innert drei Monaten können wir nur unter erheblichem Aufwand gewährleisten. Der Kanton ist nicht gewillt, die zusätzlichen Kosten zu übernehmen oder an die Eigentümer oder an die Gemeinden zu übertragen. Falls die kürzeren Fristen von den Nutzern der amtlichen Vermessung verlangt werden, sollten die Kosten auf diese Nutzer überwälzt werden.</p> <p>In Tallagen liesse sich eine Nachführung innert <i>zehn</i> Monaten realisieren. In Berggebieten ist witterungsbedingt mit <i>zwölf</i> Monaten zu rechnen. Damit drängt sich eine einheitliche Frist von <i>zwölf</i> Monaten auf.</p>

**Artikelweise Detailerörterung
Verordnung über die amtliche Vermessung**

		Bitte beachten Sie unseren ausführlichen Kommentar oben.
Art. 23 Abs. 2	Streichen.	Wir sehen hier keinen Nutzen in kantonalen Einzellösungen.

**Artikelweise Detailerörterung
Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung**

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag Autre proposition Proposta di modifica	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 2 Abs. 2	Lagefixpunkte sind nach ihrer Lage und <i>in der Regel nach ihrer Höhe</i> bestimmt. Höhenfixpunkte sind nach ihrer Lage und in der Höhe bestimmt.	Lagefixpunkte haben in der Regel eine Höhe. Die vorgeschlagene Formulierung lehnt sich an die bestehende Formulierung zu Höhenfixpunkten in Art. 47 TVAV an.
Art. 2 Abs. 4	Prüfen.	Der Absatz steht im Widerspruch zu Kapitel 5.2 der Fixpunktstrategie für die amtliche Vermessung. Dort steht: «In der amtlichen Vermessung gibt es keine neuen Gemeindenivellements (HFP3-Netze).» Die konsequente Anwendung wäre folgendermassen: Eine Erweiterung des Gemeindenivellement in das bestehende HFP3-Netz würde in die amtliche Vermessung eingepflegt. Ein neues Gemeindenivellement würde jedoch nicht aufgenommen. Es gäbe daher weiterhin Gemeinden mit und solche ohne HFP3-Netz.
Art. 3	Die Daten der amtlichen Vermessung enthalten die Daten des Plans für das Grundbuch (Art. 7 VAV und Art. 7a TGBV) und weitere Informationen, insbesondere die Daten zu:	Die Daten des Plans für das Grundbuch werden im Detail in der TGBV geregelt. Mit dem zusätzlichen Verweis wird darauf hingewiesen.
Art. 3 Bst. a	den Punktzeichen <i>nach Art. 1</i> ;	Präzisierung.
Art. 3 Bst. b	den bestehenden <i>und</i> geplanten oder projektierten Gebäuden nach den Artikeln 2 Buchstabe b und 7 Absatz 1 Buchstaben a und b sowie Absatz 2 der Verordnung vom 9. Juni 2017 über das eidgenössische Gebäude- und Wohnregister sowie den übrigen bestehenden <i>und</i> geplanten oder projektierten Bauten und Anlagen;	Der Grund zur Unterscheidung zwischen «geplant» und «projektiert» ist für uns unklar. Wir vermuten einen Bezug zu Art. 7 Abs. 2 VGWR. Keinesfalls sollten deswegen verschiedene Zustände (geplant, projektiert) erfasst werden. Eine Unterscheidung führt zwangsläufig zu Datenleichen. Der Begriff «geplant» muss, wenn möglich, gestrichen werden.

		<p>Für die amtliche Vermessung fehlt unseres Erachtens die rechtliche Grundlage zur Erfassung geplanter oder projektierter Objekte. Gemäss Art. 29 Abs. 2 Bst. d GeolG soll «die topographische Information» erfasst werden. Das ist landläufig eher der Ist-Zustand.</p> <p>Bitte prüfen Sie die Rechtsgrundlage. Die Erfassung projektierter Objekte sollte zumindest auf Stufe VAV geregelt werden.</p> <p>Hinweis für die zu erstellenden Weisungen: Der Bericht definiert derzeit: «Projektiert ist ein Gebäude, sobald die Baubewilligung erteilt wurde (Art. 7 VGWR).» Bei der Erteilung der Baubewilligung ist eine Baubewilligung in der Regel noch nicht rechtsgültig, da noch Rechtsmittel erhoben werden können. Wir schlagen eine präzisere Definition für die Praxis vor: «Projektiert ist ein Gebäude, sobald die Baubewilligung erteilt wurde (Art. 7 VGWR) und Rechtskraft erhalten hat.»</p>
Art. 3 Bst. c	den bestehenden und geplanten oder projektieren Verkehrsweegen;	s. Art. 3 Bst. b
Art. 9 Abs. 3	Jedes Objekt enthält Informationen zu seiner Historie.	Wir schlagen eine allgemeinere Formulierung vor. Ihre Formulierung erachten wir als zu explizit. Sie definiert bereits das Datenmodell im Detail. Die Datenmodelldefinition sollte Teil der Weisungen sein und nicht Teil der Verordnung. Zudem bietet das Datum der letzten Änderung für sich zu wenig Informationen, um technisch einfach eine Historie aufbauen zu können.
Art. 14 Abs. 3	Der Nachführungszyklus dauert in der Regel 6-12 Jahre. Für einzelne Objektarten und bestimmte Gebiete können Ausnahmen festgelegt werden.	Eine zeitnahe Nachführung wird mit den heutigen Strukturen nur schwer erreicht werden. Für einzelne Objektarten kann die Nachführung seltener durchgeführt werden. In Gebieten mit besonderen Anforderungen kann die Nachführung intensiviert werden, falls dies erforderlich ist. <p>Für eine schnellere Nachführung müssen die finanziellen Mittel vorhanden sein. Sonst können die Nachführungsfristen nicht umgesetzt werden. Weiter ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu beachten.</p>
Art. 18 Abs. 1 Fussnote	Die Normen können gegen Bezahlung bei der Schweizerischen Normen-Vereinigung (SNV), Sulzerallee 70, 8404 Winterthur; www.snv.ch , online eingesehen und bezogen werden.	Die Einsicht in die Normen ist in jedem Fall kostenpflichtig. Grammatikalische Korrektur.
Art. 20 Abs. 1 Bst. c	In die TGBV verschoben.	Die Grundbuchämter geben die allseits unterschriebenen Grundstücksmutationsurkunden nicht heraus. Daher sind die Grundbuchämter selbst für die Historisierung zuständig. Die Regelung muss deswegen in die TGBV verschoben werden. Sollten hier die einseitig von den Geometern unterschriebenen Grundstücksmutationsurkunden gemeint sein, wäre dies im Bericht genauer zu erläutern.

		Anmerkung: Im Kanton Schwyz unterstehen die Grundbuchämter den rechtlich eigenständigen Bezirken.
Art. 22 Abs. 1	Ein Auszug besteht aus einer analogen oder digitalen Darstellung der Inhalte der Daten der amtlichen Vermessung über mindestens eine Liegenschaft oder ein selbstständiges und dauerndes Recht. <i>Grafische Auszüge können Teilgebiete abdecken.</i>	Bei grafischen Auszügen (Katasterpläne oder Pläne für das Grundbuch) kann bei sehr grossen Grundstücken eine Aufteilung notwendig sein, z. B. bei Grundstück «386 Muotathal» (E-GRID: CH807840472209).
Art. 30	<p>¹ Die Daten der amtlichen Vermessung müssen innert vier Jahren nach Inkraftsetzung dieser Verordnung in den Standard eCH-0031 INTERLIS 2 - Referenzhandbuch (Stand 7. September 2016) überführt sein.</p> <p>² Bestehende kantonale Mehranforderungen sind erlaubt, bis die Daten der amtlichen Vermessung in den eCH-0031 INTERLIS 2 Standard gemäss Abs. 1 überführt sind.</p> <p>³ Die Armee trägt die Kosten der Nachführung der amtlichen Vermessung von militärischen Anlagen, die zwischen dem 1. Juli 2008 und dem Inkrafttreten dieser Verordnung einer zivilen Nutzung zugeführt wurden.</p>	<p>Für den Wechsel der Beschreibungssprache ist eine Übergangsfrist unnötig. Die Übergangsfrist ist für die Anpassungen der Daten auf das neue Datenmodell DM.flex, welches von der V+D erlassen wird, erforderlich.</p> <p>Die Übergangsfrist von vier Jahren ermöglicht einen Pilotbetrieb des neuen Datenmodells in ein bis zwei Kantonen für zwei Jahre. Während dieser Zeit können notwendige Anpassungen, etwa am Datenmodell oder an der Software, vorgenommen werden. Weitere zwei Jahre dienen zur Einführung des neuen Datenmodells in den restlichen Kantonen.</p> <p>Für die kantonalen Mehranforderungen braucht es ebenfalls eine Übergangsfrist.</p>

Artikelweise Detailerörterung Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag Autre proposition Proposta di modifica	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7a Bst. b	Streichen.	Bitte beachten Sie unseren Kommentar oben zu den Dienstbarkeiten.
Art. 7b Bst. c	<i>in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten;</i> Bergwerken;	Bitte beachten Sie unseren Kommentar oben zu den Dienstbarkeiten. Die Bergwerke sind explizit aufzuführen. Bergwerke werden im Art. 655 ZGB und in Art. 7a Bst. a TGBV ebenfalls explizit aufgeführt.
Art. 7c Abs. 1 Bst. b	die Fläche in Quadratmetern und die Nummern des Grundstücks (<i>Grundstücksnummer und EGRID</i>) oder des selbstständigen und dauernden Rechts;	Es ist wichtig, dass sowohl die Grundstücksnummer als auch der EGRID vorhanden sind.
Art. 7c Abs. 1 Bst. c	die amtlichen Gebäudeadressen nach den Artikeln 26b und 26c GeoNV ⁷ ;	Präzisierung.

**Artikelweise Detailerörterung
Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch**

Art. 7c Abs. 1 Bst. e	eine Liste der bestehenden Gebäude nach den Artikeln 2 Buchstabe b und 7 Absatz 1 Buchstabe b VGWR ⁸ mit ihren Nummern gemäss Art. 20 GBV sowie der übrigen bestehenden Bauten und Anlagen;	Gemäss Art. 20. Abs 1 Bst. d. GBV müsste die Grundstücksbeschreibung Gebäude und deren Nummern enthalten. Ob Nummern mit Gebäudeadressen entsprechend Art. 7c TGBV und Art. 46 Abs. 1 VAV gleichgesetzt werden darf, sollte überprüft werden. Wir erachten die Gebäudenummern als wichtig. Die Gebäude- oder Assekuranznummer stellen den Bezug zwischen der graphischen Darstellung und dem Grundstücksbeschriftung her. Die Gebäudenummern werden in vielen Verträgen im Grundbuchwesen verwendet.
Art. 7d Abs. 4	<i>Die Grundbuchämter archivieren die Mutationsurkunden in digitaler Form.</i>	In Zusammenhang mit Art. 20 Abs. 1 Bst. c VAV-VBS: Die Grundbuchämter geben die allseits unterschriebenen Mutationsurkunden nicht heraus. Deshalb hat die Archivierung durch die Grundbuchämter zu erfolgen.

Bemerkungen zum erläuternden Bericht

Kapitel	Titel	Bemerkungen
2.1.5	Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung	Es fehlen uns Informationen, in welcher Weise die Dienstbarkeiten dargestellt werden sollen. Daher hätten wir begrüsst: <ul style="list-style-type: none"> - wenn wir dazu graphische Beispiele erhalten hätten; - wenn die Genauigkeitsanforderungen umschrieben worden wären; - wenn genauer beschrieben worden wäre, wie die Dienstbarkeiten eingebunden werden. Allerdings sprechen wir uns gegen eine Aufnahme der Dienstbarkeiten in den Plan für das Grundbuch aus. Damit entfällt der Abschnitt.
2.1.7	Ermöglichung der Dokumentation des Untergrunds	Der Bericht vermerkt, der Gesetzgeber habe mutmasslich Interesse an der Vermessung des Untergrundes. Dazu wird auf eine Botschaft zum GeolG (BBl 2006 7817) verwiesen, jedoch auf keine Gesetzesgrundlage. Die Erfassung des Untergrundes ist daher auf die Objekte zu beschränken, die bereits heute in der amtlichen Vermessung erfasst werden. Für die 3D-Erfassung dieser Objekte müssen die finanziellen Mittel vorhanden sein. Weiter gilt es den Nutzen gut abzuklären und das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu beachten.

2.2.2	Gesetzgeberische Implementierung des neuen Datenmodells	<p>Im Bericht steht: «Für den Plan für das Grundbuch sind besondere Festlegungen notwendig (als Attribute im Interlis-File).» Es ist uns nicht bekannt, welche besonderen Festlegungen (als Attribute im Interlis-File) es geben soll. Bitte präzisieren Sie, um welche Festlegungen es sich handelt.</p>
3.1.19	Artikel 23 Laufende Nachführung	<p>Die Definition des Zeitpunktes über das Eintreten einer Veränderung sehen wir kritisch:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Veränderungen treten bereits mit Baubeginn ein, Bautätigkeiten dauern allerdings oft längere Zeit; – geplante Objekte können sich ständig ändern, solange keine Baubewilligung vorliegt. <p>Bitte definieren Sie den Zeitpunkt präzise. Beachten Sie bitte: Es ist nicht wirtschaftlich, wenn der Geometer mehrmals auf die Baustelle muss, z. B. um erst das Gebäude zu vermessen und später die Anpassungen der Umgebung und eventuell nochmals, für die Absteckung und Vermarkung der Grenzpunkte. Die Vermessung wird sinnvollerweise erst nach der Abnahme durch die Baubehörde durchgeführt.</p> <p>Die Nachführungsfrist sollte künftig an die Informationsanforderungen der amtlichen Vermessung (IND-AV) angepasst sein. Für die Bauplanung und Bauausführung erwarten wir künftig einen gesamtheitlichen Prozess mit einem Bauinformationsmodell (BIM). Der Stand einer Veränderung könnte aus dem BIM bezogen werden. Die amtliche Vermessung müsste den Stand der Veränderung nicht dauernd nachführen. Die Nachführung muss nur am Ende der Veränderungsphase durchgeführt werden.</p> <p>Bitte prüfen Sie, ob dieser Ansatz die kürzeren Nachführungsfristen obsolet macht.</p>
3.1.37	Artikel 46 Arbeiten auf dem Bahngelände	<p>Geometer sind in der Regel weder befähigt noch befugt im Gleiskörper Arbeiten auszuführen. Trotz Art. 20 GeolG darf ein Geometer und sein Personal den Gleiskörper nicht vorbehaltlos betreten. Die Feldarbeiten im Bereich des Gleiskörpers müssen von einem Sicherheitschef oder von einem Sicherheitswärter beaufsichtigt werden. Wir empfehlen, im Bericht und in einer Weisung folgendermassen darauf aufmerksam zu machen:</p> <p><i>«Vor der Durchführung der Feldarbeiten für Ersterhebungen, Erneuerungen und Nachführungen im Bahngelände von Bahnunternehmungen, die dem Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957 unterstehen, sind diese anzuhören.»</i></p>
3.2	Anhang 1 Bemessung des Bundesbeitrages	<p>Bitte erwähnen Sie, dass gemäss Ziffer 5 im Anhang der VAV neu bei Massnahmen «infolge dauernder Bodenverschiebungen» die Ansätze jenen der Ersterhebung und Vermarkung gleichkommen.</p>

3.3.10 ff.	Nationalstrassenverordnung (NSV) und weitere	Der Verweis sollte auf Ziffer 3.3.4 statt 3.3.5 zeigen.
3.4.4	Artikel 3 Daten: Inhalt (Art. 5 Abs. 1 Bst. a VAV)	Im Bericht wird der Begriff «Namen wichtiger Objekte» verwendet. Er gibt weder im Bericht, noch in der GeoNV, noch in der Dokumentation zum Minimalen Geodatenmodell der amtlichen Vermessung im Modul Nomenklatur AV eine passende Definition. Bitte präzisieren Sie den Bericht.
3.4.4	Artikel 3 Daten: Inhalt (Art. 5 Abs. 1 Bst. a VAV)	Gebäudeadressen sind <i>nicht</i> offensichtlich als Bestandteil der AV ersichtlich. Bitte dokumentieren Sie explizit, ob Art. 5 Abs. 1 Bst. a VAV diese abdeckt. Wir wünschen uns zudem einen Verweis auf Art. 7a Bst. h TGBV, der den Inhalt des Plan für das Grundbuch definiert.
3.4.5	Artikel 4 Daten: Genauigkeit (Art. 5 Abs. 2 VAV)	Wir würden die Weisungsbefugnis für die Genauigkeits- und Zuverlässigkeitsdefinition nur bei der V+D sehen. Bitte erklären Sie, warum das EGBA ebenfalls Weisungsbefugnis erhält.
ebenda		Wir sind mit der Aussage, heute könne genauer gemessen werden als früher, <i>nicht</i> einverstanden. Es ist heute jedoch möglich, mit geringerem Aufwand als früher eine hohe Genauigkeit zu erreichen. Wir erachten es nicht als sinnvoll, die Genauigkeitsanforderungen generell zu erhöhen. Wir sehen Potential für Genauigkeitsanpassungen mittels «Information need definition». Allerdings darf aus Kostengründen nur dort eine hohe Genauigkeit vorgeschrieben werden, wo diese zwingend erforderlich ist.
3.4.7 und 3.4.9	Artikel 6 Abgeleitete amtliche Produkte (Art. 5 Abs. 2 VAV) Artikel 7 Grundsätze (Art. 6 VAV)	Der Begriff Situationsplan ist zu präzisieren. Der Unterschied zum Begriff Katasterplan, der in der Praxis stark genutzt wird, ist zu verdeutlichen. Bitte prüfen Sie zudem, ob für den Basisplan weiterhin ein Kundenbedürfnis besteht.
3.4.11	Artikel 9 Objekte (Art. 6 VAV)	Wir erkennen den Wunsch, Objekte, insbesondere Gebäude, als Volumenkörper erfassen zu wollen. Allerdings erachten wir Art. 7 Abs. 1 VAV-VBS als zwingende Voraussetzung. Die Voraussetzung sehen wir derzeit für Volumen als <i>nicht</i> gegeben. Insbesondere reichen 2D-Pläne für die Rechtssicherheit bei Stockwerkeigentum. Allerdings wollen wir einer künftigen, kostengünstigen Erfassung der Gebäudehüllen als Volumenkörper nicht im Wege stehen und verzichten auf einen Antrag auf Streichung. Wir bitten Sie jedoch, im Bericht festzuhalten, wozu die Volumenkörper dienen sollen. Für die Erfassung von Volumenkörpern müssen die finanziellen Mittel vorhanden sein. Weiter gilt es, den Nutzen gut abzuklären und das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu beachten.
3.5.6.	Artikel 7c Grundstückbeschreibung	Der Verweis muss auf Art. 20 GBV statt Art. 21 GBV zeigen.

Fremdänderungen

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag Autre proposition Proposta di modifica	Bemerkungen Remarques Osservazioni
GBV, ganzer Erlass	Plan für das Grundbuch	Bitte verwenden Sie in der gesamten Gesetzgebung durchgehend den gleichen Begriff. Aus historischen Gründen ist der Begriff «Plan für das Grundbuch» vorzuziehen, obwohl der Begriff «Grundbuchplan» in der Bevölkerung gebräuchlicher ist.
GBV, neuer Artikel	<p>Art. 141a Berichtigung von befristeten Rechten</p> <p>¹ Befristete Rechte, namentlich Baurechte, werden infolge Ablaufs der Frist von Amtes wegen gelöscht.</p> <p>² Rechtsgeber und Rechtsnehmer werden vom Grundbuchamt rechtzeitig auf den Ablauf der Frist hingewiesen und über die Verlängerungsmöglichkeit informiert.</p> <p>³ Das Grundbuchamt orientiert die kantonale Vermessungsaufsicht innert 20 Tagen ab dem Ablauf der Frist des Rechts über dessen Ablauf und die Löschung, wenn das Recht für den Plan für das Grundbuch relevant ist.</p>	<p>Einige Rechte, insbesondere Baurechte, können befristet sein. Die Löschung befristeter Rechte mit abgelaufener Frist hat auf Grundlage von Art. 976 ZGB zu erfolgen. Würden die abgelaufenen Rechte nicht gelöscht, wären im Grundbuch Einträge vorhanden, die nicht rechtsbegründend sind. Die Ablaufdaten der Baurechte werden in den AV-Daten nicht verwaltet. Die Löschung muss daher der kantonalen Vermessungsaufsicht gemeldet werden, damit der Plan für das Grundbuch aktualisiert werden kann. Die Meldungen haben wie bei der Plangenehmigung (siehe Ziffer 3.3 «Anhang 2 Änderung anderer Erlasse» im erläuternden Bericht) innert 20 Tagen zu erfolgen. Erfolgt keine Benachrichtigung über den Ablauf des Rechts, werden im Plan für das Grundbuch die Rechte weiterhin dargestellt. Der Plan für das Grundbuch steht damit im Widerspruch zum Grundbuch, obwohl beide in gleicher Weise rechtsbegründend und verbindlich sind. Wir empfehlen, das zuständige Grundbuchamt informiert Rechtsnehmer und Rechtsgeber rechtzeitig über den Ablauf der Frist, damit diese allenfalls das Recht vor Ablauf der Frist verlängern können. In der Folge gilt es, die Kostentragung auf Seite Grundbuch und amtlicher Vermessung zu regeln. Wir empfehlen, die Kosten für die Löschung im Grundbuch und in der amtlichen Vermessung auf den Baurechtgeber abzuwälzen.</p>
GeolV, Anhang 1, neuer Datensatz	<p>Bezeichnung: Dienstbarkeiten</p> <p>Rechtsgrundlagen: SR 210 Art. 732 Abs. 2</p> <p>Zuständige Stelle: Kantone [EGBA]</p> <p>Georeferenzdaten: Nein</p> <p>ÖREB-Kataster: Nein</p> <p>Zugangsberechtigungsstufe: A</p> <p>Download-Dienst: Ja</p> <p>Identifikator: XX</p>	Bitte beachten Sie unseren Kommentar oben zu den Dienstbarkeiten.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Frau Viola Amherd
Bundesrätin
3003 Bern

Frauenfeld, 26. April 2022
265

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV; SR 211.432.2) und zu den technischen Ausführungsverordnungen Stellung zu nehmen.

Wir befürworten die vorgesehenen Änderungen grundsätzlich. Zu einzelnen Punkten möchten wir jedoch Hinweise und Änderungswünsche anbringen. Sie finden diese im beiliegenden Fragebogen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Beilage:

- Antwortformular



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Amt für Geoinformation, Kanton Thurgau

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
Martin Barrucci, martin.barrucci@tg.ch, 058 345 54 39
Michael Burkard, michael.burkard@tg.ch, 058 345 54 41

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die Dokumente und der Inhalt der Revision entsprechen weitgehend den modernen Anforderungen und den paritätisch erarbeiteten Entwürfen. Die Absicht der Revisionen sowie die Beschreibungen und Begründungen zu den einzelnen Artikeln sind in der Regel ausführlich, verständlich und sinnvoll. Wir danken für die insgesamt gute Qualität der Vorlage. Die Vorbehalte ergeben sich aus den nachstehenden Detailanmerkungen.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Angesichts der künftigen Herausforderungen muss die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und swisstopo weiter verbessert werden. Entsprechend ist es für die Kantone wichtig, dass die präzisierenden Regelungen gemeinsam erarbeitet und breit diskutiert werden können. Wir schlagen vor, Art. 3 der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV; SR 211.432.2) entsprechend umzuformulieren.



Im erläuternden Bericht (Kap. 2.1.1) wird suggeriert, dass die Revision der Gesetzgebung nötig sei, weil man das Datenmodell angepasst hat. Es ist aber umgekehrt: Weil sich die Anforderungen und Kundenbedürfnisse geändert haben, müssen die Erlasse angepasst werden. Die Anpassung des Datenmodells und der Prozesse sind die darauf logisch folgenden Schritte. Zudem ist festzuhalten, dass das DM.flex zwar flexibel auf ändernde Bedürfnisse angepasst werden kann, dass dabei aber die Stabilität der amtlichen Vermessung so weit als möglich erhalten bleiben muss. Im selben Kapitel wird erwähnt, dass Regelungen für das Change Board geprüft werden sollen. Diese Regelungen existieren bereits. Gemäss Rückmeldungen unserer Mitglieder werden sie jedoch nicht in jedem Fall eingehalten. Insbesondere würden nicht strategische Themen erörtert, sondern technische Details diskutiert.

Analog zum Thema IND-AV ist auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung vorläufig zu verzichten. Offene Fragen wie das zugehörige Datenmodell, der Umgang mit der negativen Publizitätswirkung und daraus abgeleitet Startzeitpunkt und Vollständigkeitsanforderung wurden weder abschliessend diskutiert noch beantwortet. Das Thema soll aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht zur nötigen Reife gebracht werden.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach unserer Einschätzung möglicherweise den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse, ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung. Diese Kosten müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös abgeschätzt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten, inwieweit eine Kostenbeteiligung des Bundes an den Kosten der Kantone für die Umsetzung vorgesehen ist. Es ist auch zu beachten, dass die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Vollständigkeit hohe bis sehr hohe Kosten verursachen wird.

Weder aus den Erlassen noch aus dem erläuternden Bericht lässt sich ableiten, welcher Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist. Unseres Erachtens sind für die Einführung der Prozesse, die Erarbeitung der zugehörigen Weisungen und die Migration der bestehenden Daten mindestens drei Jahre ab Inkrafttreten zu veranschlagen. Wird an der Einführung der Dienstbarkeiten festgehalten, betrachten wir einen Zeitraum von 10 Jahren bis zur vollständigen Datenerhebung als realistisch.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3, Abs. 1	... legt nach Anhörung der kantonalen zuständigen Behörde die strategische Planung und übergeordneten Erlasse wie Richtlinien oder Weisungen der amtlichen Vermessung fest.	Mit der Verlagerung der Detailregelungen aus der Verordnung zu swisstopo ist wichtig, dass die Kantone dabei mindestens angehört werden und im Idealfall mitarbeiten können.
7, Abs. 2	<i>Lit. d ist zu streichen.</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
23	... kann, sind in der Regel innert drei Monaten ...	In vielen Fällen führt eine massive Reduktion der Nachführungsfrist zu deutlich höheren Kosten. Entsprechend muss auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis betrachtet werden und nicht nur Ausnahmefälle wie klimatische Bedingungen. Ausserdem haben auch Bundesdaten diese Rahmenbedingungen zu erfüllen.
44, Abs. 2 und 3	Abs. 2: Die Kantone können festlegen, welche Bestandteile der amtlichen Vermessung aus anderen Datensätzen übernommen werden können, und die entsprechenden Prozesse regeln. Die Verantwortung über Qualität und Zuverlässigkeit bleibt dabei bei einem oder einer im Bundesregister eingetragenen Ingenieur-Geometer oder -Geometerin. Abs. 3: Das VBS kann weitere Ausnahmen festlegen.	Künftig sollen die Daten dort erfasst und gehalten werden, wo sie die höchste Qualität aufweisen. Redundanzen sind möglichst zu vermeiden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2, Abs. 2	Lagefixpunkte sind primär nach ihrer Lage, Höhenfixpunkte primär nach ihrer Höhe bestimmt.	Beide Fixpunktarten weisen auch die jeweils andere Information auf.
3	Die Begriffe „geplant“, „projektiert“ und „Namen wichtiger Objekte“ sind zu präzisieren.	Insbesondere in Zusammenhang mit Art. 23 VAV, aber auch bei anderen Prozessen, ist wichtig, dass alle Anwender unter diesen Begriffen dasselbe verstehen und dass diese gleich gegeneinander abgegrenzt werden. Dies kann durchaus im erläuternden Bericht festgehalten werden.
6	Der Begriff „Katasterplan“ ist zu präzisieren und gegen „Situationsplan“ abzugrenzen.	Einzelne Kantone unterscheiden zwischen „Katasterplan“ als klar definiertes Produkt der AV, das nur von einem Geometer herausgegeben werden darf, und einem „Situationsplan“, der ähnlich aussieht und von jedermann herausgegeben werden kann. Dies kann durchaus im erläuternden Bericht festgehalten werden.
14, Abs. 3	a. in Sömmerungsgebieten, in unproduktiven Gebieten und bei Inhalten mit geringer Dynamik: 5-12 Jahre b. in allen übrigen Gebieten: 3-6 Jahre	Es ist wenig sinnvoll, mit grossem Aufwand Themen nachzuführen, die sich auch über lange Zeiträume kaum oder nur marginal ändern wie beispielsweise Flussläufe, der Übergang von Vegetation und Fels oder statische Waldränder.
22, Abs. 1	... Recht, soweit diese oder dieses eine Grösse aufweist, dass sie dargestellt werden können.	Bei übergrossen Parzellen müssen Ausnahmen möglich sein (Problematik analog ÖREB-Kataster).
30, Abs. 1	... muss bis zum 31. Dezember 2025 vollzogen sein.	Siehe allgemeine Bemerkungen zum Einführungszeitraum.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
--------------------------------	--	--

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

7a	<i>Lit. b streichen</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
7b	c. Bergwerke	Qualitätsanforderungen über alle Grundstücksarten; Einführung der Dienstbarkeiten verschieben.
7c	b. die Fläche in Quadratmetern, die Nummer und den eidgenössischen Grundstücksidentifikator EGRID des Grundstücks ...	Der EGRID als schweizweit eindeutiger Identifikator sollte ebenfalls zum Beschrieb gehören.

Numero
1858

cl

0

Bellinzona
13 aprile 2022

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale della difesa, della
protezione della popolazione e dello sport
(DDPS)
Palazzo federale, ala orientale
3003 Berna

Invio per posta elettronica
Rechtsdienst@swisstopo.ch

Consultazione – Modifica dell’ordinanza concernente la misurazione ufficiale e delle ordinanze tecniche d’esecuzione

Gentili signore,
egregi signori,

ci riferiamo alla consultazione menzionata in epigrafe e tramite la presente vi sottoponiamo, in allegato come richiesto, le nostre osservazioni.

Ringraziandovi per la preziosa opportunità accordata di esprimerci in materia, vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l’espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente



Manuele Bertoli

Il Cancelliere



Arnaldo Coduri

Allegato:

- citato

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch)
- Ufficio del catasto e dei riordini fondiari (dfe-ucr@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Questionario

Modifica dell'ordinanza concernente la misurazione ufficiale e delle ordinanze tecniche esecutive

Consultazione dal 2 febbraio 2022 al 13 maggio 2022

Mittente

Repubblica e Cantone Ticino
6500 Bellinzona

Claudio Frapoli, claudio.frapoli@ti.ch, 091 814 35 72, Ufficio del catasto e dei riordini fondiari;

Simone Albisetti, simone.albisetti@ti.ch, 091 814 32 13, Sezione dei registri;

Riscontro generale

1. Concordate con l'orientamento e gli obiettivi dell'avamprogetto posto in consultazione?

Sì Sì con riserva No

Osservazioni:

I documenti e il contenuto delle revisioni sono ampiamente in linea con i requisiti attuali. L'intenzione della revisione e le descrizioni e giustificazioni dei singoli articoli sono generalmente dettagliate e comprensibili e vi ringraziamo per il lavoro svolto.

Con la revisione della VAV, VAV-VBS, numerosi regolamenti tecnici sono delegati al livello di direttive e istruzioni. È imperativo che la procedura partecipativa sia applicata anche all'emissione delle direttive e delle istruzioni.

L'emanazione di direttive e linee guida deve avvenire tramite una procedura istituzionalizzata tra swisstopo e i cantoni (KGK).

L'adeguamento dei requisiti tecnici può avere infatti conseguenze sui costi che devono essere finanziati anche dai cantoni.



2. Altre osservazioni di carattere generale concernenti l'avamprogetto posto in consultazione:

Importanza dei piani per le servitù iscritte nel registro fondiario (RF)

Dal punto di vista del registro fondiario, il progetto si prefigge di concretizzare taluni obiettivi che hanno condotto alla revisione parziale del Codice civile (CC) in materia di diritti reali immobiliari e di diritto del registro fondiario, entrata in vigore il 1.1.2012. Le nuove disposizioni hanno permesso all'Ufficio del registro fondiario (URF) di disporre di informazioni più chiare e affidabili in vista dell'iscrizione, in modo da svolgere pienamente la sua funzione di sistema di informazione fondiaria, incrementando in particolare **la sicurezza giuridica e la pubblicità**.

Relativamente alle servitù si è infatti constatato un aumento dell'utilizzo di questo strumento, a seguito dello sfruttamento sempre più intensivo del suolo e del sottosuolo, a una frequente parcellazione dei terreni e ad un'accresciuta edificazione. Parallelamente si è pure osservato un aumento del contenzioso relativo al contenuto e all'estensione delle servitù. Per consentire di individuare il luogo di esercizio di una servitù in caso di controversie tra gli aventi causa e un corretto aggiornamento delle iscrizioni in caso di parcellazione di fondi, la revisione del CC ha introdotto un'importante modifica oltre all'obbligo dell'atto pubblico, ossia **l'esigenza di un piano delle servitù come componente dell'attestazione del titolo giuridico per le servitù il cui esercizio sia limitato a una parte del fondo** (art. 732 cpv. 2 CC). Questo principio è stato poi corredato da una prescrizione contenuta nell'Ordinanza sul registro fondiario (ORF), ossia l'art. 70 cpv. 3 ORF secondo cui, se l'attestazione del titolo giuridico va corredata da un estratto del piano per il registro fondiario (art. 732 cpv. 2 CC), le parti devono rappresentare graficamente in modo inequivocabile nell'estratto del piano il luogo d'esercizio della servitù o dell'onere fondiario.

Il piano del registro fondiario si basa sui dati della misurazione ufficiale, conformemente all'art. 950 cpv. 1 CC e all'attuale art. 7 cpv. 1 OMU.

Nel messaggio del Consiglio federale relativo alla revisione del CC viene precisato che non è necessario un vero e proprio piano rilasciato e firmato da un geometra. Basta un estratto del piano per il registro fondiario – scaricato per esempio da Internet – nel quale siano visibili i confini del fondo e l'ubicazione degli edifici. Ciò significa che anche la delimitazione grafica della servitù nel piano del registro fondiario non deve essere necessariamente eseguita dal geometra, bensì anche dalle parti o dal notaio.

Non esiste quindi attualmente alcuna prescrizione relativa al modo e alla forma che deve assumere la rappresentazione grafica della servitù, motivo per cui la dottrina ammette anche la delimitazione manuale dell'estensione della servitù eseguita dalle parti. L'unica indicazione è contenuta nell'art. 732 cpv. 2 CC, ossia che *“le parti devono rappresentare graficamente **in modo inequivocabile nell'estratto del piano il luogo d'esercizio della servitù o dell'onere fondiario.**”*

In questo contesto si osserva che l'iscrizione delle servitù è da una parte facilitata nella misura in cui le parti non devono necessariamente far capo ad un



geometra, ma **l'obiettivo del legislatore di incrementare la sicurezza giuridica non è stato pienamente raggiunto**. I piani delle servitù presentati in occasione delle iscrizioni a registro fondiario non sempre soddisfano i requisiti di chiarezza voluti dal legislatore. Di seguito alcuni esempi con cui si trovano confrontati gli URF:

- sui piani allestiti dagli architetti o dai proprietari spesso non figura la fonte da cui sono tratti, sebbene nella maggior parte dei casi risultino conformi alla misurazione ufficiale;
- la rappresentazione grafica dell'estensione della servitù viene talvolta eseguita manualmente dal proprietario o dal notaio e di conseguenza può risultare approssimativa;
- il piano non riporta la scala;
- la fotocopia del piano allegata quale inserto dell'atto non corrisponde alla scala utilizzata per la rappresentazione grafica, di modo che le proporzioni risultano sfalsate;
- il piano non è attuale rispetto alla misurazione ufficiale.

Proprio per l'assenza di prescrizioni chiare in merito alla modalità di esecuzione di una rappresentazione grafica di una servitù gli URF possono trovarsi in difficoltà nel soppesare l'interesse delle parti all'iscrizione e l'interesse delle stesse parti e della collettività ad avere un registro che garantisca la sicurezza giuridica. In ogni caso le difficoltà di interpretazione di una servitù sorgerebbero in occasione di un'eventuale controversia giudiziaria tra le parti, successivamente all'iscrizione della servitù. Di conseguenza, si è dell'avviso che, per evitare conflitti di interpretazione delle servitù, rispettivamente agevolare il compito degli URF, occorra trovare un modo per garantire maggiore sicurezza giuridica e, al tempo stesso, maggiore pubblicità.

Relativamente al **principio di pubblicità** si rileva che il Consiglio federale, adottando l'art. 26 cpv. 1 ORF, ha inserito le servitù nei dati accessibili senza dover giustificare un interesse legittimo. Di conseguenza, non solo i dati risultanti dal libro mastro, ma anche i piani delle servitù allegati ai documenti giustificativi, dovrebbero essere liberamente accessibili. Di fatto però lo sono solo limitatamente, nella misura in cui sono archiviati unicamente negli uffici del registro fondiario e non sono pubblicati. Vero che l'art. 27 ORF prevede unicamente che i cantoni possono prevedere di rendere pubblico l'accesso per via elettronica ai dati del libro mastro consultabili senza far valere un interesse secondo l'articolo 26 cpv. 1 lett. a (ossia la designazione e la descrizione del fondo, il nome e l'identità del proprietario, la forma di proprietà e la data d'acquisto). Tuttavia questa situazione sembra in contrasto con la volontà del legislatore di rendere il registro fondiario un moderno e trasparente sistema di informazione fondiaria. In questo contesto, **proprio per dare maggiore coerenza tra la volontà del legislatore e le disposizioni attualmente in vigore, si sostiene il progetto in esame in quanto volto ad incrementare anche la pubblicità relativamente alle servitù, inserendole nella misurazione ufficiale.**



Revisione dell'OMU in parola e necessità di chiarezza circa l'interazione con l'iscrizione nel RF

Resta tuttavia poco chiaro se e in che misura la revisione dell'OMU avrà un'incidenza diretta sul modo di procedere degli URF, specie nei casi in cui i piani delle servitù non venissero allestiti da un geometra revisore. L'iscrizione della servitù a registro fondiario è costitutiva e, di conseguenza, l'inserimento della stessa nella misurazione ufficiale deve avvenire successivamente all'iscrizione. A quel momento però il piano della servitù deve già rispondere ai requisiti minimi per la sua trasposizione nella misurazione ufficiale. In altre parole non appare del tutto chiaro cosa succederebbe qualora l'URF accettasse di iscrivere un piano avente una rappresentazione tracciata a mano impossibile da digitalizzare successivamente nella misurazione ufficiale.

Tale situazione è ascrivibile sostanzialmente all'assenza di una soluzione realmente chiara e univoca circa le esigenze di raffigurazione grafica, quale risultante di un compromesso fra le discrepanti modalità oggi in uso in materia presso alcuni cantoni (cfr. art. 7 cpv. 3 OMU; ZBGR 2013, cap. 2.2 p. 243; ibidem, cap. 3.3 p. 248 ss). A questo non pare contribuisca efficacemente a superare la prospettata successiva integrazione mediante nuove istruzioni tecniche da parte della competente autorità federale, rispettivamente la concreta prospettiva che dal profilo pratico le parti possano vedersi quasi necessariamente indotte a ricorrere all'opera di un professionista qualificato.

Si noti come in base ai folti riferimenti giurisprudenziali e dottrinali contenuti nel commento al progetto, attualmente la dottrina riconosce al piano destinato all'URF così come generalmente concepito e riservate le debite eccezioni (M. Huser, Schweizerisches Vermessungsrecht, 3a ed., pag. 484), una valenza limitata, mentre con la nuova formulazione dell'art. 7 cpv. 3 P OMU, esso verrebbe a integrare gli effetti tipici dal RF (artt. 971-974 CC). Il Tribunale federale si è unicamente sinora espresso per esigere la produzione all'URF unicamente di un piano catastale quale supporto (documento giustificativo - dg) con le implicazioni che ne derivano.

Per raggiungere pienamente il principio della sicurezza giuridica a cui aspira il prospettato inserimento dei confini delle servitù nel piano del RF, rendendoli dal punto di vista giuridico parte della misurazione ufficiale con conseguente effetto sul RF (iscrizione, estensione del diritto e buona fede risp. mala fede di terzi), si è dell'avviso che si debba esigere non solo la produzione di un piano tratto dalla misurazione ufficiale, bensì anche una rappresentazione grafica effettuata – o almeno ratificata – da un geometra secondo gli standard della misurazione ufficiale. Ciò sulla falsariga di quanto avviene già oggi nell'ambito dei piani di mutazione, peraltro sottoposti in via preliminare all'URF.

Si tratta chiaramente di una decisione anche politica, giacché si amplierebbe il perimetro di monopolio dei geometri che genera spese supplementari per i privati che intendono far iscrivere una servitù. A nostro avviso tuttavia prevale l'interesse della sicurezza giuridica e quindi la competenza sarebbe giustificata. Se non si volesse attribuire una competenza esclusiva al geometra, si potrebbe perlomeno esigere che la rappresentazione grafica venga effettuata da una persona del ramo, escludendo quindi la rappresentazione da parte dei proprietari



o del notaio. Segnaliamo che parte della dottrina condivide questa posizione (vedi ZBGR 2013 p. 248 in allegato).

È pertanto opportuno che in sede di affinamento delle basi legali siano approfondite le evidenti carenze evidenziate in precedenza, così da **assicurare il coordinamento tra le varie autorità** chiamate ad occuparsene.

Conclusione

In conclusione, se da una parte si accoglie positivamente la volontà di garantire, anche nell'ambito del diritto della misurazione ufficiale, una maggiore sicurezza giuridica e un'accresciuta pubblicità in relazione all'estensione delle servitù – obiettivo comune del legislatore espresso in occasione della revisione del CC entrata in vigore il 1.1.2012 –, occorre dall'altra parte chiarire in che misura l'attività degli URF sarà concretamente interessata da tale modifica, rispettivamente definire chiaramente i requisiti formali che devono essere rispettati per la trasposizione dei piani delle servitù nella misurazione ufficiale, possibilmente limitando la competenza a persone esperte del ramo.

Circa altri ordinamenti suscettibili di coinvolgere l'attività degli UR, con riferimento all'Allegato n. III pti. 1 e 3 (atteso con riferimento al commento, che già attualmente il geometra revisore può esplicare funzioni di pubblico ufficiale), non sembrano porsi problemi di rilievo. Anche la formulazione dell'art. 14a cpv. 2 P OMU (recte art. 14a) si è appurato non comportare reali innovazioni rispetto a oggi.

Dal punto di vista finanziario riteniamo che i previsti 5 milioni di franchi (mediamente poco più di 2'000.- a Comune) per il passaggio da DM.01 a DM.flex e la ripresa delle servitù degli ultimi 10 anni siano largamente insufficienti.

In merito alle modifiche delle altre basi legali:

ORF, art. 21, cpv. 1: perché non aggiungere anche “i territori interessati da spostamenti di terreno permanenti” (OMU, art. 7 cpv. 2 lett. e)?

Modificare quindi in: “*I beni immobili, i diritti per sé stanti e permanenti, le miniere, i territori interessati da spostamenti di terreno permanenti nonché le servitù il cui esercizio è limitato a una parte del fondo [...].*”

ORF, art. 21, cpv. 2: modificare in “*La modifica dei limiti dei beni immobili, dei diritti per sé stanti e permanenti e delle miniere nel registro fondiario [...].*”

OSN, art. 19 cpv. 2 il termine riportato non è adeguato a 20 giorni, nel testo è presente ancora 30 giorni.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 1, let. b)	b) assicura la disponibilità dei geodati necessari per l'impianto e la tenuta del registro fondiario ai sensi dell'articolo 950 del Codice civile svizzero.	Meglio mantenere la vecchia dicitura (come da regolamento cantonale sul RF).
Art. 1a	Nella misura in cui la presente ordinanza non contiene prescrizioni particolari, alla misurazione ufficiale si applica l'ordinanza del 21 maggio 2008 sulla geoinformazione (OGI).	Manca la data.
Art. 5, let. b)	b. i punti fissi e i segni di terminazione nel terreno (segni) ;	(segni) è superfluo.
Art. 7 cpv. 2	<p>a. i punti e i limiti dei beni immobili, dei diritti per sé stanti e permanenti e delle miniere;</p> <p>b. i confini delle servitù il cui esercizio è limitato a una parte del fondo (art. 732 cpv. 2 CC);</p> <p>c. i territori con spostamenti di terreno permanenti (art. 660a CC);</p> <p>d. i punti fissi;</p> <p>e. gli edifici esistenti secondo gli articoli 2 lettera b e 7 capo verso 1 lettera b dell'ordinanza del 9 giugno 20175 sul Registro federale degli edifici e delle abitazioni (OREA) nonché le altre costruzioni e installazioni esistenti;</p> <p>f. le caratteristiche della superficie del terreno;</p> <p>g. i confini giurisdizionali;</p> <p>h. gli indirizzi degli edifici secondo gli articoli 26b e 26c dell'ordinanza del 21 maggio 20086 sui nomi geografici (ONGeo);</p> <p>i. altri oggetti, nella misura in cui sono rilevanti per lo sfruttamento del fondo;</p> <p>j. i nomi geografici.</p>	L'articolo in questione è in contraddizione con il nuovo art. 7a dell'OTRF. Il piano per il registro fondiario dovrebbe inoltre contenere già a livello di ordinanza gli stessi oggetti previsti dall'OMU-DDPS conformemente al nuovo art. 7a previsto con la modifica dell'OTRF.
Art. 7 cpv. 4	4 I confini delle servitù possono essere trasferiti nei dati della misurazione ufficiale tramite un'interfaccia.	Con la formulazione proposta si dà già per acquisito che le servitù verranno gestite separatamente dai dati della MU, cosa che invece potrebbe essere possibile.
Art. 14	1 Come linea di confine vale la linea retta o un arco di cerchio tra due punti del confine.	Dal punto di vista geometrico una linea puo' essere anche curva. Meglio definire linea retta.
Art. 14a	Correggere da 14° a 14a ...	Andrebbe chiarito a nostro modo di vedere se la correzione di contraddizioni è relativa unicamente al tracciato dei confini dei beni immobili o è riferita a tutti i livelli di informazione. Specificare meglio.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Art. 23 cpv. 3	I Cantoni disciplinano il sistema di comunicazione.	Miglior comprensione della frase, con l'inserimento del soggetto.
Art. 28	d. al proprietario del fondo che lo richiede è spedito un estratto per il suo fondo del piano per il registro fondiario secondo l'articolo 7 capoverso 2 lettere a–j.	Vedi osservazione art. 7. Per il proprietario fondiario un piano senza copertura del suolo o nomi locali è illeggibile.
Art. 34 cpv. 3	-	Riteniamo l'aggiunta del cpv.3 superflua, in quanto già definito dall'OGI.
Art. 42 cpv. 1	1 Il Cantone designa il servizio competente per la vigilanza sulla misurazione ufficiale (servizio di vigilanza sulle misurazioni). Quest'ultimo sottostà alla direzione professionale privo di condizionamenti di un ingegnere geometra iscritto nel registro dei geometri.	Viene migliorata la traduzione dal tedesco "weisungsfrei".
Art. 44 cpv. 1	1 I lavori della misurazione ufficiale possono essere eseguiti solo da ingegneri geometri privo di condizionamenti e iscritti nel registro, o sotto la loro direzione professionale.	Vedi art. 42 cpv. 1

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 2	1 I punti fissi sono punti di riferimento della misurazione ufficiale, determinati mediante misurazioni e procedure di aggiustaggio nel sistema di riferimento della misurazione nazionale e contrassegnati in modo duraturo e univoco sul terreno da segni fissi. ... 6 La Direzione federale delle misurazioni catastali (D+M) emana istruzioni sui dettagli dei requisiti per i punti fissi .	Migliore traduzione in italiano

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Art. 3	<p>i. gli indirizzi degli edifici l. i confini giurisdizionali</p>	Sarebbe opportuno aggiungere esplicitamente gli “indirizzi degli edifici” e i “confini giurisdizionali”, come contenuto dei dati della MU (cfr. con art. 7a lett. g e h OTRF).
Art. 4	<p>Rubrica: Dati: precisione e affidabilità</p> <p>cpv. 2: GT 1: regioni urbane GT 2: zone edificate e zone edificabili GT 3: zone agricole e forestali a sfruttamento intensivo GT 4: zone agricole e forestali a sfruttamento estensivo GT 5: regioni d'estivazione e regioni improduttive.</p>	<p>Specificare nella rubrica anche l'affidabilità. Mantenere la vecchia dicitura per le zone di tolleranza (migliore traduzione).</p>
Art. 5	<p>d. il confronto delle aree in caso di rinnovamento catastale; 2 La D+M emana istruzioni sui dettagli, in particolare sul contenuto, la forma e la rappresentazione dei documenti.</p>	<p>Migliore traduzione in italiano Correzione traduzione in italiano</p>
Art. 6	<p>I seguenti prodotti ufficiali sono derivati dai dati della misurazione ufficiale: a. piano di situazione; b. piano di base; c. distribuzione dei dati sotto forma di modello dei geodati semplificato (art.13); d. notifiche della misurazione ufficiale a terzi.</p>	Correzione traduzione in italiano
Art. 9	<p>b. linee rette e archi di cerchio; c. superfici;</p>	(vedi proposta art. 14 OMU)
Art. 10	<p>b. informazioni sulle responsabilità, come i nomi e gli indirizzi dei geometri revisori, e indicazioni sulla distribuzione dei dati;</p>	Correzione traduzione in italiano
Art. 13	<p>1 La D+M prescrive un modello dei geodati semplificato derivato dal modello dei geodati della misurazione ufficiale. Nel fare ciò, tiene conto della distribuzione semplificata dei dati in vari formati di trasferimento dati comunemente utilizzati. 4.1 Cantoni utilizzano la versione adattata al modello dei geodati per la presentazione dei dati nel modello dei geodati semplificato.</p>	<p>Correzione traduzione in italiano Il cpv. 4 è a nostro avviso superfluo.</p>
Art. 15		L'assunzione dei costi per la tenuta a giorno a causa di eventi naturali non è regolata.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Art. 19	<p>Art. 19 Controllo di qualità in caso di cambiamenti nei dati</p> <p>1 Dopo una modifica dei dati, il servizio responsabile della modifica controlla i nuovi dati con lo strumento secondo l'articolo 11 capoverso 1.</p> <p>2 Il risultato riferito del controllo di qualità è un documento di controllo di qualità secondo l'articolo 5 capoverso 1 lettera c..</p>	Migliore traduzione in italiano, in base alla terminologia corrente
Art. 20	<p>1 I Cantoni emanano un concetto in materia di archiviazione secondo l'articolo 16 paragrafo 2 OGI⁸ e disciplinano la storicizzazione per:</p> <p>...</p> <p>2 La D+M emana istruzioni concernenti l'archiviazione e la storicizzazione. Essa consulta l'UFRF prima dell'emanazione di queste istruzioni.</p>	Migliore traduzione in italiano
Art. 22	<p>2 Su richiesta, un estratto contiene solo singoli moduli del modello dei geodati, ma sempre i confini del bene immobile, del diritto per sé stante e permanente o di una miniera.</p> <p>3 La D+M emana istruzioni concernenti il contenuto e la rappresentazione degli estratti della misurazione ufficiale.</p>	L'art. 22 può essere soppresso, poiché l'estratto secondo il cpv. 1 è già regolato all'art. 7, cpv. 4. In caso di mantenimento, la miniera va a nostro modo di vedere anch'essa inserita nel testo. Correzione traduzione in italiano
Art. 23	<p>b. i lavori di rinnovamento catastale;</p> <p>e. la sostituzione delle digitalizzazioni provvisorie con un primo rilevamento o un rinnovamento catastale;</p>	Migliore traduzione in italiano
Art. 24	<p>Alle notifiche della misurazione ufficiale a terzi (art. 6 lett. d) si applica l'ultima versione della norma eCH-0131 (versione 2.0 del 7 giugno 2017)⁹.</p>	Non dovrebbe essere nominata nessuna versione nell'ordinanza. Altrimenti dovrà essere eseguita una modifica all'ordinanza ad ogni aggiornamento tecnico.
Art. 25	<p>Art. 25 Distribuzione dei dati nel modello dei geodati semplificato</p> <p>Su richiesta del Cantone, la D+M distribuisce i dati della misurazione ufficiale nel modello dei geodati semplificato (art. 13).</p>	Migliore traduzione in italiano
Art. 27	<p>Art. 27 Passaggio dal vecchio al nuovo regime: digitalizzazione provvisoria</p> <p>Gli articoli 5 lettera f, h e i, 61 capoverso 2, 7 e 89–108 dell'Ordinanza tecnica del DDPS del 10 giugno 1994¹⁰ sulla misurazione ufficiale restano validi per la digitalizzazione provvisoria.</p>	Migliore traduzione in italiano
Art. 28	<p>a. l'istruzione del 24 dicembre 1927¹¹ 424 per l'allestimento dei piani corografici nelle misurazioni catastali;</p>	Errore (stralcio)
Art. 31	<p>La presente ordinanza entra in vigore il</p>	Errore (correzione di termine)

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7a	a. i punti e i limiti dei beni immobili, dei diritti per sé stanti e permanenti e delle miniere; g. i confini giurisdizionali	Miglior traduzione (vedi art. 21 ORF)
Art. 7b	c. miniere d. servitù il cui esercizio è limitato a una parte del fondo; e. territori con spostamenti di terreno permanenti.	Mancano le miniere
Art. 7c	b. il numero, l'identificatore federale dell'immobile EGRID e la superficie in m2 del bene immobile rispettivamente del diritto per sé stante e permanente, delle miniere e delle servitù ; e. una lista degli edifici esistenti, con il loro numero o identificatore , secondo gli articoli 2 lettera b e 7 capoverso 1 lettera b OREA ⁸ nonché delle altre costruzioni e installazioni esistenti;	Secondo noi vanno indicati anche gli EGRID e gli identificatore degli edifici alfine di poterli distinguere.
Art. 7d	¹ I documenti di mutazione sono costituiti dal piano di mutazione e dalla tabella di mutazione. Forniscono informazioni sulle modifiche intervenute nell'andamento dei confini dei beni immobili, dei diritti per sé stanti e permanenti, delle miniere e delle servitù . ³ La tabella di mutazione contiene segnatamente: b. la superficie in m² aggiunta o tolta ai beni immobili, ai diritti per sé stanti e permanenti, alle miniere e alle servitù ;	Mancano le miniere e le servitù, e corretto traduzione



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Kanton Uri,

handelnd durch den Regierungsrat, Rathausplatz 1, 6460 Altdorf

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Justizdirektion Uri, Generalsekretärin lic. iur. Patricia Gherardi, ds.jd@ur.ch, 041 875 22 54

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage begrüssen wir grundsätzlich. Mit den vorgesehenen Änderungen wird das Vermessungsrecht modernisiert und an die Geoinformationsgesetzgebung angeglichen.

Als wichtig erachten wir auch, dass die vielen technischen Vorgaben der Technischen Verordnung über die amtliche Vermessung (TVAV; SR 211.432.21) aus dem Vernehmlassungsentwurf gänzlich herausgenommen werden und auf die Ebene künftiger Bundesweisungen verschoben werden. Damit entsteht die dringend gebotene Flexibilität zur Anpassung des massgebenden Datenmodells auf den neusten Stand der Technik, damit zukünftige Modellanpassungen nicht von einem Bundesratsbeschluss abhängig sind.

Der Fortschritt bei den Technologien und zahlreiche Erfahrungen aus der Praxis seit der Einführung der AV93 sind aufgenommen. Mit der Revision werden weiterhin wichtige Kundenbedürfnisse umgesetzt und der Rahmen für die Nutzung



der digitalen (Prozess-)Möglichkeiten (u. a. elektronische Beglaubigung) geschaffen.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

a. Durch die rasante technische Entwicklung ändern sich Kundenbedürfnisse in höherem Tempo als bisher. Um diese Herausforderung optimal meistern zu können, ist die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten (swisstopo, Kantonen, Grundbuch, Verbände, Private usw.) generell zu etablieren und auf ergänzende Bestimmungen (Weisungen, Richtlinien usw.) auszudehnen. Dieses Mitwirkungsgebot kommt in den Entwürfen der Verordnungen zu wenig zur Geltung.

b. Zur Einführung der Dienstbarkeiten mit den geometrisch ausgeschiedenen Rechten nach der ZGB-Änderung von 2012 in den Plan für das Grundbuch (u. a. Art. 7 Abs. 2 Bst. b E-VAV) besteht innerhalb des Kantons Uri noch ein Vorbehalt.

Von Seite des Amts für das Grundbuch werden Fragen zu dieser Neuregelung aufgeworfen, da insbesondere aktuell die Zugänglichkeit zu den Informationen über die Dienstbarkeiten durch Art. 26 Abs. 1 GBV (SR 211.432.1) eingeschränkt ist und diese Einschränkung auch auf den Plan für das Grundbuch zu übertragen ist. Daneben wird auf den Mehraufwand hingewiesen, der grundbuchseitig bei der Errichtung von Dienstbarkeiten entsteht, wenn diese zukünftig auch in der geforderten geometrischen Qualität auszuscheiden sind. Ebenso gibt das Amt für das Grundbuch zu bedenken, dass die Information über Lage und Verlauf der Dienstbarkeiten (z. B. zu Durchleitungsrechten) Sicherheitsinteressen (Gefahr von Sabotageakten) tangieren könnten.

Von Seiten Vermessung, Geoinformation und Raumplanung wird das Zurverfügungstellen von Dienstbarkeiten hingegen als längst überfällig begrüsst und ein Mehrwert durch diese Information in verschiedenen Prozessen, u. a. Planung, Bauwesen, aber auch generell Grundstückinformation erkannt. Aus Sicht dieser Seiten wird mit diesem Schritt die Rechtssicherheit erhöht.

Generell ist anzumerken, dass zur geplanten Aufnahme von Dienstbarkeiten im Plan für das Grundbuch noch weitere wichtige Fragen vorgängig verbindlich geklärt werden müssen:

1. Was gilt als geometrisch ausscheidbare Dienstbarkeit? Es gibt Dienstbarkeiten, die über konkrete und geometrisch klar festlegbare Geometrien verfügen. Es gibt aber auch solche (wie z. B. Wegrechte), bei denen grundsätzlich ein Geometriebezug besteht, dieser aber nicht koordinatenscharf festgelegt ist oder gar nur topologischer Natur ist (z. B. ein Wegerecht, das das Betreten oder Befahren eines belasteten Grundstücks zugunsten eines benachbarten Grundstücks gestattet – wo aber geometrisch das Wegerecht realisiert und garantiert wird, nicht konkret beschrieben werden muss (vgl.



die genügend örtliche Bestimmbarkeit der Dienstbarkeit i.S.v. Art. 732 ZGB [SR 210]).

2. Vollständigkeit und schweizweite Harmonisierung: Die Aufnahme von Dienstbarkeiten ist unserer Ansicht nach nur mit klaren Regeln betreffend Vollständigkeit (z. B. Vollständigkeit über das Gebiet einer Gemeinde) sinnvoll. Dies betrifft auch die Klärung der Frage, ob nur die Dienstbarkeiten neueren Datums aufzunehmen sind oder ob alle, auch die vor 2012 begründeten Dienstbarkeiten, nacherfasst werden. Ebenso sollte der Katalog der darstellungspflichtigen Dienstbarkeiten schweizweit harmonisiert werden.
- c. Die Aktualität der AV soll verbessert werden und die Verkürzung der Nachführungsfrist ist somit konsequent. Die bisherige Nachführungsfrist von einem Jahr kann nicht mehr sachlich begründet werden. Die Ausgestaltung der Nachführungsfristen soll sich jedoch nicht nur nach zeitlichen Aspekten richten, sondern auch finanzielle und organisatorische Punkte gebührend berücksichtigen.
- d. Wir begrüßen die Präzisierungen bezüglich Berechtigung zur Ausführung der Arbeiten in der AV. Insbesondere das Streichen der Sonderregelung für Arbeiten auf dem Bahngelände trägt zur Klärung bei.
- e. Neu wird bei den Plangenehmigungsverfahren in Fachgesetzen die Meldepflicht verankert. Dies unterstützen wir und erhoffen uns eine verbesserte Aktualität der AV. Bis anhin wurden gerade solche bundesrechtlichen Änderungen kaum gemeldet und verursachten dadurch zusätzlichen Abklärungsaufwand.
- f. Die Präzisierung des Begriffs «Plan für das Grundbuch» bzw. «Grundbuchplan» aus der jeweiligen Sicht (Grundbuch/Vermessung) ist nachvollziehbar. Wir bezweifeln aber, dass die unterschiedliche Bezeichnung für ein und dasselbe Produkt zielführend ist. Hier bitten wir um begriffliche Harmonisierung und Klärung, damit es hier nicht bei VAV/TVAV einerseits und bei GBV/TGBV andererseits zu unterschiedlichen Rechtsauslegungen kommt, die zukünftige Umsetzungsfragen erschweren können.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 6		Was passiert mit den kantonalen Erweiterungen, bis das neue DM.flex eingeführt ist? Braucht es dazu noch eine Übergangsbestimmung?
Art. 7		<p>Der Begriff «Plan für das Grundbuch» wird an drei verschiedenen Orten beschrieben bzw. erwähnt: Art. 7 E-VAV Art. 3 E-VAV-VBS Art. 7a E-TGBV</p> <p>Wieso wurde der Plan für das Grundbuch an verschiedenen Orten definiert? Dies kann später in der Rechtsauslegung zu Widersprüchen führen: Wer ist für was zuständig? Z. B. woher kommen die Gebäudeadressen, wenn die AV diese evtl. später aus ihrem DM streicht?</p> <p><u>Antrag:</u> Den Begriff «Plan für das Grundbuch» bitte nur an einem Ort definieren. Von den jeweils anderen Verordnungen her dann auf diese Begriffsdefinition verweisen. Zudem wird der Begriff «Plan für das Grundbuch» an einem Ort durch den Begriff «Grundbuchplan» ersetzt, am andern Ort nicht. Diese Inkonsistenz ist zu bereinigen.</p>
Art. 14a, Abs. 1	[...] von Amtes wegen behoben. Das Verfahren richtet sich nach Art. 28.	Präzisierender Verweis auf das Verfahren wünschenswert.
Art. 23, Abs. 1		<p>Die Stossrichtung der Verkürzung der Nachführungsfristen und damit einer aktuelleren AV ist wichtig. Eine dreimonatige Frist ab Eintreten einer Veränderung ist allerdings vermutlich zu kurz. Die vorgeschlagene Regelung wirft diverse Fragen auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welche Veränderung ist massgebend? Die Fertigstellung der Erschliessung, des Gebäudes oder der Umgebung erfolgen i.d.R. in einem zeitlichen Abstand von teilweise mehreren Monaten. Die verbesserte Aktualität der AV würde bei einer Frist von drei Monaten mit einer deutlichen Erhöhung des Aufwands und damit der Kosten «erkauft». Höhere Kosten stehen dann einer Imageverbesserung der AV im Wege. Zudem ist bei den Plangenehmigungsverfahren in Fachgesetzen der Zeitpunkt ebenfalls nicht einheitlich definiert

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>(nach Abschluss der Bauarbeiten, über Änderungen des Ausführungsprojekts, über Änderungen von Anlagen usw.)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Erfahrungen mit den Meldestellen lassen befürchten, dass auch künftig ein wesentlicher Teil der Nachführungsfrist bis zum Eintreffen der Meldung bereits abgelaufen sein wird. So sind bereits bei den Meldefristen der Plangenehmigungsverfahren in den Fachgesetzen 20 Tage vorgesehen. Die verbleibende Zeit reicht für die Nachführungsarbeiten kaum, insbesondere bei grösseren Objekten. • Bauabschlüsse verteilen sich nicht gleichmässig übers Jahr. Die Frist von drei Monaten schränkt Ausgleichmöglichkeiten generell und die Nutzung von Synergien in Gemeinden mit geringer Bautätigkeit über Gebühr ein. <p>Die Einhaltung einer dreimonatigen Nachführungsfrist setzt unserer Ansicht nach voraus, dass ein klares Konzept zur angewendeten Methodik der Nachführungsvermessung erarbeitet ist und hierüber ein schweizweiter Konsens besteht. Erst damit ist die Einschätzung dessen, ob die Dauer der Nachführungsfrist in der Praxis umsetzbar ist, möglich. Auch mit dem während der Vernehmlassungsfrist publizierten Konzept IND-AV (AV-Express 2022/02 vom 7. März 2022) sind diese Fragen jedoch noch nicht geklärt.</p>
Art. 23, Abs. 2		Wir gehen davon aus, dass zu den Ausnahmetatbeständen insbesondere die Verlängerung der Nachführungsfrist in Gebieten mit zeitlich langen Schneebedeckungsperioden gilt. Im Kanton Uri sind der «obere Kantonsteil» sowie generell die höheren Lagen hiervon betroffen.
Art. 28, Abs. 4 (neu)	Können Widersprüche nach Artikel 14a auch mit gütlicher Einigung behoben werden, kann auf eine öffentliche Auflage verzichtet werden.	Bei der Behebung von Widersprüchen nach Artikel 14a würden wir es begrüssen, dass mit der Zustimmung aller direkt Beteiligten eine gütliche Einigung als Möglichkeit aufgeführt wird.
Art. 40, Abs. 3bis	[...] für die Weiterentwicklung des Geodatenmodells der amtlichen Vermessung und den Erlass übergeordneter technischer Vorgaben; [...]	Siehe allgemeine Bemerkungen

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
1. Abschnitt		Der 1. Abschnitt ist nicht analog Art. 5 VAV gegliedert, da nicht zuerst die Daten aufgeführt sind.
Art. 2, Abs. 2	Lagefixpunkte sind mindestens nach ihrer Lage bestimmt [...]	Es soll ersichtlich sein, dass bei den Lagefixpunkten i.d.R. auch die Höhen erfasst werden, aber ihr primärer Zweck bei der Lage liegt.
Art. 3		<p>Der Begriff «Plan für das Grundbuch» wird an 3 verschiedenen Orten beschrieben bzw. erwähnt: Art. 7 E-VAV Art. 3 E-VAV-VBS Art. 7a E-TGBV Wieso wurde der Plan für das Grundbuch an verschiedenen Orten definiert? Dies kann später in der Rechtsauslegung zu Widersprüchen führen: Wer ist für was zuständig? Z. B. woher kommen die Gebäudeadressen, wenn die AV diese evtl. später aus ihrem DM streicht?</p> <p><u>Antrag:</u> Den Begriff «Plan für das Grundbuch» bitte nur an einem Ort definieren. Von den jeweils anderen Verordnungen her dann auf diese Begriffsdefinition verweisen. Zudem wird der Begriff «Plan für das Grundbuch» an einem Ort durch den Begriff «Grundbuchplan» ersetzt, am andern Ort nicht. Diese Inkonsistenz ist zu bereinigen.</p>
Art. 12, Abs. 1	Die V+D erarbeitet Änderungen des Geodatenmodells mit allen Beteiligten. Sie teilt Änderungen den Kantonen mit und [...]	Siehe allgemeine Bemerkungen

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 3, Abs. b und c	«projektiert» statt «geplant»	Was ist mit "geplanten" Gebäuden bzw. Bauten oder Verkehrswegen gemeint? Der Begriff "projektiert" hat sich in der AV etabliert; der Begriff "geplant" wurde bisher nicht verwendet (umgangssprachlich wird geplant mit projektiert gleichgesetzt).
Art. 7a		<p>Der Begriff «Plan für das Grundbuch» wird an 3 verschiedenen Orten beschrieben bzw. erwähnt: Art. 7 E-VAV Art. 3 E-VAV-VBS Art. 7a E-TGBV</p> <p>Wieso wurde der Plan für das Grundbuch an verschiedenen Orten definiert? Dies kann später in der Rechtsauslegung zu Widersprüchen führen: Wer ist für was zuständig? Z. B. woher kommen die Gebäudeadressen, wenn die AV diese evtl. später aus ihrem DM streicht?</p> <p><u>Antrag:</u> Den Begriff «Plan für das Grundbuch» bitte nur an einem Ort definieren. Von den jeweils anderen Verordnungen her dann auf diese Begriffsdefinition verweisen. Zudem wird der Begriff «Plan für das Grundbuch» an einem Ort durch den Begriff «Grundbuchplan» ersetzt, am andern Ort nicht. Diese Inkonsistenz ist zu bereinigen.</p>

Madame la Conseillère fédérale
Viola Amherd
Département fédéral de la défense, de la
protection de la population et des sports
Palais fédéral
3003 Berne

Réf. : 22_COU_856

Lausanne, le 4 mai 2022

Consultation : Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Madame la Conseillère fédérale,

Le Canton de Vaud a été invité le 2 février dernier à prendre position sur le projet de modification de l'ordonnance fédérale sur la mensuration officielle (OMO) et d'ordonnances techniques (OTEMO et OTRF).

Le Conseil d'Etat a pris connaissance du dossier transmis avec grande attention. Le questionnaire inventoriant les remarques ou observations émanant des directions et départements concernés par cet objet est annexé à la présente.

D'une manière générale, le Conseil d'Etat salue l'important effort qui a été entrepris pour moderniser les bases légales de la mensuration officielle, et considère que la possibilité de soutenir des « projets pilotes » est pertinentes.

Il relève toutefois que les réflexions relatives à l'intégration des servitudes dans la mensuration officielle ne sont pas abouties. Contrairement aux immeubles, celles-ci représentent un droit, et non une limite sur le terrain. Les inclure dans la mensuration officielle serait faire fi de leur nature et créerait une importante insécurité juridique. D'autant que le Registre foncier a la compétence exclusive de donner l'état des droits et charges sur les immeubles. Par ailleurs, en l'état, le projet ne permet pas de se faire une idée des charges qui seraient à supporter par les cantons, tout comme des éventuels bénéfices pour les utilisateurs. A noter que le Canton de Vaud a déjà procédé à la numérisation des servitudes qui sont désormais accessibles via le Registre foncier, ce qui est très satisfaisant pour les utilisateurs. Enfin, il apparaît que les articles relatifs aux servitudes tels que prévus sont contraires aux dispositions légales du Code civil.

Le Conseil d'Etat relève aussi que bon nombre de principes techniques aujourd'hui ancrés dans l'ordonnance technique OTEMO ne seront pas repris dans l'OMO-DDPS, mais seront transférés dans des directives techniques de rang légal inférieur. Leur nombre et le contenu des directives n'étant pas identifiés aujourd'hui, cette orientation paraît peu opportune et n'offre encore aucune visibilité sur la suite des travaux et les charges y relatives.

Les nouvelles bases légales permettraient surtout l'introduction du nouveau modèle de données « DM.flex » pour la mensuration officielle. Si l'évolution des besoins des utilisateurs semble justifier son instruction, les clients des cantons sont toutefois nettement plus nombreux que ceux de la Confédération et ceux-ci souhaitent, à contrario, disposer de géodonnées dans une structure aussi stable que possible,

notamment afin d'éviter d'importants coûts de mise à jour des applications informatiques.

Le Conseil d'Etat relève également que les impacts d'un nouveau modèle de données seraient considérables sur l'infrastructure cantonale de géodonnées. Des travaux s'avéreraient nécessaires sur l'ensemble de la chaîne d'intégration, de gestion et de publication des données, à chaque modification du modèle de données imposée par swisstopo. A l'échelle de la Suisse, cela induira des coûts se chiffrant en dizaines de millions de francs à charge des cantons, des communes, des bureaux techniques, et indirectement des propriétaires. Dans ces conditions, il est regrettable qu'aucune analyse coûts-bénéfices de l'introduction d'un nouveau modèle n'ait été réalisée, en dépit de demandes réitérées des cantons.

En outre, le Conseil d'Etat relève que les évolutions futures du modèle de données pourraient conduire à la centralisation de certaines géodonnées de la mensuration officielle auprès de la Confédération. Cas échéant, cela conduirait à une dispersion des données, nécessitant la clarification des questions en matière de souveraineté des données ou de répartition des compétences entre cantons et Confédération. Par conséquent, le Canton demande que toute modification ultérieure du modèle de données fasse l'objet d'une procédure de consultation officielle.

Le Conseil d'Etat déplore enfin que le futur modèle de données en Interlis 2 soit disponible uniquement en allemand, ce qui compliquera sa mise en œuvre par les professionnels, tout en induisant des frais supplémentaires importants pour les producteurs ou utilisateurs de géodonnées. S'agissant de la donnée de référence utilisée au cœur de la plupart des systèmes d'information géographique, le futur modèle de donnée de la mensuration officielle doit impérativement être disponible en français.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat estime que le projet mis en consultation va conduire à des coûts disproportionnés à charge des cantons, des communes ou des bureaux privés, par rapport aux réels bénéfices que pourront en retirer certains utilisateurs de géodonnées. Pour l'ensemble de ces raisons, il est défavorable au projet mis en consultation.

En vous remerciant de nous avoir donné l'occasion de prendre position, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre meilleure considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER



Nuria Gorrite



Aurélien Buffat

Annexe

- Questionnaire

Copies

- OAE
- SG-DIT
- DGTL
- DGNSI
- Rechtsdienst@swisstopo.ch



Questionnaire

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et ordonnances d'exécution techniques

Consultation du 2 février 2022 au 13 mai 2022

Expéditeur

Nom et adresse du canton ou de l'organisation : **Canton de Vaud, Conseil d'Etat**

Personne à contacter en cas de questions (nom, e-mail, téléphone) :

Cyril Favre, Géomètre cantonal, cyril.favre@vd.ch, 021 316 74 11

Commentaires généraux

1. Êtes-vous favorable aux orientations et aux objectifs du projet mis en consultation ?

Oui Oui avec réserve Non

Les documents et le contenu de la révision correspondent en grande partie aux exigences modernes et aux projets élaborés de manière paritaire. L'intention des révisions et les descriptions des différents articles sont en général compréhensibles. Le projet est globalement de qualité très satisfaisante.

Le projet occulte par contre complètement la question des **charges RH et financières, ponctuelles ou pérennes**, qui seront **supportées par les cantons** en relation avec l'introduction du nouveau modèle de données DM.flex. Sur la base des expériences précédentes, il est aujourd'hui certain que ces charges seront considérables et se chiffreront en plusieurs dizaines de millions de francs pour l'ensemble des cantons. L'informatique cantonale (DGNSI) a d'ailleurs déjà évalué les impacts de l'introduction d'un nouveau modèle de données sur l'infrastructure cantonale de données géographique. Des informations plus détaillées sont données ci-après dans un commentaire spécifique. Malgré des demandes répétées de la part des cantons, notamment lors des ateliers de révision de l'OMO – OMO-DDPS ou en AG de la CGC, la Confédération a renoncé à effectuer toute analyse du rapport coûts-bénéfice lié à ce nouveau modèle de données.

Il s'agit enfin de rappeler que l'enquête réalisée par la D+M en mars 2017 sur les grandes orientations du nouveau modèle a montré que si la plupart des cantons estiment que le modèle actuel devrait faire l'objet de quelques adaptations, les avis peinent à converger sur plusieurs points. Dans ces conditions, le modèle actuel satisfait déjà la majorité des cantons et des utilisateurs. Il pourrait faire l'objet d'adaptations mineures.



La suppression déjà annoncée du thème répartition des plans parait opportune pour les cantons qui ont terminés la MO au standard MO93, ce qui est loin d'être le cas du Canton de Vaud. La suppression de ce thème pourrait avoir de lourdes conséquences. La mensuration officielle est organisée depuis plus d'un siècle par plan et devra le rester en raison du fait qu'une commune peut être couverte par des MO avec standards de qualité très différents. Ces standards de qualité sont précisément limités par plan. La gestion d'un thème cantonal sera indispensable et ne permettra pas de régler plusieurs problèmes.

Autres réactions générales au projet mis en consultation

Au vu des défis à venir, la **collaboration** entre les cantons et swisstopo doit enfin être améliorée. Les cantons tiennent à ce que les règles à préciser soient élaborées en commun et largement discutées. L'art. 3 OMO doit être reformulé en conséquence.

Le rapport explicatif (chap. 2.1.1) indique que les **besoins des clients** ont évolué, ce qui induit une flexibilisation du modèle de données. Cette évolution n'est toutefois pas perceptible dans le canton de Vaud où les clients ont surtout besoin d'obtenir les données dans un format aussi stable que possible pour éviter des mises à jour coûteuses de leurs applications.

Au même chapitre, il est mentionné que des règles pour le **Change Board** doivent être examinées. Selon le projet de règlement qui a été mis en consultation auprès des cantons en 2018, les cantons qui sont pourtant en charge de l'exécution de la mensuration officielle et en supportent la majeure partie des coûts sont sous-représentés dans cet organe, alors que les milliers de clients de cantons qui ont besoin de stabilité dans les modèles n'y sont pas représentés.

Il importe de renoncer temporairement à l'introduction des **servitudes** dans la mensuration officielle. Les questions en suspens telles que le modèle de données correspondant, la gestion de l'effet de publicité négatif et, par conséquent, la date de lancement et l'exigence d'exhaustivité n'ont pas été discutées de manière définitive et n'ont pas reçu de réponse. Le sujet doit être repris et amené à la maturité nécessaire en collaboration avec l'Office fédéral chargé du droit du registre foncier et du droit foncier. Une fois encore, les charges RH et financières liées à l'introduction de ce nouveau module d'information pourront se chiffrer en dizaines de millions de francs pour l'ensemble des cantons, en fonction des orientations stratégiques qui seront retenues par la Confédération. De plus, le **Registre foncier** estime que le principe même d'ancrer les servitudes dans la mensuration officielle n'est pas souhaitable pratiquement et surtout même contraire aux dispositions et à l'esprit du Code civil suisse. Des informations plus détaillées sont données ci-après dans un commentaire spécifique.

Les **coûts** mentionnés au chapitre 4 du rapport explicatif correspondent vraisemblablement aux coûts internes à la Confédération pour la conversion des modèles et des processus. Ces coûts doivent cependant être estimés sérieusement avant l'entrée en vigueur de l'ordonnance et vérifiés au moyen de projets



pilotes. Il convient également de déterminer quelle participation de la Confédération est prévue pour ces coûts de mise en œuvre par les cantons.

Ni les actes législatifs ni le rapport explicatif ne permettent de déterminer le délai prévu pour la mise en œuvre. Nous estimons qu'il faut compter au minimum **cinq** ans à partir de l'entrée en vigueur de l'OMO pour l'introduction des processus, l'élaboration des instructions correspondantes et la migration des données existantes. Si l'introduction des servitudes est maintenue, nous considérons qu'un délai minimal de 15 à 20 ans est réaliste pour la collecte complète des données. Ce délai dépendra bien évidemment des orientations stratégiques qui seront retenues par la Confédération.

Nous regrettons enfin que le modèle de donnée en Interlis 2 soit disponible uniquement en **allemand** et nous étonnons par ailleurs qu'aucune communication claire n'ait été formulée à ce sujet dans le cadre du présent projet ! Cela va compliquer sa mise en œuvre auprès de ses nombreux professionnels non germanophones tout en induisant des frais supplémentaires importants pour les éditeurs de logiciels, frais qui seront reportés sur leurs clients géomètres. **S'agissant de LA géodonnées de référence, le modèle de donnée de la mensuration officielle doit être aussi disponible en français.**



Commentaires du service informatique cantonal (DGNSI)

D'une manière générale, comme évoqué au chapitre 5 du rapport explicatif, ce projet de modification s'accompagnera de « conséquences lourdes » pour les cantons et impactera en profondeur non seulement les systèmes d'information associés, mais sa mise en œuvre. Les questions sur la répartition des compétences et des transferts de charges pourront être traitées par les services porteurs le moment venu

Un impact sur les applications du Registre foncier est également à prévoir. La modification du modèle de données de la mensuration, ainsi que l'introduction de produits dérivés officiels (dont le modèle de géodonnées simplifié) nécessitera à chaque SI consommant des données de la mensuration officielle de s'adapter aux nouveaux formats publiés. Des adaptations seront également nécessaires sur les SI des consommateurs de géodonnées (p. ex : communes, privés) et des mandataires externes (p. ex : bureaux de géomètre).

Différentes évolutions sont décrites dans le rapport explicatif. Chacune de ces évolutions peut nécessiter des travaux de plus ou moins grande importance. Seuls les aspects touchant le SI sont identifiés ci-dessous, les conséquences métiers ne sont pas prises en compte.

- **Migration du modèle MD01 au modèle DM.Flex – Impact estimé +++**

Le changement de modèle de données aura des conséquences sur les applications existantes qu'il conviendra vraisemblablement d'adapter afin de convertir le modèle de données et migrer les données dans le modèle cible. Le changement de modèle de données, ainsi que des modèles de représentation et du langage de description (Interlis2 sera dorénavant imposé) nécessiteront des travaux sur l'ensemble de la chaîne d'intégration, de gestion et de publication des données. DM.Flex se voulant flexible, la D+M sera compétente à modifier ce modèle et en fixer, pour chaque modification, un délai de mise en œuvre (la fréquence de ces modifications n'est pas annoncée dans le rapport explicatif). Le modèle MD.01-MO-VD en vigueur, introduit il y a 20 ans, est inchangé depuis 2004 ; depuis, il n'a subi aucune modification, hormis l'adaptation au cadre de référence MN95. Le SI en place n'est par conséquent pas conçu pour s'adapter à des modifications potentiellement fréquentes du modèle de données. La mise en conformité au modèle DM.Flex nécessitera donc également une réflexion de fond sur les capacités de l'ensemble du SI à intégrer les modifications de modèle. Les extensions cantonales du modèle fédéral ne seront plus possibles avec DM.Flex. Si des spécificités cantonales sont à maintenir, un modèle de données supplémentaire sera donc à définir, implémenter et gérer.

- **Suppression des conduites – Impact estimé +**

La suppression des conduites et la création d'un modèle de géodonnées de base devront être étudiés, afin de déterminer si une application ad hoc devra être mise en place. Les modalités d'intégration dans le RDPPF devront également être définies si cette option est retenue.

- **Archivage et historisation – Impact estimé +++**

La mise en place de l'archivage et de l'historisation nécessitera de vérifier la compatibilité des exigences cantonales de la loi sur l'Archivage avec celles de la Confédération dans ce domaine métier spécifique. Les moyens nécessaires à une mise en œuvre tant de l'archivage que de l'historisation, dépendront des conclusions de cette analyse, mais aussi de l'intervalle de temps qu'il conviendra de considérer pour l'archivage historique.



- **Servitudes – Impact estimé ++**
La représentation des servitudes nécessitera d'adapter les applications existantes, mais aussi de revoir la mise à disposition des plans du Registre foncier. La volonté de rendre ces informations plus accessibles impactera également la chaîne de diffusion.
- **Données du sous-sol – impact estimé +**
La gestion des données du sous-sol nécessitera également d'adapter les applications concernées et la chaîne de diffusion.
- **Signature électronique – Impact estimé ++**
Le recours à la signature électronique est évoqué pour la production d'extraits certifiés conforme pour la mensuration officielle, ou encore pour les documents de mutation. Cette mise en place, dans les applications existantes, nécessitera également d'étudier précisément le type de signature requis et son intégration dans les applications et les flux existants.
- **Produits officiels dérivés ++**
Les ordonnances listent les produits officiels dérivés, dont la diffusion des données sous la forme du modèle de géodonnées simplifié et l'annonce de la mensuration officielle à des tiers (selon la norme eCH-0131) qui ne sont actuellement pas en place dans le SI. La charge de travail nécessaire à la mise à disposition de ces produits sera à évaluer.

Autres observations

- **Actualité des données**
Les délais maximaux de mise à jour des données sont réduits, ce qui peut potentiellement avoir un impact sur les processus de mise à jour, voire les applications en soutien.
- **Positionnement par rapport au BIM**
La réflexion sur le couplage entre la mensuration officielle et le BIM (building information modelling), utilisé dans le domaine de la construction, est jugée prioritaire, mais pas suffisamment mature pour être intégrée dans la révision proposée.
- **Gouvernance - Change board**
La mise en place d'une gouvernance pour statuer sur les évolutions du modèle DM.Flex est évoquée avec la mise en place d'un « Change Board », mais ses compétences et son organisation ne sont pas décrites dans la présente consultation.



En résumé

Ce projet de modification de l'ordonnance apporte un gain de cohérence, mais aussi plusieurs évolutions décrites ci-dessus. Comme évoqué au chapitre 5 du rapport explicatif, ce changement s'accompagnera de « conséquences lourdes » pour les cantons et impactera en profondeur le système d'information, notamment sur les processus d'acquisition, de mise à jour et de diffusion des géodonnées. Un impact sur les applications du Registre foncier est également à prévoir. La modification du modèle de données de la mensuration, ainsi que l'introduction de produits dérivés officiels (dont le modèle de géodonnées simplifié) nécessiteront à chaque SI consommant des données de la mensuration officielle de s'adapter aux nouveaux formats publiés. Des adaptations seront également nécessaires sur les SI des consommateurs de géodonnées (p. ex : communes, privés) et des mandataires externes (p. ex : bureaux de géomètre).

Même si nous comprenons bien l'intérêt d'harmoniser les modèles de données au niveau national, nous constatons encore une fois une tendance à la centralisation, au niveau de la Confédération, de tout un ensemble de données mais également de compétences. Dès lors que le rythme des évolutions dans ce domaine sera dicté par la Confédération, la flexibilité du modèle n'est pas particulièrement rassurante puisqu'elle pourrait avoir des conséquences importantes pour les cantons. Nous rappelons qu'un des principes forts de la Stratégie numérique est celui de la souveraineté et que dans ce sens, une gouvernance claire est indispensable : la répartition des compétences entre cantons et Confédération dans le monde analogique ne devrait pas être modifiée dans le monde numérique.

A la lecture de ce projet, des spécifications détaillées et un calendrier de mise en œuvre constituent des compléments indispensables pour mener les études requises afin de chiffrer les conséquences en termes d'investissements (et coûts pérennes) à consentir pour mettre à niveau le système d'information existant : BDCO (base de données cadastrales officielles), BDRF (base de données du registre foncier), RDPPF (base de données des restrictions de droit public à la propriété foncière), chaîne de diffusion des géodonnées, etc.

A ce stade, la DGNSI rend attentif, d'une part les métiers (principalement la DCG et le RF) des modifications majeures à envisager sur les solutions informatiques existantes, voire de nouvelles à réaliser, pour répondre aux enjeux de cette modification de loi et que des financements devront être prévus à cet effet.



Commentaires du Registre foncier (RF)

1. Remarques liminaires

En préambule, nous proposons de rejeter entièrement ce projet qui apporte davantage de problèmes que de solutions ; la situation actuelle ayant l'avantage du pragmatisme.

De manière particulière et sans analyse des dispositions spécifiques à la mensuration officielle, nous requérons tout au moins de retirer de cette révision tous les articles faisant mention de la volonté d'intégration des servitudes dans la mensuration officielle.

A titre préliminaire, nous rappelons qu'une ordonnance doit s'en tenir aux limites fixées par la loi et ne peut aller à l'encontre d'une réglementation légale, dont elle doit seulement fixer les détails (ATF 121 III 97). Partant, l'OMO va trop loin, en passant outre les dispositions du Code civil en matière de servitudes.

L'exigence d'un plan du géomètre est clairement contraire à 732 al. 2 CC.

Selon le message du Conseil fédéral du 27 juin 2007 relatif à la révision du Code civil suisse (Cédule hypothécaire de registre et autres modifications des droits réels) (FF 2007 5015), « *un véritable plan délivré et signé par un géomètre, comme cela est exigé aujourd'hui dans certains cantons n'est cependant pas nécessaire. Un extrait de plan du registre foncier, qui pourrait par exemple être téléchargé sur Internet, sur lequel apparaissent les limites de l'immeuble et la position des bâtiments est suffisant. Dans les régions qui n'ont pas fait l'objet d'une mensuration officielle, une esquisse de plan suffit. Cette nouvelle réglementation devrait permettre de clarifier la situation sur la localisation de la servitude en cas de divergences entre les ayants cause et faciliter l'épuration correcte des servitudes en cas de morcellement de l'immeuble.* »

On voit dès lors mal comment il serait possible, par voie d'ordonnance, d'aller à l'encontre de la volonté clairement formulée par le législateur dans le cadre de la révision du Code civil.

De manière générale, la servitude n'est pas un objet géométrique mais juridique : un droit réel, régit par le Code civil. Elle n'est pas déterminée que par son assiette (cf Jurisprudence constante du TF à cet égard).

Les dispositions du Code civil en la matière sont on ne peut plus claires :

Selon l'art 730 CC, la servitude est une charge imposée sur un immeuble en faveur d'un autre immeuble et qui oblige le propriétaire du fonds servant à souffrir, de la part du propriétaire du fonds dominant, certains actes d'usage, ou à s'abstenir lui-même d'exercer certains droits inhérents à la propriété.

L'inscription au registre foncier est nécessaire pour la constitution des servitudes (art. 731 CC).

Enfin l'article 732 complète ces deux premiers points en précisant que *l'acte constitutif d'une servitude n'est valable que s'il a été passé en la forme authentique.*

La servitude doit être dessinée sur un extrait de plan du registre foncier lorsque son exercice se limite à une partie de l'immeuble et que le lieu où elle s'exerce n'est pas décrit avec suffisamment de précision dans le titre.

Il s'agit donc d'une notion exclusivement juridique, puisque la servitude est un droit, ce qui pose la question de la **compétence** du géomètre en la matière. En effet, **le registre foncier** a la compétence exclusive de donner l'état des droits et charges sur les immeubles (art. 942 CC).



Qui plus est, au niveau de la systématique légale, le plan n'intervient qu'en dernier et semble dès lors assez subsidiaire, contrairement à l'importance que voudrait lui octroyer la présente révision de l'OMO.

Par conséquent, le principe même d'ancrer les servitudes dans la mensuration officielle, s'il n'est pas souhaitable pratiquement, est même contraire aux dispositions et à l'esprit du Code civil suisse.

2. Plus particulièrement

A la lecture du rapport, on constate plusieurs aberrations dénotant une méconnaissance de ce qu'est une servitude.

Nous contestons avec la plus grande vigueur les points 1.5, 2.1.5 et 2.1.7 du rapport explicatif, car ils sont contraires aux principes légaux régissant les servitudes.

Selon le rapport explicatif (p. 7, ch. 1.5), « *le plan du registre foncier est un élément constitutif du registre foncier qui acquiert la force juridique des inscriptions au registre foncier* ».

Certes, l'assiette des servitudes est figurée sur un plan, mais le droit lui-même ne saurait en aucune manière prendre naissance par le plan. Seule l'inscription du droit au registre foncier crée la servitude. Dès lors, seule l'assiette figure sur le plan et celle-ci ne saurait à elle seule avoir une portée juridique propre.

Ceci est contraire aux dispositions légales en matière de servitudes et créera une insécurité juridique au lieu de la renforcer.

En effet, donner une impression de publicité à la seule assiette des servitudes inscrites sur le plan serait méconnaître que l'étendue et la portée de celles-ci découlent du registre foncier. Les administrés risqueraient de s'y perdre. Par exemple, le tracé d'un droit de passage peut créer l'impression de l'existence inconditionnelle de ce droit, alors que l'exercice de la servitude peut être limité (passage uniquement à pied, réservé aux engins agricoles, réservé à la dévestiture de la forêt, ...).

Toutes les servitudes ne vont pas être représentées (art. 7 II d du projet), vu qu'il demeure une possibilité de ne pas les faire figurer sur le plan (servitudes dont le lieu d'exercice est limité, avec un tracé sans ambiguïté).

Partant, le plan donnera une *fausse impression d'exhaustivité*.

De plus, cela aura pour conséquence de faire grimper la facture de l'administré, bénéficiaire ou grevé d'une servitude.

Lors de la révision de 2012, le législateur a déjà renforcé la portée des servitudes en exigeant que celles-ci fassent désormais l'objet d'un acte authentique. Ajouter à cela l'obligation de faire appel à un géomètre aux fins d'établir des plans implique encore un investissement financier de la part des parties.

Les parties risquent donc de renoncer à la sécurité que procure la servitude et recommencer à faire des contrats bilatéraux qui n'auront de valeur que pour ceux qui les ont signés. La sécurité du droit serait ainsi également gravement mise à mal.

Au premier paragraphe du point 2.1.5 du rapport, on ne comprend pas bien ce qui est entendu par « titre de propriété ». Il n'y a pas de titre de propriété pour une servitude. Qui plus est, la notion de titre de propriété n'existe pas en Suisse. Seul le registre foncier détermine l'existence d'un droit réel et donc, également du droit de propriété. Pour une servitude, il s'agit de titulaires ou de bénéficiaires de droits, ou de propriétaires grevés. Il n'y a pas de propriétaires de servitudes. Et là encore, selon le Code civil, seul le registre foncier fait foi (art 731 et 942 CC).



L'article 732 CC ne prévoit pas une exigence de plan. Il prévoit simplement que le plan soit fourni lorsque la servitude n'est pas suffisamment décrite dans l'acte.

Selon le rapport explicatif (p. 9, premier paragraphe) relatif à l'art. 732 al. 2 CC, la nouvelle exigence de forme a « *aussi été introduite pour pouvoir garantir l'actualité et la parfaite clarté d'un système d'informations foncières en l'épurant, aussi rapidement qu'il est possible, des servitudes devenues sans objet* »...

Selon les articles 964 ss CC, les inscriptions ou modifications ne peuvent être faites que sur déclaration écrites de ceux auxquels l'inscription confère un droit. Et aucune opération ne peut avoir lieu sans la légitimation préalable du requérant quant à son droit de disposition et au titre sur lequel il fonde son opération. On ne voit dès lors pas comment la radiation de servitudes soi-disant sans objet pourrait être facilitée par l'existence d'un plan et surtout qui déciderait de l'inutilité de cette servitude si ce n'est les parties ou le juge (compétence exclusive selon l'article 736 al. 1 CC). Cette volonté est donc totalement irréalisable sauf à changer entièrement les dispositions du Code civil sur le registre foncier. Et ni le géomètre, ni même un officier public comme le notaire ne peut de sa seule volonté procéder de son propre chef à l'épuration d'une servitude.

On ne voit pas non plus en quoi l'exigence du plan révélerait *l'étendue de son potentiel lors de la radiation de servitudes, de leur transport (en admettant que l'on sache de quoi il s'agit) ou de leur modification et en cas de collision entre servitudes*. Nous rappelons que la radiation ou la modification d'un droit inscrit au registre foncier doit faire l'objet d'une réquisition signée par les parties.

Qui plus est, les servitudes prenant rang, il n'y a aucune possibilité de collisions entre elles, la date des inscriptions au registre foncier faisant foi.

En cas litige concernant l'interprétation d'une servitude, la loi (art 738 CC) et la jurisprudence règlent la question de manière exhaustive : fait d'abord foi, l'inscription au registre foncier, ensuite l'acte constitutif déposés auprès dudit registre afin de déterminer la volonté des parties et enfin, la manière dont la servitude s'est exercée paisiblement au cours des années. On ne saurait donner au plan une fonction autre que celle d'illustrer le tracé de la servitude, d'autant plus que le Code civil règle exhaustivement la question de l'interprétation.

Le second paragraphe de la p. 9 indique que « *les avantages cités ici ne peuvent cependant produire les effets escomptés, en partie ou en totalité, que si les plans de servitudes transmis au registre foncier, archivés après la constitution ou la modification de la servitude, sont publiés* ». Il est ainsi question de l'intégration des servitudes dans la MO et leur « *accès simple et gratuit dans l'optique du libre accès aux données publiques* ».

L'article 970 CC définit les données du registre foncier auxquelles toute personne a accès, il s'agit de :

- La désignation de l'immeuble,
- Le nom et l'identité du propriétaire,
- Le type de propriété et la date d'acquisition.

Les servitudes n'en font pas partie.

L'article 26 de l'Ordonnance sur le registre foncier prévoit que toute personne a le droit d'obtenir du registre foncier un renseignement ou un extrait des données du grand livre ayant des effets juridiques concernant :

- a) La désignation et l'état descriptif de l'immeuble, le nom et l'identité du propriétaire, la forme de propriété et la date d'acquisition (art. 970 al. 2 CC) ;



- b) Les servitudes et les charges foncières ;
- c) Certaines mentions.

Toutefois, l'article 27 ORF ne permet de rendre public sur internet que les données du grand livre figurant à la lettre a).

De ce fait, le projet d'OPEN DATA prévu par la nouvelle OMO n'obéit pas aux dispositions légales sur le registre foncier.

Consultable ne veut pas dire librement disponible sur Internet. Il y a une nuance dont on ne saurait s'écarter sauf à violer le principe de la publicité du registre foncier.

Qui plus est, au vu des problèmes déjà rencontrés par la mise à disposition des informations figurant sous la lettre a) on ne voit pas bien comment il peut être admis d'élargir l'accès par Internet aux servitudes. Cet accès n'est ni prévu par les dispositions sur le registre foncier (CC et ORF), ni par la LGéo-VD, qui classe les servitudes en géodonnées de type B (Annexe 1 RLgéo-VD).

L'accès public aux tracés des servitudes permettrait ensuite d'avoir accès aux propriétés, aux noms des propriétaires, puis de compiler ces informations.

Rappelons que le registre foncier est un registre de consultation. Ses données ne sauraient être mises à la libre disposition des particuliers ou des entreprises qui pourraient alors se constituer une base de données importante et lucrativement très intéressante, constituant un registre foncier quasi parallèle, ce qui est formellement interdit, la gestion du registre foncier étant une tâche régaliennne de l'Etat. L'Etat demeure responsable de l'utilisation des données qu'il aurait mises en libre-service.

Enfin, nous ne comprenons pas ce qui est entendu par « *les plans (...) sont archivés* ». Les plans sont disponibles auprès du registre foncier et ne sont en aucun cas archivés, tant que la servitude existe. De ce fait, ces documents sont consultables auprès des registres fonciers, sans devoir justifier d'un intérêt, en application de l'article 970 CC et de l'article 26 ORF. Le registre foncier est seul autorisé par la loi à appliquer les dispositions des articles précités. C'est sa responsabilité, engageant par la même occasion celle de l'Etat tout entier.

Concernant la légalisation ou la certification des extraits tirés de la mensuration officielle, l'idée paraît saugrenue et dangereuse. Il a été renoncé à l'effet de foi publique du cadastre RDPPF, notamment pour des questions de responsabilité.

Les géomètres vont-ils prendre cette responsabilité ? Respectivement est-il prévu qu'ils contractent une assurance RC en cas d'erreur sur les extraits qu'ils certifieront ? Qui plus est, le géomètre prendra-t-il le risque de certifier un extrait traitant des informations qu'il n'aura pas vérifiées lui-même ? Le registre foncier refuse de prendre une telle responsabilité pour des données générées par d'autres.

Concernant l'intégration des géomètres dans les officiers publics, peut-être faudra-t-il demander l'avis des services cantonaux compétents. Les officiers publics relèvent de la compétence et de la surveillance des cantons. Rappelons encore que les notaires paient une taxe de patente pour avoir le droit de représenter l'Etat et doivent fournir les garanties suffisantes sous forme d'une assurance RC. La même chose devrait être demandée aux géomètres si le statut d'officier public devait leur être conféré.

En page 16 du rapport, ch. 3.1.8, il est dit que la représentation de l'assiette des servitudes sur le plan du registre foncier permet que ces dernières « *participent également à la foi publique selon l'article 973 al. 1 CC* ». Or, la représentation sur le plan n'apporte aucun bénéfice. La servitude inscrite au registre foncier est déjà couverte par l'art. 973 al. 1 CC. Cela comprend son exercice et son assiette. Il est même contre-productif



d'ajouter l'assiette sur le plan du registre foncier car les droits rattachés à la servitude ne se limitent pas uniquement au plan de son assiette !

Page 16 in fine du rapport :

Des outils informatiques sont envisagés afin de « *générer simplement sur Internet une représentation précise [...] et de l'imprimer comme un titre de propriété* ».

La notion de titre de propriété a déjà été traitée et est inexistante en droit suisse. Il n'y a pas de titre de propriété. Seul le registre foncier est chargé de donner les droits et charges sur les immeubles (art. 942 CC).

Ce paragraphe indique en outre que les modifications envisagées visent une qualité suffisante des données, ce serait « *toujours le cas lorsqu'un géomètre compétent établit les plans* »... pour ensuite préciser qu'il est « *possible que des représentations tracées à la main puissent être numérisées* ».

Cette phrase paraît se contredire. En effet, en quoi les compétences du géomètre sont-elles indispensables pour garantir la qualité des données si des représentations tracées à la main suffisent.

Page 17 du rapport, ch. 3.1.12 :

L'article 14a permet « *de procéder à la correction d'office de contradictions relevées entre des plans et la réalité ou entre deux ou plusieurs plans et donc de s'affranchir de l'agrément du propriétaire foncier concerné* ».

C'est totalement contraire aux dispositions du Code civil suisse et à la jurisprudence du Tribunal fédéral.

De plus, le géomètre n'est pas compétent pour interpréter juridiquement la volonté des parties et déterminer ainsi si les contradictions se situent au niveau du plan ou du terrain.

3. Problèmes pratiques non traités

Que fait-on pour les servitudes non encore délimitées ? Celles qui découlent d'une promotion immobilière par encore terminée ? aujourd'hui, il y a la possibilité de prévoir dans l'acte constitutif un tracé « provisoire », charge aux parties de déposer un plan une fois que l'assiette sera définitivement connue.

Le seul tracé de la servitude ne permet pas de déterminer :

- les droits liés à la servitude (droit de passage à pied, tout véhicule, limité à une période de l'année, ...) ;
- si la servitude est foncière, personnelle, publique, ... ;
- les autres éléments nécessaires à la compréhension du droit.

L'exercice peut se situer à l'intérieur d'un bâtiment. Dans ce cas, comment sera réalisé le plan ?

Les plans de certains immeubles vont être rendus illisibles (notamment pour les PPE) en cas d'existence de plusieurs types d'inscriptions, ce qui est fréquent : limites de la parcelle, DDP de superficie, passages à pied et pour véhicules, servitudes de conduites, eaux claires, eaux usées, places de parc extérieures et intérieures, usages de jardins, moloks, borne hydrante, panneaux solaires, boîtiers électriques,

Ces cas de figure quotidiens ne sont pas prévus dans le projet.

Enfin, n'oublions pas que les servitudes ne sont pas uniquement les passages et les conduites. Il existe énormément d'autres servitudes : droit de vue, interdictions de bâtir,



limites de plantations, etc. dont l'exercice peut porter tant sur un terrain que sur un appartement en PPE (constituant un immeuble). Comment retranscrire cela dans la MO ? La réponse n'est pas apportée.

Le registre foncier et le cadastre sont deux outils de gestion du territoire. Le registre foncier gère la propriété et les droits y relatifs. Laissons à chacun sa spécialisation et ne tentons pas de mélanger des notions purement juridiques avec des notions géométriques.

Rappelons à cet égard la teneur de l'article 950 CC : la MO vise l'immatriculation et la description des immeubles, pas des droits.

Comme nous le rappelle le Tribunal fédéral (ATF 138 III 742) : « *A la différence de la mensuration officielle, qui fait partie du registre foncier et établit le tracé exact des limites des immeubles, les inscriptions privées ne deviennent pas partie intégrante des travaux de mensuration et elles ne revêtent pas la foi publique* ».

S'il est donc logique que les limites des immeubles, des droits de superficies érigés en DDP ou des mines fassent partie de la mensuration officielle car il s'agit d'immeubles, les servitudes, quant à elles, sont des droits et doivent, à ce titre, être exclues de la mensuration officielle.

Concrètement, le risque est que les parties renoncent au plan de servitude (par économie et gain de temps) et tentent – avec plus ou moins de réussite – de décrire l'assiette de la servitude dans l'acte. Qui plus est, qui sera chargé de déterminer la réelle volonté des parties, le géomètre qui établit le plan ou le notaire qui rédige et instrumente l'acte ?

Enfin, il est dommage que l'adaptation du terme « plan du registre foncier » n'ait pas suivi la version allemande qui disait « Plan für das Grundbuch », plutôt que d'avoir modifié la traduction allemande en Grundbuchplan. En effet, la notion de « plan pour le registre foncier » est meilleure que celle de « plan du registre foncier », car le plan est destiné au registre foncier mais n'est pas généré par lui. L'actuelle version allemande paraît plus juste et c'est la version française et italienne qui devrait être modifiée.

4. Examen article par article

Article 7al. 2 lett. d pOMO : sont visées « *les servitudes dont le lieu d'exercice est limité, avec un tracé sans ambiguïté de leurs limites (art. 732 al. 2 CC)* ».

Qui détermine si le tracé est sans ambiguïté ? question géométrique ou juridique (732 CC) ?

Sur quelle base est établi le plan de servitude ? volonté des parties telle qu'exprimée dans l'acte authentique ? selon vérification ultérieure sur le terrain ? La priorité ne doit pas être donnée au tracé géométrique ; le tracé sur le terrain ne correspond pas forcément à la volonté des parties telle qu'exprimée dans l'acte authentique (par ex. le passage est plus large sur le terrain).

La formulation de l'article 7 de l'actuelle OMO doit être maintenue. Il n'est pas utile d'y introduire les servitudes dans une mesure plus détaillée que celle prévue à l'article 732 CC.

Et surtout, les limites des servitudes ne doivent pas être transférées dans la mensuration officielle.

Quelle est la portée de l'art. **26 pOMO** : les plans de servitudes doivent-ils être vérifiés par le service cantonal du cadastre ? si oui, à quel moment ?

Art. 37 pOMO : extraits certifiés conformes



Quelle est la portée d'un extrait certifié conforme ne comprenant que l'assiette d'une servitude ? le plan de servitude ne peut être certifié conforme indépendamment du droit lui-même tel qu'il ressort des inscriptions du registre foncier.

Modifications de l'ORF

L'article 21 de l'ORF ne doit pas être modifié. Si cela fait sens de gérer les immeubles et les DDP qui peuvent être des immeubles, rappelons-le, il n'en va pas de même pour les servitudes. Qui plus est, les immeubles ainsi que les DDP portent sur une surface délimitée avec précision. La servitude est un droit. Elle a un exercice, mais ce n'est pas la servitude en elle-même qui est délimité. Celle-ci grève la totalité de l'immeuble. C'est uniquement son assiette, respectivement son exercice qui peut être délimité. La formulation est donc mauvaise, indépendamment du fait que cette partie de l'article 21 PORF devrait être éliminée.

L'art. 70 al. 3 ORF est superfétatoire et ne fait qu'ajouter de la lourdeur à la procédure. La formulation actuelle suffit. Qui plus est, il est ici question des servitudes et des charges foncières. Pourquoi les charges foncières apparaissent-elles tout d'un coup alors qu'il s'agit d'une obligation de garantie dont le fonctionnement s'apparente à un gage immobilier ?

Modifications de l'Ordonnance sur l'acte authentique électronique

Il n'est nulle part fait mention des conditions permettant au géomètre de devenir officier public (sceau, patente, assurance RC).

Ordonnance sur le cadastre des restrictions de droit public à la propriété foncière

Compléter la phrase : les données relatives aux restrictions de droit public à la propriété foncière *inscrite au cadastre RDPPF*, sont ...

Conclusions

Inclure les servitudes dans la mensuration officielle n'a semble-t-il pas fait l'objet d'une réflexion suffisante quant à la nature même des servitudes.

Contrairement aux immeubles, celles-ci représentent un droit, et non une limite sur le terrain. Les inclure dans la mensuration officielle serait faire fi de leur nature et créerait une insécurité juridique flagrante. Le registre foncier est le registre public donnant l'état des droits et des charges sur les immeubles ; il est le seul instrument de la publicité foncière et doit le rester. Le développement d'autres registres entraînerait des insécurités juridiques.

Qui plus est, les articles y relatifs prévus par le projet sont contraires aux dispositions légales du Code civil régissant à la foi la propriété, les servitudes et le registre foncier.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Article Article Articolo	Proposition de modification ? Autre proposition ? Proposta di modifica ?	Remarques Remarques Osservazioni
3, alinéa 1	...fixe la planification stratégique et les actes législatifs de rang supérieur tels que les directives ou les instructions de la mensuration officielle après avoir entendu les autorités cantonales compétentes.	Avec le transfert des réglementations détaillées de l'ordonnance à swisstopo, il est important que les cantons soient consultés à ce sujet et surtout qu'ils puissent y collaborer.
7, alinéa 2	<i>Le point d) doit être supprimé.</i>	Le Canton de Vaud n'est pas favorable à intégrer les servitudes dans la MO, car il subsiste aujourd'hui encore beaucoup trop d'inconnues sur le sujet. Ces servitudes découlent du droit privé. Leur géométrie est souvent mal définie, car figurée uniquement sur des plans « historique ». Leur assiette peut également évoluer dans le temps sur le terrain. Les intégrer représenterait un investissement très important avec une valeur ajoutée non démontrable aujourd'hui.
23	...doivent être mis à jour, en règle générale , dans un délai de trois mois à compter de l'instant où survient une modification.	<p>Pareille réduction du délai de mise à jour entraîne des coûts nettement plus élevés. Concrètement, cela signifie que les géomètres devront intervenir deux fois sur le terrain et produire deux dossiers de mise à jour, ce qui va provoquer une importante augmentation des coûts à charge des propriétaires (plus d'un million de francs pour le seul canton de Vaud). Pour l'administration cantonale, il faudra également engager des ressources supplémentaires (env. 2 ETP) pour l'intégration des données et pour le suivi d'un nombre de dossiers nettement plus élevés.</p> <p>Il est par ailleurs étonnant de relever que les objets qui mettent le plus de temps à être mis à jour et qui ont été signalé par swisstopo sont généralement ceux sous gestion de la Confédération ou de ses ex-régies (CFF, Armasuisse, etc.). Il paraît peu probable que ces organismes qui mettent déjà plusieurs années à mettre à jour leurs propres objets dans la MO puissent respecter un délai aussi court.</p> <p>Il s'agit enfin de relever que le rapport coûts/bénéfices d'un pareil raccourcissement des délais semble proche de zéro, dans la mesure où les cantons ont déjà eu l'obligation d'intégrer à grands frais les constructions projetées dans la MO depuis plusieurs années et que ces processus sont maintenant en place et donnent satisfaction.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

44, alinéas 2 et 3	Al. 2 : Les cantons peuvent définir quels éléments de la mensuration officielle peuvent être repris à partir d'autres jeux de données et régler les processus correspondants. La responsabilité de la qualité et de la fiabilité reste du ressort d'un ingénieur géomètre inscrit au registre fédéral des géomètres. Al. 3 : Le DDPS peut fixer d'autres exceptions.	Dans le marché libéralisé du canton de Vaud, le propriétaire dispose du libre choix du géomètre. Il peut même s'adresser à des spécialistes en mensuration qualifiés pour la mise à jour de certaines couches, comme par exemple les bâtiments. L'abandon de l'exacte définition des couches placées sous la responsabilité des géomètres brevetés inscrits au registre fédéral va imposer à tous les cantons de légiférer en la matière. Selon la terminologie utilisée à l'art. 46, al.1, ils devront même établir des listes de personnes habilités à signer des actes, ce qui paraît contraire à l'esprit du brevet et du registre fédéral. Il importe donc que la Confédération précise cette situation, à minima en complétant son rapport explicatif et en indiquant précisément ce qui est attendu de la part des cantons dans ce domaine pour leur éviter un travail aussi long que fastidieux et surtout sans réelle valeur ajoutée par rapport à la situation actuelle.
46a al 1		Cf. remarque art. 44 ci-dessus.
47b		Quelle est la marge de manœuvre pour les cantons lorsque la Confédération ne tient elle-même pas ses engagements ? Ou commet des fautes qui induisent ensuite des erreurs dans les données de la MO, erreurs qui doivent être corrigées des années plus tard et à grands frais par les cantons (par exemple en matière de toponymie) ?

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Article Article Articolo	Proposition de modification ? Autre proposition ? Proposta di modifica ?	Remarques Remarques Osservazioni
2, alinéa 2	Les points fixes planimétriques sont déterminés en premier lieu en fonction de leur position, les points fixes altimétriques en premier lieu en fonction de leur altitude.	Les deux types de points fixes présentent également l'autre information.
3	Les termes "planifié", "projeté" et "noms des objets importants" doivent être précisés.	En particulier en ce qui concerne l'art. 23 OMO, mais aussi pour d'autres processus, il est important que tous les utilisateurs comprennent ces termes de la même manière ou qu'ils soient délimités de la même manière les uns par rapport aux autres. Cela peut tout à fait être précisé dans le rapport explicatif.
6	La notion de "plan cadastral" doit être précisée et différenciée de celle de "plan de situation".	Dans le canton de Vaud (comme dans d'autres cantons d'ailleurs), la notion de plan de situation est déjà définie dans la terminologie propre à l'aménagement du territoire. Remplacer la terminologie de plan cadastral par plan de situation paraît donc particulièrement peu opportune et sera source de nombreuses confusions. Il importe donc de revenir à la terminologie de « plan cadastral »
7		Qui est vraiment compétent pour identifier les besoins des utilisateurs ? Les cantons comptent de milliers de clients qui souhaitent surtout de la stabilité (et qui ne sont pas représentés au changeboard) La Confédération n'en a que quelques-uns et est susceptible de devoir faire face au lobbying de grand groupes (banques, assurances, swisscom, sixgroup, etc.).
11		La D+M doit fiabiliser son outil de contrôle des données et s'assurer de sa bonne utilisation à partir du moment où publie les résultats de ce contrôle. Nous encourageons Swisstopo à procéder de manière analogie et avec la même transparence pour les produits sous sa gestion.
12		Cet article devrait préciser que les délais de mise en œuvre des modifications du modèle de données sont à discuter avec les cantons avant toute décision pour éviter que celle-ci soit impossible à mettre en œuvre.
13		Ce modèle simplifié doit faire l'objet d'un minimum de stabilité. Pour mémoire MO Public a connu plusieurs versions dans un court délai et il faudrait vraiment éviter que pareille situation, contraire aux besoins des utilisateurs, se systématisent.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

14, alinéa 3	a. dans les régions d'estivage, les régions improductives et les milieux à faible dynamique : 5-12 ans	Il est peu judicieux de mettre à jour à grands frais des thèmes qui ne changent pas ou peu, même sur de longues périodes, comme par exemple les cours d'eau, la transition entre la végétation et la roche ou les lisières de forêt statiques. Les fréquences devraient être définie par thème, et pas seulement en fonction des régions.
15		Il paraîtrait opportun que cet article fixe quelques principes généraux relatifs à la prise en charge des coûts.
16		Qui va fournir la liste et les emplacements ? Combien d'objets sont-ils concernés ? Qui va forcer Armasuisse à faire le nécessaire ?
17, al. 2		Cet article est inapplicable dans le canton de Vaud où l'unité de gestion de la mensuration officielle est depuis plus d'un siècle le « plan ».
22, alinéa 1	... du droit distinct et permanent, dans la mesure où celui-ci est d'une taille permettant de le représenter.	Des exceptions doivent être possibles pour les parcelles surdimensionnées (problématique analogue à celle du cadastre RDPPF).
30, alinéa 1	Voir les remarques générales concernant la période d'introduction.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Article Article Articolo	Proposition de modification ? Autre proposition ? Proposta di modifica ?	Remarques Remarques Osservazioni
7a	<i>Supprimer le point b)</i>	Voir les remarques générales sur les servitudes.
7b	c. Mines	Exigences de qualité sur tous les types de terrains ; Reporter l'introduction des servitudes.
7c	b. la surface en mètres carrés, le numéro et l'identificateur fédéral d'immeuble EGRID de l'immeuble ...	L'EGRID, identifiant unique pour toute la Suisse, devrait également faire partie de la description.



2022.01757

P.P. CH-1951
Sion

Poste CH SA

Frau
Viola Amherd
Bundesrätin
Vorsteherin ds Eidg. Departementes für
Verteidigung, Bevölkerung und Sport
(VBS)
Bundesrätin
3003 Bern



Unsere Ref. /
Ihre Ref. /

Datum 11. Mai 2022

Stellungnahmen zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung, sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Februar 2022 und stellen Ihnen unsere detaillierte Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung der oben genannten Angelegenheit im Anhang.

Wir begrüssen grundsätzlich die Modernisierung und Flexibilisierung der amtlichen Vermessung, wie sie in der Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung vorgesehen ist. Der Nutzerkreis der amtlichen Vermessung hat sich in den letzten Jahren erweitert. Der Bedarf nach präzisen, zuverlässigen Geoinformationen von Behörden hat sich stark verändert. Zudem werden die Anforderungen an die Aktualität der Daten zusehends grösser. Der Staatsrat hat in seiner Informatikstrategie den Aufbau von Referenzdatenbanken in Bereichen physische Personen, Unternehmen und Gebäude veranlasst. Letztere wird von der amtlichen Vermessung als Quelldatenbank alimentiert.

Die Organisation in Module und die Einführung von international akzeptierten Austauschformaten (INTERLIS 2-xml) erachten wir als unerlässlich, da die Daten der amtlichen Vermessung für die IT-Welt nutzbar gemacht werden. Wir erachten es jedoch notwendig, dass der Ausbau der verschiedenen Module in Absprache mit den Kantonen definiert wird. Zudem schlagen wir vor, dass die Planung und die Finanzierung der Datenbeschaffung bzw. -transformation in Rahmen der in der amtlichen Vermessung bewährten 4-jährigen Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton geregelt werden. Der Finanzierungsbedarf in den Kantonen wird in den Berichten nicht detailliert aufgezeigt. Insbesondere bei der Erfassung der geometrischen Daten der Dienstbarkeiten, scheint uns der Finanzbedarf unklar, zumal im Kanton keine geometrischen Daten zu den Dienstbarkeiten erfasst worden sind. Die Festlegung der Geometrie der Dienstbarkeiten erhöht die Rechtssicherheit erheblich. Unbestritten ist zudem, dass die geometrischen Daten in die amtliche Vermessung integriert werden sollen.

Die zeitliche Staffelung der Umsetzung der Module ist unerlässlich. Im Kanton Wallis läuft in den nächsten Jahren die Vermessung der Alpgebiete, was immerhin zirka 50% des Kantonsgebietes ausmacht.

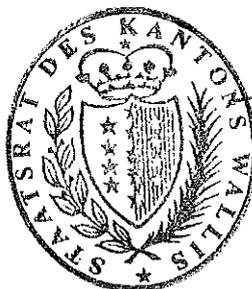
Des weiteren erachten wir es notwendig, dem Aufbau und Stärken von Kompetenzen bei Spezialistinnen und Spezialisten zur Beherrschung der Geoinformation und zur Gestaltung des digitalen Wandels sowie der Verbreitung des Wissens über die Nutzung der Geoinformationen, wie in der Geoinformationsstrategie Schweiz festgehalten, Priorität einzuräumen. Es braucht Fachspezialisten, um die amtliche Vermessung für die Herausforderungen der modernen Gesellschaft fit zu machen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen im Anhang und verbleiben, sehr geehrte Frau Bundesrätin, mit freundlichen Grüßen.

Im Namen des Staatsrates

Der Präsident


Roberto Schmidt



Der Staatskanzler


Philipp Spörri

Beilage Ausgefüllter Fragebogen zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Kopie an rechtsdienst@swisstopo.ch



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Kanton Wallis, Palais de Gouvernement, 1950 Sion

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
Dienststelle für Geoinformation, Hr. Rainer Oggier, rainer.oggier@admin.vs.ch,
027.606.28.28

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die Dokumente und der Inhalt der Revision entsprechen weitgehend den modernen Anforderungen und den paritätisch erarbeiteten Entwürfen. Die Absicht der Revisionen und die Beschreibungen und Begründungen zu den einzelnen Artikeln sind in der Regel ausführlich, verständlich und sinnvoll. Unser Vorbehalt betrifft Unklarheiten bezüglich der Finanzierung und der unklaren Rahmenbedingungen bei der Umsetzung.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Angesichts der künftigen Herausforderungen muss die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und swisstopo weiter verbessert werden. Entsprechend ist den Kantonen wichtig, dass die präzisierenden Regelungen gemeinsam erarbeitet und breit diskutiert werden können. Wir schlagen vor, Art. 3 VAV entsprechend umzuformulieren.

Zudem ist festzuhalten, dass das DM.flex zwar flexibel auf ändernde Bedürfnisse angepasst werden kann, dass dabei aber die amtlichen Vermessung als Pfeiler der Schweizerischen Katastersystems erhalten werden muss. Im selben Kapitel wird erwähnt, dass Regelungen für das Change Board geprüft werden



sollen. Es wäre sinnvoll, Änderungen von DM-Flex gemäss standardisierten Verfahren ähnlich wie bei eCH in Kraft zu setzen. Bei wichtigen Änderungen wäre gegebenenfalls ein Vernehmlassungsverfahren nützlich.

Wir erachten es zudem notwendig, die Genauigkeitsanforderungen je nach Objektart und je nach Status im Lebenszyklus, wie in den Vorarbeiten IND-AV vorgeschlagen, weiterzuverfolgen.

Im Bereich der Dienstbarkeiten sind viele Fragen noch offen. Wir sind jedoch der Meinung, dass die geometrischen Daten der von ZGB Art. 732. Abs. 2 verlangtes Dienstbarkeitsplans unweigerlich in die amtliche Vermessung integriert werden müssen. Geographische Daten bzw. Pläne, die für das Grundbuch notwendig sind, sollen einzig aus der amtlichen Vermessung bzw. aus dem Plan für das Grundbuch gezogen werden und nicht aus anderen Quellen, deren Qualität nicht derjenigen der amtlichen Vermessung entspricht oder kaum verifizierbar ist.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach unserer Einschätzung möglicherweise nur den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Dies ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung. Die Kosten für die Umsetzung in den Kantonen ist kaum abzuschätzen, da Vorgaben des Bundes insbesondere im Bereich der Dienstbarkeiten fehlen. Die Abschätzung für eine allfällige personelle Verstärkung der Vermessungsaufsicht in den Kantonen ist ebenfalls schwer abzuschätzen. Auch gilt es zu beachten, dass die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Vollständigkeit hohe bis sehr hohe Kosten verursachen wird.

Der Zeitraum für die Umsetzung ist in einer zwischen Bund und Kantonen festgelegten Umsetzungsplanung und anschliessend in 4-jährigen Programmvereinbarungen zwischen Bund und dem jeweiligen Kanton festzulegen. Wie in diversen Publikationen für die Einführung des Datenmodells DM-Flex dargelegt, unterstützen wir die Variante «Gondelbahn», in der die Umsetzung etappiert, überschaubar und wirtschaftlich optimiert wird. Zu berücksichtigen gilt ebenfalls die Anforderungen der eher ländlichen Kantone, die sich von derjenigen der Stadtkantone doch unterscheiden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Anderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3, Abs. 1	... legt nach Anhörung der kantonalen zuständigen Behörde die strategische Planung und übergeordneten Erlasse wie Richtlinien oder Weisungen der amtlichen Vermessung fest.	Mit der Verlagerung der Detailregelungen aus der Verordnung zur V+D ist es wichtig, dass die Kantone dabei mindestens angehört werden und im Idealfall mitarbeiten können.
7, Abs. 2	Absatz 4 ist zu streichen.	Beim Absatz 4 wird eine technische bzw. eine organisatorische Lösung für den Einbezug vorweggenommen. Die Integration von geometrischen Daten der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung ist eine Angelegenheit der Kantone.
23	... kann, sind in der Regel innert sechs Monaten ...	Wir weisen darauf hin, dass die Aufnahme der Gebäude innert 3 Monaten und die Aufnahme der restlichen Bodenbedeckung in vielen Fällen nicht gleichzeitig durchgeführt werden kann. Vielfach sind die Umgebungsarbeiten vom Eigentümer nicht abgeschlossen. Eine Erhöhung der Kosten für die Grundeigentümer infolge separate Aufnahme de neuen Gebäudes lehnen wir ab. Die Erstreckung der Frist auf sechs Monate scheint uns ein gangbarer Kompromiss.
16a	NEU Abs. 3 Divergenzen innerhalb der in der amtlichen Vermessung festgelegten Toleranzen stellen keinen Widerspruch dar.	Divergenzen zwischen den Koordinaten von Grenzpunkten oder anderen Einzelpunkten, die beispielsweise aus einer Erneuerung errechnet worden sind und Koordinaten aus neuen Messungen im Gelände, die innerhalb der Toleranz sind, sich nicht von Amtes wegen zu beheben. Die Kosten für die Kantone für derartige Korrekturen würden erheblich steigen.
44, Abs. 2 und 3	Abs. 2: Die Kantone können festlegen, welche Bestandteile der amtlichen Vermessung aus anderen Datensätzen übernommen werden können und die entsprechenden Prozesse regeln. Die Verantwortung über Qualität und Zuverlässigkeit bleibt dabei bei einem oder einer im Bundesregister eingetragenen Ingenieur-Geometer, bzw. Geometerin. Abs. 3: Das VBS kann weitere Ausnahmen festlegen.	Künftig sollen die Daten dort erfasst und gehalten werden, wo sie die höchste Qualität aufweisen. Redundanzen sind möglichst zu vermeiden.
46a	Abs. 1: Die Kantone können festlegen, ...	Falls der Kanton diese Kompetenzen den im Eidgenössischen Register eingetragenen Ingenieur-Geometer übertragen will, wird er nicht verpflichtet, ein eigenes kantonales Register zu führen.
51	NEU Abs. 6: Die Festlegung und Integration der Grenzen der örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung gilt als besondere Anpassung von aussergewöhnlich hohem nationalem Interesse.	Der Bund hat sich mit einem geeigneten Prozentwert an die Aufnahme der Grenzen der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung zu beteiligen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
9	(Version 4.0 vom 7. Juni 2017)	Die Festlegung der Version eines eCH-Standards in einer Verordnung ist nicht optimal, da der Standard weiterentwickelt wird. Es wäre wünschenswert, wenn die Festlegung der massgebenden Version der Zuständigkeit der V+D übergeben wird.
14, Abs. 3	a. in Sömmerungsgebieten, in unproduktiven Gebieten und bei Inhalten mit geringer Dynamik: 5-12 Jahre b. in allen übrigen Gebieten: 3-6 Jahre	Es macht wenig Sinn, mit grossem Aufwand Themen nachzuführen, welche sich auch über lange Zeiträume kaum oder nur marginal ändern wie beispielsweise Flussläufe, der Übergang von Vegetation und Fels oder statische Waldränder.
19	<i>Streichen.</i>	Der Artikel 19 bezweckt die Kontrolle jeder Änderung des Datenbestandes durch den Bund, ist unverhältnismässig und ineffizient. Der Kanton als direkte Ausichtsstelle wird übergangen. Eine Qualitätskontrolle ist direkt bei der Registrierung in den massgebenden Datenbestand durchzuführen, ohne dass die Daten jeweils zu einem Instrument der V+D exportiert werden müssen.
22, Abs. 1	... Vermessung über mindestens eine Liegenschaft ...	Der Anwendungsfall eines Auszugs über mehrere Liegenschaft ist uns nicht ersichtlich.
24	(Version 2.0 vom 7. Juni 2017)	Die Festlegung der Version eines eCH-Standards in einer Verordnung ist nicht optimal, da der Standard weiterentwickelt wird. Es wäre wünschenswert, wenn die Festlegung der massgebenden Version der Zuständigkeit der V+D übergeben wird.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7b	c. Bergwerke	



Direktion des Innern, Postfach, 6301 Zug

per E-Mail

Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS
rechtsdienst@swisstopo.ch

T direkt 041 728 37 18
patricia.gehrig@zg.ch
Zug, 13. Mai 2022 GEAT
DIS 56141

**Vernehmlassung der Direktion des Innern
Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen**

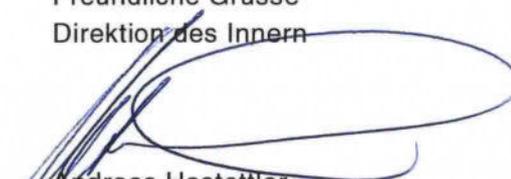
Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2022 haben Sie uns Gelegenheit gegeben, bis zum 13. Mai 2022 betreffend das obgenannte Geschäft eine Vernehmlassung einzureichen. Wir begrüssen das partizipative Revisionsverhalten sehr und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Unsere Rückmeldungen haben wir direkt im beiliegenden Fragebogen eingetragen.

Wir bitten um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
Direktion des Innern



Andreas Hostettler
Regierungsrat

Beilage:

- Fragebogen

Kopie an (via E-Mail):

- Amt für Grundbuch und Geoinformation (samt Beilagen)



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Kanton Zug, Amt für Grundbuch und Geoinformation

Kontaktperson für Rückfragen:

Markus Hess, markus.hess@zg.ch, 041 728 56 01

Reto Jörimann, reto.joerimann@zg.ch, 041 728 56 51

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Generelle Bemerkungen

Der Kanton Zug begrüsst die Revision der Verordnungen VAV, TVAV und TGBV. Das neue Datenmodell, die angepasste Geoinformationsgesetzgebung (GeolG, GeoIV und weitere) sowie die Veränderungen der Technologien machen eine Revision notwendig und sinnvoll. Eine Totalrevision der VAV erscheint uns nicht angezeigt, die Ziele können mit einer Teilrevision erreicht werden.

Wir begrüssen das partizipative Revisionsverhalten sehr und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Umwandlung der TVAV in eine Verordnung des VBS (VAV-VBS) erachten wir als Fortschritt und Erleichterung. Die vielen Fremdänderungen sind notwendig und nachvollziehbar.

Mit wenigen Bestimmungen sind wir jedoch nicht ganz einverstanden. Diese werden weiter unten in der artikelweisen Detailerörterung in **roter Schrift** aufgeführt und begründet. Manchmal wird auch nur eine Bemerkung abgegeben.



2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Einführung des neuen Datenmodells DM.flex

Rohrleitungen werden künftig nicht mehr im Plan für das Grundbuch ersichtlich sein. Das ist ein Nachteil, der durch gute Information der Nutzenden ausgeglichen werden muss. Es besteht die Gefahr von Fehlinterpretationen, weil das Fehlen eines Eintrags mit «keine Rohrleitung vorhanden» gleichgesetzt werden könnte.

Neuregelung der Finanzierung der amtlichen Vermessung

Keine Bemerkungen

Archivierung und Historisierung

Keine Bemerkungen

Öffnung für neue Technologien

Keine Bemerkungen

Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung

Grundsätzlich begrüssen wir diese Erweiterung der AV-Daten. Die Realisierung wird aber nicht so einfach sein. Es gibt viele nicht genau abgrenzbare Dienstbarkeiten und manchmal eine genaue Lagebezeichnung gar nicht beabsichtigt ist. Der beschriebene Nutzen ist nur dann vorhanden, wenn alle bisherigen, eintragbaren Dienstbarkeiten aufgearbeitet werden. Eine unvollständige Datensammlung ist problembehaftet. Es ist nicht klar, wer den hohen zu erwartenden Finanzbedarf für die Erreichung der Vollständigkeit abdecken wird.

Aktuell dürfen gemäss Art. 27 GBV – unter der Bedingung, dass die Kantone den Zugang vorsehen – nur die in Art. 26 Abs. 1 lit. a GBV aufgeführten Daten des Hauptbuchs ohne Interessensnachweis elektronisch öffentlich gemacht werden. Das sind namentlich die Bezeichnung des Grundstücks und die Grundstücksbeschreibung, den Namen und die Identifikation des Eigentümers oder der Eigentümerin, die Eigentumsform und das Erwerbsdatum, nicht aber die Dienstbarkeiten. Ohne weitere Fremdänderungen dürfen die Dienstbarkeiten nicht einfach publiziert werden. Wir meinen, daran könnte die Aufnahme der Dienstbarkeiten von vornherein scheitern.

Im erläuternden Bericht wird unter Ziff. 3.1.8 zum Artikel 7 Plan für das Grundbuch ausgeführt:

«Indem nun neu auch die Grenzen in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in einer zeichnerisch eindeutigen Darstellung im Plan für das Grundbuch dargestellt werden, kommen zukünftig nicht nur wie bis anhin den Grundstücksgrenzen eine Grundbuchwirkung zu, sondern ebenso den Grenzen der dargestellten Dienstbarkeiten, mit dem Ergebnis, dass auch diese am guten Glauben nach Artikel 973 Absatz 1 ZGB partizipiert.»



Uns erscheint unklar, ob zukünftig ein aus den AV-Daten durch Dritte selber produzierter Plan nicht mehr als Basis für die Eintragung einer Dienstbarkeit genutzt werden kann und bei jeder Dienstbarkeit, die örtlich beschränkt ist, der (Nachführungs-) Geometer bemüht werden muss. Wir regen an, dass dieser Punkt in den Erläuterungen klarer umschrieben wird.

Generell schlagen wir vor, das Thema Dienstbarkeiten etwas grösser zu denken und als eine Art «System Dienstbarkeitsauskunft» zu gestalten. Alle im Grundbuch eingetragenen Dienstbarkeiten sollten pro Grundstück dargestellt oder aufgerufen werden können. Die Darstellung ist dann auf die Verwendung als Dienst in einem GIS hin zu wählen und sollte schweizweit vereinheitlicht werden. Ein guter Zeitpunkt für die Einführung sehen wir nach der vollständigen Umstellung auf DM.flex Version 1. Die rein planorientierte Eintragung einiger Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung bringt mehr Verwirrung als Nutzen. Darauf sollte verzichtet werden. Bei Unvollständigkeit im Plan für das Grundbuch kann ein Benutzer nie wissen, was an Dienstbarkeiten wirklich vorhanden ist. Er kann sich nicht auf den Plan verlassen. Fehlinterpretationen wären häufig zu erwarten.

Elektronische beglaubigte Auszüge aus einem öffentlichen Register

Keine Bemerkungen

Ermöglichung der Dokumentation des Untergrunds

Keine Bemerkungen

Pilotprojekte

Keine Bemerkungen

Meldefluss bei Plangenehmigungsverfahren

Das erachten wir als eine wichtige Sache. Der Kanton Zug hat die Erfahrung gemacht, dass gerade schweizweit operierende Organisationen oder auch Bundesstellen geplante Projekte oft nicht oder nur in ungenügendem Ausmass melden. Eine Meldepflicht in kantonalen Erlassen (z.B. in unserem kantonalen GeolG) wird oft nicht beachtet. Mit der Regelung des Meldeflusses wird eine gesetzliche Grundlage auf Stufe Bund geschaffen, was wir sehr begrüßen. Die Durchsetzung der Meldepflicht, bleibt jedoch als Herausforderung weiterhin bestehen.

Finanzielle Auswirkungen



Die Aufnahme der räumlich gut abgrenzbaren Dienstbarkeiten rückwirkend ab 2012 wird erhebliche, zusätzlichen Kosten verursachen. Wir regen an, dass für die rückwirkende Aufnahme der räumlich gut abgrenzbaren Dienstbarkeiten eine Sonderfinanzierung geprüft wird. Höhere finanzielle Mittel in Form von Bundesabgeltungen würden die Aufnahme der Dienstbarkeiten auch erheblich beschleunigen. Es ist zu bedenken, dass auf Seite des Grundbuchs dafür keine Mittel oder Bundesabgeltungen zur Verfügung stehen.

Auswirkungen für die Kantone

Die Einführung von DM.flex wird bei den Kantonen Anpassungsarbeiten in heute noch unabsehbarem Ausmass verursachen. Erfahrungsgemäss entpuppen sich solche Anpassungen als umfangreicher und kostenintensiver als zunächst angenommen. Entsprechend würden auch die Kosten höher ausfallen. Wir regen deshalb an, dass für die Einführung des DM.flex eine Sonderfinanzierung geprüft wird. Höhere finanzielle Mittel in Form von Bundesabgeltungen würden die Einführung von DM.flex auch erheblich beschleunigen. Es darf nicht sein, dass wir 10 Jahre warten müssen bis die letzte Gemeinde auf das zukunftsfähige Datenmodell umgestellt ist.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
6 Abs. 2	Kantonale Erweiterungen des Geodatenmodells sind nicht zulässig. Übergangsbestimmung: Bis zur Ablösung des DM.01 sind kantonale Erweiterungen zulässig.	Was passiert mit den kantonalen Erweiterungen bis das neue DM.flex eingeführt ist? Braucht es da nicht noch eine Übergangsbestimmung?
7 Abs. 1	Der Plan für das Grundbuch ist eine analoger oder digitaler Auszug normierte Darstellung aus den Daten der amtlichen Vermessung.	Was ist unter analog und digital genau zu verstehen? Ist eine PDF-Datei oder eine DXF-Datei ein digitaler Auszug?
14 Abs. 1	Als Grenzlinie gilt eine Strecke Gerade oder ein Kreisbogen zwischen zwei Grenzpunkten.	Gerade und Kreisbogen sind geometrische Formen, Strecke und Kreisbogenstück sind Realisierungen der Grundformen. Mit der vorgeschlagenen Anpassung werden die Begriffe vermischt. Antrag: «Gerade» als Begriff belassen. Kommt auch bei Art. 9 der VAV-VBS vor, was dort ebenfalls angepasst werden sollte.
14 Abs. 2	Bei der Ersterhebung, Erneuerung oder laufenden Nachführung ist ein einfacher Grenzverlauf anzustreben. Bestehende Grenzlinien sind nach Möglichkeit zu bereinigen. Bestehende Grenzlinien mit unklarem, kompliziertem oder unzweckmässigem Verlauf sind gemäss Vorschlag des Nachführungsgeometers zu bereinigen.	Hier wünschen wir uns mehr Durchsetzungsmöglichkeiten. "Unmögliche" Grenzziehungen sollten von Amtes wegen bereinigt werden dürfen. Aus der Praxis zeigt sich, dass vielerorts unschöne und nicht gelebte Grenzlinien existieren. Wenn die Grenzen wirklich die ihnen zugeordnete Funktion haben sollen, sind zwingend Bereinigungen anlässlich der Ersterhebung, Erneuerung oder laufenden Nachführung vorzunehmen.
14a Abs. 2	Eine Verwendung von Näherungsgeometrien für die Kreisbogen in den Daten stellt innerhalb der jeweils gültigen Genauigkeitsanforderungen keinen Widerspruch dar.	Eine Näherungsgeometrie muss innerhalb der Toleranzen der Genauigkeit liegen. Andernfalls könnten Kreisbogen zu stark vereinfacht werden, was erhebliche geometrische und andere Probleme auslösen kann. Schlimmstenfalls würde ein Auszug aus solchen Daten eine falsche Aussage zu einem Grundstück ausweisen. Daher ist diese Präzisierung wichtig.
16 Abs. 1	Die Grenzzeichen sind in der Regel anzubringen, bevor die Grenzen erstmals erhoben werden. Ausgenommen davon sind Mutationen aufgrund von Projektvorgaben (Büromutationen).	Bezüglich der Erstellung von sogenannten Büromutationen ist dieser Artikel unklar. Sind Büromutationen – die heute sehr oft vorkommen – mit nachträglicher Vermarkung noch möglich? Der Begriff «in der Regel» greift daher kaum. Art. 16 ist daher zu präzisieren.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

<p>23 Abs. 2</p>	<p>Die Kantone können nach Anhörung der V+D für begründete Fälle selbständig generelle abweichende Fristen vorsehen. Die V+D ist darüber zu informieren.</p>	<p>Die Durchführung der amtlichen Vermessung wird durch die Kantone vorgenommen. Sie sollen deshalb auch selber über Ausnahmen genereller oder individueller Natur bestimmen können. Das Anhören der V+D bedeutet einen grossen, unverhältnismässigen Aufwand. Weiter ist nicht geklärt, wer letztlich über Ausnahmen entscheidet. Es ist zu beachten, dass eine Nachführungsfrist von 3 Monaten sehr knapp bemessen ist. Weiter ist zu anzunehmen, dass Nachführungen aufgrund der kurzen Frist künftig vermehrt etappiert vorgenommen werden, was die Kosten für die Verursacher in die Höhe treibt. Dies kann nicht im Sinne der amtlichen Vermessung sein. Schliesslich ist anzunehmen, dass mit der Einführung von IND-AV die Nachführungsfristen individueller und besser an die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden angepasst geregelt werden können.</p>
<p>46</p>	<p>Art. 46 Arbeiten auf dem Bahngelände aufgehoben Art. 46a Geschäftsverkehr mit dem Grundbuch ... Art. 46b ... Art. 46c</p>	<p>Es gibt zahlreiche Dokumente und wohl auch Verträge, die auf den Art. 46 Bezug nehmen. Eine Neubesetzung stiftet Verwirrung, da der neue Art. 46 sich inhaltlich von Art. 46 völlig unterscheidet. Die Artikelnummer 46 wird nicht neu besetzt, sondern aufgehoben und ein Artikel 46a daraus gemacht. Die nachfolgenden Artikel erhalten die Buchstaben b und c (nachrücken).</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
14 Abs. 3	<p>In den folgenden Gebieten gelten die nachfolgenden Zyklen:</p> <p>a. in Sömmerungsgebieten und in unproduktiven Gebieten: 56–12 Jahre;</p> <p>b. in allen übrigen Gebieten: 3–6 4–8 Jahre.</p> <p>Alternative: Die Nachführungszyklen sind abgestuft nach Gebieten und Teilmodellen so zu wählen, dass eine marktgerechte Aktualität zu angemessenen Kosten erreicht wird.</p>	<p>Alle 3-6 Jahre eine PNF durchzuführen ist unseres Erachtens zu häufig. Wir schlagen andere Zyklen vor oder eine Alternative. Allenfalls würde eine unbestimmte Formulierung wie «bedarfsgerecht» oder eine andere griffige Bestimmung ohne Jahreszahl genügen?</p> <p>Die Aktualität von AV-Daten ist nicht überall gleich gefragt. Oft werden Aktualisierungssituationsbedingt vorgenommen, wie z.B. vor einer Revision der Nutzungsplanung. Mit der alternativen Formulierung könnte ohne Mehraufwand und -kosten eine PNF zum richtigen Zeitpunkt erfolgen, d.h. mit maximalem Nutzen.</p>
19	<p>Antrag nur mit Bezug auf erl. Bericht.</p>	<p>Wenn bei jeder Änderung die Qualität geprüft werden müsste und insbesondere ein Beleg nötig ist, dann erhöht dies die Arbeitslast. Wenn das so zu verstehen ist, dass bei Mutationen die Kontrolle auch integriert erfolgen kann (System kontrolliert die Konformität der Änderung), kann die Bestimmung so belassen werden.</p> <p>Antrag: Im Bericht erläutern, was genau unter «Änderungen im Datenbestand» zu verstehen ist. Gilt das nur für die Liegenschaftenebene und Fixpunkte?</p>
24	<p>Kein Antrag</p>	<p>Die Verwendung von eCH-Standards ist grundsätzlich zu begrüssen. Unklar ist aber noch, ob mit diesen Meldungen der bisherige Datenaustausch über die AVGBS vollständig abgedeckt werden kann. Im Übrigen sind wir hier auf die Realisierung der Schnittstellen durch die Hersteller der Applikationen angewiesen. Daher braucht es eine Übergangsregelung bzw. einen Termin für die Einführung. Das ist in Art. 30 abgefangen.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7b Bst. b.	b. flächenmässig ausgeschiedenen selbstständigen und dauernden Rechten an Grundstücken sowie der Bergwerke ;	Fehlen da nicht noch die Bergwerke?
7c Abs. 1	<p>Neue Aufzählung:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. den Gemeinendenamen und die BFS-Nr.; b. die Nummer des Grundstücks oder des selbstständigen und dauernden Rechts sowie deren EGRID c. die Gebäudeadresse nach den Artikeln 26b und 26c GeoNV⁷ oder eine geeignete Information über die Lokalisierung der betroffenen Objekte wie den Lokalnamen oder Strassennamen; d. eine Liste der bestehenden Gebäude nach den Art. 2 Bst. b und 7 Abs. 1 Bst. b VGWR 8 so wie der übrigen bestehenden Bauten und Anlagen; e. die auf ganze Quadratmeter gerundete Fläche des Grundstücks und weitere Angaben zur Beschaffenheit der Erdoberfläche. 	<p>Unser Vorschlag für die Auflistung bezieht die wichtigen Indikatoren BFS-Nr. und EGRID mit ein. Diese sind essentiell für eine Referenzierung. Die (offizielle) Gebäudeadresse genügt als Ortsangabe und ist für die Benutzer gebräuchlich. Dort wo keine Adresse vorhanden ist, macht eine Angabe der Lokalisierung zu durchaus Sinn. Weiter wurde versucht, eine etwas bessere Gruppierung zu erreichen. Schliesslich erscheint es uns wichtig, dass die Flächenangabe des Grundstücks auf ganze Quadratmeter gerundet wird und dies auch so klar in der Verordnung steht. Erfahrungsgemäss gibt das Flächenmass oft Anlass zu Diskussionen, obwohl es nur beschreibenden Charakter aufweist.</p>



Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport
Bundesamt für Landestopografie swisstopo
Rechtsdienst
Seftigenstrasse 264
3084 Wabern

4. Mai 2022 (RRB Nr. 670/2022)

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 2. Februar 2022 haben Sie das Vernehmlassungsverfahren zu einer Änderung der Verordnung vom 18. November 1992 über die amtliche Vermessung (VAV; SR 211.432.2) sowie technischen Ausführungsvorschriften eröffnet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

A. Allgemeine Bemerkungen

Zur Einführung des Datenmodells DM.flex

Eines der Hauptziele der Vorlage ist die Einführung des neuen Datenmodells DM.flex. Aus diesem Grund dürften die Ausführungen insbesondere in Kapitel 1 und 2 des erläuternden Berichts den Schwerpunkt der «Amtlichen Vermessung» auf den Datensatz der amtlichen Vermessung legen. Es erscheint uns jedoch wichtig, dass die Amtliche Vermessung weiterhin als Institution zu verstehen und der Begriff weiter zu fassen ist. Unter den Begriff «Amtliche Vermessung» fallen auch deren Organisation und Zuständigkeiten (Verbundaufgabe), die Prozesse, die Punktzeichen und Vermarkungen sowie die Auszüge zur Grundbuchführung. Diese weiteren Inhalte sind in den Begründungen für die Verordnungsanpassungen entsprechend zu gewichten.

Der Kanton Zürich hat im Rahmen der Konsultation zur Modelldokumentation DM.flex im Dezember 2021 festgehalten, dass eine fundierte Analyse des Nutzens für den Datenmodellwechsel fehlt. Ein entsprechender Nachweis wird auch mit dieser Vorlage nicht erbracht. Die Einführung des neuen Datenmodells DM.flex verursacht erheblichen Aufwand, dieser muss mit einem entsprechenden Nutzen gerechtfertigt werden, der von swisstopo aufzuzeigen ist.

Im Zusammenhang mit dem Datenmodell der amtlichen Vermessung wird in Art. 6 Abs. 2 E-VAV festgehalten, dass kantonale Erweiterungen des Datenmodells nicht zulässig sind. Für den Kanton Zürich ist es zentral, auch weiterhin den Inhalt der amtlichen Vermessung auf kantonaler Stufe erweitern oder weitergehende (verschärfende) Anforderungen festlegen zu können. Dies ist nach unserem Verständnis auch ausserhalb des neuen Datenmodells DM.flex möglich.

Zur Finanzierung

Ein weiterer Anlass für die Vorlage ist die Änderung von Art. 38 des Geoinformationsgesetzes (GeolG, SR 510.62), mit dem die Verordnung der Bundesversammlung über die Finanzierung der amtlichen Vermessung aufgehoben und die Zuständigkeit zur Regelung der Finanzierungsdetails dem Bundesrat übertragen wird. Die Einzelheiten der Verbundfinanzierung (z. B. Bemessung der Bundesbeiträge) sollen in der VAV geregelt werden. Dabei werden die bisherigen Bestimmungen weitgehend unverändert übernommen.

Die Einführung des neuen Datenmodells DM.flex hat erhebliche Auswirkungen auf die Kantone, die dieses Datenmodell umsetzen müssen. Die finanziellen Auswirkungen der Vorlage sollen ausführlicher dargestellt werden, selbst wenn die Mehrkosten für die Kantone aufgrund des noch fehlenden Umsetzungskonzepts des Bundes nur schwer abgeschätzt werden können. Für den Kanton Zürich schätzen wir den Aufwand für den Datenmodellwechsel auf rund 3 Mio. Franken. Dabei sind allfällige Anpassungen bei den Datennutzenden (insbesondere kantonale Fachstellen, Applikationen bei Gemeinden usw.) noch nicht enthalten.

Zur Aufnahme von Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung

Wir lehnen die geplante Aufnahme von Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung entschieden ab. Der Aufnahme von Dienstbarkeiten stehen datenschutzrechtliche Aspekte entgegen. Ein Grossteil der Dienstbarkeiten ist nicht öffentlich, was auch für deren Abgrenzung gilt. Weiter erfüllen die Dienstbarkeiten die Anforderungen an die amtliche Vermessung etwa bezüglich Flächendeckung, Homogenität oder Genauigkeit nicht.

Dienstbarkeiten, auch wenn sie räumlich definiert sind, sind in erster Linie Rechte. Ob daraus auch vermessbare Bauten auf dem Grundstück resultieren, ist ungewiss. Bis zu diesem Zeitpunkt handelt es sich bei Dienstbarkeiten einzig um eine Rechtsbeziehung zwischen Privatpersonen, es fehlt an einem vermessbaren Objekt. Für deren Darstellung und Registrierung, aber auch zur Erteilung von Auskünften darüber, ist einzig das Grundbuch bzw. das Grundbuchamt zuständig. Die vorgesehene Anpassung führt daher zu einer unerwünschten Vermischung des Aufgabenbereiches der amtlichen Vermessung mit derjenigen des Grundbuchs.

Die Bezeichnung von Grundbuchdaten als Open Data ist nicht korrekt. Das ZGB (SR 210) und die Grundbuchverordnung (GBV, SR 211.432.1) regeln die Erteilung von Auskünften und die Abgabe von Auszügen aus dem Grundbuch unter dem Titel «Öffentlichkeit des Grundbuchs». Die Öffentlichkeit des Grundbuchs ist immer im Zusammenhang mit seiner Funktion als Register der privaten Rechte an Grundstücken zu sehen. Das Grundbuchamt hat diesbezüglich sicherzustellen, dass Auskünfte oder Auszüge nur im Rahmen dieses Zwecks, nur im Einzelfall und bezüglich eines einzelnen Grundstücks erteilt werden (Art. 26 Abs. 2 GBV). Es obliegt heute den Kantonen, zu entscheiden, ob sie einen elektronischen

Zugang zu den Daten des Grundbuchamtes einrichten wollen (Art. 27 GBV). Mit der Zuordnung zu Open Data und der Publizierung von Grundbuchdaten im Internet würde unzulässigerweise in diese Kompetenz der Kantone eingegriffen.

Mit der Aufnahme von Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung würden sodann erheblicher Mehraufwand und Mehrkosten entstehen. Es ist davon auszugehen, dass dafür ein kostenpflichtiges Vermessungszeugnis oder zumindest ein ebenfalls kostenpflichtiger Geometerplan vorausgesetzt wird. Damit verteuerte sich die Begründung einer Dienstbarkeit, ohne dass sich für die Parteien ein entsprechender Mehrwert ergeben würde. Weiter dürfte dieser Mehraufwand auch zu einer längeren Bearbeitungsdauer führen.

Zum Verhältnis Grundbuch und amtliche Vermessung

Die Aufgaben- und Zweckbereiche der amtlichen Vermessung und des Grundbuchs unterscheiden sich. Im Grundbuch werden die Rechte an den Grundstücken geführt (vgl. Art. 942 Abs. 1 ZGB). Registriert werden darin insbesondere die privatrechtlichen Rechte an Grundstücken. Über diese Rechte ist es denn auch das Grundbuchamt, das über den massgebenden, rechtsgültigen Bestand verfügt und darüber Auskunft erteilt. Das Grundbuch fokussiert somit auf privatrechtliche Rechtsverhältnisse an Grundstücken.

«Die Aufnahme und Beschreibung der einzelnen Grundstücke im Grundbuch erfolgt auf der Grundlage der amtlichen Vermessung, namentlich eines Plans für das Grundbuch.» (Art. 950 Abs. 1 ZGB). Hauptzweck der amtlichen Vermessung ist, Grundstücke zu identifizieren und Informationen über deren Lage, Form und Bodenoberfläche zu beschaffen und in Plänen und Registern darzustellen. Die amtliche Vermessung fokussiert daher auf die Aufnahme und Darstellung von tatsächlichen und damit überhaupt erst vermessbaren Zuständen an Grundstücken bzw. auf und allenfalls unter der Erdoberfläche.

Zur Nachführungsfrist

Wir lehnen die erhebliche Verkürzung der Nachführungsfrist von einem Jahr auf drei Monate ab. Die neue Regelung verursacht erheblichen Mehraufwand und Mehrkosten und ist kaum umzusetzen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Nachführungskosten im Kanton Zürich verdreifachen werden. Ein entsprechendes Bedürfnis und eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Anpassung wird im erläuternden Bericht nicht dargelegt.

Zu den weiteren Anpassungen

Mit der Vorlage kann eine Vereinfachung der Regulierungen erreicht werden. Dies betrifft etwa die Möglichkeit, Auszüge elektronisch zu unterzeichnen oder Pilotprojekte durchzuführen. Zudem unterstützen wir den Fortbestand von Kreisbögen als zulässigen Geometrietyp sowie die Löschung der bisherigen Inhalte Rohrleitungen und Höhen. Ebenso begrüssen wir ausdrücklich die Regelungen zur Archivierung und Historisierungen der Daten der amtlichen Vermessung. In der Grundbuchführung besteht das Bedürfnis, nicht nur auf den jeweils aktuellen Stand der Grundstückdaten und deren Darstellung im Grundbuchplan zugreifen zu können, sondern auch die Geschichte eines Grundstücks nachvollziehen zu können.

Weiter befürworten wir die Anpassungen der Begrifflichkeiten «Plan für das Grundbuch» und «Grundbuchplan». Der Begriff «Plan für das Grundbuch» ist dem Recht der amtlichen Vermessung zuzurechnen, derjenige des «Grundbuchplans» dagegen dem Grundbuchrecht. Dass die beiden Begriffe auseinandergelassen und je in ihrer Fachumgebung verwendet werden, ist konsequent und dient der Stimmigkeit der beiden Fachbereiche.

B. Zu einzelnen Bestimmungen

I. Verordnung über die amtliche Vermessung

Funktionen der amtlichen Vermessung (Art. 1 E-VAV)

Die amtliche Vermessung umfasst einerseits die Tätigkeit der Vermessung und andererseits die Daten der amtlichen Vermessung als Teil des Grundbuchs. Mit der vorgeschlagenen Formulierung in Art. 1 E-VAV wird die eigentliche Vermessungstätigkeit nicht miterfasst. In der bisherigen Formulierung war diese im Begriff «anerkannte Vermessungen» mitenthalten.

Die Daten der amtlichen Vermessung werden als Georeferenzdaten zur Verfügung gestellt. Der aus den Daten der amtlichen Vermessung erstellte «Plan für das Grundbuch» ist Teil des Grundbuchs und stellt das wichtigste Produkt der amtlichen Vermessung dar. Wir beantragen deshalb, die Aufzählung in Art. 1 E-VAV entsprechend anzupassen und Bst. a zu b sowie b zu a umzustellen.

Im vorgelegten Bst. b geht die Formulierung «gewährleistet die Verfügbarkeit» sodann zu wenig weit, sie bezieht sich nur auf die Daten der amtlichen Vermessung. Neben der Gewährleistung der Verfügbarkeit gehört auch das Erheben und Nachführen der Daten der amtlichen Vermessung zuhanden des Grundbuchs zu den Aufgaben der amtlichen Vermessung. Die amtliche Vermessung umfasst aber auch die Grenzfeststellung oder die Punktzeichen (Fixpunkt- und Grenzzeichen) vor Ort. Diese machen insbesondere die Grundstücksgrenzen bzw. den Grenzverlauf sichtbar.

Anträge:

1. Die Funktionen der amtlichen Vermessung sind entsprechend ihrer Bedeutung aufzuzählen: Art. 1 Bst. a ist zu b und Art. 1 Bst. b ist zu a umzustellen.
2. Art. 1 Bst. b (bzw. neu a) ist wie folgt umzuformulieren: «dient zur Anlage und Führung des Grundbuchs gemäss Artikel 950 ZGB, indem sie die Aktualität und Verfügbarkeit der notwendigen Geobasisdaten gewährleistet und die Grenzverläufe vor Ort dokumentiert.»

Militärische Anlagen (Art. 4 Abs. 2 E-VAV)

Die Regelung wird inhaltlich begrüsst. Die Kostentragung für die Nachführung der amtlichen Vermessung richtet sich dagegen nach Art. 38 Abs. 2 GeolG. Es ist nicht ersichtlich und wird auch nicht begründet, weshalb hier eine andere Regelung zum Zuge kommen soll.

Antrag:

3. In Art. 4 Abs. 2 E-VAV ist der Passus «und die Kostentragung» wegzulassen.

Datenmodell der amtlichen Vermessung (Art. 6 Abs. 2 E-VAV)

Art. 6 Abs. 2 E-VAV hält fest, dass kantonale Erweiterungen des Datenmodells nicht zulässig sind. Für den Kanton Zürich ist es zentral, auch zukünftig den Inhalt der amtlichen Vermessung auf kantonaler Stufe erweitern oder weitergehende (verschärfende) Anforderungen festlegen zu können.

Seit über 30 Jahren verfügt der Kanton Zürich über kantonale Erweiterungen und weitergehende Anforderungen. Letztere haben insbesondere zum heutigen hohen Qualitätsstandard und der breiten Akzeptanz der amtlichen Vermessung im Kanton Zürich geführt.

Die inhaltlichen Erweiterungen entsprechen den Bedürfnissen der Nutzenden der amtlichen Vermessung, die diese für ihre tägliche Arbeit verwenden können. Der Wegfall wäre als Rückschritt zu beurteilen und würde für das Produkt «amtliche Vermessung» qualitative und inhaltliche Einbussen bedeuten. Es muss den Kantonen deshalb möglich sein, weiterhin gestützt auf kantonales Recht den Inhalt der amtlichen Vermessung zu erweitern oder weitergehende Anforderungen vorzusehen. So kann den unterschiedlichen Bedürfnissen in den Kantonen Rechnung getragen werden. Dabei geht es auch darum, Qualitäten der amtlichen Vermessung, wie geregelte Nachführungsprozesse, Qualitätsstandard, Zuverlässigkeit, Glaubwürdigkeit, definierte Kostentragung usw. auch für weitere Inhalte zu nutzen. Wir gehen davon aus, dass diese Möglichkeit mit Art. 6 Abs. 2 E-VAV nicht ausgeschlossen wird. Wir beantragen, dieses Anliegen in einem erläuternden Bericht darzustellen.

Antrag:

4. In einem erläuternden Bericht ist festzuhalten, dass die Kantone weiterhin Erweiterungen und weitergehende Anforderungen an die amtliche Vermessung ausserhalb des Datenmodells des Bundes festlegen können.

Plan für das Grundbuch (Art. 7 Abs. 2 und 4 E-VAV)

Wir lehnen es ab, Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung zu führen. Der Aufnahme von Dienstbarkeiten stehen datenschutzrechtliche Aspekte sowie in vielfacher Hinsicht die Erfüllung von Genauigkeitsanforderungen entgegen. Dienstbarkeiten erfüllen die Anforderungen bezüglich Flächendeckung, Homogenität oder Genauigkeit nicht. Dienstbarkeiten sind bezüglich Inhalt, Ausgestaltung oder Dauer wesentlich komplexer als Liegenschaften, und meist spielt dabei die Geometrie lediglich eine untergeordnete Rolle. Bereits heute ist bei geometrisch abbildbaren Dienstbarkeiten die Erstellung von Dienstbarkeitsplänen auf der Grundlage der amtlichen Vermessung vorgeschrieben. Dies heisst allerdings nicht, dass im Umkehrschluss diese Grenzen in die amtliche Vermessung aufgenommen werden müssen. Aus dem erläuternden Bericht (S. 17) geht klar hervor, dass die Anforderungen an eine solche Dienstbarkeitsgrenze weitaus tiefer sind als diejenigen der amtlichen Vermessung. Eine Übernahme von unqualifizierten Daten in den Datensatz der amtlichen Vermessung ist kategorisch abzulehnen.

Darüber hinaus unterstehen viele Dienstbarkeiten dem Datenschutz und sind nicht öffentlich. Dies trifft auch auf die Abgrenzung einer solchen geometrisch eindeutig definierten Dienstbarkeit zu. Dienstbarkeiten sind in erster Linie vertraglich begründete Rechtsbeziehungen zwischen zwei Privatpersonen. Einen Grund dafür, dass solche privatrechtlichen Rechtsverhältnisse schrankenlos öffentlich gemacht werden müssten, ist nicht ersichtlich. Dienstbarkeiten, auch wenn sie räumlich definiert sind, sind in erster Linie Rechte. Ob daraus auch vermessbare Bauten auf dem Grundstück resultieren, ist ungewiss. So können zum Beispiel Fuss- und/oder Fahrwegrechte jahrelang als Dienstbarkeit bestehen, sich auf dem belasteten Grundstück aber nicht manifestieren, weil der für die Ausübung notwendige Weg erst erstellt wird, wenn das berechnigte Grundstück überbaut wird. Auch gegenseitige Grenz- und/oder Näherbaurechte zeigen erst wahrnehmbare Auswirkungen, wenn die entsprechenden Bauten erstellt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt handelt es sich bei einer Dienstbarkeit einzig um eine Rechtsbeziehung zwischen Privatpersonen, es fehlt an einem vermessbaren Objekt. Für deren Darstellung und Registrierung, aber auch zur Ertei-

lung von Auskünften darüber ist einzig das Grundbuch bzw. das Grundbuchamt zuständig. Aus der Wiedergabe des sich aus dem Grundbuch ergebenden Inhalts ergibt sich kein Mehrwert für die Öffentlichkeit. Die vorgesehene Anpassung führt damit zu einer nicht gewünschten Vermischung des Aufgabenbereiches der amtlichen Vermessung mit derjenigen des Grundbuchs.

Aus der Annahme, bei Grundbuchdaten handle es sich um Open Data, wird abgeleitet, diese Daten müssten unkompliziert und gebührenfrei zugänglich sein. Die Bezeichnung von Grundbuchdaten als Open Data ist nicht korrekt. Das ZGB und die GBV regeln die Erteilung von Auskünften und die Abgabe von Auszügen aus dem Grundbuch unter dem Titel «Öffentlichkeit des Grundbuchs», dadurch hat die Öffentlichkeit aber keinen voraussetzungslosen und unbeschränkten Anspruch auf Zugang zu Daten des Grundbuchs. Die Öffentlichkeit des Grundbuchs ist immer im Zusammenhang mit seiner Funktion als Register der privaten Rechte an Grundstücken zu sehen. Das Grundbuchamt hat diesbezüglich sicherzustellen, dass Auskünfte oder Auszüge nur im Rahmen dieses Zwecks, nur im Einzelfall und bezüglich eines einzelnen Grundstücks erteilt werden (Art. 26 Abs. 2 GBV). Selbst beim elektronischen Zugang gemäss Art. 27 GBV ist durch das Grundbuchamt sicherzustellen, dass sich die Abfragen nur auf ein bestimmtes Grundstück beziehen und keine Serienabfragen getätigt werden. Der elektronische Zugang bezieht sich nur auf die Bezeichnung des Grundstücks und die Grundstücksbeschreibung, den Namen und die Identifikation der Eigentümerin oder des Eigentümers, die Eigentumsform und das Erwerbsdatum (Art. 970 Abs. 2 ZGB). Demgegenüber umfasst ein elektronischer Zugang die Dienstbarkeiten gerade nicht.

Es obliegt heute den Kantonen, zu entscheiden, ob sie einen elektronischen Zugang zu den Daten des Grundbuchamtes einrichten wollen (Art. 27 GBV). Mit der Zuordnung zu Open Data und der Publizierung von Grundbuchdaten im Internet würde unzulässigerweise in diese Kompetenz der Kantone eingegriffen.

Die Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung würde sodann erheblichen Mehraufwand und erhebliche Mehrkosten verursachen: Gemäss Art. 732 Abs. 2 ZGB ist ein Dienstbarkeitsplan nur dann erforderlich, wenn die örtliche Lage der Dienstbarkeit ohne Plan nicht genügend bestimmbar umschrieben ist. Selbstständige und dauernde Baurechtsdienstbarkeiten können im Grundbuch als eigenes Grundstück geführt werden. Solche Baurechte werden bereits heute in der Vermessung dargestellt. Für die Begründung eines solchen Baurechts wird ein Vermessungszeugnis vorausgesetzt. Dieses wird von der Nachführungsgeometerin oder vom Nachführungsgeometer erstellt und den Kundinnen und Kunden auch verrechnet. Sollen nun weitere Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung aufgenommen werden, ist davon auszugehen, dass dafür ebenfalls ein kostenpflichtiges Vermessungszeugnis oder zumindest ein ebenfalls kostenpflichtiger Geometerplan vorausgesetzt wird. Damit verteuerte sich die Begründung einer Dienstbarkeit, ohne dass sich für die Parteien ein entsprechender Mehrwert ergeben würde. Weiter dürfte dieser zusätzliche Mehraufwand auch zu einer längeren Bearbeitungsdauer führen. Weiterer Aufwand wäre zu erwarten, wenn eine Dienstbarkeit nicht entsprechend dem Dienstbarkeitsplan umgesetzt würde. Dies hätte eine Korrektur in der amtlichen Vermessung und allenfalls eine zusätzliche neue Beurkundung zur Folge.

Antrag:

5. Art. 7 Abs. 2 Bst. d und Art. 7 Abs. 4 E-VAV sind wegzulassen.

Kantonale Erweiterungen des Datenmodells des Bundes (Art. 10 E-VAV)

Die Kompetenzen der Kantone im bisherigen Art. 10 VAV sind weiter gefasst, als dies im erläuternden Bericht dargestellt wird. Die Kantone können heute nicht nur Erweiterungen des Datenmodells selber vornehmen, sondern auch den Inhalt der amtlichen Vermessung erweitern und weitergehende (verschärfende) Anforderungen festlegen. Aus dem erläuternden Bericht geht nicht hervor, weshalb zukünftig auf diese Kompetenz verzichtet werden soll. Kantonale Erweiterungen und weitergehende Anforderungen der amtlichen Vermessung sind für den Kanton Zürich sehr wichtig. Zum Beispiel kann eine Objektart auf kantonaler Stufe weiter unterteilt werden, oder es können strengere Anforderungen an die Genauigkeit oder eine Vermarktungsart gestellt werden. Mit der geplanten Einführung von eindeutigen Objektidentifikatoren können inhaltliche Erweiterungen ohne Weiteres ausserhalb des Datenmodells DM.flex definiert werden. Damit sind auch keine negativen Auswirkungen auf die Homogenität der amtlichen Vermessung zu erwarten. Damit die Kantone weiterhin den Inhalt der amtlichen Vermessung erweitern und weitergehende Anforderungen festlegen können, ist eine gesetzliche Grundlage erforderlich. Art. 10 VAV ist deshalb für kantonale Erweiterungen ausserhalb des Datenmodells beizubehalten.

Antrag:

6. Der bisherige Art. 10 VAV ist in der ursprünglichen Formulierung, aber mit der neuen Marginalie «Kantonale Erweiterungen» beizubehalten.

Grenzverlauf und Behebungen von Widersprüchen (Art. 14 und 14a E-VAV)

Wir begrüssen, dass als Grenzlinie weiterhin auch ein Kreisbogen zwischen zwei Grenzpunkten gilt. Im Originaldatensatz der amtlichen Vermessung ist dieser dann auch zwingend als Kreisbogen zu verwalten. Technisch ist dies bisher problemlos möglich und für ein korrektes Abbild der Wirklichkeit unverzichtbar. Von der neuen Verwendung von Näherungsgeometrien ist deshalb abzusehen. Sie führen zu Verunsicherungen (etwa bei Koordinatenbestimmungen von Punkten) und zu neuen Problemen. Gerade der Umgang mit den Stützpunkten oder der einzelnen Linienabschnitte der Näherungsgeometrien ist beispielsweise im Zusammenhang mit aufstossenden Linien oder bei zwei übereinanderliegenden, aber unterschiedlich langen Kreisbögen ungelöst. Bei Datenanalysen ausserhalb der amtlichen Vermessung können dagegen Näherungsgeometrien sinnvoll sein.

Antrag:

7. Auf Näherungsgeometrien in der amtlichen Vermessung ist zu verzichten. Art. 14a Abs. 2 E-VAV ist wegzulassen.

Laufende Nachführung (Art. 23 Abs. 1 E-VAV)

Gemäss erläuterndem Bericht entspreche eine Nachführungsfrist von einem Jahr nicht mehr den Bedürfnissen der Datennutzerinnen und -nutzer. Neu soll eine Nachführungsfrist von drei Monaten eingeführt werden. Die neue Regelung verursacht erheblichen Mehraufwand und erhebliche Mehrkosten und ist kaum umzusetzen. Ein entsprechendes Bedürfnis und eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Anpassung wird im erläuternden Bericht nicht dargelegt. Die neue Regelung wäre schwierig umzusetzen, setzt sie doch in den meisten Fällen voraus, dass die Meldung einer Veränderung unmittelbar nach deren Eintreten erfolgt. In vielen Fällen erfolgt jedoch keine Meldung durch die dafür zuständige Bauherr-

schaft. Hinzu kommt, dass etwa Schnee oder andere Gründe (z. B. parkierende Fahrzeuge) einen Feldeinsatz verhindern können oder weitere Abklärungen für die Nachführungsarbeiten erforderlich sind. Sollte eine Nachführung innert dreier Monate erfolgen, müssten die Nachführungsstellen erheblich mehr personelle Mittel bereitstellen. Auch aufgrund des seit längerem bestehenden Fachkräftemangels stellt dies eine Herausforderung dar. Im Kanton Zürich tragen die Eigentümerinnen und Eigentümer die Kosten für die Nachführungsarbeiten. Wir gehen davon aus, dass sich durch die neue Frist die Nachführungskosten verdreifachen werden. So wären zum Beispiel bei einem Neubau eines Gebäudes drei vollständige Nachführungen (jeweils mit Feldeinsatz) notwendig: Abbruch des Gebäudes, Fertigstellung des Gebäudes, Fertigstellung der Umgebungsarbeiten. Während bei einer Frist von einem Jahr die Nachführungsarbeiten häufig gesamthaft am Schluss oder bei verschiedenen Objekten zusammengefasst erfolgen konnten, ist dies bei einer dreimonatigen Frist nicht mehr möglich. Mit den bisherigen Tarifsätzen im Kanton Zürich ist zudem keine wirtschaftliche Nachführung mehr möglich. Die Eigentümerinnen und Eigentümer wären damit mit deutlich höheren Kosten belastet und hätten von der kürzeren Nachführungsfrist keinen substanziellen Nutzen. Die Datennutzerinnen und -nutzer verfügen heute bereits dank der Erfassung von projektierten Bauten in der amtlichen Vermessung über aktuelle Informationen.

Antrag:

8. Art. 23 Abs. 1 VAV ist in seiner ursprünglichen Form zu belassen und die Nachführungsfrist auf ein Jahr festzulegen.

Berechtigung zur Ausführung der Arbeiten (Art. 44 E-VAV)

Die neue Formulierung von Abs. 1 wird begrüsst. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Weisungsfreiheit der Ingenieur-Geometerinnen und -Geometer und. Mit Abs. 2, wonach das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) Ausnahmen festlegen kann, greift der Bund dagegen in den Zuständigkeitsbereich der Kantone ein. Diese sind für die Durchführung der amtlichen Vermessung nach Art. 43 VAV zuständig. Damit obliegt es den Kantonen, allfällige Ausnahmen vorzusehen. Wir schlagen vor, den Bund vorgängig anzuhören. Diese Ausnahmen wären dann nur in den jeweiligen Kantonen anwendbar.

Antrag:

9. Art. 44 Abs. 2 E-VAV ist wie folgt umzuformulieren: «Die Kantone können nach Anhörung der V+D für begründete Fälle Ausnahmen vorsehen.»

Arbeitsvergabe (Art. 45 E-VAV)

Mit der Aufhebung von Art. 45 Abs. 2 VAV kommt Art. 9 der neuen Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen zur Anwendung. Damit gelten die Schwellenwerte des öffentlichen Beschaffungsrechts, und die Arbeiten der amtlichen Vermessung können freihändig oder im Einladungsverfahren vergeben werden. Für die Arbeiten der amtlichen Vermessung werden strenge Anforderungen an die Qualifikation gestellt, und im Kanton Zürich wie in vielen anderen Kantonen wird die finanzielle Entschädigung über einen kantonalen Tarif geregelt. Die bisherige Praxis gemäss Art. 45 Abs. 2 VAV hat wenigstens einen gewissen Wettbewerb ermöglicht. Dieser wird im Kanton Zürich mit einer öf-

fentlichen Ausschreibung sichergestellt, in deren Rahmen sich jede Person, welche die Anforderungen erfüllt, für das Mandat bewerben kann. Die Wahl der Nachführungsgeometerin bzw. des Nachführungsgeometers wird anschliessend im kantonalen Amtsblatt publiziert. Damit wird dem Grundgedanken des öffentlichen Beschaffungsrechts für einen freien Wettbewerb Rechnung getragen. Mit dem Wegfall dieser Bestimmung fällt dieser Wettbewerb in rund der Hälfte der Zürcher Gemeinden weg: Neu könnte die Vergabe im Einladungsverfahren oder gar im freihändigen Verfahren erfolgen. Damit der Qualitätsstandard der amtlichen Vermessung hochgehalten und die Wirtschaftlichkeit sichergestellt werden kann, ist zumindest die Möglichkeit einer spezialgesetzlichen Regelung für eine öffentliche Ausschreibung auch unter Schwellenwert vorzusehen.

Antrag:

10. Der bestehende Art. 45 Abs. 2 VAV ist mit folgendem angepassten Wortlaut zu belassen:
«Die Kantone können bestimmen, dass Arbeiten der amtlichen Vermessung, die in einem bestimmten geografischen Raum zur ausschliesslichen Ausführung vergeben werden, öffentlich ausgeschrieben werden müssen.»

Arbeiten auf dem Bahngebiet (Art. 46 VAV)

Wir unterstützen die Aufhebung der Regelung betreffend die Arbeiten auf dem Bahngebiet.

Pilotprojekte (Art. 46 b E-VAV)

Wir begrüssen die Möglichkeit der Durchführung von Pilotprojekten.

Anrechenbare Kosten (Art. 47d Abs. 2 E-VAV)

Aufgrund unseres Antrags, kantonale Erweiterungen und weitergehende Anforderungen der amtlichen Vermessung weiterhin zuzulassen, ist Art. 47d Abs. 2 um die bisherige Formulierung gemäss geltendem Bst. b zu ergänzen.

In Art. 47d Abs. 2 E-VAV werden die Kosten der Kantone aufgezählt, die für die Bemessung der Bundesbeiträge zur Finanzierung der amtlichen Vermessung nicht berücksichtigt werden können (z. B. die Kosten der kantonalen Vermessungsaufsicht). Wir beantragen, diese Bestimmung mit Blick auf die fiskalische Äquivalenz (Art. 43a Abs. 2 und 3 Bundesverfassung [SR 101]) kritisch zu prüfen. Bei der Bemessung der Bundesbeiträge sollten alle Kosten berücksichtigt werden, die auf Bundesvorgaben zurückzuführen sind und von den Kantonen nicht oder nur teilweise beeinflusst werden können.

Anträge:

11. Ergänzung von Art. 47d Abs. 2 E-VAV mit einem neuen Buchstaben: «die aus kantonalen Erweiterungen entstehenden Kosten».
12. Art. 47d Abs. 2 E-VAV ist im Hinblick auf die fiskalische Äquivalenz zu prüfen. Es sollten alle Kosten anrechenbar sein, die auf Bundesvorgaben zurückzuführen sind.

Übergangsbestimmungen (Art. 57a E-VAV)

Für die Aufhebung der Informationsebene Rohrleitungen sieht der Entwurf der VAV Übergangsbestimmungen vor. Eine parallele Nachführung und Verwaltung ist mit Mehraufwand und Kosten verbunden. Wir beantragen, bereits mit Inkraftsetzung der Teilrevision der VAV die Daten betreffend Rohrleitungen in den neuen Geobasisdatensatz zu übertragen. Die Daten der amtlichen Vermessung stehen dem Bund bereits heute zur Verfügung und können schon jetzt überprüft und übernommen werden.

II. Grundbuchverordnung

Darstellung von Grundstücken im Grundbuchplan (Art. 21 Abs. 1 E-GBV)

Wie ausgeführt, lehnen wir die Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung ausdrücklich ab. Sie wären unter der Marginalie «Darstellung von Grundstücken im Grundbuchplan» zudem auch inhaltlich fremd. Die Dienstbarkeiten sind aus dieser Bestimmung zu entfernen. Selbst wenn Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung geführt würden, könnten sie nicht auf dieselbe Stufe wie Grundstücke gestellt werden. Sie erfüllen die entsprechenden Voraussetzungen nicht.

Antrag:

13. Aus Art. 21 Abs. 1 E-GBV sind die Dienstbarkeiten zu entfernen. Die Bestimmung ist wie folgt zu formulieren: «Liegenschaften, im Grundbuch aufzunehmende selbstständige und dauernde Rechte an Grundstücken sowie Bergwerke werden nach den Vorschriften über die amtliche Vermessung erfasst, verwaltet und dargestellt.»

III. Anlageschutzverordnung

Amtliche Vermessung von Anlagen (Art. 8 Abs. 1)

Die amtliche Vermessung erfasst ausnahmslos alle Grenzen der Grundstücke, also auch diejenigen des Bundes. Es ist dabei unerheblich, ob eine militärische Anlage auf einem Grundstück im Eigentum des Bundes liegt (vgl. auch Art. 2 Abs. 1 Bst. c). Das Eigentum an Grundstücken ist Thema des Grundbuchs und nicht im Kontext der amtlichen Vermessung aufzuführen. Wir beantragen, die Formulierung auf die wahrnehmbaren Teile von militärischen Anlagen hin auszurichten.

Antrag:

14. Art. 8 Abs. 1 ist wie folgt umzuformulieren: «Die amtliche Vermessung erfasst die allgemein wahrnehmbaren Teile von militärischen Anlagen. Nicht wahrnehmbare Anlagen oder Anlageteile dürfen in den Bestandteilen der amtlichen Vermessung weder erfasst noch dargestellt werden.»

IV. Rohrleitungsverordnung

Meldungen an die kantonale Vermessungsaufsicht (neuer Art. 17a)

Wie zu Art. 57b VAV erläutert, können die Rohrleitungen auf den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der VAV aus der amtlichen Vermessung gelöscht werden. Demgemäss ist auch keine Meldung an die kantonale Vermessungsaufsicht erforderlich.

Antrag:

15. Art. 17a ist wegzulassen.

V. Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung (VAV-VBS)

Fixpunkte (Art. 2)

Der Bedeutung der Fixpunkte wird im erläuternden Bericht zu wenig Gewicht beigemessen. Es ist wohl zutreffend, dass man sich bei satellitengestützten Messmethoden (GNSS) von den Lagefixpunkten etwas lösen konnte. Gerade mit neuen Messmethoden wie Laser-scanning oder Drohnenaufnahmen sowie mit den besonders in städtischen Gebieten

unverändert wichtigen terrestrischen Messmethoden bleiben Fixpunkte aber unverzichtbar. Sie nehmen diesbezüglich weiterhin an Bedeutung zu. Hinzu kommt, dass die Fixpunkte den Bezugsrahmen sichern und damit die Grundlage für den Bezug von der Realität zu den Landeskoordinaten bilden. Damit die Fixpunkte ihre wichtige Funktion weiterhin mit hoher Qualität erfüllen können, ist die Ausgestaltung der Weisungen gemäss Art. 2 Abs. 6 von grosser Bedeutung. Beim Erlass der Weisungen erachten wir die Mitwirkung der Kantone aufgrund ihrer Sachkompetenz als besonders wichtig. Diese Mitwirkung soll in Art. 2 Abs. 6 ausdrücklich erwähnt werden. Dies erachten wir als angezeigt, auch wenn die Mitwirkung der Kantone gemäss Art. 35 GeolG grundsätzlich vorgegeben ist. Die Formulierung in Abs. 2 der Bestimmung ist nicht korrekt. Bei Lagefixpunkten ist stets auch eine Höhe angegeben. Bei Höhenfixpunkten wird in der Regel deren Lage mit geringerer Genauigkeit bestimmt. Es soll deshalb die bisherige Formulierung von Art. 46 Abs. 2 der Technischen Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung (TVAV, SR 211.432.21) übernommen werden.

In Art. 47 Abs. 4 TVAV ist eine Regelung zu Hilfsfixpunkten enthalten. Diese müssen, wenn sie für Arbeiten der amtlichen Vermessung verwendet werden, bezüglich Punktbestimmung dieselben Anforderungen erfüllen wie die Fixpunkte der amtlichen Vermessung. Eine Verankerung dieser Bestimmung in der neuen VAV-VBS erachten wir als wichtig und für die Ausgestaltung der darauf basierenden Weisungen als unabdingbar.

Anträge:

16. Art. 2 Abs. 2 ist wie folgt umzuformulieren: «Die Fixpunkte sind nach ihrer Lage und/oder Höhe bestimmt.»
17. Art. 2 ist um einen neuen Absatz (vor Abs. 6) zu ergänzen mit folgendem Wortlaut: «Weitere, nicht dauerhaft gekennzeichnete Punkte, die für Aufnahmen und Absteckungen in der amtlichen Vermessung notwendig sind, müssen den gleichen Bestimmungsanforderungen genügen wie die Fixpunkte der amtlichen Vermessung.»
18. Art. 2 Abs. 6 ist wie folgt umzuformulieren: «Die Eidgenössische Vermessungsdirektion (V+D) erlässt unter Mitwirkung der Kantone Weisungen über die Einzelheiten der Anforderungen an die Fixpunkte.»

Daten: Genauigkeit (Art. 4)

Die Anforderung der Genauigkeit bezieht sich nicht nur auf «Daten», sondern ganz allgemein auf die Elemente der amtlichen Vermessung, so auch auf den Bezug zwischen den Daten und den Punkten im Gelände. Die Bestimmung ist insofern unvollständig, und wir erachten deshalb eine entsprechende Anpassung als notwendig. Neben der Anforderung der Genauigkeit ist auch die Zuverlässigkeit eine wichtige Anforderung an die amtliche Vermessung. Die Anforderung der Zuverlässigkeit wird nur unter Art. 4 Abs. 4 bezogen auf die Weisungen genannt. Mindestens die Grundsätze der Zuverlässigkeit sind ebenfalls in der VAV-VBS aufzuführen, ein Hinweis im erläuternden Bericht ist nicht ausreichend.

Anträge:

19. Die Marginalie zu Art. 4 ist allgemeiner zu fassen und soll deshalb nur «Genauigkeit» lauten.
20. Es ist ein zusätzlicher Artikel nach Art. 4 einzuführen mit der Marginalie «Zuverlässigkeit» und dem Wortlaut: «Messungen und Berechnungen sind so durchzuführen, dass jeder einzelne Punkt durch unabhängige überschüssige Bestimmungsstücke genügend vor groben Fehlern geschützt ist.»

Grundsätze (Art. 7)

Auch wenn die Mitwirkung der Kantone bereits in Art. 35 GeolG grundsätzlich vorgesehen ist, soll sie auch in dieser Bestimmung ausdrücklich erwähnt werden. Das Geodatenmodell und die zugehörigen Darstellungsmodelle sind eine sehr wichtige Grundlage auch für Nutzungen innerhalb des Kantons. Es muss sichergestellt werden, dass gemäss Art. 7 Abs. 1 auch die Bedürfnisse der Nutzenden auf Stufe Kanton ausreichend berücksichtigt werden können. Die Erfahrung zeigt, dass die V+D in diesem Bereich auf die Mitwirkung und Unterstützung der Kantone angewiesen ist.

Antrag:

21. Art. 7 Abs. 5 ist wie folgt umzuformulieren: «Die V+D erlässt unter Mitwirkung der Kantone Weisungen zum Geodatenmodell mit zugehörigen Darstellungsmodellen im Sinne der Artikel 9–11 der Geoinformationsverordnung vom 21. Mai 2008 (GeolV).»

Änderungen (Art. 12)

Die Stabilität des Geodatenmodells ebenso wie die Mitwirkung der Kantone bei dessen Änderung sind wichtig. Dies soll mit dem Change Board sichergestellt werden. Im Zusammenhang mit dem Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen konnten bereits Erfahrungen mit Modelländerungen gemacht werden. Dort informiert swisstopo durchschnittlich zweimal monatlich über Änderungen an Datenmodellen. Es ist jedoch zunächst jeweils unklar, welche Änderungen vorgenommen wurden und welche Auswirkungen diese haben, auch werden keine Angaben zur Umsetzung gemacht. Aus den Ausführungen im erläuternden Bericht geht hervor, dass ein analoges Vorgehen für die amtliche Vermessung angewendet werden soll. Aufgrund der viel grösseren Anzahl Nutzenden und der meist wesentlich grösseren Auswirkungen bei Änderungen des Geodatenmodells in der amtlichen Vermessung erscheint das geplante Vorgehen ungenügend. Wir regen an, das Verfahren in diesem Sinne auf Bundesstufe zu prüfen.

Gemäss Abs. 2 setzt die V+D den Kantonen für die Umsetzung der Änderungen eine Frist. Es hat sich gezeigt, dass es wichtig ist, alle Aspekte einer Umsetzung einzubeziehen, um realistische Angaben erhalten zu können. Entsprechend sind die Kantone diesbezüglich anzuhören, und die Frist muss angemessen sein.

Antrag:

22. Art. 12 Abs. 2 ist wie folgt umzuformulieren: «Sie setzt den Kantonen nach deren Anhörung eine angemessene Frist für die Umsetzung der Änderungen.»

Verwaltung der amtlichen Vermessung, Grundsätze (Art. 17)

Die Regelungen zur gemeindeweisen Datenhaltung werden unterstützt.

Verwaltung der amtlichen Vermessung, Informationssicherheit (Art. 18 Abs. 2)

Die kantonale Vermessungsaufsicht soll zukünftig jederzeit Zugriff auf die originären Daten haben. Nach unserem Verständnis ist dies in diesem Kontext nur für die Nachführungsgeometerin bzw. den Nachführungsgeometer (sowie deren Unternehmen) zutreffend. Die kantonale Vermessungsaufsicht sieht aufgrund der ihr übertragenen Aufgaben keine Notwendigkeit dafür.

**Antrag:**

23. Art. 18 Abs. 2 letzter Satz ist umzuformulieren: «Vertraglich muss sichergestellt sein, dass die Nachführungsstelle der amtlichen Vermessung jederzeit Zugriff auf die Daten hat.»

VI. Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch

Grundbuchplan, Inhalt sowie Genauigkeit und Zuverlässigkeit (Art. 7a Bst. b, Art. 7b Bst. c)

Wie vorstehend dargelegt, ist auf die Aufnahme von Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung zu verzichten. Demgemäss sind Art. 7a und 7b entsprechend anzupassen.

Anträge:

24. Art. 7a Bst. b ist wegzulassen.

25. Art. 7b Bst. c ist wegzulassen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Ernst Stocker

Dr. Kathrin Arioli





Per Mail an: rechtsdienst@swisstopo.ch

Bern, 12. Mai 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen: Stellungnahme SP Schweiz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Inhalt der Vorlage

- **Hauptanlass und Hauptinhalt der Revision ist die geplante Einführung des neuen Datenmodells DM.flex für die amtliche Vermessung.** Es handelt sich dabei um eine Änderungen in der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV; [SR 211.432.2](#)).
- **Mit dem DM.flex soll künftig ein modulares und flexibles Datenmodell zum Einsatz kommen.** Die Flexibilität wird dadurch erreicht, indem das jetzige Modell in mehrere kleine, voneinander unabhängige Datenmodelle aufgeteilt wird, die nicht mehr in der Verordnung spezifiziert sind. Das Datenmodell der amtlichen Vermessung wird damit in gleicher Weise geregelt wie die minimalen Geodatenmodelle aller anderen Geobasisdaten des Bundesrechts. In Zukunft wird es damit einfacher, kleinere Anpassungen vorzunehmen, ohne gleich das ganze Geodatenmodell verändern zu müssen.
Weitere Punkte der Revision sind die Details zur Neuregelung der Finanzierung der amtlichen Vermessung, die Regelung der Archivierung und Einführung der Historisierung, die Öffnung für neue Technologien, die Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung, die Möglichkeiten der elektronischen Beglaubigung von Auszügen auch im Bereich der amtlichen Vermessung, die Möglichkeit von Pilotprojekten sowie die Anpassung des Meldeflusses bei Plangenehmigungsverfahren.

Stellungnahme SP Schweiz

- **Wir begrüßen die vorgesehenen Änderungen im Grundsatz.** Wir verzichten daher auf eine detaillierte Stellungnahme sowie auf das Ausfüllen des Fragebogens.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen
SP Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Claudia Alpiger
Politische Fachsekretärin



Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS
3003 Bern

Elektronisch an:
rechtsdienst@swisstopo.ch

Bern, 26. April 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Grund für die vorliegende Verordnungsrevision ist die geplante Einführung des neuen Datenmodells der amtlichen Vermessung «*DM.flex*». Das Geodatenmodell der amtlichen Vermessung soll neu in gleicher Weise geregelt werden wie die Geodatenmodelle aller anderen Geobasisdaten des Bundesrechts.

Die SVP steht der beabsichtigten Verordnungsrevision ablehnend gegenüber. Das Kosten-Nutzenverhältnis sowie die Mehrkosten für die Kantone und die Grundeigentümer sind in einem Bericht nachvollziehbar auszuweisen. Ansonsten wird eine abschliessende Beurteilung der Revision verunmöglicht. Ohnehin lehnt die SVP neue, die Grundeigentümer einschränkende Zwänge und Kosten ab.

Ob dieses neue Datenmodell «*DM.flex*» mit Blick auf die überwiegend (datenbank-)technischen Ausführungen in der Praxis überhaupt einen nennenswerten Mehrwert generiert und so den Aufwand für die Kantone rechtfertigt, wird sich wohl erst in der Praxis zeigen.

Gerade mit Blick auf den Nutzen bzw. die angebliche Notwendigkeit der Verordnungsrevision scheinen die im Bericht auf Seite 38 mit 2 Sätzen ausgewiesenen finanziellen Auswirkungen im Umfang von CHF 5 Millionen nicht nachvollziehbar. Diese seien angeblich «*haushaltsneutral*», was im Widerspruch zu den – ebenfalls sehr knapp ausgewiesenen – Auswirkungen für die Kantone steht: Das neue Datenmodell habe «*erhebliche Auswirkungen*» auf die Kantone, welche dieses Modell umsetzen müssen. Gemäss Bericht können teilweise bestehende Synergien verloren gehen, was zu «*Mehrkosten, die nur in gewissen Kantonen auf die Grundeigentümer abgewälzt werden können*», führt.

Aus Sicht der SVP führt die Revision im Klartext zu unbezifferten Mehrkosten sowohl für die Kantone wie auch für die betroffenen Grundeigentümer. Dies ist abgestützt auf den Erläuterungsbericht unverhältnismässig und somit für die SVP vorliegend in keiner Weise unterstützungswürdig.

Sehr kritisch steht die Partei zudem der beabsichtigten Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung gegenüber. Der derzeit fehlenden Publikation der Dienstbarkeitspläne soll zukünftig Rechnung getragen werden indem die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in einer zeichnerisch eindeutigen Darstellung ihrer Grenzen im Plan für das Grundbuch dargestellt werden. Gemäss Bericht soll «*im Sinne von open data*» ein unkomplizierter und insbesondere gebührenfreier Zugang gewährleistet werden. Aus Sicht der SVP führen solche per Verordnung eingeführten Zwänge ganz offensichtlich zu Mehrkosten für die eintragungspflichtigen Grundeigentümer und sind auch aus datenschutzrechtlichen Überlegungen problematisch: Dass einfach jeder ohne Interessensnachweis tel quel Dienstbarkeiten einsehen kann, schmälert offensichtlich die privaten Eigentumsrechte, insb. die damit zusammenhängende, schützenswerte Privatsphäre.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Marco Chiesa
Ständerat

Peter Keller
Nationalrat



Association genevoise
des Ingénieurs géomètres
officiels et géomaticiens



Office fédéral de topographie swisstopo
M. Ruedi Bösch
Chef Communication et web swisstopo
Seftigenstrasse 264
Case postale
3084 Wabern

Genève, le 5 mai 2022

Concerne : Procédure de consultation visant à modifier l'ordonnance du 18 novembre 1992
sur la mensuration officielle

Monsieur,

Nous référant à l'objet visé en titre, nous vous prions de bien vouloir trouver, en annexe de la présente, le questionnaire dûment rempli avec les observations de notre association.

Naturellement, nous demeurons à votre disposition pour tout renseignement complémentaire dont vous pourriez avoir besoin en lien avec la présente.

Veuillez recevoir, Monsieur, nos salutations les meilleures.

Christian Haller
Président de l'AGG

Philippe Calame
Membre de l'AGG

Annexe : mentionnée



Questionnaire

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Consultation du 2 février 2022 au 13 mai 2022

Expéditeur

Nom et adresse du canton ou de l'organisation:

*Association genevoise des ingénieurs géomètres officiels (AGG), c/o FER,
case postale, 1211 Genève 3*

Personne à contacter en cas de questions en retour (nom, courriel, téléphone):

Philippe Calame, philippe.calame@hccgeo.ch

Réactions d'ordre général

1. Etes-vous favorable aux orientations définies et aux objectifs fixés dans le projet mis en consultation?

Oui Oui, avec des réserves Non

Commentaires:

AGG est la section cantonale d'ingénieurs géomètres suisses, elle regroupe 11 ingénieurs géomètres brevetés en exercice. Nos membres sont donc des utilisateurs journaliers de la Mensuration officielle et sont les principales chevilles ouvrières des relevés permettant sa mise à jour.

Sur le fond nous relevons que le sens de la révision des ordonnances est bon, le tout est moderne, simple et allant à l'essentiel, elles permettent une meilleure souplesse dans les modifications techniques ultérieures de la MO, mais a contrario ce fait craindre aux spécialistes de trop nombreuses mises à jour impactant de manière négative la gestion des données et leurs usages. En effet les données de la MO sont la base de nombreuses applications et bases de données géographiques dans de nombreux domaines qui nécessitent des structures de données stables dans le temps.

Nous retenons de manière positive la suppression du plan papier comme élément de la MO et l'introduction des servitudes.



Sinon, nous regrettons fortement que la PPE ne soit pas encore intégrée à la MO, alors que son intégration serait gage de fiabilité et précision pour les millions de lots PPE dont la garantie de conformité n'est actuellement pas toujours adéquate et de manière aussi fiable que pour les biens-fonds.

Nous encourageons très fortement les autorités à intégrer la PPE dans la modification de l'OMO. Des milliards de crédits hypothécaires sont actuellement garantis sur la base de documents non normalisés, parfois faux et souvent imprécis et surtout non garantis par un ing. géomètre breveté, alors que les autres formes de propriété foncière le sont.

La réalisation des cahiers de PPE à Genève par des ingénieurs géomètres brevetés depuis les années 1980 a démontré la fiabilité des documents et des processus de contrôle de conformité des constructions à la fin des travaux. La PPE à Genève doit être établie par des ingénieurs géomètres brevetés de par la loi d'application cantonale du code civil à la grande satisfaction des promoteurs, des propriétaires, des notaires chargés de dresser les actes sur la base de documents normés, exhaustifs et fiables et des juristes du Registre foncier dont les documents remis permettent un contrôle clair.

2. Autres réactions d'ordre général concernant le projet mis en consultation:

De manière générale, l'introduction du DM.flex et des servitudes dans la MO devrait impliquer une phase pilote, attribuée à quelques cantons avec un financement fédéral, pour mettre en place les solutions tenant compte d'éventuelles particularités régionales et permettant de retenir les conclusions de cette phase pilote, selon le même principe que cela avait été fait pour l'introduction du cadastre RDPPF. Ce dont cette modification de l'OMO ne prévoit pas. Cela pose un problème d'application claire aux ingénieurs géomètres brevetés privés avec des risques financiers importants dans le développement d'outils informatiques.

Concernant les servitudes, il conviendrait de définir la manière de traiter les actuelles servitudes qui ont été établies sous forme papier et qui pourraient, voir devraient, être numérisées. À terme ces anciennes servitudes devront-elles être introduites de manière numérique et avec quelle validité et foi publique ?

L'introduction des nouvelles servitudes et des anciennes dans la MO sous forme numérique devrait faire l'objet de tests dans des cantons pilotes et de délais de mise en œuvre réalistes, ce dont ces ordonnances ne parlent pas.

Nous estimons également que la possibilité toujours offerte pour le Registre foncier de dessiner des assiettes de servitude « à la main » sur un plan du RF n'est plus admissible en 2022 alors que les servitudes font leur entrée numérique dans la Mensuration officielle à l'article 4. Les ingénieurs brevetés sont régulièrement confrontés à des litiges en matière d'assiette de servitude et seules des servitudes établies numériquement sont indiscutablement précises. Cette possibilité archaïque des servitudes décrites « à la main », peu utilisée, devrait être simplement radiée des ordonnances sur le RF.



Il n'est plus fait référence aux autres spécialistes en mensuration qui ne sont pas inscrits au registre fédéral des ingénieurs géomètres. Dès lors la mise à jour permanente ou périodique des éléments des actuelles couches de « couverture du sol », « objets divers » et « conduites » du plan du registre foncier ne sont plus mentionnées dans l'OMO et nous ne savons donc pas si les autres spécialistes en mensuration seraient toujours habilités à déposer des cadastrations au sens de l'art 23 OMO, car l'OMO ne parle que des ingénieurs brevetés. Nous encourageons à une précision de cet élément dans un article ou alinéa de cette modification de l'OMO ou dans l'OMO-DDPS.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
23	„... doivent être mis à jour dans un délai de trois <u>à six mois, selon les cantons</u> , à compter de ...“	L'exposé des motifs parle d'un délai de 2 mois, alors que le projet d'ordonnance parle de 3 mois. Pour nous un délai de 3 à 6 mois, tiré de l'expérience genevoise de 3 mois (mais sans contraintes météorologiques) est réaliste mais ne l'est probablement pas pour d'autres cantons. Ce délai doit donc être adapté selon les cantons, sous la responsabilité des services cantonaux.
Annexe (ch. II) 1. ORF du 23.09.2011 art. 70 al.3	(...) La localisation de la servitude ou de la charge foncière doit figurer sur cet extrait de plan <u>certifié conforme</u> , comme (...). <u>La localisation de la servitude est établie de manière numérique.</u>	Suite à l'accès facilité des données de la MO, tout un chacun est à même d'établir plus ou moins bien un extrait de plan du Registre Foncier, or seul un extrait certifié est garant que le fond cadastral servant au dessin de la servitude est conforme à la réalité et aux éventuels différents actes déposés au RF et non encore reportés au plan. La possibilité d'établir des assiettes de servitude "à la main" sur des plan du RF ne doit plus être possible afin de garantir la précision et la fiabilité des servitudes, d'autant qu'elle doivent être maintenant intégrées aux données numériques de la MO. La retranscription numérique d'une servitude établie à la main entraînerait une perte de précision et de fiabilité.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni

Küttel Anita Eva swisstopo

Von: Maeder Sabine <maeder@arbeitgeber.ch>
Gesendet: Freitag, 4. Februar 2022 10:00
An: _swisstopo-Rechtsdienst
Betreff: Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen
Anlagen: Orientierungsschreiben D.pdf; Orientierungsschreiben F.pdf; Orientierungsschreiben I.pdf
Kategorien: Grüne Kategorie

Sehr geehrte Frau Küttel

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, in eingangs erwähnter Sache Stellung nehmen zu können.

Da diese Vorlage gemäss Dossieraufteilung zwischen economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband von economiesuisse bearbeitet wird, verzichten wir auf eine Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Fax +41 44 421 17 18
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



Von: Rechtsdienst@swisstopo.ch <Rechtsdienst@swisstopo.ch>

Gesendet: Donnerstag, 3. Februar 2022 12:16

An: info@die-mitte.ch; info@edu-schweiz.ch; info@ensemble-a-gauche-ge.ch; vernehmlassungen@evppev.ch; info@fdp.ch; gruene@gruene.ch; schweiz@grunliberale.ch; lorenzo.quadri@mattino.ch; pdaz@pda.ch; gs@svp.ch; franziska.tlach@spschweiz.ch; verband@chgemeinden.ch; info@staedteverband.ch; info@sab.ch; info@economiesuisse.ch; bern@economiesuisse.ch; sandra.spieser@economiesuisse.ch; info@sgv-usam.ch; Verband <verband@arbeitgeber.ch>; info@sbv-usp.ch; office@sba.ch; info@sgb.ch; politik@kfmv.ch; info@travailsuisse.ch; info@geosuisse.ch; info@igs-ch.ch; jerome.ray@geo-ing.ch; info@geo-ing.ch; admin@pro-geo.ch; info@kgk-cgc.ch; geomatik.habg@fhnw.ch; info@heig-vd.ch; info@ost.ch; admin@sogi.ch; info@bpuk.ch; philipp.adam@fd.so.ch; info@hev-schweiz.ch

Cc: Fridolin.Wicki@swisstopo.ch; Madeleine.Pickel@swisstopo.ch; Ruedi.Boesch@swisstopo.ch; Helena.Astroem@swisstopo.ch; Marc.Nicodet@swisstopo.ch

Betreff: Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Anbei erhalten Sie das Orientierungsschreiben betr. Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen.

Für weitere Angaben stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Anita Küttel

Anhang:
- Orientierungsschreiben (d/f/i)

Anita Küttel

MLaw, Rechtsanwältin

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Bundesamt für Landestopografie swisstopo
Rechtsdienst

Seftigenstrasse 264, 3084 Wabern
+41 058 469 06 09 (Tel.)
anita.kuettel@swisstopo.ch
www.swisstopo.ch / www.cadastre.ch

Folgen Sie swisstopo!

[Facebook](#) / [Twitter](#) / [Twitter \(Französisch\)](#) / [Newsletter](#)

Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

BLS AG

Genfergasse 11

3001 Bern

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Urs Schönholzer

Leiter Vermessung & GIS

pat. Ing. Geometer

BLS Netz AG

Projekte und Technologie

Vermessung & GIS

Tel direkt ++41 58 327 29 24

Tel mobil ++41 79 522 49 67

urs.schoenholzer@bls.ch

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja

Ja mit Vorbehalt

Nein

Anmerkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Besonders relevant für die Bahnen ist die vorgeschlagene Streichung des geltenden Art. 46 VAV. Die Ansicht, dass eine solche Bestimmung in der Systematik der amtlichen Vermessungen nicht mehr passt, ist nachvollziehbar. Wir sind aber der Auffassung, dass es unangemessen und kontraproduktiv wäre, die Bahnen aus der Planung von Vermessungen auf dem Bahngelände ganz auszuschliessen.

Dementsprechend regen wir – in Abstimmung mit der SBB – untenstehende Ergänzung von Artikel 44 E-VAV an:

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
44	Ergänzung von Artikel 44 E-VAV mit folgendem Absatz: <i>³ Bei der Projektierung von Ersterhebungen, Erneuerungen und Nachführungen im Bahngelände sind die Bahnunternehmen vorgängig zu kontaktieren. Aus Sicherheitsgründen sind die Bahnunternehmen berechtigt, die Feldaufnahmen der Informationsebenen Fixpunkte, Bodenbedeckung, Einzelobjekte und Höhen selbst auszuführen. Die Aufnahmen müssen nach den Grundsätzen und Anforderungen der amtlichen Vermessung erfolgen.</i>	<u>Begründung:</u> Durch die vorgängige Kontaktaufnahme der Bahnunternehmen werden Doppelspurigkeiten vermieden. Feldaufnahmen auf Bahngelände erfordern zudem zwingend die Einhaltung von bestimmten vorgegebenen Sicherheitsmassnahmen und entsprechend geschultes Fachpersonal. Dies soll durch die Bahnunternehmen sichergestellt werden. Die Bahnunternehmen führen die entsprechenden Aufnahmen nach Vorgaben der amtlichen Vermessung durch.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni

Frau
Viola Amherd
Bundesrätin
Vorsteherin des Eidgenössischen
Departementes für Verteidigung,
Bevölkerung und Sport (VBS)
3003 Bern

Sitten, den 3. Mai 2022

Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über die amtliche Vermessung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Februar 2022 und stellen fest, dass die eCH-Standards im Entwurf der technischen Verordnung über die amtliche Vermessung (TVAV) erwähnt werden. Dies erfreut uns sehr, da die von uns erarbeiteten Standards durch die Verordnung verbindlich gemacht werden.

Namentlich finden der Standard eCH-029, Version 4.0 vom 7. Juni 2017 im Artikel 9 und der Standard eCH-0131, Version 2.0 vom 7. Juni 2017 im Artikel 24 des Entwurfs der TVAV Erwähnung.

Wir möchten beliebt machen, auf die Versionsangabe und auf das Datum in der Verordnung zu verzichten. Die ech-Standards werden auch in Zukunft weiterentwickelt werden, um den jeweiligen Stand der Technik abzubilden und weitere Anforderungen einzubeziehen. Die Festsetzung der Versionsnummer in der Verordnung hätte zur Folge, dass die neuen Releases entweder gar nicht umgesetzt werden, obwohl diese durchaus berechtigt wären, oder die Verordnung müsste jeweils revidiert werden, um auf die gültige Version zu verweisen.

Die eCH-Standards werden entwickelt, einerseits um die Investitionen in IT-Bereich von der öffentlichen Hand oder von den Unternehmen zu schützen und andererseits die Innovation im Objektwesen zu kanalisieren.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Bemerkung und verbleiben hochachtungsvoll, sehr geehrte Frau Bundesrätin, mit freundlichen Grüßen.


Rainer Oggier
Präsident eCH-Fachgruppe Objektwesen

Kopie an: rechtsdienst@swisstopo.ch

Küttel Anita Eva swisstopo

Von: FGS Administration <admin@pro-geo.ch>
Gesendet: Donnerstag, 21. April 2022 08:50
An: _swisstopo-Rechtsdienst
Betreff: Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen
Anlagen: Orientierungsschreiben D.pdf; Orientierungsschreiben F.pdf; Orientierungsschreiben I.pdf
Kategorien: Grüne Kategorie

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für Ihre Nachricht bezüglich «Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen».

Als Verband Fachleute Geomatik Schweiz (FGS) setzen wir uns mit den beruflichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen unserer Mitglieder auseinander, aber nicht direkt mit den eingesetzten Technologien. Aus diesem Grund sehen wir von einer aktiven Mitwirkung in dieser Vernehmlassung ab. Im Sinne der Bündelung von Wissen und Ressourcen, sowie der Vermeidung von Doppelspurigkeit, schlagen wir vor, die Rückmeldung innerhalb der Schweizerischen Organisation für Geo-Information (SOGI) als weitere Fachgruppe anzugliedern. Als Mitglied der SOGI wird der FGS entsprechend über die Fortschritte zum Thema informiert sein.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
Fachleute Geomatik Schweiz
Administration
Franziska André



Ringoldswilstrasse 228
3656 Tschingel ob Gunten
Mobile +41 78 674 13 77



Von: Rechtsdienst@swisstopo.ch <Rechtsdienst@swisstopo.ch>

Gesendet: Donnerstag, 3. Februar 2022 12:16

An: info@die-mitte.ch; info@edu-schweiz.ch; info@ensemble-a-gauche-ge.ch; vernehmlassungen@evppev.ch; info@fdp.ch; gruene@gruene.ch; schweiz@grunliberale.ch; lorenzo.quadri@mattino.ch; pdaz@pda.ch; gs@svp.ch; franziska.tlach@spschweiz.ch; verband@chgemeinden.ch; info@staedteverband.ch; info@sab.ch; info@economiesuisse.ch; bern@economiesuisse.ch; sandra.spieser@economiesuisse.ch; info@sgv-usam.ch; verband@arbeitgeber.ch; info@sbv-usp.ch; office@sba.ch; info@sgb.ch; politik@kfmv.ch; info@travailsuisse.ch; info@geosuisse.ch; info@igs-ch.ch; jerome.ray@geo-ing.ch; info@geo-ing.ch; admin@pro-geo.ch; info@kgk-cgc.ch; geomatik.habg@fhnw.ch; info@heig-vd.ch; info@ost.ch; admin@sogi.ch; info@bpuk.ch; philipp.adam@fd.so.ch; info@hev-schweiz.ch

Cc: Fridolin.Wicki@swisstopo.ch; Madeleine.Pickel@swisstopo.ch; Ruedi.Boesch@swisstopo.ch; Helena.Astroem@swisstopo.ch; Marc.Nicodet@swisstopo.ch

Betreff: Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Anbei erhalten Sie das Orientierungsschreiben betr. Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen.

Für weitere Angaben stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Anita Küttel

Anhang:
- Orientierungsschreiben (d/f/i)

Anita Küttel
MLaw, Rechtsanwältin

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Bundesamt für Landestopografie swisstopo
Rechtsdienst

Seftigenstrasse 264, 3084 Wabern
+41 058 469 06 09 (Tel.)
anita.kuettel@swisstopo.ch
www.swisstopo.ch / www.cadastre.ch

Folgen Sie swisstopo!
[Facebook](#) / [Twitter](#) / [Twitter \(Französisch\)](#) / [Newsletter](#)



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Fachgruppe der Geomatik Ingenieure Schweiz GEO+ING
3000 Bern

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Hansueli Würth

hansueli.wuerth@geo-ing.ch

079 474 24 85

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Siehe Bemerkungen in den nachfolgenden Tabellen.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Wir haben festgestellt, dass es noch diverse Punkte/Themen gibt, welche aus unserer Sicht nicht definiert oder unklar sind und zu Interpretationsschwierigkeiten führen können. Es sind Präzisierungen sowohl in den Verordnungen wie auch in den Erläuterungen oder mittels Weisungen notwendig.

Zu Punkten/Themen, welche nicht oder nur teilweise definiert wurden, kann entsprechend keine Stellungnahme abgegeben werden. Bei solchen Themen würden wir uns über eine erneute Anhörung sehr freuen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 5 Abs. 1 Bst. b	die Vermessungszeichen von Fixpunkten und die Grenzzeichen im Gelände (Punktzeichen);	Fixpunktzeichen sollen eindeutig als Vermessungszeichen nach GeolG Art. 21 Schutz von Grenz- und Vermessungszeichen bezeichnet werden.
Art. 6 Abs. 3		Im Kapitel 3.1.7 der Erläuterungen wird im letzten Absatz der falsche Artikel angegeben. Es betrifft Art. 6 Abs. 2 VAV und nicht den Absatz 3. Zudem ist unklar, ob der Art. 6 Abs. 3 der alten VAV bestehen bleibt oder nicht.
Art. 7 Abs. 2 Bst. d und Abs. 4	weglassen	<p>Werden Dienstbarkeiten zusätzlich im Plan für das Grundbuch dargestellt, wird vielerorts die Leserlichkeit des Planes stark erschwert. Nach Art. 732 Abs. 2 ZGB sind nur Dienstbarkeiten in einem Auszug des Planes für das Grundbuch darzustellen, wenn sie auf einem Teil des Grundstücks beschränkt sind und die örtliche Lage im Rechtsgrundausweis nicht genügend bestimmbar umschrieben ist.</p> <p>Die Formulierung in Bst. d beinhaltet alle örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten; also auch diejenigen, die bis anhin lediglich im Rechtsgrundausweis umschrieben sind. Dienstbarkeiten sollen nicht in die AV aufgenommen werden, sondern eher als eigener Geobasisdatensatz geführt werden. Der Lead für die Umsetzung müsste beim EJPD bzw. beim EGBA sein, weil Dienstbarkeiten bis anhin einzig eine Angelegenheit des Grundbuchs waren. Regelungen müssten in den Rechtsgrundlagen des Grundbuchs erfolgen. Werden örtlich eingeschränkte Dienstbarkeiten in einem Geobasisdatensatz aufgenommen, müsste ersichtlich sein, ob die Geometrie die AV-Qualität erfüllt oder aus einer Planbeilage aus dem Grundbuch mit ungenauem Geometrieverlauf stammt.</p> <p>Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass dieses Thema angegangen werden soll. Der Bedarf ist vorhanden, jedoch nicht mit einer Integration in den Plan für das Grundbuch.</p>
Art. 10	Art. 10 beibehalten: "Die Kantone können den durch das Bundesrecht vorgeschriebenen Inhalt der amtlichen Vermessung im Rahmen der vom VBS definierten Vorgaben erweitern und weitergehende Anforderungen an die Vermessung vorschreiben." Änderung des Titels.	Das Bundesmodell soll homogener werden, mehr Gewicht erhalten und künftig keine widersprüchlichen Definitionen mehr auf Stufe Kanton enthalten. Ein gänzlich Verbot für kantonale Erweiterungen greift jedoch zu stark in die kantonale Autonomie ein und ist deshalb nicht nachvollziehbar. Zusatzthemen sollen mit kantonalen Erweiterungen im Rahmen der amtlichen Vermessung weiterhin rechtlich und organisatorisch einfach geregelt werden können, bspw. in zusätzlichen Datenmodellen von DM.flex.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		Der bisherige Art. 10 der VAV zu den kantonalen Erweiterungen ist darum beizubehalten.
Art. 14a Abs. 2	weglassen (und überführen in die VAV-VBS)	Begriff Näherungsgeometrie ist äusserst heikel. Diese Bezeichnung lässt viel Interpretationsspielraum offen. Allenfalls Präzisierung in erläuternder Bericht oder VAV-VBS (z.B. Art. 4).
Art. 21 Abs. 1	Die Eidgenössische Vermessungsdirektion (V+D) und die zuständige Stelle des Kantons planen auf der Grundlage der Programmvereinbarung die Durchführung der amtlichen Vermessung.	Rein redaktionelle Anpassung. Die Abkürzung V+D für Eidgenössische Vermessungsdirektion müsste eingeführt werden. Die redaktionellen Anpassungen werden in den Erläuterungen uneinheitlich gehandhabt.
Art. 23 Abs. 1	Die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für deren Nachführung ein Meldewesen organisiert werden kann, sind innert sechs Monaten nach Eintreten einer Veränderung nachzuführen.	Der Wunsch, die aktuelle maximale Nachführungsfrist von einem Jahr, zu verkürzen ist nachvollziehbar. Eine generelle Frist von drei Monaten ist allerdings sehr kurz. Vermutlich werden die meisten Kantone von Abs. 2 Gebrauch machen und abweichende Fristen vorsehen. Bei einer sehr kurzen Frist ist es entscheidend zu definieren, wann die Frist zu laufen beginnt. Es sollte nicht sein, dass mehrmals beim gleichen Objekt vermessen werden muss; z.B. wenn Neubau im Spätherbst fertiggestellt ist und Umgebungsgestaltung erst im Frühjahr erfolgt. Sinnvollerweise soll die Vermessung erst nach der Abnahme durch die Baubehörde erfolgen. In der AV werden projektierte Objekte dargestellt. Die Wichtigkeit einer sehr raschen Nachführung relativiert sich somit, weil Veränderungen bereits ersichtlich sind. Es muss unbedingt vermieden werden, dass ein in Realisierung stehendes Bauprojekt in mehreren Etappen nachgeführt wird (nicht wirtschaftlich). Die Nachführung der amtlichen Vermessung macht erst nach Abschluss der Umgebungsarbeiten Sinn. Es muss geprüft werden, ob der Begriff "Eintreten einer Veränderung" präzisiert werden muss. Die Kantone haben diesen Begriff auf ihre Weise definiert.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 2 Abs. 2	Lagefixpunkte sind nach ihrer Lage und in der Regel nach ihrer Höhe bestimmt. Höhenfixpunkte sind nach ihrer Lage und Höhe bestimmt	Lagefixpunkte weisen in der Regel eine Höhe auf und werden oft auch als Höhen-Referenzpunkte bei Neubauten verwendet.
Art. 3		Die Gebäudeadressen sind nicht aufgeführt. Nach TGBV Art. 7a Bst. 4 enthält der Plan für das Grundbuch die Gebäudeadressen nach den Artikeln 26b und 26c der GeoNV. Es ist unklar, ob die Gebäudeadressen künftig nicht mehr in der AV sondern nur noch im amtlichen Verzeichnis der Gebäudeadressen verwaltet werden. Im erläuternden Bericht finden sich zum Thema Gebäudeadressen kaum Angaben.
Art. 3 Bst. a	den Punktzeichen nach Art. 1;	Vorschlag für Präzisierung.
Art. 3 Bst. b	den bestehenden, geplanten oder projektierten Gebäuden nach den Artikeln 2 Buchstabe b und 7 Absatz 1 Buchstaben a und b sowie Absatz 2 der Verordnung vom 9. Juni 2017 ² über das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister sowie den übrigen bestehenden, geplanten oder projektierten Bauten und Anlagen;	Im erläuternden Bericht wird ein Gebäude als projektiert bezeichnet, sobald die Baubewilligung erteilt ist. Die Bedeutung von "geplant" ist unklar. Es soll vermieden werden, dass auch nicht bewilligte (geplante) Gebäude in der AV erfasst werden müssen. Der Begriff "geplant" kann gänzlich weggelassen werden.
Art. 3 Bst. c	den bestehenden, geplanten oder projektierten Verkehrswegen;	Siehe obige Bemerkungen zu Art. 3 Bst. b
Art. 4 Abs. 4	Für die Daten des Plans für das Grundbuch erlässt die V+D in Absprache mit dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht (EGBA) Weisungen über die minimalen Anforderungen an die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Daten für jede Toleranzstufe. Für die übrigen Daten der amtlichen Vermessung erlässt die V+D Weisungen über diese Anforderungen.	Genauigkeitsanforderungen an die AV sollen hauptsächlich von der V+D bzw. von Vermessungsfachleuten festgelegt werden. Beim EGBA sollen einzig die Bedürfnisse seitens Grundbuch angefragt werden. Es soll beispielsweise verhindert werden, dass seitens EGBA Anforderungen gewünscht werden, die sich in der Praxis nicht sinnvoll umsetzen lassen (z.B. Genauigkeit Grenzpunkte von 1 cm).
Art. 6 Abs. a		In der Praxis wird oft der Begriff "Katasterplan" verwendet. Der Unterschied zwischen den Begriffen "Situationsplan", "Katasterplan" und "Plan für das Grundbuch" muss erläutert werden. Unklar ist, ob der Situationsplan ein Auszug aus dem Plan für das Grundbuch ist.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Art. 9 Abs 2		Soll wirklich jedes Objekt wie bspw. BB-Fläche, Fliessrichtung oder Objektname einen unveränderbaren Identifikator erhalten? In den DMflex Modellen ist dies aktuell nicht so modelliert. Gehört dies wirklich in die Verordnung? Präzisierung des Begriffs "jedes Objekt". Was beinhaltet dies?
Art. 9 Abs 3	streichen	Es soll möglich sein, dass für ausgewählte Objekte und deren Attribute das Datum der letzten Änderung geführt werden kann. Dies gehört jedoch nicht in die Verordnung sondern soll direkt im Datenmodell modelliert werden.
Art. 10		Unglücklich formuliert, lässt Interpretationsspielraum -> besser formulieren Müssen Metadaten im Datenmodell abgespeichert sein? Oder ist damit ein eigener Datensatz gemeint? Wie kann an einem digitalen Datensatz an den Liegenschaften Metadaten erfasst werden, wenn das Vermessungswerk einen analogen oder unvermessenen Zustand hat?
Art. 16	Artikel in eine militärische Verordnung verschieben.	Der Auslöser für eine Überführung militärischer Anlagen in eine zivile Nutzung liegt doch bei der Armee. Folglich müsste in einer militärischen Verordnung das Meldewesen geregelt werden, dass die bisher nicht allgemein wahrnehmbaren Anlagen kostenpflichtig in die AV aufzunehmen ist. In der Praxis traten Fälle auf, wo sich die Armasuisse geweigert hat, die Kosten für die Nachführung überführter Objekte zu bezahlen.
Art. 20 Abs. 1 Bst. c	die Mutationsurkunden und deren technischen Dokumente	Auch die technischen Dokumente einer Mutation sollen archiviert werden.
Art. 22 Abs. 1	Ein Auszug besteht aus einer analogen oder digitalen Darstellung der Inhalte der Daten der amtlichen Vermessung über mindestens eine Liegenschaft oder ein selbstständiges und dauerndes Recht. Grafische Auszüge können Teilgebiete abdecken.	Bei sehr grossen Grundstücken (z.B. Alpgrundstücke, Strassengrundstücke) muss bei grafischen Auszügen (z.B. Katasterpläne) eine Aufteilung oder die Darstellung eines Teilgebietes möglich sein.
	6. Abschnitt Schlussbestimmungen Artikel 26-28	In den Erläuterungen befindet sich ein Schreibfehler in der Überschrift des Kapitels 3.4.28. Es müsste 6. Abschnitt heissen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7a Bst. b	weglassen	Siehe Bemerkungen zu Dienstbarkeiten in Art. 7 VAV
Art. 7b	weglassen	Siehe Bemerkungen zu Genauigkeiten in Art. 4 VAV-VBS



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

[geosuisse ZH-SH](#)

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

[Stefan Osterwalder, stefan.osterwalder@olig.ch, 043 388 10 30](#)

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Die Teilrevision von Zwischenelementen der Gesetzgebung birgt eine Reihe von Fallstricken. Wir sehen in diesem gewählten Vorgehen die Ursache für die in unserer Stellungnahme aufgelisteten Widersprüche und Kritikpunkte.

Einer der Hauptaspekte dieser Reform ist die "Entleerung" der VAV von wesentlichen Elementen der AV, damit diese entsprechend der technischen Entwicklung verwaltet werden können, ohne dass die übergeordneten Behörden eingeschaltet werden müssen. Dieser Aspekt ist akzeptabel, wenn er nicht die strategischen Elemente der amtlichen Vermessung betrifft, die nicht allein von der V+D geändert werden dürfen.

Das Datenmodell der AV wird mit dem vorgesehenen Konzept DM.flex auf der einen Seite flexibler und kann schneller und einfacher auf Veränderungen reagieren. Diese Erleichterung begrüßen wir grundsätzlich und unterstützen den Lösungsansatz. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, das Datenmodell durch ständige Änderungen zu destabilisieren. Das kann keineswegs im Sinn der Nutzer der AV sein. Das DM der AV soll stabiler sein als andere Geobasisdaten, da die Daten der AV quasi die Mutter aller Geobasisdaten darstellt und von einer ausserordentlich breiten Anwenderschaft als Hintergrunddaten verwendet werden. Anpassungen des Datenmodells



der AV haben deshalb eine viel grössere Auswirkung als das Ändern von Fachmodellen. Alle Benutzer der AV-Daten müssen ihre Systeme und Prozesse bei Modeländerungen anpassen. Die Anpassungen sind deshalb Anzahlmässig auf ein Minimum zu beschränken. Das geplante DM.flex darf nicht dazu führen, dass alle paar Monate oder Jahre ein Teilmodell der AV geändert wird.

Gerade die Digitalisierung hat dazu geführt, dass die Daten der AV praktisch nur noch digital an Kunden abgegeben werden. Umso wichtiger ist ein stabiles Datentransfermodell.

-> Antrag: das Datenmodell der AV ist weiterhin auf Verordnungsebene zu verankern.

Es geht auch darum, dass der Bund die AV nicht aushöhlt und die AV ihre herausragende Rolle verliert, die sie bei der detaillierten und umfassenden Darstellung des Raumes für andere Geodaten, verschiedenste Bauvorhaben und bei öffentlichen Planaufgaben hat. Die Tatsache, dass Gebäude eine ebenso wichtige Darstellung haben wie Grundeigentum, muss im Zentrum der Amtlichen Vermessung bleiben.

Die Einführung der dritten Dimension begrüssen wir sehr, insbesondere für die nachvollziehbare Dokumentation von Stockwerkeigentum oder unterirdischen Bauten. Die enge Zusammenarbeit von DM.flex mit BIM ist noch nicht gelöst und muss noch bewältigt werden.

Allgemeine Erklärung zu BIM: "BIM" ermöglicht eine vollständige architektonische Planung in drei Dimensionen. Bei der Ausführung müssen die modellierten Daten an die tatsächlich gebaute Position, an Detailänderungen während des Baus (Verlegung von Leitungen, andere Wandstärken als geplant, usw.) und an Änderungen des geplanten Bauprogramms (Duplex mit Innentreppe statt zwei übereinanderliegenden Wohnungen) angepasst werden und die Daten müssen für alle so referenzierten Elemente in 3 D aktualisiert werden. BIM als Werkzeug für die Verwaltung eines Bauwerks zu erhalten, ist eine gewaltige Herausforderung. Die amtliche Vermessung ist davon noch weit entfernt. Umso wichtiger ist eine ernste Auseinandersetzung mit dieser Schnittstelle.

Eine klare Verschärfung stellt Artikel 23 dar, mit einer Verkürzung der Aktualisierungsfrist innerhalb von 3 Monaten statt einem Jahr. In den Unterlagen besteht ein Widerspruch zwischen den Kommentaren 2 Monate und dem Gesetzestext 3 Monate (im franz. Text)). Die Herabsetzung der maximalen Nachführungsfrist auf 3 Monate ist sehr ambitiös und die höhere Aktualität ist mit Kosten verbunden. Heute nutzbare Synergien fallen weg und die Nachführung der AV verteuert sich. Grundsätzlich ist es fragwürdig, ob die Fristen in der Verordnung geregelt werden müssen und nicht auf die zuständigen kantonalen Stellen verwiesen werden soll.

Wir meinen, die Verwendung von englischen Begriffen sollte auf ein Minimum reduziert werden."

Konkret benennen wir folgende Beispiele:

- Bestehende Arbeitsgruppe, das "Change Board" auf Deutsch **Lenkungsausschuss**



- "man made objects" auf Deutsch **Bauten und Installationen**
- "Information Need Definition" auf Deutsch Definition **des Informationsbedarfs** ISO-Norm 15939
- "building information modelling" auf Deutsch **Modellierung von Bauinformationen.**

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
5. Abs. 1.lit.a	die Daten gemäss Datenmodell der amtlichen Vermessung	Bestehende Formulierung behalten. Die Daten der amtlichen Vermessung sind quasi die Mutter aller Geobasisdaten. Sie werden für alle genauen Datensätze als Referenzdatensatz verwendet. Entsprechend ist der Nutzerkreis um ein vielfaches grösser als bei anderen Geobasisdaten. Die digitale Nutzung erfolgt nach Transfer über das Geodatenmodell. Dieses Geodatenmodell hat somit einen ungleich höheren Stellenwert und muss zum Schutz der Investitionen in Prozesse und Umsysteme eine grosse Stabilität aufweisen, so wie das bis jetzt der Fall war. Das Datenmodell der amtlichen Vermessung soll somit weiterhin in der VAV verankert bleiben. Wichtige und notwendige Anpassungen – gar die angedachte Modularisierung – können auch so umgesetzt werden.
5. Abs1 lit.b	Versicherung (Zeichen) der Fixpunkten und Grenzzeichen der Grenzpunkten im Gelände (Punktzeichen)	Die in (1) vollständig dokumentierten Begriffe "Zeichen" und "Grenzzeichen" reichen aus, der Begriff "Punktzeichen" ist unnötig und wurde noch nie verwendet. Daher ist es auch unnötig, ihn in Art. 1 der VBSD einzuführen. Außerdem versteht der nicht spezialisierte Benutzer den Begriff "Grenzstein" noch recht gut, aber die anderen Markierungen und Zeichen (Dübel, Nägel, Bolzen, ...) sind für ihn schon schwer zu verstehen, eine zusätzliche allgemeine Kategorie einzufügen ist völlig unangemessen.
6 Abs. 1	Der Objektkatalog umfasst die folgenden Informationsebenen: a. Liegenschaften b. flächenmässig ausgeschiedenen selbstständigen und dauernden Rechte an Grundstücken c. Bergwerke d. Dienstbarkeiten e. Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen f. Daten zu Punkten g. Gebäude h. Verkehrswege	Das minimale Datenmodell der AV gehört in die Verordnung, sonst besteht die Gefahr, dass die AV «ausgehöhlt» wird. Die vorgeschlagene Formulierung orientiert sich am Entwurf der VAV und VAV-VBS

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	<ul style="list-style-type: none"> i. Gewässer j. Daten zur weiteren Beschaffenheit der Erdoberfläche k. weiteren Objekten, soweit diese für die Nutzung des Grundstücks, für die amtliche Vermessung oder für die Erstellung von abgeleiteten amtlichen Produkten (Art. 6) von Bedeutung sind l. geografische Namen m. technischen und administrativen Einteilungen 	
6 Abs. 2	Das VBS legt die Anforderungen an das Geodatenmodell für die amtliche Vermessung fest, namentlich hinsichtlich Datenbeschreibungssprache, Dimensionen, Genauigkeit und Zuverlässigkeit. Das Datenmodell kann modular aufgebaut sein.	Der für Art. 6 Abs. 1 vorgeschlagene Wortlaut wird mit geringfügigen Präzisierungen in Abs. 2 übernommen.
6 Abs. 3	Kantonale Erweiterungen des Geodatenmodells sind nicht zulässig.	<p>Der für Art. 6 Abs. 2 vorgeschlagene Wortlaut wird übernommen.</p> <p>Wir begrüßen eine Standardisierung des Geodatenmodells über die ganze Schweiz</p> <p>Eine Umsetzung ist jedoch erst möglich, wenn die Objekte eine UID erhalten.</p>
7 Abs. 2	<p>Er enthält mindestens die Daten über:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Liegenschaften (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 1 ZGB); b. die flächenmässig ausgeschiedenen selbstständigen und dauernden Rechte an Grundstücken (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 2 ZGB); c. die Bergwerke (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB); d. die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in einer zeichnerisch eindeutigen Darstellung ihrer Grenzen (Art. 732 Abs. 2 ZGB); e. die Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen (Art. 660a ZGB), 	Ein Mindestinhalt kann sich nicht auf Eigentumsdaten beschränken. Die Bodenbedeckung und insbesondere die Gebäude sind aufgrund ihrer grundlegenden Bedeutung für die Wirtschaft (Wert der Gebäude, Zweckbestimmung des Bodens (Bauwesen, Wald oder Landwirtschaft)) ein unverzichtbarer Bestandteil des Plans.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	f. die Gebäude, Verkehrswege, Gewässer und Daten zur weiteren Beschaffenheit der Erdorberfläche	
7 Abs. 2 lit. d	Kein Änderungsantrag	Wir begrüßen es sehr dass die Grundlagen für die Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung geschaffen werden. Das Eintragen von neuen Dienstbarkeiten erachten wir nicht als problematisch. Schwierig ist die Erfassung der Dienstbarkeiten aus der Vergangenheit. Es muss zwingend vorgängig eine Bereinigung der Dienstbarkeiten durchgeführt werden Voraussetzung für die rückwirkende Erfassung der Dienstbarkeiten ist ein vereinfachtes Verfahren zur Bereinigung von bestehenden Dienstbarkeiten. Dies muss in der Grundbuchverordnung festgeschrieben werden.
7. Abs. 3	Die Inhalte gem. Abs. 2, lit. a bis e Er geniessen die mit dem Grundbuch verbundenen Wirkungen (Art. 971 bis 974 ZGB).	geringfügige Umformulierung des Vorschlages, bedingt durch die Darstellung der Gebäude und Bodenbedeckung im Plan für das Grundbuch.
7 Abs. 4	Streichen	In der Verordnung muss nicht definiert werden wie die Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung aufgenommen werden. (Schnittstelle). Es genügt zu definieren dass die Dienstbarkeiten Teil der amtlichen Vermessung sind.
14a Abs. 1	Kein Änderungsantrag	Wir begrüßen die vorgeschlagene Präzisierung.
14a Abs. 2	Kein Änderungsantrag	Diesem Absatz kann man implizit entnehmen, dass es künftig erlaubt sein wird Kreisbogen mit einer Näherungsgeometrie abzubilden. Weitere Ausführungen fehlen jedoch in den vorliegenden Rechtsgrundlagen und Erläuterungen. Wir gehen somit davon aus, dass diese Näherungsgeometrien nach Revision VAV noch nicht zugelassen sein werden, sondern erst, nachdem die entsprechenden Weisungen publiziert sind.
14x	Neuer Artikel in ZGB, GeolG oder in VAV Zum Thema Widersprüche infolge Bodenbewegungen ausserhalb der ausgeschiedenen Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen	Weiterhin ungeklärt bleibt das Verfahren in Gebieten mit nicht dauernden Bodenverschiebungen mit kleinen Geschwindigkeiten von bis zu 1 cm pro Jahr welche nicht als Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen ausgeschieden sind. Solche Gebiete gibt es z.B. im Kanton Obwalden oder Luzern (Entlebuch). Weil die Grundbuchvermessung bereits über 100 Jahre alt ist, betragen die Differenzen inzwischen bis zu 1.5 m und sie sind offensichtlich.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		Die V+D hat hierzu Weisungen zu erlassen. Es kann sein, dass dazu gesetzliche Grundlagen notwendig sind. Diese sind mit der Revision der VAV zu erlassen.
19	Die für die amtliche Vermessung zuständige Stelle (gemäss Artikel 8, 9 und 12 GeolG sowie Artikel 9, 11, 12 und 25 GeolV), d.h. die Eidgenössische Vermessungsdirektion (im Folgenden V+D), kann.... erlassen.	Die V+D, die in Lgeo und Ogeo fehlt, muss korrekt eingeführt werden, sobald sie zum ersten Mal erscheint. Beachten Sie, dass der Begriff "cadastrale" im Deutschen nicht vorkommt, er könnte auch im Französischen und Italienischen gestrichen werden, oder im Deutschen "Eidgenössische Grundbuchvermessungsdirektion" V+D hinzugefügt werden. Außerdem wird in der Alltagssprache der Begriff "D plus M" auf Französisch und "V D" (phonetisch faudé) auf Deutsch verwendet...
23 Abs. 1	Die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für deren Nachführung ein Meldewesen organisiert werden kann, sind innert drei sechs Monaten nach Eintreten Fertigstellung einer Veränderung nachzuführen.	Es ist richtig, dass die maximale Nachführungsfrist von heute einem Jahr herabgesetzt werden soll. Zu beachten ist, dass in der Praxis schon heute die meisten Nachführungsstellen die Neubauten zeitnah nach Fertigstellung nachführen, währenddem kleinere Um- und Anbauten aus Kosten- und Effizienzgründen oft gemeinde- bzw. quartierweise abgearbeitet werden. Dieses Zusammennehmen von kleinen Veränderungen in der Nachführung muss auch künftig möglich bleiben, damit eine kostengünstige und effiziente Nachführung in der Praxis umgesetzt werden kann. Mit der Frist von 3 Monaten wäre das für die meisten Gebiete nicht mehr möglich und es bräuchte sehr viele Ausnahmen gem. Abs. 2. Insbesondere in höher gelegenen Gebieten, wo über mehrere Monate keine Feldarbeiten geleistet werden können, sind 3 Monate zu kurz bemessen. Dabei geht es nicht nur um Bergkantone im engeren Sinn: es hat ausser in BS, SH, GE in allen Kantonen Gebiete über 1000 m.ü.M. und es kann nicht sein, dass die Mehrheit der Kantone für diese Gebiete explizit Ausnahmen festschreiben müssen. Die Definition der Frist muss genauer umschrieben werden. Mess- und festlegbar ist einzig die Frist ab Meldungseingang bei der Nachführungsstelle Die Vermessung und Nachführung der AV kann erst erfolgen, wenn die Objekte als Gesamtheit (inkl. Umgebung, Zugängen, Parkplätzen) fertiggestellt sind. Das Eintreten der Veränderung beginnt bereits beim ersten Auffahren der Bagger und somit ist dieser Wortlaut unzutreffend und ungewollt. Deshalb ist die Formulierung entsprechend unserem Vorschlag links anzupassen.
23. Abs. 3	Die Kantone regeln...	Rein redaktionell, (ein neuer § wird eingeführt).

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

27		Wir begrüßen die Aufhebung
28 Abs. 3	unter Beachtung von Art. 7 Abs. 2 und aus...	Redaktionelle Anpassung an den neuen Art. 7
38		Wir begrüßen die Aufhebung
40	Die V+D wird von einem Ingenieur-Geometer geleitet, der im eidg. Geometerregister eingetragen ist.	Der Begriff V+D sollte bereits in Artikel 19 eingeführt werden.
40 Abs. 3bis	Streichen	<p>Eine explizite kontinuierliche Weiterentwicklung soll nicht gefördert werden. Das Datenmodell soll stabil sein. Da sonst alle Kunden der AV ständig ihre Prozesse, Schnittstellen und Umsysteme anpassen müssten. Dies würde zu grossen Mehrkosten führen.</p> <p>Anpassungen sind auch ohne diesen Artikel nach Bedarf möglich.</p> <p>Das Einführen von Datenmodelländerungen muss über alle Themen / Module koordiniert erfolgen, sodass pro Schritt alle erforderlichen Anpassungen gleichzeitig umgesetzt werden können.</p> <p>Die Mitwirkung bei Anpassungen ist wichtig. Da sie aber in GeolG Art. 35 stipuliert ist, muss sie hier nicht wiederholt werden.</p>
45	nicht streichen	<p>Der Artikel ist nicht zu streichen. Die heute gültige Version ermöglicht den Kantonen, eigene Kriterien und Verfahren festzulegen.</p> <p>Der erläuternde Bericht diskutiert die Folgen, wenn Abs. 2 aufgehoben oder belassen würde und kommt zum Schluss: «Eine besondere Regelung für die Arbeitsvergabe in der amtlichen Vermessung rechtfertigt sich nicht mehr; Art. 45 VAV ist deshalb ersatzlos aufzuheben.[1] Diesen Aussagen fehlt jedoch die sachliche Begründung.</p> <p>Die wichtigsten Arbeiten der amtlichen Vermessung, wie der Vermarkung, Ersterhebung, Erneuerung, periodischen Nachführung und provisorischen Nummerisierung, sind nach den für den Kanton massgeblichen Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen zu vergeben (Art. 45 Abs. 1 VAV). Dieser Grundsatz ist nicht bestritten und könnte als unselbständige Wiederholung der</p>

		<p>Submissionsgesetzgebung ohne Änderung der Rechtslage durchaus gestrichen werden.</p> <p>Art. 45 Abs. 2 VAV war in der ursprünglichen Version der Verordnung (1993) nicht enthalten, sondern mit der Revision der Verordnung vom 21. Mai 2008^[2] eingeführt. Der Bundesrat nahm dabei die Mahnung der Wettbewerbskommission ernst, die einen Wettbewerb auch bei den Nachführungsarbeiten verlangte. Er wollte mit der Ergänzung den Kantonen mehr Freiheiten einräumen und insbesondere verhindern, dass für Nachführungsgeometer ein Preiswettbewerb veranstaltet werden muss. Der Nachführungsgeometer kennt zu Beginn der Arbeiten, die ihm ausschliesslich und während einer bestimmten Zeit übertragen werden sollen, den Arbeitsanfall und die Preisentwicklung nicht und kann daher ein realistisches Preisangebot nicht machen. Nachführungsgeometer bzw. die Nachführungsgeometerin kann – wie bei einer Stellenbesetzung – durch eine Personenwahl bestimmt werden. Art. 45 Abs. 2 VAV ist eine spezialgesetzliche Bestimmung des Bundesrechts, die der IVöB vorgeht (Art. 9 IVöB). So lange diese Bestimmung besteht, muss der Preis kein Auswahlkriterium sein.^[3] Dieses Anliegen erscheint heute doch auch im Interessen der Geometerunternehmungen zu sein, nachdem Preiswettbewerbe (etwa im Kanton Zug) zu Angeboten geführt haben, die die auf jeden Fall und objektiv gesehen nicht kostendeckend sein konnten und damit das Ziel des Submissionsverfahrens ad absurdum geführt haben.</p> <p>Wird Art. 45 Abs. 2 VAV gestrichen, fällt der Spielraum der Kantone weg und es kommen die Regeln der IVöB zur Anwendung. Denn die Nachführungsarbeiten während mehrerer Jahre in einem bestimmten Gebiet werden in aller Regel zur Überschreitung der Schwellenwerte führen. Die Vergabe der Nachführungstätigkeit muss dann wieder zwingend auch einen Preis verlangen, weil sich das vorteilhafteste Angebote aus der Qualität der Leistung und dem Preis ergeben muss (Art. 29 Abs. 1, Einleitungssatz BöB/IVöB).^[4]</p> <p><i>[1] Swisstopo, Erläuternder Bericht zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen (Erläuternder Bericht), Februar 2022, Ziff. 3.6.36.</i></p> <p><i>[2] In Kraft getreten am 1. Juli 2008 (AS 2008 2745)</i></p> <p><i>[3] Huser, Vermessungsecht Rz. 232 mit Bemerkungen zu den Zuschlagskriterien (Rz. 233).</i></p> <p><i>[4] Dazu Huser Grundsatzpapier Ziff. 3.b.aa.</i></p>
--	--	--

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

46b		Das Verfahren für Pilotprojekte wird grundsätzlich begrüsst.
46b Abs. 3und sie müssen von einem föderalen Lenkungsausschuss überwacht und evaluiert werden.	Ein einziger grosser Kanton kann ein solches Projekt durchführen. Auch die Begleitung durch einen Steuerungsausschuss der V+D scheint unerlässlich.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2 Abs. 2	Die Lagefixpunkte sind für die geografische Position (E, N) massgeblich. Die Höhenfixpunkte sind für die Höhe (H) massgebend .	<i>LFP und HFP sind vollständig bekannt (E,N,H), haben aber nicht die gleiche Rolle.</i>
3	Ganzer Art. umformulieren nach Änderung Art. 6 VAV	Die Bodenbedeckung, insbesondere die Gebäude, Verkehrswege, Gewässer, sind wesentlich um den Plan für das Grundbuch lesbar zu machen. Deshalb gehören diese Daten zum Plan für das Grundbuch. Dies ist in Art. VAV entsprechend zu ergänzen. Hier verbleiben dann die restlichen Daten.
3 lit. b.	den bestehenden , geplanten oder projektierten Gebäuden nach den Artikeln 2 Buchstabe b und 7 Absatz 1 Buchstaben a und b sowie Absatz 2 der Verordnung vom 9. Juni 20172 über das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister sowie den übrigen bestehenden , geplanten oder projektierten Bauten und Anlagen	<i>Für das GWR kann die Regelung sinnvoll sein, dass das projektierte Gebäude als solches attribuiert wird, wenn die Baubewilligung erteilt wird. Für die AV sollen die projektierten Gebäude erst erfasst werden, wenn die Bewilligung in Rechtskraft erwachsen ist.</i>
6 lit.a	Streichen	<i>Nach Änderung von Art. 7 Abs.2 VAV Der Plan für das Grundbuch ist ohne die Daten zur Situation ungenügend und nahezu unbrauchbar. Folglich sind die Objekte zur Situation im PfdGB abzubilden. Somit erübrigt sich ein zusätzliches separates standardisiertes Produkt Situationsplan</i>
7 Abs. 1	Das Geodatenmodell der amtlichen Vermessung wird auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer ausgerichtet und berücksichtigt die Erfordernisse der Nachführungsstellen.	<i>Die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Nutzer ist wichtig und richtig. Ebenfalls notwendig ist aber auch die Orientierung auf die Bedürfnisse der Nachführungsstellen.</i>
7 Abs. 2	Streichen	<i>Der modulare Aufbau des Geodatenmodells muss nicht auf Verordnungsstufe geregelt werden, das kann auch ohne diesen Absatz erfolgen. Besonders störend in den Erläuterungen ist, dass die Änderungen von Modulen des Geodatenmodells zu jeweils verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt werden sollen. Genau das ist im Sinne der Kundenorientierung und der Nachführungsstellen nicht erstrebenswert: bei jedem Eingriff in irgend ein Modul müssen die Schnittstellen zu Umsystemen in der ganzen</i>

		<i>Produktionskette angepasst werden. Die Zahl der Anpassungen muss aus verschiedenen Gründen minimal sein.</i>
7 Abs. 3		<i>Thematisch und vor allem geometrisch gibt es diverse Bezüge und Abhängigkeiten zwischen einzelnen Modulen. Das kommt in den Erläuterungen leider nicht zum Ausdruck.</i>
8		<i>Das Geodatenmodell wird mindestens entweder in den Landessprachen D/F/I publiziert, oder aber es wird ein Glossar für die anderen Landessprachen für alle Objektklassen und Attribute erstellt.</i>
9 Abs. 3	streichen	<i>Die Erfahrung bei anderen Modellen (z.B. Abwasser im Modell VSA DSS) lehrt uns, dass damit mehr Missverständnisse als Nutzen bei Kund*innen hervorgerufen werden: das Ändern / Aktualisieren eines einzigen Attributes bewirkt ein neues Datum. Damit lassen sich aber keine Rückschlüsse ziehen, welche Information zum Objekt wie alt ist. Allgemein angewendet bringt die vorgeschlagene Formulierung keinen Gewinn. Somit soll bedarfsgerecht für ausgewählte Objekte (und nicht für alle) und deren Attribute das Datum der letzten Änderung geführt werden. Diese Detaillierung muss aber nicht in der VAV-VBS niedergeschrieben, sondern kann direkt beim Datenmodell angebracht werden.</i>
10	Streichen	<i>Je nach Kanton nicht umsetzbar. Welche statistischen Daten im Zusammenhang mit der Gemeinde? Zu allgemein und nicht die Rolle der AV Der Hinweis auf Kreisschreiben AV Nr. 2010/04 (GeoCat, GeoMeta) ist nicht schlüssig. Die heutige Lösung ist genügend. Der vorgeschlagene Verordnungstext geht aber weit darüber hinaus, was wir ablehnen.</i>
12 Abs. 2		<i>Bei der Festsetzung der Umsetzungsfristen ist zu berücksichtigen, dass sowohl bei der Nachführungsstelle wie auch auf Seite der Kunden die Schnittstellen und Umsysteme angepasst werden müssen. Es muss angestrebt werden, dass es zeitlich möglichst wenig Änderungen gibt. Die Änderungen an verschiedenen Modulen sind somit nicht nur fachlich sondern auch zeitlich aufeinander abzustimmen.</i>
13 Abs. 1		<i>Das vereinfachte Geodatenmodell ist nicht nur in der Beschreibungssprache gem. Art. 8 (Interlis 2) zu beschreiben, sondern auch in Formaten, welche durch die Mehrheit der Kunden eingelesen werden können (heute ist das dxf, künftig evtl. auch ifc).</i>
13 Abs. 3	Ändert sie das Geodatenmodell, so passt sie das vereinfachte Geodatenmodell wenn nötig gleichzeitig an.	<i>Weil es sich um ein vereinfachtes Geodatenmodell für Kunden handelt, sollen Anpassungen daran weniger häufig erfolgen als beim Geodatenmodell und nur wenn es nötig ist und den Kund*innen einen grösseren Nutzen stiftet: die Kund*innen wollen ein möglichst stabiles Datentransferformat.</i>

13 bis	Arbeitsgrundsatz Die Vermessungsarbeiten sind nach den Regeln der Kunst und unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit durchzuführen.	<i>Bisheriger Art. 1 der TVAV soll in die VAV-VBS überführt werden, z.B. nach Abschnittstitel und vor Art. 14. Begründung: Alle Arbeiten sind durch fachlich qualifiziertes Personal auszuführen bzw. zu überwachen. Dabei sind die anerkannten Regeln und Methoden anzuwenden wie auch innovative Geräte und Methoden zugelassen, wenn der Nachweis erbracht ist, dass diese gleichwertig sind. Mit der bestehenden Formulierung «unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit» wird die Innovation ausdrücklich gefördert.</i>
14 Abs. 3 lit. a+b	in Sömmerungsgebieten und in unproduktiven Gebieten: 5-12 10-24 Jahre; in allen übrigen Gebieten: 3-6 8-12 Jahre.	<i>Die Zeiträume für die PNF sind zu eng gewählt. meldepflichtige Veränderungen werden gem. Art. 23 VAV sehr streng nachgeführt. Daneben verbleiben für die PNF im Wesentlichen nur natürliche Änderungen wie z.B. Waldränder, Bachverläufe. Diese Änderungen gehen aber nur sehr langsam von statten. innerhalb von 3-6 Jahren lassen sich kaum Veränderungen feststellen. Der Aufwand für die PNF ist gross und rechtfertigt sich nur, wenn dadurch die Daten effektiv an Aktualität und Qualität gewinnen. Aus der Praxis sind kaum Fälle bekannt, wo der bisher vorgeschriebene Nachführungszyklus von maximal 12 Jahren ungenügend gewesen wäre. Eine Verschärfung der bisherigen Regelung ist nicht angezeigt. im Gegenteil: in der TS 5 kann der Nachführungszyklus auf bis zu maximal 24 Jahren ausgedehnt werden.</i>
15	Nach einem Naturereignis wird für das betroffene Gebiet möglichst rasch und zeitlich auf die Sanierung bzw. Wiederherstellung der Bauten abgestimmt eine ausserordentliche Nachführung durchgeführt. Diese umfasst alle Massnahmen, die für die Wiederherstellung der amtlichen Vermessung erforderlich sind.	<i>Bei einer reinen Wiederherstellung der Bauten am gleichen Ort macht eine "möglichst rasche" ausserordentliche Nachführung Sinn, damit die Bauten korrekt erstellt werden können. wenn vor einer Wiederherstellung zuerst umfangreiche Bauarbeiten zur Sicherung erstellt, oder ganze Strassenzüge neu gebaut werden müssen wäre eine umgehende Vermarkung falsch.</i>
17 Abs.1		Die (digitale, automatische) Historisierung darf nicht alle Objekte / Informationsebenen / Komponenten betreffen.
17 Abs 3	Die zuständige kantonale Stelle prüft...	
18 Abs 1	Wer Daten der amtlichen Vermessung verwaltet, sorgt in Anwendung der Standards ISO/IEC 27001:2013 und ISO/IEC 27005:2018 für die Daten- und Informationssicherheit. Wer Daten der amtlichen Vermessung verwaltet, ist verpflichtet, angemessene Sicherheitsmassnahmen nach anerkannten Grundsätzen und entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik zu ergreifen. Die zuständige kantonale	Art. 85 Abs. 1 TVAV lautet heute: <i>Wer Daten der amtlichen Vermessung verwaltet, ist verpflichtet, angemessene Sicherheitsmassnahmen nach anerkannten Grundsätzen und entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik zu ergreifen.</i> Diese Grundsatznorm, welche technologieneutral formuliert ist und sich am "Stand der Technik" orientiert, ist zu begrüssen und sollte im Grundsatz beibehalten werden.

	<p>Stelle kann von einer anerkannten Standardisierungsorganisation erlassene Standards für Datensicherheit verbindlich vorschreiben.</p>	<p>Der Umstand, dass die in Art. 85 Abs. 2 TVAV erwähnte Schweizer Norm SN 612010 bezüglich Informationssicherheitskonzept nicht mehr aktuell ist und sich allenfalls ein neuer Standard aufdrängt, sollte nicht dazu führen, dass die in Art. 85 Abs. 1 TVAV erwähnten Grundprinzipien ("Angemessenheit der Sicherungsmassnahmen", "nach anerkannten Grundsätzen" und "entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik") nicht mehr erwähnt werden resp. durch Verweis auf einen konkreten Standard ersetzt werden. Eher wäre auf die Festlegung eines konkreten Standards zu verzichten als auf die Nennung der Grundsätze.</p>
<p>18 Abs. 2</p>	<p>Die originären Daten müssen in einer Dateninfrastruktur verwaltet werden, die sich in der Schweiz befindet. Die Betreiberin der Dateninfrastruktur muss ihren Sitz in der Schweiz haben. Vertraglich muss sichergestellt sein, dass die kantonale Vermessungsaufsicht jederzeit Zugriff auf die Daten hat.</p> <p>Die Verfügbarkeit und Integrität der originären Daten muss durch geeignete technische, organisatorische und vertragliche Massnahmen sichergestellt werden. Der Zugriff auf die Daten durch die zuständige kantonale Stelle muss jederzeit möglich sein.</p>	<p>Die vorgeschlagene Formulierung ist nicht technologieneutral und schränkt die verfügbaren Mittel zur Schutzzielerreichung unverhältnismässig und unsachlich ein.</p> <p>Der erläuternde Bericht erwähnt richtigerweise, dass die originären Daten der amtlichen Vermessung für die Bestimmung von Liegenschaftsgrenzen massgeblich sind und diesbezüglich auch dem Plan für das Grundbuch die Rechtswirkungen des Grundbuchs zukommt. Es wird ferner zu Recht auf die Folgen (z.B. bzgl. Rechtssicherheit im Bereich des Grundeigentums) eines Verlustes der massgeblichen Daten der amtlichen Vermessung hingewiesen. Die damit verbundenen <i>Schutzziele</i>, nämlich <i>jederzeitige Verfügbarkeit</i> und <i>Integrität der Grundbuchdaten</i>, sind unbestritten. Die technischen, organisatorischen und vertraglichen Mittel, wie diese Schutzziele zu erreichen sind, sollten aber offenbleiben und jedenfalls nicht ohne Not eingeschränkt werden.</p> <p>Die vorgeschlagene Bestimmung enthält selektive und unnötig einschränkende Vorschriften bezüglich Datenhaltungsstandort sowie Sitz der Betreiberinnen von Dateninfrastrukturen, die sich in dieser Absolutheit nicht rechtfertigen. Die Schutzziele der jederzeitigen Verfügbarkeit und Integrität von Grundbuchdaten können durchaus auch auf andere Weise sichergestellt werden, als durch geographische Restriktionen. Zum Beispiel durch redundant aufgesetzte Dateninfrastrukturen sowie ausgereifte (und regelmässig getestete) Business Continuity und Backup-Strukturen, welche die Abhängigkeiten von einzelnen Betreiberinnen und deren IT-Infrastrukturen abfedern oder auflösen. Datenhaltungsstandorte und Betreiberinnen von Dateninfrastrukturen im Ausland sind à priori kein unüberwindbares Hindernis. Im Gegenteil. Hohe Verfügbarkeit und hoher Datensicherheitsstandard sind gerade zentrale Vorteile der Cloud-Infrastrukturen internationaler Hyperscaler.</p> <p>Auch in anderen Bereichen mit strengen Anforderungen an die Verfügbarkeit und Integrität von Daten (bspw. im Finanzsektor, siehe FINMA Rs. 2018/3</p>

		<p>Outsourcing Banken und Versicherungen; Annex 3 zu FINMA Rs. 2008/21 (Operationelle Risiken) als auch im Bereich der durch Strafrecht verstärkten Geheimnisrechte (z.B. Amtsgeheimnis, Arzt-, Anwalts-, Bankkundengeheimnis etc.) folgt die Regulierung regelmässig einem Ansatz, der ohne Restriktionen bzgl. Auslandsdatenhaltung oder anderweitiger Auslandsbezüge funktioniert. Der Fokus liegt generell vielmehr auf den <i>technischen, organisatorischen und vertraglichen Massnahmen</i>, welche in ihrer Gesamtheit dazu führen, dass die im erläuternden Bericht zu Recht erwähnten Risiken betreffend Verfügbarkeit und Integrität der Daten jederzeit gewährleistet sind. Diese Massnahmen zielen jeweils nicht ausschliesslich auf die beigezogenen Betreiberinnen von Dateninfrastrukturen, sondern schliessen insbesondere auch technische und organisatorische Massnahmen mit ein, die seitens der Daten"eignerin" umgesetzt werden. Man spricht hierbei auch vom sog. "Shared Responsibility" Modell.</p> <p>In diesem Kontext wäre es verfehlt, die zur Erreichung der Schutzziele Verfügbarkeit und Integrität einzusetzenden Mittel und Massnahmen vorweg konkret vorzuschreiben resp. zu beschränken. Entsprechend ist auf die sachlich nicht zu rechtfertigenden Einschränkungen bezüglich Datenhaltungsstandorte und Sitz der Betreibergesellschaften zu verzichten, sie sind weder verhältnismässig noch aus wettbewerbs- resp. beschaffungsrechtlicher Sicht zu rechtfertigen.</p>
18 Abs 3	Die zuständige kantonale Stelle kontrolliert die Einhaltung der Vorgaben gemäss Abs. 1 und 2.	
29		<p><i>Der Objektkatalog gemäss heutiger TVAV war in Entwurf DM.flex praktisch vollumfänglich enthalten. Soweit OK.</i></p> <p><i>Zu Definition und Detaillierungsgrad in den Ebenen BB/EO fehlen in allen heute bekannten Unterlagen die künftig beabsichtigten Weisungen. Ebenfalls fehlen mehrheitlich die künftig beabsichtigten Werte zu Genauigkeit und Zuverlässigkeit für alle Ebenen.</i></p> <p><i>Es kann keine zustimmende Stellungnahme über die Aufhebung der TVAV bzw. Delegation in Weisungen gegeben werden, wenn die Absicht zur Übernahme der bestehenden Regelungen nicht formuliert ist.</i></p>
30 Abs. 1		<p><i>Für eine Stellungnahme müsste der beabsichtigte Fahrplan bekannt gegeben werden.</i></p> <p><i>Da bis heute nicht einmal das definitive DM.flex vorliegt, weder noch die zugehörigen Darstellungsvorschriften und Erfassungsrichtlinien, scheint eine zeitnahe Einführung sehr unrealistisch.</i></p> <p><i>In jedem Fall ist die Frist grosszügig anzugeben, damit nicht nur die Softwarelieferanten und Nachführungsstellen für die Anpassungen und Migrationen genügend Zeit erhalten, sondern auch die Kunden der AV ihre</i></p>

		<p><i>Prozesse, Schnittstellen, Systeme und Umsysteme rechtzeitig anpassen können.</i></p> <p><i>Gleichzeitig mit in Kraft treten der neuen Verordnungen und Datenmodelle ist durch das VBS eine Informationskampagne zu lancieren, damit die Kunden der AV rechtzeitig darüber informiert sind und bis zur Umsetzung bei den Nachführungsstellen die notwendigen Anpassungen vorbereiten können.</i></p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über das Grundbuch / **Ordonnance**

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
1	In der GBV den Satz hinzufügen: Die Kantone regeln die Beziehungen zwischen der amtlichen Vermessung und dem Grundbuch.	



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

geosuisse bern, <https://www.geosuisse.ch/ueber-uns/sektionen/geosuisse-bern.html>

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Severin Hohl, severin.hohl@geozen.ch, 031 970 30 50

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Meldefluss bei Plangenehmigungsverfahren

Wir begrüssen es sehr, dass die betroffenen Fachverordnungen dahingehend angepasst werden sollen, dass bereits eine Meldung über die Eröffnung eines Plangenehmigungsverfahrens für die Nachführung projektierter Vorhaben erfolgen soll. In der Praxis müssen wir feststellen, dass trotz bestehender gesetzlicher Regelungen kaum Meldungen an die Geometer erfolgen. Die Umsetzung der Meldepflicht bei den Bundesbehörden muss zwingend verbessert, bzw. etabliert werden. Wir schlagen deshalb vor, dass nicht die jeweilige Bauherrschaft, sondern die **Bewilligungsstelle** des Plangenehmigungsverfahrens die **Eröffnung des Verfahrens**, die **Genehmigung** und **den Abschluss** der Arbeiten meldet. Institutionell ist eine Meldepflicht nach unserer Erfahrung besser zu verankern.

Kosten

Die Schätzung der Mehrkosten (va. Umsetzung DM.flex und Dienstbarkeiten) auf ca. 5 Mio. (für alle Stufen) beurteilen wir als massiv zu tief! Die Kostenfolgen müssen unbedingt fundierter abgeklärt werden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7 Titel Abs. 1	Plan für das Grundbuch > Grundbuchplan	Wir sind der Meinung, dass in einer überarbeiteten VAV auch vereinfachte Begriffe verwendet werden sollen. Daher plädieren wir auch in der VAV für die Terminologie "Grundbuchplan" und nicht für die umständliche Variante "Plan für das Grundbuch". Der terminologische Brückenschlag zum ZGB kann wie in der GBV gemacht werden
7 Abs. 2 lit. c		Wir begrüßen es sehr, dass die Grundlagen für die Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung geschaffen werden. Geometrisch definierbare Dienstbarkeiten sollten in jedem Fall in die amtliche Vermessung eingetragen werden, auch wenn die örtliche Lage im Rechtsgrundausweis genügend genau beschrieben werden könnte! Denn künftige Grenz- oder Situationsänderungen könnten solchen Umschreibungen die Grundlage entziehen!
7 Abs. 2	ergänzen mit lit f. "die Gebäude, Verkehrswege, Gewässer und Daten zur weiteren Beschaffenheit der Erdoberfläche"	Wichtige Informationen für die Lesbarkeit des Planes bzw. der Daten
23 Abs. 1	...sind innert drei sechs Monaten nach Eintreten einer Veränderung Meldung der Fertigstellung an die Nachführungsstelle nachzuführen.	Eine Maximalfrist von 3 Monaten ist zu kurz (z.B. grosse Überbauungen, hoch gelegene Gebiete); 6 Monate als Obergrenze wäre realistischer – sofern es überhaupt eine diesbezügliche Regelung auf Bundesstufe braucht. Die Frist darf erst ab Meldung der Fertigstellung (nicht «nach Eintreten einer Veränderung») an die Nachführungsstelle laufen. Nachführungen machen wirtschaftlich erst Sinn, wenn ein Bau ganz abgeschlossen ist, dh. inkl. z.B. der Umgebungsarbeiten. Zwischen Fertigstellung des Gebäudes (Eintreten der Veränderung "neues Gebäude") und dem Abschluss der Umgebungsarbeiten können jedoch Monate vergehen.
45	Bestehender Art. 45 belassen!	Eine Ausschreibung der Arbeiten ist damit weiterhin in jedem Fall Pflicht und es ermöglicht auch weiterhin eine Ausschreibung als Stellenbewerbung (ohne Preiswettbewerb).

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3	Plan für das Grundbuch > Grundbuchplan	Wir sind der Meinung, dass in einer überarbeiteten VAV auch vereinfachte Begriffe verwendet werden sollen. Daher plädieren wir auch in der VAV für die Terminologie "Grundbuchplan" und nicht für die umständliche Variante "Plan für das Grundbuch". Der terminologische Brückenschlag zum ZGB kann wie in der GBV gemacht werden
9 Abs. 3		Bei den einen Objekten ist das Datum der letzten Änderung zu wenig, bei anderen unnötig. Es ist eine Formulierung anzustreben mit denjenigen Ebenen, bei denen zwingend eine lückenlose Historisierung über die gesamte Lebensdauer erforderlich ist (z.B. Liegenschaften, evtl. Gebäude)
14 Abs. 3		Die generelle Verkürzung der Fristen halten wir in Anbetracht der untergeordneten Wichtigkeit der davon betroffenen Bodenbedeckung nicht für sinnvoll. Das Verhältnis von Kosten/Nutzen ist nicht gegeben.
15		Die Kostenübernahme von Nachführungen infolge von Naturereignissen ist nicht geregelt.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7a	Plan für das Grundbuch > Grundbuchplan	Wir sind der Meinung, dass in einer überarbeiteten VAV auch vereinfachte Begriffe verwendet werden sollen. Daher plädieren wir auch in der VAV für die Terminologie "Grundbuchplan" und nicht für die umständliche Variante "Plan für

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

		das Grundbuch". Der terminologische Brückenschlag zum ZGB kann wie in der GBV gemacht werden
7a lit. a		Es sollte deklariert sein, ob rechtsgültige oder auch projektierte Grenzen dargestellt werden.



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
GEOSUISSE, Kapellenstrasse 14, 3011 Bern

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Erwin Vogel, erwin.vogel@ebwsb.ch, +41 58 451 69 50 oder +41 79 222 64 86

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Die Teilrevision von Zwischenelementen der Gesetzgebung birgt eine Reihe von Fallstricken. Wir sehen in diesem gewählten Vorgehen die Ursache für die in unserer Stellungnahme aufgelisteten Widersprüche und Kritikpunkte.

Einer der Hauptaspekte dieser Reform ist die "Entleerung" der VAV von wesentlichen Elementen der AV, damit diese entsprechend der technischen Entwicklung verwaltet werden können, ohne dass die übergeordneten Behörden eingeschaltet werden müssen. Dieser Aspekt ist akzeptabel, wenn er nicht die strategischen Elemente der amtlichen Vermessung betrifft, die nicht allein von der V+D geändert werden dürfen.

Das Datenmodell der AV wird mit dem vorgesehenen Konzept DM.flex auf der einen Seite flexibler und kann schneller und einfacher auf Veränderungen reagieren. Diese Erleichterung begrüßen wir grundsätzlich und unterstützen den Lösungsansatz. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, das Datenmodell durch ständige Änderungen zu destabilisieren. Das kann keineswegs im Sinn der Nutzer der AV sein. Das DM der AV soll stabiler sein als andere Geobasisdaten, da die Daten der AV als Georeferenzdaten quasi die Mutter aller Geobasisdaten darstellen und von einer ausseror-



dentlich breiten Anwenderschaft als Hintergrunddaten verwendet werden. Anpassungen des Datenmodells der AV haben deshalb eine viel grössere Auswirkung als das Ändern von Fachmodellen. Alle Benutzer der AV-Daten müssen ihre Systeme und Prozesse bei Modelländerungen anpassen. Die Anpassungen sind deshalb anzahlmässig auf ein Minimum zu beschränken. Das geplante DM.flex darf nicht dazu führen, dass alle paar Monate oder Jahre ein Teilmodell der AV geändert wird. Gerade die Digitalisierung hat dazu geführt, dass die Daten der AV praktisch nur noch digital an Kunden abgegeben werden. Umso wichtiger ist ein stabiles Daten-transfermodell.

-> Antrag: das Datenmodell der AV ist weiterhin auf Verordnungsebene zu verankern.

Es geht auch darum, dass der Bund die AV nicht aushöhlt und die AV ihre herausragende Rolle verliert, die sie bei der detaillierten und umfassenden Darstellung des Raumes für andere Geodaten, verschiedenste Bauvorhaben und bei öffentlichen Planaufgaben hat. Die Tatsache, dass Gebäude eine ebenso wichtige Darstellung haben wie Grundeigentum, muss im Zentrum der Amtlichen Vermessung bleiben.

Die Einführung der dritten Dimension begrüssen wir sehr, insbesondere für die nachvollziehbare Dokumentation von Stockwerkeigentum oder unterirdischen Bauten. Die enge Zusammenarbeit von DM.flex mit BIM ist noch nicht gelöst und muss noch bewältigt werden.

Allgemeine Erklärung zu BIM: "BIM" ermöglicht eine vollständige architektonische Planung in drei Dimensionen. Bei der Ausführung müssen die modellierten Daten an die tatsächlich gebaute Position, an Detailänderungen während des Baus (Verlegung von Leitungen, andere Wandstärken als geplant, usw.) und an Änderungen des geplanten Bauprogramms (Duplex mit Innentreppe statt zwei übereinanderliegenden Wohnungen) angepasst werden und die Daten müssen für alle so referenzierten Elemente in 3 D aktualisiert werden. BIM als Werkzeug für die Verwaltung eines Bauwerks zu erhalten, ist eine gewaltige Herausforderung. Die amtliche Vermessung ist davon noch weit entfernt. Umso wichtiger ist eine ernste Auseinandersetzung mit dieser Schnittstelle.

In Bezug auf die dritte Dimension und in direktem oder indirektem Zusammenhang mit BIM, erscheint es uns sinnvoll, das Stockwerkeigentum in der AV aufzunehmen (wie die Liegenschaften, die selbständigen und dauernden Rechte oder die Bergwerke).

Eine klare Verschärfung stellt Artikel 23 dar, mit einer Verkürzung der Aktualisierungsfrist innerhalb von 3 Monaten statt einem Jahr. In den Unterlagen besteht ein Widerspruch zwischen den Kommentaren 2 Monate und dem Gesetzestext 3 Monate (im franz. Text)). Die Herabsetzung der maximalen Nachführungsfrist auf 3 Monate ist sehr ambitiös und die höhere Aktualität ist mit Kosten verbunden. Heute nutzbare Synergien fallen weg und die Nachführung der AV verteuert sich. Grundsätzlich ist es fragwürdig, ob die Fristen in der Verordnung geregelt werden müssen und nicht auf die zuständigen kantonalen Stellen verwiesen werden soll.



Wir meinen, die Verwendung von englischen Begriffen sollte auf ein Minimum reduziert werden."

Konkret benennen wir folgende Beispiele:

- Bestehende Arbeitsgruppe, das "Change Board" auf Deutsch **Lenkungsausschuss**
- "man made objects" auf Deutsch **Bauten und Installationen**
- "Information Need Definition" auf Deutsch Definition **des Informationsbedarfs** ISO-Norm 15939
- "building information modelling" auf Deutsch **Modellierung von Bauinformationen.**

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
5. Abs. 1.lit.a	die Daten gemäss Datenmodell der amtlichen Vermessung	Bestehende Formulierung behalten. Die Daten der amtlichen Vermessung sind als Georeferenzdaten quasi die Mutter aller Geobasisdaten. Sie werden für alle genauen Datensätze als Referenzdatensatz verwendet. Entsprechend ist der Nutzerkreis um ein Vielfaches grösser als bei anderen Geobasisdaten. Die digitale Nutzung erfolgt nach Transfer über das Geodatenmodell. Dieses Geodatenmodell hat somit einen ungleich höheren Stellenwert und muss zum Schutz der Investitionen in Prozesse und Umssysteme eine grosse Stabilität aufweisen, so wie das bis jetzt der Fall war. Das Datenmodell der amtlichen Vermessung soll somit weiterhin in der VAV verankert bleiben. Wichtige und notwendige Anpassungen – gar die angedachte Modularisierung – können auch so umgesetzt werden.
5. Abs1 lit.b	Versicherung der Fixpunkte und Grenzzeichen im Gelände	Die in (1) vollständig dokumentierten Begriffe "Zeichen und "Grenzzeichen" reichen aus, der Begriff "Punktzeichen" ist unnötig und wurde noch nie verwendet. Daher ist es auch unnötig, ihn in Art. 1 der VBSD einzuführen. Außerdem versteht der nicht spezialisierte Benutzer den Begriff "Grenzstein" noch recht gut, aber die anderen Markierungen und Zeichen (Dübel, Nägel, Bolzen, ...) sind für ihn schon schwer zu verstehen, eine zusätzliche allgemeine Kategorie einzufügen ist völlig unangemessen.
6 Abs. 1	Der Objektkatalog umfasst die folgenden Informationsebenen: a. Liegenschaften b. flächenmässig ausgeschiedene selbstständige und dauernde Rechte an Grundstücken c. Bergwerke d. Dienstbarkeiten e. Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen f. Daten zu Punkten g. Gebäude h. Verkehrswege	Das minimale Datenmodell der AV gehört in die Verordnung, sonst besteht die Gefahr, dass die AV «ausgehöhlt» wird. Die vorgeschlagene Formulierung orientiert sich am Entwurf der VAV und VAV-VBS

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	<ul style="list-style-type: none"> i. Gewässer j. Daten zur weiteren Beschaffenheit der Erdoberfläche k. weitere Objekte, soweit diese für die Nutzung des Grundstücks, für die amtliche Vermessung oder für die Erstellung von abgeleiteten amtlichen Produkten (Art. 6) von Bedeutung sind l. geografische Namen m. technische und administrative Einteilungen 	
6 Abs. 2	Das VBS legt die Anforderungen an das Geodatenmodell für die amtliche Vermessung fest, namentlich hinsichtlich Datenbeschreibungssprache, Dimensionen, Genauigkeit und Zuverlässigkeit. Das Datenmodell kann modular aufgebaut sein.	Der für Art. 6 Abs. 1 vorgeschlagene Wortlaut wird mit geringfügigen Präzisierungen in Abs. 2 übernommen.
6 Abs. 3	Kantonale Erweiterungen des Geodatenmodells sind nicht zulässig.	Der für Art. 6 Abs. 2 vorgeschlagene Wortlaut wird übernommen. Wir begrüßen eine Standardisierung des Geodatenmodells über die ganze Schweiz Eine Umsetzung ist jedoch erst möglich, wenn die Objekte eine OID erhalten.
7 Abs. 2	Er enthält mindestens die Daten über: <ul style="list-style-type: none"> a. die Liegenschaften (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 1 ZGB); b. die flächenmässig ausgeschiedenen selbstständigen und dauernden Rechte an Grundstücken (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 2 ZGB); c. die Bergwerke (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB); d. die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in einer zeichnerisch eindeutigen Darstellung ihrer Grenzen (Art. 732 Abs. 2 ZGB); e. die Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen (Art. 660a ZGB), 	Ein Mindestinhalt kann sich nicht auf Eigentumsdaten beschränken. Die Bodenbedeckung und insbesondere die Gebäude sind aufgrund ihrer grundlegenden Bedeutung für die Wirtschaft (Wert der Gebäude, Zweckbestimmung des Bodens (Bauwesen, Wald oder Landwirtschaft)) ein unverzichtbarer Bestandteil des Plans.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	f. die Gebäude, Verkehrswege, Gewässer und Daten zur weiteren Beschaffenheit der Erdorberfläche	
7 Abs. 2 lit. d	Kein Änderungsantrag	<p>Wir begrüßen es sehr dass die Grundlagen für die Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung geschaffen werden.</p> <p>Das Eintragen von neuen Dienstbarkeiten erachten wir nicht als problematisch (es ist jedoch von grundlegender Bedeutung, sicherzustellen, dass diese Dienstbarkeiten der Daten der AV perfekt entsprechen, indem sie digital auf der Grundlage eines Auszugs aus dem PfdGB erstellt werden, der als konform zertifiziert wurde. Wir schlagen daher auch eine Änderung von Art. 70 Abs. 3 GBV).</p> <p>Schwierig ist die Erfassung der Dienstbarkeiten aus der Vergangenheit. Es muss zwingend vorgängig eine Bereinigung der Dienstbarkeiten durchgeführt werden</p> <p>Voraussetzung für die rückwirkende Erfassung der Dienstbarkeiten ist ein vereinfachtes Verfahren zur Bereinigung von bestehenden Dienstbarkeiten. Dies muss in der Grundbuchverordnung festgeschrieben werden.</p>
7. Abs. 3	Die Inhalte gem. Abs. 2, lit. a bis e genießen die mit dem Grundbuch verbundenen Wirkungen (Art. 971 bis 974 ZGB).	geringfügige Umformulierung des Vorschlages, bedingt durch die Darstellung der Gebäude und Bodenbedeckung im Plan für das Grundbuch.
7 Abs. 4	Streichen	In der Verordnung muss nicht definiert werden wie die Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung aufgenommen werden. (Schnittstelle). Es genügt zu definieren dass die Dienstbarkeiten Teil der amtlichen Vermessung sind.
14a Abs. 1	Kein Änderungsantrag	Wir begrüßen die vorgeschlagene Präzisierung.
14a Abs. 2	Kein Änderungsantrag	Diesem Absatz kann man implizit entnehmen, dass es künftig erlaubt sein wird Kreisbogen mit einer Näherungsgeometrie abzubilden. Weitere Ausführungen fehlen jedoch in den vorliegenden Rechtsgrundlagen und Erläuterungen. Wir gehen somit davon aus, dass diese Näherungsgeometrien nach Revision VAV noch nicht zugelassen sein werden, sondern erst, nachdem die entsprechenden Weisungen publiziert sind.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

14x	<p>Neuer Artikel in ZGB, GeolG oder in VAV</p> <p>Zum Thema Widersprüche infolge Bodenbewegungen ausserhalb der ausgeschiedenen Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen</p>	<p>Weiterhin ungeklärt bleibt das Verfahren in Gebieten mit nicht dauernden Bodenverschiebungen mit kleinen Geschwindigkeiten von bis zu 1 cm pro Jahr welche nicht als Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen ausgeschieden sind. Solche Gebiete gibt es z.B. im Kanton Obwalden oder Luzern (Entlebuch). Weil die Grundbuchvermessung bereits über 100 Jahre alt ist, betragen die Differenzen inzwischen bis zu 1.5 m und sie sind offensichtlich. Die V+D hat hierzu Weisungen zu erlassen. Es kann sein, dass dazu gesetzliche Grundlagen notwendig sind. Diese sind mit der Revision der VAV zu erlassen.</p>
19	<p>Die für die amtliche Vermessung zuständige Stelle (gemäss Artikel 8, 9 und 12 GeolG sowie Artikel 9, 11, 12 und 25 GeolV), d.h. die Eidgenössische Vermessungsdirektion (im Folgenden V+D), kann.... erlassen.</p>	<p>Die V+D, die in Lgeo und Ogeo fehlt, muss korrekt eingeführt werden, sobald sie zum ersten Mal erscheint. Beachten Sie, dass der Begriff "cadastrale" im Deutschen nicht vorkommt, er könnte auch im Französischen und Italienischen gestrichen werden, oder im Deutschen "Eidgenössische Grundbuchvermessungsdirektion" V+D hinzugefügt werden. Außerdem wird in der Alltagssprache der Begriff "D plus M" auf Französisch und "V D" (phonetisch faudé) auf Deutsch verwendet...</p>
23 Abs. 1	<p>Die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für deren Nachführung ein Meldewesen organisiert werden kann, sind innert sechs Monaten nach Fertigstellung einer Veränderung nachzuführen.</p>	<p>Es ist richtig, dass die maximale Nachführungsfrist von heute einem Jahr herabgesetzt werden soll. Zu beachten ist, dass in der Praxis schon heute die meisten Nachführungsstellen die Neubauten zeitnah nach Fertigstellung nachführen, währenddem kleinere Um- und Anbauten aus Kosten- und Effizienzgründen oft gemeinde- bzw. quartierweise abgearbeitet werden. Dieses Zusammennehmen von kleinen Veränderungen in der Nachführung muss auch künftig möglich bleiben, damit eine kostengünstige und effiziente Nachführung in der Praxis umgesetzt werden kann.</p> <p>Mit der Frist von 3 Monaten wäre das für die meisten Gebiete nicht mehr möglich und es bräuchte sehr viele Ausnahmen gem. Abs. 2. Insbesondere in höher gelegenen Gebieten, wo über mehrere Monate keine Feldarbeiten geleistet werden können, sind 3 Monate zu kurz bemessen. Dabei geht es nicht nur um Bergkantone im engeren Sinn: es hat ausser in BS, SH, GE in allen Kantonen Gebiete über 1000 m.ü.M. und es kann nicht sein, dass die Mehrheit der Kantone für diese Gebiete explizit Ausnahmen festschreiben müssen.</p> <p>Die Definition der Frist muss genauer umschrieben werden. Mess- und festlegbar ist einzig die Frist ab Meldungseingang bei der Nachführungsstelle</p> <p>Die Vermessung und Nachführung der AV kann erst erfolgen, wenn die Objekte als Gesamtheit (inkl. Umgebung, Zugängen, Parkplätzen) fertiggestellt sind. Das Eintreten der Veränderung beginnt bereits beim ersten Auffahren der</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		Bagger und somit ist dieser Wortlaut unzutreffend und ungewollt. Deshalb ist die Formulierung entsprechend unserem Vorschlag anzupassen.
23. Abs. 3	Die Kantone regeln...	Rein redaktionell, (ein neuer § wird eingeführt).
27		Wir begrüßen die Aufhebung
28 Abs. 3	unter Beachtung von Art. 7 Abs. 2 und aus...	Redaktionelle Anpassung an den neuen Art. 7
38		Wir begrüßen die Aufhebung
40	Die V+D wird von einem Ingenieur-Geometer geleitet, der im eidg. Geometerregister eingetragen ist.	Der Begriff V+D sollte bereits in Artikel 19 eingeführt werden.
40 Abs. 3bis	Streichen	<p>Eine explizite kontinuierliche Weiterentwicklung soll nicht gefördert werden. Das Datenmodell soll stabil sein. Da sonst alle Kunden der AV ständig ihre Prozesse, Schnittstellen und Umsysteme anpassen müssten. Dies würde zu grossen Mehrkosten führen.</p> <p>Anpassungen sind auch ohne diesen Artikel nach Bedarf möglich.</p> <p>Das Einführen von Datenmodelländerungen muss über alle Themen / Module koordiniert erfolgen, sodass pro Schritt alle erforderlichen Anpassungen gleichzeitig umgesetzt werden können.</p> <p>Die Mitwirkung bei Anpassungen ist wichtig. Da sie aber in GeolG Art. 35 stipuliert ist, muss sie hier nicht wiederholt werden.</p>
45	nicht streichen	<p>Der Artikel ist nicht zu streichen. Die heute gültige Version ermöglicht den Kantonen, eigene Kriterien und Verfahren festzulegen.</p> <p>Der erläuternde Bericht diskutiert die Folgen, wenn Abs. 2 aufgehoben oder belassen würde und kommt zum Schluss: «Eine besondere Regelung für die Arbeitsvergabe in der amtlichen Vermessung rechtfertigt sich nicht mehr; Art.</p>

		<p>45 VAV ist deshalb ersatzlos aufzuheben.[1] Diesen Aussagen fehlt jedoch die sachliche Begründung.</p> <p>Die wichtigsten Arbeiten der amtlichen Vermessung, wie der Vermarkung, Ersterhebung, Erneuerung, periodischen Nachführung und provisorischen Numerisierung, sind nach den für den Kanton massgeblichen Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen zu vergeben (Art. 45 Abs. 1 VAV). Dieser Grundsatz ist nicht bestritten und könnte als unselbständige Wiederholung der Submissionsgesetzgebung ohne Änderung der Rechtslage durchaus gestrichen werden.</p> <p>Art. 45 Abs. 2 VAV war in der ursprünglichen Version der Verordnung (1993) nicht enthalten, sondern mit der Revision der Verordnung vom 21. Mai 2008[2] eingeführt. Der Bundesrat nahm dabei die Mahnung der Wettbewerbskommission ernst, die einen Wettbewerb auch bei den Nachführungsarbeiten verlangte. Er wollte mit der Ergänzung den Kantonen mehr Freiheiten einräumen und insbesondere verhindern, dass für Nachführungsgeometer ein Preiswettbewerb veranstaltet werden muss. Der Nachführungsgeometer kennt zu Beginn der Arbeiten, die ihm ausschliesslich und während einer bestimmten Zeit übertragen werden sollen, den Arbeitsanfall und die Preisentwicklung nicht und kann daher ein realistisches Preisangebot nicht machen. Nachführungsgeometer bzw. die Nachführungsgeometerin kann – wie bei einer Stellenbesetzung – durch eine Personenwahl bestimmt werden. Art. 45 Abs. 2 VAV ist eine spezialgesetzliche Bestimmung des Bundesrechts, die der IVöB vorgeht (Art. 9 IVöB). So lange diese Bestimmung besteht, muss der Preis kein Auswahlkriterium sein.[3] Dieses Anliegen erscheint heute doch auch im Interessen der Geometerunternehmungen zu sein, nachdem Preiswettbewerbe (etwa im Kanton Zug) zu Angeboten geführt haben, die die auf jeden Fall und objektiv gesehen nicht kostendeckend sein konnten und damit das Ziel des Submissionsverfahrens ad absurdum geführt haben.</p> <p>Wird Art. 45 Abs. 2 VAV gestrichen, fällt der Spielraum der Kantone weg und es kommen die Regeln der IVöB zur Anwendung. Denn die Nachführungsarbeiten während mehrerer Jahre in einem bestimmten Gebiet werden in aller Regel zur Überschreitung der Schwellenwerte führen. Die Vergabe der Nachführungstätigkeit muss dann wieder zwingend auch einen Preis verlangen, weil sich das vorteilhafteste Angebote aus der Qualität der Leistung und dem Preis ergeben muss (Art. 29 Abs. 1, Einleitungssatz BöB/IVöB).[4]</p>
--	--	---

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>[1] <i>Swisstopo, Erläuternder Bericht zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen (Erläuternder Bericht), Februar 2022, Ziff. 3.6.36.</i></p> <p>[2] <i>In Kraft getreten am 1. Juli 2008 (AS 2008 2745)</i></p> <p>[3] <i>Huser, Vermessungsecht Rz. 232 mit Bemerkungen zu den Zuschlagskriterien (Rz. 233).</i></p> <p>[4] <i>Dazu Huser Grundsatzpapier Ziff. 3.b.aa.</i></p>
46b		Das Verfahren für Pilotprojekte wird grundsätzlich begrüsst.
46b Abs. 3und sie müssen von einem föderalen Lenkungsausschuss überwacht und evaluiert werden.	Ein einziger grosser Kanton kann ein solches Projekt durchführen. Auch die Begleitung durch einen Steuerungsausschuss der V+D scheint unerlässlich.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2 Abs. 2	Die Lagefixpunkte sind für die geografische Position (E, N) massgeblich. Die Höhenfixpunkte sind für die Höhe (H) massgebend .	<i>LFP und HFP sind vollständig bekannt (E,N,H), haben aber nicht die gleiche Rolle.</i>
3	Ganzer Art. umformulieren nach Änderung Art. 6 VAV	Die Bodenbedeckung, insbesondere die Gebäude, Verkehrswege, Gewässer, sind wesentlich um den Plan für das Grundbuch lesbar zu machen. Deshalb gehören diese Daten zum Plan für das Grundbuch. Dies ist in Art. VAV entsprechend zu ergänzen. Hier verbleiben dann die restlichen Daten.
3 lit. b.	den bestehenden , geplanten oder projektierten Gebäuden nach den Artikeln 2 Buchstabe b und 7 Absatz 1 Buchstaben a und b sowie Absatz 2 der Verordnung vom 9. Juni 2017 über das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister sowie den übrigen bestehenden , geplanten oder projektierten Bauten und Anlagen	<i>Für das GWR kann die Regelung sinnvoll sein, dass das projektierte Gebäude als solches attribuiert wird, wenn die Baubewilligung erteilt wird. Für die AV sollen die projektierten Gebäude erst erfasst werden, wenn die Bewilligung in Rechtskraft erwachsen ist.</i>
6 lit.a	Streichen	<i>Nach Änderung von Art. 7 Abs.2 VAV Der Plan für das Grundbuch ist ohne die Daten zur Situation ungenügend und nahezu unbrauchbar. Folglich sind die Objekte zur Situation im PfdGB abzubilden. Somit erübrigt sich ein zusätzliches separates standardisiertes Produkt Situationsplan</i>
7 Abs. 1	Das Geodatenmodell der amtlichen Vermessung wird auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer ausgerichtet und berücksichtigt die Erfordernisse der Nachführungsstellen.	<i>Die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Nutzer ist wichtig und richtig. Ebenfalls notwendig ist aber auch die Orientierung auf die Bedürfnisse der Nachführungsstellen.</i>
7 Abs. 2	Streichen	<i>Der modulare Aufbau des Geodatenmodells muss nicht auf Verordnungsstufe geregelt werden, das kann auch ohne diesen Absatz erfolgen. Besonders störend in den Erläuterungen ist, dass die Änderungen von Modulen des Geodatenmodells zu jeweils verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt werden sollen. Genau das ist im Sinne der Kundenorientierung und der Nachführungsstellen nicht erstrebenswert: bei jedem Eingriff in irgend ein Modul müssen die Schnittstellen zu Umsystemen in der ganzen</i>

		<i>Produktionskette angepasst werden. Die Zahl der Anpassungen muss aus verschiedenen Gründen minimal sein.</i>
7 Abs. 3		<i>Thematisch und vor allem geometrisch gibt es diverse Bezüge und Abhängigkeiten zwischen einzelnen Modulen. Das kommt in den Erläuterungen leider nicht zum Ausdruck.</i>
8		<i>Das Geodatenmodell wird mindestens entweder in den Landessprachen D/F/I publiziert, oder aber es wird ein Glossar für die anderen Landessprachen für alle Objektklassen und Attribute erstellt.</i>
9 Abs. 3	streichen	<i>Die Erfahrung bei anderen Modellen (z.B. Abwasser im Modell VSA DSS) lehrt uns, dass damit mehr Missverständnisse als Nutzen bei Kund*innen hervorgerufen werden: das Ändern / Aktualisieren eines einzigen Attributes bewirkt ein neues Datum. Damit lassen sich aber keine Rückschlüsse ziehen, welche Information zum Objekt wie alt ist. Allgemein angewendet bringt die vorgeschlagene Formulierung keinen Gewinn. Somit soll bedarfsgerecht für ausgewählte Objekte (und nicht für alle) und deren Attribute das Datum der letzten Änderung geführt werden. Diese Detaillierung muss aber nicht in der VAV-VBS niedergeschrieben, sondern kann direkt beim Datenmodell angebracht werden.</i>
10	Streichen	<i>Je nach Kanton nicht umsetzbar. Welche statistischen Daten im Zusammenhang mit der Gemeinde? Zu allgemein und nicht die Rolle der AV Der Hinweis auf Kreisschreiben AV Nr. 2010/04 (GeoCat, GeoMeta) ist nicht schlüssig. Die heutige Lösung ist genügend. Der vorgeschlagene Verordnungstext geht aber weit darüber hinaus, was wir ablehnen.</i>
12 Abs. 2		<i>Bei der Festsetzung der Umsetzungsfristen ist zu berücksichtigen, dass sowohl bei der Nachführungsstelle wie auch auf Seite der Kunden die Schnittstellen und Umsysteme angepasst werden müssen. Es muss angestrebt werden, dass es zeitlich möglichst wenig Änderungen gibt. Die Änderungen an verschiedenen Modulen sind somit nicht nur fachlich sondern auch zeitlich aufeinander abzustimmen.</i>
13 Abs. 1		<i>Das vereinfachte Geodatenmodell ist nicht nur in der Beschreibungssprache gem. Art. 8 (Interlis 2) zu beschreiben, sondern auch in Formaten, welche durch die Mehrheit der Kunden eingelesen werden können (heute ist das dxf, künftig evtl. auch ifc).</i>
13 Abs. 3	Ändert sie das Geodatenmodell, so passt sie das vereinfachte Geodatenmodell wenn nötig gleichzeitig an.	<i>Weil es sich um ein vereinfachtes Geodatenmodell für Kunden handelt, sollen Anpassungen daran weniger häufig erfolgen als beim Geodatenmodell und nur wenn es nötig ist und den Kund*innen einen grösseren Nutzen stiftet: die Kund*innen wollen ein möglichst stabiles Datentransferformat.</i>

13 bis	Arbeitsgrundsatz Die Vermessungsarbeiten sind nach den Regeln der Kunst und unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit durchzuführen.	<i>Bisheriger Art. 1 der TVAV soll in die VAV-VBS überführt werden, z.B. nach Abschnittstitel und vor Art. 14. Begründung: Alle Arbeiten sind durch fachlich qualifiziertes Personal auszuführen bzw. zu überwachen. Dabei sind die anerkannten Regeln und Methoden anzuwenden wie auch innovative Geräte und Methoden zugelassen, wenn der Nachweis erbracht ist, dass diese gleichwertig sind. Mit der bestehenden Formulierung «unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit» wird die Innovation ausdrücklich gefördert.</i>
14 Abs. 3 lit. a+b	in Sömmerungsgebieten und in unproduktiven Gebieten: 5-12 10-24 Jahre; in allen übrigen Gebieten: 3-6 8-12 Jahre.	<i>Die Zeiträume für die PNF sind zu eng gewählt. meldepflichtige Veränderungen werden gem. Art. 23 VAV sehr streng nachgeführt. Daneben verbleiben für die PNF im Wesentlichen nur natürliche Änderungen wie z.B. Waldränder, Bachverläufe. Diese Änderungen gehen aber nur sehr langsam von statten. innerhalb von 3-6 Jahren lassen sich kaum Veränderungen feststellen. Der Aufwand für die PNF ist gross und rechtfertigt sich nur, wenn dadurch die Daten effektiv an Aktualität und Qualität gewinnen. Aus der Praxis sind kaum Fälle bekannt, wo der bisher vorgeschriebene Nachführungszyklus von maximal 12 Jahren ungenügend gewesen wäre. Eine Verschärfung der bisherigen Regelung ist nicht angezeigt. im Gegenteil: in der TS 5 kann der Nachführungszyklus auf bis zu maximal 24 Jahren ausgedehnt werden.</i>
15	Nach einem Naturereignis wird für das betroffene Gebiet möglichst rasch und zeitlich auf die Sanierung bzw. Wiederherstellung der Bauten abgestimmt eine ausserordentliche Nachführung durchgeführt. Diese umfasst alle Massnahmen, die für die Wiederherstellung der amtlichen Vermessung erforderlich sind.	<i>Bei einer reinen Wiederherstellung der Bauten am gleichen Ort macht eine "möglichst rasche" ausserordentliche Nachführung Sinn, damit die Bauten korrekt erstellt werden können. wenn vor einer Wiederherstellung zuerst umfangreiche Bauarbeiten zur Sicherung erstellt, oder ganze Strassenzüge neu gebaut werden müssen wäre eine umgehende Vermarkung falsch.</i>
17 Abs.1		Die (digitale, automatische) Historisierung darf nicht alle Objekte / Informationsebenen / Komponenten betreffen.
17 Abs 3	Die zuständige kantonale Stelle prüft...	
18 Abs 1	Wer Daten der amtlichen Vermessung verwaltet, sorgt in Anwendung der Standards ISO/IEC 27001:2013 und ISO/IEC 27005:2018 für die Daten- und Informationssicherheit. Wer Daten der amtlichen Vermessung verwaltet, ist verpflichtet, angemessene Sicherheitsmassnahmen nach anerkannten Grundsätzen und entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik zu ergreifen. Die zuständige kantonale	Art. 85 Abs. 1 TVAV lautet heute: <i>Wer Daten der amtlichen Vermessung verwaltet, ist verpflichtet, angemessene Sicherheitsmassnahmen nach anerkannten Grundsätzen und entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik zu ergreifen.</i> Diese Grundsatznorm, welche technologieneutral formuliert ist und sich am "Stand der Technik" orientiert, ist zu begrüssen und sollte im Grundsatz beibehalten werden.

	<p>Stelle kann von einer anerkannten Standardisierungsorganisation erlassene Standards für Datensicherheit verbindlich vorschreiben.</p>	<p>Der Umstand, dass die in Art. 85 Abs. 2 TVAV erwähnte Schweizer Norm SN 612010 bezüglich Informationssicherheitskonzept nicht mehr aktuell ist und sich allenfalls ein neuer Standard aufdrängt, sollte nicht dazu führen, dass die in Art. 85 Abs. 1 TVAV erwähnten Grundprinzipien ("Angemessenheit der Sicherungsmassnahmen", "nach anerkannten Grundsätzen" und "entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik") nicht mehr erwähnt werden resp. durch Verweis auf einen konkreten Standard ersetzt werden. Eher wäre auf die Festlegung eines konkreten Standards zu verzichten als auf die Nennung der Grundsätze.</p>
<p>18 Abs. 2</p>	<p>Die originären Daten müssen in einer Dateninfrastruktur verwaltet werden, die sich in der Schweiz befindet. Die Betreiberin der Dateninfrastruktur muss ihren Sitz in der Schweiz haben. Vertraglich muss sichergestellt sein, dass die kantonale Vermessungsaufsicht jederzeit Zugriff auf die Daten hat.</p> <p>Die Verfügbarkeit und Integrität der originären Daten muss durch geeignete technische, organisatorische und vertragliche Massnahmen sichergestellt werden. Der Zugriff auf die Daten durch die zuständige kantonale Stelle muss jederzeit möglich sein.</p>	<p>Die vorgeschlagene Formulierung ist nicht technologieneutral und schränkt die verfügbaren Mittel zur Schutzzielerreichung unverhältnismässig und unsachlich ein.</p> <p>Der erläuternde Bericht erwähnt richtigerweise, dass die originären Daten der amtlichen Vermessung für die Bestimmung von Liegenschaftsgrenzen massgeblich sind und diesbezüglich auch dem Plan für das Grundbuch die Rechtswirkungen des Grundbuchs zukommt. Es wird ferner zu Recht auf die Folgen (z.B. bzgl. Rechtssicherheit im Bereich des Grundeigentums) eines Verlustes der massgeblichen Daten der amtlichen Vermessung hingewiesen. Die damit verbundenen <i>Schutzziele</i>, nämlich <i>jederzeitige Verfügbarkeit</i> und <i>Integrität der Grundbuchdaten</i>, sind unbestritten. Die technischen, organisatorischen und vertraglichen Mittel, wie diese Schutzziele zu erreichen sind, sollten aber offenbleiben und jedenfalls nicht ohne Not eingeschränkt werden.</p> <p>Die vorgeschlagene Bestimmung enthält selektive und unnötig einschränkende Vorschriften bezüglich Datenhaltungsstandort sowie Sitz der Betreiberinnen von Dateninfrastrukturen, die sich in dieser Absolutheit nicht rechtfertigen. Die Schutzziele der jederzeitigen Verfügbarkeit und Integrität von Grundbuchdaten können durchaus auch auf andere Weise sichergestellt werden, als durch geographische Restriktionen. Zum Beispiel durch redundant aufgesetzte Dateninfrastrukturen sowie ausgereifte (und regelmässig getestete) Business Continuity und Backup-Strukturen, welche die Abhängigkeiten von einzelnen Betreiberinnen und deren IT-Infrastrukturen abfedern oder auflösen. Datenhaltungsstandorte und Betreiberinnen von Dateninfrastrukturen im Ausland sind à priori kein unüberwindbares Hindernis. Im Gegenteil. Hohe Verfügbarkeit und hoher Datensicherheitsstandard sind gerade zentrale Vorteile der Cloud-Infrastrukturen internationaler Hyperscaler.</p> <p>Auch in anderen Bereichen mit strengen Anforderungen an die Verfügbarkeit und Integrität von Daten (bspw. im Finanzsektor, siehe FINMA Rs. 2018/3</p>

		<p>Outsourcing Banken und Versicherungen; Annex 3 zu FINMA Rs. 2008/21 (Operationelle Risiken) als auch im Bereich der durch Strafrecht verstärkten Geheimnisrechte (z.B. Amtsgeheimnis, Arzt-, Anwalts-, Bankkundengeheimnis etc.) folgt die Regulierung regelmässig einem Ansatz, der ohne Restriktionen bzgl. Auslandsdatenhaltung oder anderweitiger Auslandsbezüge funktioniert. Der Fokus liegt generell vielmehr auf den <i>technischen, organisatorischen und vertraglichen Massnahmen</i>, welche in ihrer Gesamtheit dazu führen, dass die im erläuternden Bericht zu Recht erwähnten Risiken betreffend Verfügbarkeit und Integrität der Daten jederzeit gewährleistet sind. Diese Massnahmen zielen jeweils nicht ausschliesslich auf die beigezogenen Betreiberinnen von Dateninfrastrukturen, sondern schliessen insbesondere auch technische und organisatorische Massnahmen mit ein, die seitens der Daten"eignerin" umgesetzt werden. Man spricht hierbei auch vom sog. "Shared Responsibility" Modell.</p> <p>In diesem Kontext wäre es verfehlt, die zur Erreichung der Schutzziele Verfügbarkeit und Integrität einzusetzenden Mittel und Massnahmen vorweg konkret vorzuschreiben resp. zu beschränken. Entsprechend ist auf die sachlich nicht zu rechtfertigenden Einschränkungen bezüglich Datenhaltungsstandorte und Sitz der Betreibergesellschaften zu verzichten, sie sind weder verhältnismässig noch aus wettbewerbs- resp. beschaffungsrechtlicher Sicht zu rechtfertigen.</p>
18 Abs 3	Die zuständige kantonale Stelle kontrolliert die Einhaltung der Vorgaben gemäss Abs. 1 und 2.	
29		<p><i>Der Objektkatalog gemäss heutiger TVAV war in Entwurf DM.flex praktisch vollumfänglich enthalten. Soweit OK.</i></p> <p><i>Zu Definition und Detaillierungsgrad in den Ebenen BB/EO fehlen in allen heute bekannten Unterlagen die künftig beabsichtigten Weisungen. Ebenfalls fehlen mehrheitlich die künftig beabsichtigten Werte zu Genauigkeit und Zuverlässigkeit für alle Ebenen.</i></p> <p><i>Es kann keine zustimmende Stellungnahme über die Aufhebung der TVAV bzw. Delegation in Weisungen gegeben werden, wenn die Absicht zur Übernahme der bestehenden Regelungen nicht formuliert ist.</i></p>
30 Abs. 1		<p><i>Für eine Stellungnahme müsste der beabsichtigte Fahrplan bekannt gegeben werden.</i></p> <p><i>Da bis heute weder das definitive DM.flex, noch die zugehörigen Darstellungsvorschriften und Erfassungsrichtlinien vorliegen, scheint eine zeitnahe Einführung sehr unrealistisch.</i></p> <p><i>In jedem Fall ist die Frist grosszügig anzugeben, damit nicht nur die Softwarelieferanten und Nachführungsstellen für die Anpassungen und Migrationen genügend Zeit erhalten, sondern auch die Kunden der AV ihre</i></p>

		<i>Prozesse, Schnittstellen, Systeme und Umsysteme rechtzeitig anpassen können. Gleichzeitig mit in Kraft treten der neuen Verordnungen und Datenmodelle ist durch das VBS eine Informationskampagne zu lancieren, damit die Kunden der AV rechtzeitig darüber informiert sind und bis zur Umsetzung bei den Nachführungsstellen die notwendigen Anpassungen vorbereiten können.</i>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
1	In der GBV den Satz hinzufügen: Die Kantone regeln die Beziehungen zwischen der amtlichen Vermessung und dem Grundbuch.	
GBV Art. 70 Abst. 3	..., muss dieser konform zertifiziert sein und so ... Die Grundlage der Dienstbarkeit wird digital festgelegt.	Mit dem einfachen Zugriff auf die Daten der AV, kann jeder, mehr oder weniger gut, einen Auszug aus dem Grundbuch zu erstellen. Aber nur ein zertifizierter Auszug garantiert, dass die Beschreibung der Dienstbarkeit zur Realität und zur AV entspricht. Die Möglichkeit, die Stelle einer Dienstbarkeit "von Hand" auf einem Auszug des PfdGB zu zeichnen, sollte nicht mehr möglich sein, um die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Daten zu gewährleisten.



Questionnaire

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Consultation du 2 février 2022 au 13 mai 2022

Expéditeur

Nom et adresse du canton ou de l'organisation:
GEOSUISSE, Kapellenstrasse 14, 3011 Bern

Personne à contacter en cas de questions en retour (nom, courriel, téléphone):
Erwin Vogel, erwin.vogel@ebwsb.ch, +41 58 451 69 50 oder +41 79 222 64 86

Réactions d'ordre général

1. Êtes-vous favorable aux orientations définies et aux objectifs fixés dans le projet mis en consultation ?

Oui Oui, avec des réserves Non

Commentaires :

Cliquez ou effleurez l'écran ici pour saisir du texte)

2. Autres réactions d'ordre général concernant le projet mis en consultation :

La révision partielle d'éléments intermédiaires de la législation comporte un certain nombre d'écueils. Nous voyons dans la procédure choisie la cause des contradictions et des critiques mentionnées dans notre prise de position.

L'un des principaux aspects de cette réforme consiste à "vider" l'OMO de certains éléments essentiels de la MO afin de pouvoir les gérer en fonction de l'évolution technique, sans devoir faire appel aux autorités supérieures. Ce changement serait acceptable s'il ne concernait pas les éléments stratégiques de la mensuration officielle, qui ne peuvent pas être modifiés à la discrétion de la D+M.

Grâce au concept DM.flex prévu, le modèle de données de la MO devient d'une part plus flexible et peut réagir plus rapidement et plus facilement aux changements. En principe, nous sommes favorables à cet allègement et nous soutenons cette solution. D'un autre côté, le modèle de données risque d'être déstabilisé par des modifications constantes. Or, cela ne serait en aucun cas dans l'intérêt des utilisateurs de la MO. Le modèle de données de la MO doit être plus



stable que d'autres géodonnées de base, étant donné que les données de la MO constituent quasiment la matrice, le fondement, de toutes les géodonnées de base : elles sont utilisées à titre de données d'arrière-plan par un très grand nombre d'utilisateurs. Les adaptations du modèle de données de la MO ont donc un impact beaucoup plus important que la modification de modèles spécialisés. Tous les utilisateurs des données de la MO doivent adapter leurs systèmes et leurs processus en cas de modification du modèle. Le nombre d'adaptations doit donc être limité au minimum. Le DM.flex prévu ne doit pas conduire à une situation entraînant la modification d'un modèle partiel de la MO tous les quelques mois ou années.

La numérisation a justement pour effet que les données de la MO sont remises aux clients quasiment exclusivement sous forme numérique. Un modèle de transfert de données stable est donc d'autant plus important.

→ Proposition : le modèle de données de la MO doit continuer à être ancré au niveau de l'ordonnance.

Il s'agit également d'éviter que la Confédération ne vide la MO de sa substance et que celle-ci ne perde le rôle prépondérant qu'elle joue dans la représentation détaillée et complète du territoire pour d'autres géodonnées, pour les projets de construction les plus divers et pour les mises à l'enquête publiques. Les bâtiments jouent un rôle aussi important que la propriété foncière et doivent donc rester au centre de la mensuration officielle.

Nous saluons vivement l'introduction de la troisième dimension, notamment pour la documentation compréhensible des propriétés par étages ou des constructions souterraines. L'étroite relation du DM.flex avec le BIM n'est pas encore résolue et doit encore être menée à bien.

Explication générale par rapport à BIM : "BIM" permet une planification architecturale complète en trois dimensions. Lors de l'exécution, les données modélisées doivent être adaptées à la position réelle construite, aux modifications de détail pendant la construction (déplacement de conduites, épaisseurs de murs différentes de celles prévues...) ; elles doivent également être adaptées aux modifications du programme de construction prévu (appartement en duplex avec escalier intérieur au lieu de deux appartements superposés) et les données doivent être mises à jour en 3D pour tous les éléments ainsi référencés. Obtenir le BIM comme outil de gestion d'un ouvrage est un défi énorme, la mensuration officielle en est encore loin. Il est donc d'autant plus important de se pencher sérieusement sur cette interface.

En rapport avec la troisième dimension et en relation directe ou indirecte avec le BIM, il nous semblerait judicieux d'introduire les PPE dans la MO (au même titre que les biens-fonds, les DDP ou les mines).



L'article 23 représente un net durcissement, avec une réduction du délai de mise à jour à 3 mois au lieu d'un an. Dans les documents, il y a une contradiction entre les commentaires mentionnant 2 mois et le texte de loi parlant de 3 mois (dans le texte français). La réduction du délai maximal de mise à jour à 3 mois est très ambitieuse et une actualité accrue entraînera des coûts supplémentaires. Des synergies actuellement exploitables s'estomperont et la mise à jour de la MO deviendra plus onéreuse. Sur le fond, on peut se demander si les délais doivent être réglés dans l'ordonnance ou si cette question ne devrait pas être du ressort des services cantonaux compétents.

Aussi, nous sommes d'avis que l'utilisation de termes anglais devrait être réduite au minimum.

Concrètement, nous citons les exemples suivants :

- Groupe de travail existant, le "Change Board" - en français : **comité de pilotage**
- "man made objects" - en français : **constructions et installations**
- "Information Need Definition" - en français : **définition des besoins en information**, norme ISO 15939
- "buiding information modelling" - en français : **modélisation des informations de construction**

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
5. alinéa 1, lettre a	Les données selon le modèle de données de la mensuration officielle	Conserver la formulation existante. Les données de la mensuration officielle sont quasiment la mère de toutes les géodonnées de base. Elles sont utilisées comme jeu de données de référence pour tous les jeux de données exacts. Le cercle des utilisateurs est donc beaucoup plus large que pour d'autres géodonnées de base. L'utilisation numérique s'effectue après transfert via le modèle de géodonnées. Ce modèle de géodonnées a donc une valeur bien plus élevée et doit présenter une grande stabilité pour protéger les investissements dans les processus et les systèmes périphériques, comme c'était le cas jusqu'à présent. Le modèle de données de la mensuration officielle doit donc continuer à être ancré dans l'OMO. Les adaptations importantes et nécessaires, telle que la modularisation envisagée, peuvent également être mises en œuvre de cette manière.
5. alinéa 1, lettre b	Repères (signes) des points fixes et signes de démarcation des limites (signes ponctuels)	Les termes de "repères" et de "signes de démarcation", entièrement documentés au point (1), sont suffisants ; le terme "signe ponctuel" est inutile et n'a jamais été utilisé. Il est donc inutile de l'introduire à l'article 1 de l'OLPD. En outre, l'utilisateur non spécialisé comprend encore assez bien le terme de "borne", mais les autres marques et signes (chevilles, clous, boulons...) sont plus difficiles à comprendre pour lui. Ajouter une catégorie générale supplémentaire est totalement inapproprié.
6. alinéa 1	<p>Le catalogue des objets comprend les niveaux d'information suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Biens immobiliers b) Les droits distincts, autonomes et permanents sur des immeubles, délimités en fonction de leur superficie c) Mines d) Servitudes e) Zones de mouvements de terrain permanents f) Données relatives aux points g) Bâtiments h) Voies de communication i) Eaux j) Données relatives aux autres caractéristiques de la surface terrestre k) Autres objets, dans la mesure où ils sont importants pour l'utilisation du bien-fonds, pour la mensuration officielle ou pour l'établissement de produits officiels dérivés (art. 6) l) Les noms géographiques 	<p>Le modèle de données minimal de la MO doit figurer dans l'ordonnance, sinon la MO risque d'être "vidée de sa substance".</p> <p>La formulation proposée s'inspire du projet de l'OMO et de l'OMO-DDPS.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	m) Les divisions techniques et administratives	
6. alinéa 2	Le DDPS fixe les exigences auxquelles doit répondre le modèle de géodonnées pour la mensuration officielle, notamment en ce qui concerne le langage de description des données, les dimensions, la précision et la fiabilité. Le modèle de données peut avoir une structure modulaire.	Le texte proposé pour l'article 6, alinéa 1, est repris à l'alinéa 2 en ajoutant quelques précisions mineures.
6. alinéa 3	Les extensions cantonales du modèle de géodonnées ne sont pas autorisées.	La formulation proposée pour l'article, 6 alinéa 2, est reprise telle quelle. Nous saluons une standardisation du modèle de géodonnées pour toute la Suisse. Une mise en œuvre n'est toutefois possible que si les objets reçoivent un IDE.
7. alinéa 2	Il contient au moins les données concernant : a) Les immeubles (article 943, alinéa 1, chiffre 1 du CC) ; b) Les droits distincts et permanents sur les immeubles, délimités en fonction de leur surface (article 943, alinéa 1, chiffre 2 du CC) ; c) Les mines (article 943, alinéa 1, chiffre 3 du CC) ; d) Les servitudes dont l'exercice est limité localement, dans une représentation graphique claire de leurs limites (article 732, alinéa 2 du CC) ; e) Les zones soumises à des mouvements de terrain permanents (article 660a du CC) ; f) Les bâtiments, les voies de communication, les cours d'eau et les données relatives aux autres caractéristiques de la surface du sol	Un contenu minimal ne peut pas se limiter aux données relatives à la propriété. L'occupation du sol, et notamment les bâtiments, sont des éléments indispensables du plan en raison de leur importance fondamentale pour l'économie (valeur des bâtiments, destination du sol (construction, forêt ou agriculture).
7. alinéa 2, lettre d	Pas de demande de modification	Nous saluons la création des bases pour l'enregistrement des servitudes dans la mensuration officielle. L'enregistrement de nouvelles servitudes ne nous semble pas problématique (il est cependant fondamental de s'assurer que ces servitudes correspondent parfaitement aux données cadastrales en étant établies de manière numérique, sur la base d'un extrait du plan du RF certifié conforme. Nous proposons donc également une modification de l'art. 70 al. 3 de l'ORF). Ce qui est difficile, c'est la saisie des servitudes du passé. Il faut impérativement procéder au préalable à une mise à jour de ces servitudes.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		La condition préalable à la saisie rétroactive des servitudes est une procédure simplifiée d'épuration des servitudes existantes. Cette procédure doit être inscrite dans l'ordonnance sur le registre foncier.
7. alinéa 3	Les contenus selon l'alinéa 2, lettres a à e, bénéficient des effets liés au registre foncier (article 971 à 974 du CC).	Légère reformulation de la proposition, en raison de la représentation des bâtiments et de la couverture du sol sur le plan du registre foncier.
7. alinéa 4	Biffer	Il n'est pas nécessaire de définir dans l'ordonnance la manière dont les servitudes sont intégrées dans la mensuration officielle (interface). Il suffit de définir que les servitudes font partie de la mensuration officielle.
14a. alinéa 1	Pas de demande de modification	Nous saluons la précision proposée.
14a. alinéa 2	Pas de demande de modification	On peut déduire implicitement de ce paragraphe qu'il sera à l'avenir permis de représenter des arcs de cercle au moyen d'une géométrie approximative. D'autres explications font toutefois défaut dans les bases juridiques et les explications disponibles. Nous partons donc du principe que ces géométries approximatives ne seront pas encore autorisées après la révision de l'OMO, mais seulement après la publication des directives correspondantes.
14x.	Nouvel article dans le CC, dans la LGéo ou dans l'OMO sur le thème des contradictions dues à des mouvements de terrain en dehors des zones délimitées avec des déplacements de terrain permanents.	La procédure n'est toujours pas clarifiée dans les régions où les mouvements de terrain ne sont pas permanents et où ils ne dépassent pas 1 cm par an, et qui ne sont pas définies comme des régions à mouvements de terrain permanents. De telles zones existent par exemple dans le canton d'Obwald ou de Lucerne (Entlebuch). Comme la mensuration cadastrale a déjà plus de 100 ans, les différences peuvent atteindre 1,5 m et elles sont évidentes. La D+M a publié des directives à ce sujet. Il se peut que des bases légales soient nécessaires à cet effet. Celles-ci doivent être édictées lors de la révision de l'OMO.
19.	Le service compétent pour la mensuration officielle (selon les articles 8, 9 et 12 de la LGéo et les articles 9, 11, 12 et 25 de l'OGéo), c'est-à-dire la Direction fédérale des mensurations cadastrales (ci-après D+M), peut édicter ...	La D+M, qui manque dans la LGéo et l'OGéo, doit être introduite correctement dès qu'elle apparaît pour la première fois. Notez que le terme de "cadastral" n'existe pas en allemand, dès lors, il pourrait être supprimé en français et aussi en italien – ou alors, on pourrait ajouter "Eidgenössische Grundbuchvermessungsdirektion" V+D en allemand. De plus, dans le langage courant, le terme "D+M" est utilisé en français et "V+D" en allemand (phonétiquement : "faudé").
23. alinéa 1	Les éléments de la mensuration officielle pour la mise à jour desquels un système d'annonce peut être organisé doivent être mis	Il est raisonnable que le délai maximal de mise à jour, qui est actuellement d'un an, soit réduit. Il convient de noter que, dans la pratique, la plupart des organes de mise à jour mettent déjà à jour les nouvelles constructions peu de temps

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	à jour dans un délai de trois à six mois après la survenance l'achèvement d'une modification.	après leur achèvement, tandis que les petites transformations et extensions sont souvent traitées par commune ou par quartier pour des raisons de coûts et d'efficacité. Ce regroupement de petites modifications dans la mise à jour doit rester possible à l'avenir, afin qu'une mise à jour économique et efficace puisse être mise en œuvre dans la pratique. Avec un délai de 3 mois, cela ne serait plus possible pour la plupart des régions et il faudrait de très nombreuses exceptions, conformément à l'alinéa 2. En particulier dans les régions d'altitude, où aucun travail de terrain ne peut être effectué pendant plusieurs mois, le délai de 3 mois est trop court. Il ne s'agit pas seulement des cantons de montagne au sens strict : à l'exception des cantons de Bâle-Ville, Schaffhouse et Genève, il existe dans tous les autres cantons des zones situées à plus de 1000 m d'altitude et il n'est pas acceptable que la majorité des cantons doivent explicitement prévoir des exceptions pour ces zones. La définition du délai doit être précisée. Seul le délai à partir de la réception de l'annonce par l'organe de mise à jour peut être mesuré et fixé. La mensuration et la mise à jour de la MO ne peuvent être effectuées que lorsque les objets sont achevés dans leur ensemble (y compris les environs, les accès, les places de stationnement). La modification commence dès le premier passage des pelleteuses, ce qui rend cette formulation inappropriée. C'est pourquoi la formulation doit être modifiée conformément à notre proposition à gauche.
23. alinéa 3	Les cantons régleront...	A titre purement rédactionnel (un nouveau § sera introduit).
27.		Nous saluons la suppression.
28. alinéa 3	Dans le respect de l'article 7, alinéa 2, et de...	Adaptation rédactionnelle au nouvel article 7.
38.		Nous saluons la suppression.
40.	La D+M est dirigée par un ingénieur géomètre inscrit au registre fédéral des géomètres.	La notion de D+M devrait déjà être introduite à l'article 19.
40. alinéa 3bis	A biffer.	Un développement continu explicite ne doit pas être encouragé. Le modèle de données doit être stable, sinon tous les clients de la MO devraient constamment

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>adapter leurs processus, interfaces et systèmes périphériques, ce qui entraînerait d'importants coûts supplémentaires. Des adaptations sont également possibles sans cet article, en fonction des besoins. L'introduction de modifications du modèle de données doit se faire de manière coordonnée sur tous les thèmes et modules, de sorte que, par étape, toutes les adaptations nécessaires puissent être mises en œuvre simultanément. La participation lors des adaptations est importante, mais comme elle est stipulée à l'article 35 de la LGéo, il n'est pas nécessaire de la répéter ici.</p>
45	A maintenir.	<p>L'article ne doit pas être supprimé. La version actuellement en vigueur permet aux cantons de définir leurs propres critères et procédures.</p> <p>Le rapport explicatif discute des conséquences de l'abrogation ou du maintien de l'alinéa 2 et arrive à la conclusion suivante : "Une réglementation particulière pour l'attribution des travaux dans la mensuration officielle ne se justifie plus ; l'article 45 OMO doit donc être abrogé sans être remplacé. [1] Ces affirmations ne sont toutefois pas étayées par des motifs objectifs.</p> <p>Les travaux les plus importants de la mensuration officielle, tels que l'abornement, le premier relevé, le renouvellement, la mise à jour périodique et la numérisation provisoire, doivent être adjugés conformément aux dispositions relatives aux marchés publics qui sont déterminantes pour le canton (art. 45, al. 1, OMO). A moins d'une modification de la situation juridique, ce principe n'est pas contesté et pourrait être parfaitement supprimé en tant que répétition dépendante de la législation sur les soumissions.</p> <p>L'art. 45 al. 2 OMO ne figurait pas dans la version initiale de l'ordonnance (1993) ; il a été introduit lors de la révision de l'ordonnance du 21 mai 2008 [2]. Ce faisant, le Conseil fédéral a pris au sérieux la mise en garde de la Commission de la concurrence, qui exigeait une mise au concours également pour les travaux de mise à jour. Avec l'introduction de ce complément, il voulait accorder plus de liberté aux cantons et éviter en particulier qu'une concurrence de prix doive s'instaurer entre les géomètres chargés de la mise à jour. Au début des travaux qui doivent lui être confiés exclusivement et pendant une période déterminée, le géomètre chargé de la mise à jour ne connaît pas la charge de travail et l'évolution des prix et ne peut donc pas faire une offre de prix réaliste. Le géomètre conservateur ou la géomètre conservatrice peut être désigné(e) par le biais d'une titularisation de la personne, comme pour un poste à pourvoir. L'art. 45 al. 2 OMP est une disposition légale spéciale du droit fédéral qui prime sur l'AIMP (art. 9 AIMP). Tant que cette disposition existe, le prix ne doit pas être un critère de sélection [3]. A l'heure actuelle, cette exigence semble également</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>être dans l'intérêt des entreprises de géomètres. Des concours de prix (par exemple dans le canton de Zoug) ont conduit à des offres qui, dans tous les cas et d'un point de vue objectif, ne pouvaient pas couvrir les coûts et ont ainsi démontré l'absurdité du but de la procédure de soumission.</p> <p>Si l'art. 45 al. 2 OMO est supprimé, la marge de manœuvre des cantons disparaîtra et les règles de l'AIMP s'appliqueront. Les travaux de mise à jour effectués pendant plusieurs années dans une région donnée conduisent en règle générale à un dépassement des valeurs seuils. L'adjudication de l'activité de mise à jour devra alors à nouveau impérativement exiger un prix, car l'offre la plus avantageuse doit résulter de la qualité de la prestation et du prix (art. 29 al. 1, phrase introductive LMP/AIMP). [4]</p> <p>[1] <i>Swisstopo, rapport explicatif concernant la modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et des ordonnances d'exécution techniques (rapport explicatif), février 2022, ch. 3.6.36.</i></p> <p>[2] <i>Entrée en vigueur le 1er juillet 2008 (RO 2008 2745).</i></p> <p>[3] <i>Huser, droit de la mensuration, ch. marg 232, avec des remarques sur les critères d'adjudication (ch. marg. 233).</i></p> <p>[4] <i>A ce sujet, document de base Huser, ch. 3.b.aa.</i></p>
46b.		En principe, nous accueillons favorablement la procédure pour les projets pilotes.
46b. alinéa 3	...et ils doivent être contrôlés et évalués par un comité directeur fédéral.	Un seul grand canton peut mener à bien un tel projet. L'accompagnement par un comité de pilotage de la D+M semble également indispensable.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2. alinéa 2	Les points fixes planimétriques sont déterminants pour la position géographique (E, N). Les points fixes altimétriques sont déterminants pour l'altitude (H).	Les points fixes planimétriques et les points fixes altimétriques sont entièrement connus (E, N, H), mais n'ont pas le même rôle.
3.	Reformuler tout l'article, après modification de l'article 6 de l'OMO.	La couverture du sol (notamment les bâtiments, les voies de communication et les cours d'eau) est essentielle pour rendre le plan lisible pour le registre foncier. C'est pour cette raison que ces données font partie du plan du registre foncier. Dès lors, cela doit être complété en conséquence dans l'article de l'OMO. Les autres données restent ensuite dans cet article.
3. lettre b	les bâtiments existants , planifiés ou projetés au sens des articles 2, lettres b, et 7, alinéa 1, lettres a et b, et alinéa 2 , de l'ordonnance du 9 juin 2017 sur le Registre fédéral des bâtiments et des logements, ainsi que les autres constructions et installations existantes , planifiées ou projetées	Pour le Registre des bâtiments et des logements, il peut être judicieux de prévoir que le bâtiment projeté soit considéré comme tel lorsque le permis de construire est délivré. Pour la MO, les bâtiments projetés ne doivent être saisis que lorsque le permis est entré en force.
6. lettre a	A supprimer.	Après modification de l'article 7, alinéa 2 de l'OMO Le plan pour le registre foncier est insuffisant et presque inutilisable sans les autres données relatives à la situation. Par conséquent, tous les objets relatifs à la situation doivent être représentés sur le Plan du RF. Il n'est donc pas nécessaire d'avoir un produit standardisé supplémentaire et séparé pour le plan de situation.
7. alinéa 1	Le modèle de géodonnées de la mensuration officielle est axé sur les besoins des utilisatrices et utilisateurs et tient compte des exigences des services de mise à jour.	L'orientation vers les besoins des utilisatrices et utilisateurs est importante et pertinente. Ceci étant, il est tout aussi nécessaire de s'orienter vers les besoins des organismes de mise à jour.
7. alinéa 2	A supprimer.	La structure modulaire du modèle de géodonnées ne doit pas être réglée au niveau de l'ordonnance, car cela peut se faire sans cet alinéa. Ce qui est particulièrement gênant dans les explications, c'est que les modifications des modules du modèle de géodonnées peuvent être effectuées à chaque fois à des moments différents. C'est précisément ce qui n'est pas souhaitable dans une vision orientée client et pour les organismes de mise à jour : à chaque intervention dans un module quelconque, les interfaces avec les systèmes périphériques doivent être adaptées dans toute la chaîne de production. Pour diverses raisons, le nombre d'adaptations doit être minimal.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

7. alinéa 3		Du point de vue thématique et surtout géométrique, il existe diverses relations et dépendances entre les différents modules. Cela n'apparaît malheureusement pas dans les explications.
8.		Pour le moins : soit le modèle de géodonnées est publié dans les langues nationales D/F/I, soit un glossaire est établi pour les autres langues nationales, pour toutes les classes d'objets et les attributs.
9. alinéa 3	A supprimer.	L'expérience acquise avec d'autres modèles (p. ex. eaux usées dans le modèle VSA SDEE) nous a appris que cela provoque plus de malentendus que d'avantages chez les clientes et les clients : la modification / mise à jour d'un seul attribut entraîne une nouvelle date. Or, cela ne permet pas de savoir de quand date telle ou telle information sur l'objet. Appliquée de manière générale, la formulation proposée n'apporte aucun avantage. La date de la dernière modification doit donc être gérée en fonction des besoins pour des objets sélectionnés (donc pas pour tous) et pour leurs attributs. Cette précision ne doit toutefois pas être inscrite dans l'OMO-DDPS, mais peut être apportée directement au modèle de données.
10.	A supprimer.	Selon le canton, cela n'est pas réalisable. Quelles sont les données statistiques en rapport avec la commune ? C'est trop général et ne correspond pas au rôle de la MO. La référence à la circulaire MO n° 2010/04 (GeoCat, GeoMeta) n'est pas concluante. La solution actuelle est suffisante. Mais le texte de l'ordonnance proposé va bien au-delà, ce que nous refusons.
12. alinéa 2		Lors de la fixation des délais de mise en œuvre, il faut tenir compte du fait que les interfaces et les systèmes périphériques doivent être adaptés tant au niveau de l'organisme de mise à jour que du côté des clientes et des clients. L'objectif est d'avoir le moins de changements possibles dans le temps. Les modifications apportées à différents modules doivent donc être harmonisées non seulement sur le plan technique, mais aussi au niveau temporel.
13. alinéa 1		Le modèle de géodonnées simplifié doit être décrit non seulement dans le langage de description selon l'article 8 (Interlis 2), mais aussi dans des formats qui peuvent être lus par la majorité des clientes et des clients (aujourd'hui c'est dxf, à l'avenir éventuellement aussi ifc).
13. alinéa 3	Si le modèle de géodonnées change, le modèle de géodonnées simplifié s'adapte simultanément, si nécessaire.	Comme il s'agit d'un modèle de géodonnées simplifié pour les clientes et les clients, les adaptations doivent être moins fréquentes que pour le modèle de géodonnées et n'avoir lieu que si elles sont nécessaires et qu'elles apportent

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

		une plus grande utilité aux clientes et aux clients : les clientes et les clients veulent un format de transfert de données aussi stable que possible.
13. bis	Principe de travail Les travaux de mensuration doivent être exécutés selon les règles de l'art et en tenant compte de la rentabilité.	L'actuel article 1 de l'OTEMO doit être transféré dans l'OMO-DDPS, par exemple après le titre de la section et avant l'article 14. Motif : Tous les travaux doivent être exécutés ou surveillés par du personnel qualifié. Les règles et méthodes reconnues doivent être appliquées et les instruments et méthodes innovants doivent être autorisés s'il est prouvé qu'ils sont équivalents. La formulation existante "en tenant compte de la rentabilité" encourage expressément l'innovation.
14. alinéa 3, lettres a et b	dans les régions d'estivage et les régions improductives : 5-12 10-24 ans ; dans toutes les autres régions : 3-6 8-12 ans.	Les périodes pour les MPD sont trop courtes. Les modifications soumises à l'obligation d'annonce sont mises à jour de manière très stricte, conformément à l'article 23 de l'OMO. En outre, il ne reste pour l'essentiel que des modifications naturelles pour les MPD, comme par exemple les lisières de forêt et les cours d'eau. Ces changements ne se produisent toutefois que très lentement. En l'espace de 3 à 6 ans, on ne constate pratiquement aucun changement. Le coût de la MPD est élevé et ne se justifie que si les données gagnent effectivement en actualité et en qualité. Dans la pratique, on ne connaît guère de cas où le cycle de mise à jour prescrit jusqu'à présent, à savoir 12 ans au maximum, aurait été insuffisant. Un renforcement de la réglementation actuelle n'est pas indiqué. Au contraire : en TNT5, le cycle de mise à jour peut être prolongé jusqu'à 24 ans au maximum.
15.	Après un événement naturel, une mise à jour extraordinaire est effectuée le plus rapidement possible dans la zone concernée, en fonction de l'assainissement ou de la reconstruction des bâtiments . Celle-ci comprend toutes les mesures nécessaires au rétablissement de la mensuration officielle.	Dans le cas d'une simple reconstruction des bâtiments sur le même site, une mise à jour extraordinaire "aussi rapide que possible" a du sens, afin que les bâtiments puissent être construits correctement. Si d'importants travaux de sécurisation doivent être réalisés avant la reconstruction ou si des voies d'accès entières doivent être reconstruites, un abornement immédiat serait une erreur.
17. alinéa 1		L'historisation (numérique, automatique) ne doit pas concerner tous les objets / couches d'information / éléments.
17. alinéa 3	Le service cantonal compétent vérifie...	

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

<p>18. alinéa 1</p>	<p>Quiconque gère des données de la mensuration officielle veille à la sécurité des données et des informations en application des normes ISO/CEI 27001:2013 et ISO/CEI 27005:2018.</p> <p>Quiconque gère des données de la mensuration officielle est tenu de prendre des mesures de sécurité appropriées selon des principes reconnus et conformément à l'état actuel de la technique. Le service cantonal compétent peut rendre obligatoires les normes de sécurité des données édictées par un organisme de normalisation reconnu.</p>	<p>L'article 85, alinéa 1 de l'OTEMO stipule aujourd'hui que quiconque gère des données de la mensuration officielle est tenu de prendre des mesures de sécurité appropriées selon des principes reconnus et conformément à l'état actuel de la technique.</p> <p>Cette norme de principe, qui est formulée de manière neutre sur le plan technologique et qui s'oriente à "l'état de la technique", est à saluer et devrait être maintenue dans son principe.</p> <p>Le fait que la norme suisse SN 612010 mentionnée à l'article 85, alinéa 2, de l'OTEMO ne soit plus d'actualité en ce qui concerne le concept de sécurité de l'information et qu'une nouvelle norme s'impose éventuellement ne devrait pas conduire à ce que les principes de base mentionnés à l'article 85, alinéa 1, de l'OTEMO ("adéquation des mesures de sécurité", "selon des principes reconnus" et "en fonction de l'état actuel de la technique") ne soient plus mentionnés ou soient remplacés par un renvoi à une norme concrète. Il serait préférable de renoncer à la définition d'une norme concrète plutôt qu'à la mention des principes.</p>
<p>18. alinéa 2</p>	<p>Les données d'origine doivent être gérées dans une infrastructure de données située en Suisse. L'exploitant de l'infrastructure de données doit avoir son siège en Suisse. Un contrat doit garantir que le service cantonal du cadastre a accès en tout temps aux données.</p> <p>La disponibilité et l'intégrité des données originales doivent être garanties par des mesures techniques, organisationnelles et contractuelles appropriées. L'accès aux données par le service cantonal compétent doit être possible à tout moment.</p>	<p>La formulation proposée n'est pas neutre sur le plan technologique et limite de manière disproportionnée et non objective les moyens disponibles pour atteindre l'objectif de protection.</p> <p>Le rapport explicatif mentionne à juste titre que les données originales de la mensuration officielle sont déterminantes pour la détermination des limites d'immeubles et qu'à cet égard, les effets juridiques du registre foncier sont également attribués au plan pour le registre foncier. Il est en outre fait référence, également à juste titre, aux conséquences (p. ex. en termes de sécurité juridique dans le domaine de la propriété foncière) d'une perte des données déterminantes de la mensuration officielle. Les objectifs de protection qui y sont liés, à savoir la disponibilité et l'intégrité en tout temps des données du registre foncier, sont incontestés. Les moyens techniques, organisationnels et contractuels permettant d'atteindre ces objectifs de protection devraient toutefois rester ouverts et en tout cas ne pas être limités sans nécessité.</p> <p>La disposition proposée contient des prescriptions sélectives et inutilement restrictives concernant le lieu de conservation des données et le siège des exploitants d'infrastructures de données, qui ne se justifient pas dans un tel absolu. Les objectifs de protection de la disponibilité et de l'intégrité des données du registre foncier peuvent tout à fait être garantis d'une autre manière que par des restrictions géographiques : Par exemple, par des infrastructures de</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

		<p>données redondantes ainsi que par des structures de continuité des activités et de sauvegarde sophistiquées (et régulièrement testées), qui atténuent ou suppriment les dépendances des différents exploitants et de leurs infrastructures informatiques. Les sites de conservation des données et les exploitants d'infrastructures de données à l'étranger ne constituent pas a priori un obstacle insurmontable. Au contraire : une haute disponibilité et un standard élevé de sécurité des données sont justement des avantages centraux des infrastructures cloud des hyperscaleurs internationales.</p> <p>Dans d'autres domaines également, où la disponibilité et l'intégrité des données sont soumises à des exigences strictes (par exemple dans le secteur financier, voir FINMA Rs. 2018/3, outsourcing banques et assurances ; annexe 3 à FINMA Rs. 2008/21, risques opérationnels), ainsi que dans le domaine des droits au secret renforcés par le droit pénal (par exemple secret de fonction, secret médical, secret professionnel des avocats, secret bancaire, etc.), la réglementation suit régulièrement une approche qui fonctionne sans restrictions concernant la conservation des données à l'étranger ou d'autres références à l'étranger. En général, l'accent est plutôt mis sur les mesures techniques, organisationnelles et contractuelles qui, dans leur ensemble, permettent de garantir à tout moment les risques mentionnés à juste titre dans le rapport explicatif concernant la disponibilité et l'intégrité des données. Ces mesures ne visent pas exclusivement les exploitants d'infrastructures de données auxquels il est fait appel, mais incluent notamment aussi des mesures techniques et organisationnelles mises en œuvre par le propriétaire des données. On parle ici du modèle dit de "responsabilité partagée".</p> <p>Dans ce contexte, il serait erroné de prescrire ou de limiter concrètement à l'avance les moyens et les mesures à mettre en œuvre pour atteindre les objectifs de protection que sont la disponibilité et l'intégrité. En conséquence, il convient de renoncer aux restrictions matériellement injustifiables concernant les sites de conservation des données et le siège des sociétés d'exploitation ; elles ne sont ni proportionnées ni justifiées du point de vue de la concurrence ou du droit des marchés publics.</p>
18. alinéa 3	Le service cantonal compétent contrôle le respect des prescriptions selon les alinéas 1 et 2.	
29.		Le catalogue d'objets selon l'OTEMO actuel était pratiquement entièrement contenu dans le projet DM.flex. Jusqu'ici, c'est en ordre.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

		<p>En ce qui concerne la définition et le degré de détail dans les couches CS/OD, les instructions prévues pour l'avenir manquent dans tous les documents connus aujourd'hui.</p> <p>De même, la plupart des valeurs envisagées pour la précision et la fiabilité à tous les niveaux font défaut.</p> <p>Il n'est pas possible de donner un avis favorable à l'abrogation de l'OTEMO ou à la délégation dans des directives si l'intention de reprendre les réglementations existantes n'est pas formulée.</p>
30. alinéa 1		<p>Pour pouvoir prendre position, il faudrait que le calendrier prévu soit communiqué.</p> <p>Étant donné qu'à ce jour, le DM.flex définitif n'est même pas disponible, pas plus que les règles de présentation et les directives de saisie correspondantes, une introduction dans les meilleurs délais semble très irréaliste.</p> <p>Dans tous les cas, le délai doit être indiqué de manière généreuse afin que non seulement les fournisseurs de logiciels et les organismes de mise à jour disposent de suffisamment de temps pour les adaptations et les migrations, mais aussi que les clients de la MO puissent adapter à temps leurs processus, interfaces, systèmes et systèmes périphériques.</p> <p>En même temps que l'entrée en vigueur des nouvelles ordonnances et des nouveaux modèles de données, le DDPS doit lancer une campagne d'information afin que les clients de la MO en soient informés à temps et puissent préparer les adaptations nécessaires jusqu'à la mise en œuvre dans les organes de mise à jour.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
1.	Ajouter la phrase suivante dans l'ORF : Les cantons règlent les relations entre la mensuration officielle et le registre foncier.	
ORF art. 70. al. 3	(...) La localisation de la servitude ou de la charge foncière doit figurer sur cet extrait de plan certifié conforme , de telle manière (...). <u>La localisation de la servitude est établie de manière numérique.</u>	Suite à l'accès facilité des données de la MO, tout un chacun est à même d'établir plus ou moins bien un extrait de plan du Registre Foncier. Or seul un extrait certifié est garant que le fonds cadastral servant à la description de la servitude est conforme à la réalité et à la MO. La possibilité d'établir des assiettes de servitude "à la main" sur des plans du RF ne doit plus être possible afin de garantir la précision et la fiabilité des données.



Fragebogen

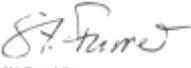
Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Geometer der Geoterra Gruppe

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
Stephan Furrer, stephan.furrer@achtgradost.ch, 043 500 43 13


Abteilungsleiter
12.05.2022
Einfache elektronische Signatur 

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage begrüessen wir. Mit den geplanten Änderungen wird das Vermessungsrecht modernisiert, an die Geoinformationsgesetzgebung angeglichen und von technischen Details entschlackt. Der Fortschritt bei den Technologien und zahlreiche Erfahrungen aus der Praxis seit der RAV sind aufgenommen. Mit der Revision werden Kundenbedürfnisse umgesetzt und der Rahmen für die Nutzung der digitalen Prozesse und Möglichkeiten (u.a. elektronische Beglaubigung) geschaffen. Die amtliche Vermessung erhält damit eine aktuelle Rechtsgrundlage, welche Anpassungen erlaubt. Die geplanten Neuerungen wie Dienstbarkeiten, elektronisch beglaubigte Auszüge und die Dokumentation des Untergrundes unterstützen wir.

Vielen Dank für die geleistete Arbeit.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Durch die rasante technische Entwicklung ändern sich Kundenbedürfnisse schneller als bis anhin. Um diese Herausforderung optimal meistern zu können, ist zwischen allen Beteiligten (swisstopo, Kantonen, Grundbuch, Verbände, Pri-



vate...) generell die Zusammenarbeit zu etablieren und auf ergänzende Bestimmungen wie Weisungen, Richtlinien, etc. auszudehnen. Diese Mitwirkung kommt in den Entwürfen zu wenig zur Geltung.

Die Flexibilisierung des Datenmodells befürworten wir im Grundsatz. In der praktischen Umsetzung ist das richtige Gleichgewicht zwischen Stabilität, Kontinuität und Flexibilität zu finden.

Die Einführung der Dienstbarkeiten und mindestens der Start mit den geometrisch ausgeschiedenen Rechten nach der ZGB-Änderung von 2012 erachten wir als wichtigen Schritt. Damit kann wie beschrieben, die Rechtssicherheit erhöht, die Publizität verbessert und so der beabsichtigte Nutzen erzielt werden. Zudem wird ein fälliger Schritt zur Schliessung dieser Lücke gemacht. Der klaren Definition der Zusammenarbeit zwischen Grundbuchämter und AV ist entsprechend Beachtung zu schenken.

Die Aktualität der AV soll verbessert werden. Dies führt in der Konsequenz zur Verkürzung der Nachführungsfrist. Die bisherige Nachführungsfrist von einem Jahr kann nicht mehr begründet werden. Die Definition der Nachführungsfristen soll nicht nur zeitliche Aspekte berücksichtigen, sondern auch finanzielle und organisatorische Punkte sind gebührend einzubeziehen.

Die Präzisierungen bezüglich Berechtigung zur Ausführung der Arbeiten in der AV begrüssen wir. Insbesondere das Wegfallen der Sonderregelung für Arbeiten auf dem Bahngebiet schafft klare Zuständigkeiten.

Die Verankerung der Meldepflicht in Fachgesetzen bei den Plangenehmigungsverfahren unterstützen wir und erhoffen uns eine Verbesserung der Aktualität der AV. Bisher wurden solche bundesrechtlichen Änderungen kaum gemeldet und verursachten dadurch zusätzlichen Abklärungsaufwand.

Die Präzisierung des Begriffs Plan für das Grundbuch bzw. Grundbuchplan aus der jeweiligen Sicht ist nachvollziehbar. Ob die unterschiedliche Bezeichnung für dasselbe Produkt zur Klarheit und zur Etablierung einer gemeinsamen Sprache beiträgt, bezweifeln wir jedoch.

Die «Dokumentation des Untergrundes» sehen wir als Chance für die amtliche Vermessung sich weiter als umfassenden Referenzdatensatz zu etablieren bzw. diesem Anspruch gerecht zu werden. Die Angaben im erläuternden Bericht sind allerdings knapp gehalten. Hier wären weitere Erläuterungen wünschenswert.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
14a, Abs. 1	...von Amtes wegen behoben. Das Verfahren richtet sich nach Art. 28.	Hier ist ein Verweis aufs Verfahren zur Präzisierung wünschenswert.
23, Abs. 1kann, sind innert sechs Monaten nach Erhalt der Meldung einer Änderung nachzuführen.	<p>Eine Verkürzung der Nachführungsfristen und die Stossrichtung in eine aktuellere AV erachten wir als richtig. Die Frist von drei Monaten ab Eintreten der Veränderung ist allerdings zu knapp. Die vorgeschlagene Regelung wirft diverse Fragen auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welche Veränderung ist massgebend? Die Erschliessung, das Gebäude oder die Umgebung werden i.d.R. in einem zeitlichen Abstand von teilweise mehreren Monaten fertiggestellt. Die Verbesserung der Aktualität «erkauft» man sich bei einer dreimonatigen Frist mit einer deutlichen Aufwanderhöhung und damit der Kosten. Höhere Kosten helfen dabei nicht, das Image der AV zu verbessern. Bei den Plangenehmigungsverfahren ist in den Fachgesetzen der Zeitpunkt ebenfalls nicht einheitlich definiert (nach Abschluss der Bauarbeiten, über Änderungen des Ausführungsprojekts, über Änderungen von Anlagen, etc.) • Die Erfahrungen mit den Meldestellen legen den Schluss nahe, dass auch künftig ein wesentlicher Teil der Frist zur Nachführung bis zur effektiven Meldung bereits verstrichen sein wird. Bereits bei den Meldefristen der Plangenehmigungsverfahren sind in den Fachgesetzen 20 Tage festgehalten. Die verbleibende Zeit reicht – insbesondere bei grösseren Objekten – für die Nachführung kaum. • Mit den projektierten Objekten sind die Bedürfnisse mindestens zum Teil bereits abgedeckt. Weiter bestünde die Möglichkeit aus den projektierten Objekten einen aktuellen Stand zu generieren. Somit könnte die effektive Nachführungsfrist mit Einmessung vor Ort erhöht werden. Wie weit die Nutzenden diese unterschiedlichen «Qualitätsstände» auch wahrnehmen, erachten wir als unsicher. • Bauten werden nicht gleichmässig übers Jahr verteilt abgeschlossen. Die dreimonatige Frist schränkt Ausgleichmöglichkeiten generell und die Nutzung von Synergien in Gemeinden mit geringer Bautätigkeit zu stark ein. • In höheren Gebieten (gerade in Bergkantonen) lässt die Schneesituation eine Nachführung während mehrerer Monate (z.B. ab November bis Ende April) nicht zu.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		Aus diesen Gründen erachten wir eine Frist von sechs Monaten ab Erhalt der Meldung als praktikable Lösung und Kompromiss zwischen Aktualität, Aufwand und Kosten.
28, Abs. 4 (neu)	Können Widersprüche nach Artikel 14a auch mit gütlicher Einigung behoben werden, kann auf eine öffentliche Auflage verzichtet werden.	Bei der Behebung von Widersprüchen nach Artikel 14a würden wir wünschen, dass mit der Zustimmung aller direkt Beteiligten eine gütliche Einigung als Möglichkeit explizit aufgeführt wird.
40, Abs. 3bis	...für die Weiterentwicklung des Geodatenmodells der amtlichen Vermessung und den Erlass übergeordneter technischer Vorgaben; ...	Siehe allgemeine Bemerkungen
44	...kann für schweizweite Datensätze Ausnahmen festlegen. oder Streichung Abschnitt 2	Die AV soll als amtliche Aufgabe im Grundsatz durch einen Geometer / eine Geometerin geleitet werden. Synergien mit der Bearbeitung der gesamten AV und Lokalkenntnisse sollen genutzt werden. Ausnahmen sind daher möglichst einzuschränken und sollen auf schweizweite Datensätze (wie bisher z.B. Höhen oder PLZOtschaft) beschränkt sein.
46a, Abs. 1		Inwiefern haben die Kantone die im eidg. Geometerregister eingetragenen GeometerInnen zusätzlich zuzulassen? Können sie mittels Kriterien auf das eidgenössische Register Bezug nehmen oder wird dadurch quasi die Führung eines kantonalen Geometer-Registers erforderlich?

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
allgemein		Mit der neuen Verordnung wird die technische gesetzliche Grundlage der amtlichen Vermessung entschlackt. Diese Straffung wurde bei der Angabe von Normen und Versionen (z.B. Art. 8, 18 Abs 1 und 3, 24) nicht umgesetzt. Eine Änderung der Norm bzw. der Version führt zu einer Anpassung der Verordnung.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

		Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wieso diese Details auf Verordnungsstufe festgehalten werden sollen.
1. Abschnitt 1-5	Gliederung anpassen	Der 1. Abschnitt entspricht nicht der Gliederung in Art. 5 VAV, da nicht zuerst die Daten aufgeführt sind.
2, Abs. 2	Lagefixpunkte sind mindestens nach ihrer Lage bestimmt...	Es soll aufgeführt werden, dass bei den Lagefixpunkten i.d.R. auch die Höhen erfasst werden, aber ihr primärer Zweck bei der Lage liegt. Gerade in Bergkantonen sind die Höhen der Lagefixpunkte eine wichtige Information.
4 (Titel)	Daten: Genauigkeit und Zuverlässigkeit	Im Absatz 4 wird neben der Genauigkeit auch die Zuverlässigkeit aufgeführt. Auch der erläuternde Bericht weist auf die Wichtigkeit der Zuverlässigkeit hin. Aus diesem Grund soll der Titel analog dem Titel Art. 7b der TGBV gewählt werden. Es ist zu prüfen, wie weit die detaillierten Angaben auf Weisungsstufe umgesetzt werden können, damit für die Einführung des Konzepts IND-AV keine Verordnungsänderung erforderlich ist.
12, Abs. 1	Die V+D erarbeitet Änderungen des Geodatenmodells mit allen Beteiligten. Sie teilt Änderungen den Kantonen mit und ...	Siehe allgemeine Bemerkungen
15 neuer Absatz	Die Kosten der Nachführung trägt...	Es wäre wünschenswert, wenn die Kostentragung in diesem Artikel geregelt ist (analog Art. 16).
18 Abs 2	...Vertraglich muss sichergestellt sein, dass die kantonale Vermessungsaufsicht innert nützlicher Frist Zugriff auf die Daten erhält.	Die jederzeitige Gewährung eines Zugriffs ist technisch, organisatorisch und finanziell nur schwer umsetzbar. Zudem gebietet die Datensicherheit einen möglichst geringen Kreis an autorisierten Personen und die Einschränkung der Zugriffsmöglichkeiten. Mit der Änderung soll sichergestellt werden, dass die Vermessungsaufsicht z.B. nach angesetzter Frist Zugriff auf die Daten erhält.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Hauseigentümerverband Schweiz (HEV Schweiz), Seefeldstrasse 60, Postfach, 8032 Zürich

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

MLaw Annekäthi Krebs, juristische Mitarbeiterin, Tel. 044 254 90 20,
anne.krebs@hev-schweiz.ch

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Auf den ersten Blick erscheint die vorgeschlagene Änderung der Aufnahme der Fläche bzw. der Grenzen der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung aufgrund der damit verbundenen Transparenz für Immobilieneigentümer als begrüssenswert. Jedoch ergeben sich in der Praxis daraus schwierige, im erläuternden Bericht nicht bedachte Auslegungs- und Abgrenzungsproblematiken, wenn beispielsweise die im Plan eingezeichneten Grenzen der Dienstbarkeit und der Eintrag im Grundbuch voneinander abweichen oder wenn die Abbildung im Plan fehlt, die Dienstbarkeit aber eingetragen ist. Die mit der Änderung angestrebte Rechtssicherheit wird damit nicht erreicht. Für Dienstbarkeiten ist einzig und allein das Grundbuch massgebend und dies hat auch so zu bleiben. Für die vorgeschlagene Änderung zur Aufnahme der Fläche der Dienstbarkeiten und die daraus sich ergebende Grundbuchwirkung für die Grenzen der eingezeichneten Dienstbarkeiten besteht weder Bedarf noch Notwendigkeit.

Die Aufnahme der Daten im Untergrund (sog. «man made objects» d.h. alles, was von Menschenhand im Untergrund verbaut wurde) in die amtliche Vermessung als Geobasisdaten wird aufgrund hoher Kostenfolgen für die Grundeigen-



tümer im Rahmen der Einmessung, Ersterhebung, Erneuerung und Nachführung abgelehnt. Sämtliche Daten der amtlichen Vermessung (beispielsweise technische und administrative Dokumente wie Arbeitsunterlagen, Kontrolldokumente, Originale der Messdokumentation, Mutationspläne etc.) sollen neu öffentlich zugänglich sein. Dies geht entschieden zu weit und wird vom HEV Schweiz abgelehnt.

Die Möglichkeit der Kantone, die öffentliche Auflage und die amtliche Veröffentlichung ausschliesslich elektronisch durchzuführen, wird aufgrund der Einschränkung der Rechte der Grundeigentümer ebenfalls abgelehnt.

Der HEV Schweiz lehnt aus den vorgenannten Gründen die Vernehmlassungsvorlage ab. Entsprechend ist am geltenden Recht festzuhalten.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 1 lit. a VAV (Funktion der amtlichen Vermessung)	...stellt den Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sowie der Wirtschaft, der Wissenschaft und Dritten Georeferenzdaten nach Artikel. 29 Absatz. 1 GeolG zu Objekten zur Verfügung, die sich auf oder über oder unter der Erdoberfläche befinden;	Geodaten unter der Erdoberfläche bilden kein Bestandteil des Plans des Grundbuchs. Entsprechend ist nicht ersichtlich, weshalb Daten zum Untergrund Bestandteil der amtlichen Vermessung bilden sollten. Hierfür besteht kein überwiegendes öffentliches Interesse. Für die Einmessungs- und Nachführungskosten der sich im Untergrund befindlichen Bauten hätte der Grundeigentümer aufzukommen. Dies würde zu massive Kostenfolgen für den Grundeigentümer führen. Der HEV Schweiz lehnt deshalb die Erfassung der sog. «man made objects» im Untergrund im Rahmen der amtlichen Vermessung dezidiert ab.
Art. 5 Abs. 1 lit. c (technische und administrative Daten)	Streichen	Unter technischen und administrativen Daten werden unter anderem Prüfprotokolle, Originale der Messdokumentation, Arbeitsunterlagen, Kontrolldokumente und Flächenvergleich bei Erneuerungen etc. verstanden. Die Aufnahme aller dieser Daten in die amtliche Vermessung geht viel zu weit, zumal diese Daten auch öffentlich zugänglich gemacht werden sollen. Ein überwiegendes öffentliches Interesse ist nicht ersichtlich. Der Aufwand für die Erfassung und Digitalisierung aller dieser Daten ist im Vergleich zum zu erwartenden, marginalen Nutzen nicht verhältnismässig.
Art. 7 Abs. 2 lit. d und Art. 7 Abs. 4 (Dienstbarkeiten)	Streichen Eventualiter: Es muss explizit in der VAV festgehalten werden, dass beim Plan für die Abbildung der Fläche (Dienstbarkeitsplan gemäss Art. 732 Abs. 2 ZGB) ein im Internet generierter Plan, welcher auf der amtlichen Vermessung basiert, genügt und von einem Laien verfasst werden kann.	Wie bereits eingangs erwähnt, lehnt der HEV Schweiz die Aufnahme des Dienstbarkeitsplans gemäss Art. 732 Abs. 2 ZGB in die amtliche Vermessung ab. Daraus würden sich in der Praxis schwierige, im erläuternden Bericht nicht bedachte Auslegungs- und Abgrenzungsproblematiken, wenn beispielsweise die im Plan eingezeichneten Grenzen der Dienstbarkeit und der Eintrag im Grundbuch voneinander abweichen oder wenn die Abbildung im Plan fehlt, die Dienstbarkeit aber im Grundbuch eingetragen ist. Die mit der Änderung angestrebte Rechtssicherheit wird damit nicht erreicht. Für Dienstbarkeiten ist einzig und allein das Grundbuch massgebend und dies hat auch so zu verbleiben. Zudem wäre der Aufwand für die Erfassung der Dienstbarkeitspläne seit dem Jahr 2012 völlig unverhältnismässig. Für die vorgeschlagene Änderung zur Aufnahme der Fläche der Dienstbarkeiten und die sich daraus ergebende Grundbuchwirkung für die Grenzen der eingezeichneten Dienstbarkeiten besteht keinerlei Bedarf und führt zu Rechtsunsicherheit. Eventualiter: Sollte an der Änderung festgehalten werden, ist explizit in der VAV festzuhalten, dass für die Aufnahme der Fläche einer Dienstbarkeit gemäss Art. 7 Abs. 2 lit. d

Artikelweise Detaillierterörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>VAV auch ein aus dem Internet generierter Plan, welcher auf den Grundlagen der AV basiert, genügt und von einem Laien verfasst werden kann. Diese Möglichkeit, welche dem geltenden Recht entspricht (Art. 732 Abs. 2 ZGB und den Ausführungen dazu in der dazugehörigen Botschaft) wird zwar im erläuternden Bericht festgehalten, aber nicht explizit in der VAV geregelt. Bereits beim Dienstbarkeitsplan gemäss Art. 732 Abs. 2 ZGB bestanden Unklarheiten bei den Kantonen. Einige erliessen Bestimmungen, wonach für einen Dienstbarkeitsplan nur einen von einem Geometer erstellten Plan zulässig ist. Mit einer expliziten Bestimmung liesse sich für sämtliche Betroffenen Klarheit und Rechtssicherheit schaffen und wäre deshalb unabdinglich.</p>
<p>Art. 7 Abs. 2 i.V.m. Art. 7 Abs. 3 VAV (Inhalt des Plans)</p>	<p>Wie folgt ändern: Abs. 2: Er enthält <u>mindestens</u> die Daten über: Abs. 4 Der <u>Mindest</u>Bestand des Planes hat Grundbuchwirkung (Art. 971–974 ZGB)</p>	<p>Da mit der Revision auch das Ziel verfolgt werden soll, für mehr Rechtssicherheit zu sorgen, ist der Inhalt des Plans des Grundbuchs klar und abschliessend zu definieren und nicht ein Mindestbestand festzulegen. Anderenfalls droht ein Wildwuchs in den Kantonen. Dieser besteht bereits an manchen Orten. Dem sollte vorliegend nicht noch Vorschub geleistet werden. Für den Grundeigentümer ist es wichtig, sich darauf verlassen zu können, dass dem Inhalt für das Grundstück Grundbuchwirkung zukommt. Darauf muss er vertrauen können. Werden weitere Inhalte optional hinzugefügt, dient dies weder der Rechtssicherheit noch dem Vertrauen. Zudem hat der Grundeigentümer für die Einmessung, Ersterhebung, Erneuerung und Nachführung dieser zusätzlichen Daten aufzukommen, was Kostenfolgen in massiver Höhe nach sich ziehen kann.</p>
<p>Art. 7 Abs. 2 lit. e VAV (Bodenverschiebungen)</p>	<p>Streichen</p>	<p>Art. 973 ZGB hält Folgendes fest: Wer sich in gutem Glauben auf einen Eintrag im Grundbuch verlassen und daraufhin Eigentum oder andere dingliche Rechte erworben hat, ist in diesem Erwerbe zu schützen (Abs. 1). Diese Bestimmung gilt nicht für Grenzen von Grundstücken in den vom Kanton bezeichneten Gebieten mit Bodenverschiebungen (Abs. 2). Das heisst, der öffentliche Glaube ist ausser Kraft gesetzt für diejenigen Grenzen, die sich in einem solchen Gebiet befinden. Gemäss Art. 7 Abs. 3 VAV soll dem Mindestbestand des Plans und somit auch den Gebieten mit dauernden Bodenverschiebungen, Grundbuchwirkung zukommen und auch am guten Glauben des Grundbuchs partizipieren, was im Widerspruch zu Art. 973 Abs. 2 ZGB stehen könnte. Zudem ist die Zugehörigkeit eines Grundstücks zu einem solchen Gebiet bereits jetzt im Grundbuch anzumerken. Deshalb ist die Abbildung der Fläche nicht notwendig. Es wird im erläuternden Bericht nicht ausgeführt, weshalb Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen Bestandteil des Plans für das Grundbuch bilden sollen. Dies würde kein Mehrwert bringen. Diese Gebiete sind bereits im Grundbuch</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		angemerkt. Die Ausführungsbestimmungen dazu in der VAV VBS und der TBDV werden entsprechend ebenfalls abgelehnt.
Art. 28 Abs. 4 VAV (öffentliche Auflage)	Sie können vorsehen, dass die öffentliche Auflage und die amtliche Veröffentlichung ausschliesslich elektronisch durchgeführt werden.	Wird die öffentliche Auflage und die amtliche Publikation nur auf elektronischem Weg durchgeführt, ist das äusserst problematisch. Mit der üblichen Publikation im Amtsblatt ist ein einfacher Zugang für jedermann gewährt, auch für Personen, die das Internet nicht nutzen. Dies ist wichtig, zumal die amtliche Publikation Rechtsmittelfristen auslöst. Der Bürger darf deshalb erwarten, dass ihm zumindest wichtige Änderungen und Ergänzungen mit vertretbarem Aufwand zur Kenntnis gebracht werden. Denkbar wäre, dass die Kantone den elektronischen Weg als zusätzliche Möglichkeit vorgesehen, um die Publizitätswirkung zu verstärken. Aufgrund des starken Eingriffs in die Rechte der Grundeigentümer wäre eine solche Regelung auf Gesetzes- und nicht auf Verordnungsstufe vorzusehen.
Art. 29 Abs. 1 VAV (Genehmigung)	Wie folgt anpassen: 1 Nach Abschluss der öffentlichen Auflage und nach erstinstanzlicher Erledigung der Einsprachen genehmigt die zuständige kantonale Behörde, ungeachtet der gerichtlichen Streitfälle, die Daten der amtlichen Vermessung und die daraus erstellten Auszüge, insbesondere den Plan für das Grundbuch, wenn die Daten den technischen und qualitativen Anforderungen des Bundesrechts entsprechen.	Aus Gründen der Rechtssicherheit hat eine Genehmigung erst nach vollständiger Erledigung der Einsprachen zu erfolgen. Das Vermessungswerk erlangt nach der Genehmigung Beweiskraft öffentlicher Urkunden (Art. 29 Abs. 2 VAV). Grundeigentümer müssen sich auf die amtliche Vermessung und den Plan des Grundbuchs verlassen können. Sind noch Einsprachen hängig, kann dies nicht gewährleistet werden. Es ist rechtlich weder nachvollziehbar noch plausibel, wie ein Vermessungswerk die Beweiskraft einer öffentlichen Urkunde erlangen kann, wenn hängige Einsprachen noch nicht rechtskräftig erledigt sind. Eine solche Regelung widerspricht der Rechtsordnung und ist unzulässig.
Art. 34 Abs. 3 VAV (Zugang)	Streichen	Für einen Geodienst für den vernetzten Zugang zu den Daten der amtlichen Vermessung, welcher durch swisstopo betrieben wird, besteht kein Bedarf. Für die Regelung des Zugangs sind die Kantone zuständig. Es ist entsprechend am geltenden System festzuhalten.
Geoinformationsverordnung (GeoIV), Katalog der Geobasisdaten des Bundesrechts (Anhang 1)	Geobasisdatensatz «Daten der amtlichen Vermessung» streichen Eventualiter: Zugangsberechtigungsstufe B	Daten der amtlichen Vermessung sollen neu unter anderem die technischen und administrativen Dokumente (Prüfprotokolle, Originale der Messdokumentation, Arbeitsunterlagen, Kontrolldokumente, Flächenvergleich bei Erneuerungen) umfassen. Wie oben bereits zu Art. 5 Abs. 1 lit c VAV ausgeführt, wird die Aufnahme alle dieser Daten in die AV abgelehnt. Eventualiter: Es ist nicht ersichtlich, weshalb die Öffentlichkeit Zugang zu allen diesen Dokumenten erhalten sollte. Der Zugang ist auf die Zugangsberechtigungsstufe B zu beschränken.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

<p>Art. 57a VAV (Übergangsbestimmungen)</p>	<p>Eventualiter: Es ist klar festzulegen, von welchem Zeitpunkt an die Flächen bzw. die Grenzen der Dienstbarkeiten (Dienstbarkeitsplan gemäss Art. 732 Abs. 2 ZGB) aufgenommen werden müssen.</p>	<p>Eventualiter: Sollte an der Aufnahme der Flächen der Dienstbarkeiten bzw. deren Grenzen gemäss Art. 732 Abs. 2 ZGB in den Plan für das Grundstück festgehalten werden, ist klar festzuhalten, ab welchem Zeitpunkt diese aufzunehmen sind. Eine rückwirkende Aufnahme seit dem Jahr 2012 müsste explizit in der Verordnung festgehalten werden.</p>
---	---	--

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

<p>Artikel Article Articolo</p>	<p>Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?</p>	<p>Bemerkungen Remarques Osservazioni</p>
<p>Art. 3 lit. f VAV VBS (weitere Objekte)</p>	<p>Genauer ausführen</p>	<p>Art. 3 lit. f VAV VBS ist zu ungenau formuliert. Es ist nicht erkennbar, was alles mit «weiteren Objekten, soweit diese für die Nutzung des Grundstücks, für die amtliche Vermessung oder für die Erstellung von abgeleiteten Produkten von Bedeutung sind» genau gemeint ist. Die Verordnung dient dem Vollzug und soll die Bestimmungen der VAV ausführen. Die vorliegende Bestimmung erfüllt diesen Zweck nicht. Auch im erläuternden Bericht fehlen hierzu weitere Ausführungen.</p>
<p>Art. 5 VAV VBS (technische und administrative Dokumente) und Art. 20 Abs.1 lit. b VAV VBS (Archivierung und Historisierung)</p>	<p>Streichen</p>	<p>Da der HEV Schweiz Art. 5 Abs. 1 lit. c VAV ablehnt, werden entsprechend die Ausführungsbestimmungen dazu abgelehnt.</p>

Artikelweise Detaillierterörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7a lit. b TBGV	Streichen	Da der HEV Schweiz die Aufnahme der Fläche der Dienstbarkeiten bzw. ihre Grenzen in den Plan für das Grundbuch ablehnt (siehe oben), lehnt der HEV Schweiz entsprechend diese Bestimmung ab.
Art. 7b lit. c TBGV	Streichen	Da der HEV Schweiz die Aufnahme der Fläche der Dienstbarkeiten bzw. ihre Grenzen in den Plan für das Grundbuch ablehnt (siehe oben), lehnt der HEV Schweiz entsprechend diese Bestimmung ab.
Art. 7a lit. j TBGV	Genauer ausführen	Es ist nicht ersichtlich, was mit «weiteren Objekten, soweit diese für die Nutzung des Grundstücks von Bedeutung sind» genau gemeint ist. Diese sind genauer zu benennen.



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Ingenieur-Geometer Schweiz, Kapellenstrasse 14, 3011 Bern

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
Erwin Vogel, erwin.vogel@ebwsb.ch, +41 58 451 69 50 oder +41 79 222 64 86

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Die Teilrevision von Zwischenelementen der Gesetzgebung birgt eine Reihe von Fallstricken. Wir sehen in diesem gewählten Vorgehen die Ursache für die in unserer Stellungnahme aufgelisteten Widersprüche und Kritikpunkte.

Einer der Hauptaspekte dieser Reform ist die "Entleerung" der VAV von wesentlichen Elementen der AV, damit diese entsprechend der technischen Entwicklung verwaltet werden können, ohne dass die übergeordneten Behörden eingeschaltet werden müssen. Dieser Aspekt ist akzeptabel, wenn er nicht die strategischen Elemente der amtlichen Vermessung betrifft, die nicht allein von der V+D geändert werden dürfen.

Das Datenmodell der AV wird mit dem vorgesehenen Konzept DM.flex auf der einen Seite flexibler und kann schneller und einfacher auf Veränderungen reagieren. Diese Erleichterung begrüßen wir grundsätzlich und unterstützen den Lösungsansatz. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, das Datenmodell durch ständige Änderungen zu destabilisieren. Das kann keineswegs im Sinn der Nutzer der AV sein. Das DM der AV soll stabiler sein als andere Geobasisdaten, da die Daten der AV als Georeferenzdaten quasi die Mutter aller Geobasisdaten darstellen und von einer ausseror-



dentlich breiten Anwenderschaft als Hintergrunddaten verwendet werden. Anpassungen des Datenmodells der AV haben deshalb eine viel grössere Auswirkung als das Ändern von Fachmodellen. Alle Benutzer der AV-Daten müssen ihre Systeme und Prozesse bei Modelländerungen anpassen. Die Anpassungen sind deshalb anzahlmässig auf ein Minimum zu beschränken. Das geplante DM.flex darf nicht dazu führen, dass alle paar Monate oder Jahre ein Teilmodell der AV geändert wird. Gerade die Digitalisierung hat dazu geführt, dass die Daten der AV praktisch nur noch digital an Kunden abgegeben werden. Umso wichtiger ist ein stabiles Daten-transfermodell.

-> Antrag: das Datenmodell der AV ist weiterhin auf Verordnungsebene zu verankern.

Es geht auch darum, dass der Bund die AV nicht aushöhlt und die AV ihre herausragende Rolle verliert, die sie bei der detaillierten und umfassenden Darstellung des Raumes für andere Geodaten, verschiedenste Bauvorhaben und bei öffentlichen Planaufgaben hat. Die Tatsache, dass Gebäude eine ebenso wichtige Darstellung haben wie Grundeigentum, muss im Zentrum der Amtlichen Vermessung bleiben.

Die Einführung der dritten Dimension begrüssen wir sehr, insbesondere für die nachvollziehbare Dokumentation von Stockwerkeigentum oder unterirdischen Bauten. Die enge Zusammenarbeit von DM.flex mit BIM ist noch nicht gelöst und muss noch bewältigt werden.

Allgemeine Erklärung zu BIM: "BIM" ermöglicht eine vollständige architektonische Planung in drei Dimensionen. Bei der Ausführung müssen die modellierten Daten an die tatsächlich gebaute Position, an Detailänderungen während des Baus (Verlegung von Leitungen, andere Wandstärken als geplant, usw.) und an Änderungen des geplanten Bauprogramms (Duplex mit Innentreppe statt zwei übereinanderliegenden Wohnungen) angepasst werden und die Daten müssen für alle so referenzierten Elemente in 3 D aktualisiert werden. BIM als Werkzeug für die Verwaltung eines Bauwerks zu erhalten, ist eine gewaltige Herausforderung. Die amtliche Vermessung ist davon noch weit entfernt. Umso wichtiger ist eine ernste Auseinandersetzung mit dieser Schnittstelle.

In Bezug auf die dritte Dimension und in direktem oder indirektem Zusammenhang mit BIM, erscheint es uns sinnvoll, das Stockwerkeigentum in der AV aufzunehmen (wie die Liegenschaften, die selbständigen und dauernden Rechte oder die Bergwerke).

Eine klare Verschärfung stellt Artikel 23 dar, mit einer Verkürzung der Aktualisierungsfrist innerhalb von 3 Monaten statt einem Jahr. In den Unterlagen besteht ein Widerspruch zwischen den Kommentaren 2 Monate und dem Gesetzestext 3 Monate (im franz. Text)). Die Herabsetzung der maximalen Nachführungsfrist auf 3 Monate ist sehr ambitiös und die höhere Aktualität ist mit Kosten verbunden. Heute nutzbare Synergien fallen weg und die Nachführung der AV verteuert sich. Grundsätzlich ist es fragwürdig, ob die Fristen in der Verordnung geregelt werden müssen und nicht auf die zuständigen kantonalen Stellen verwiesen werden soll.



Wir meinen, die Verwendung von englischen Begriffen sollte auf ein Minimum reduziert werden."

Konkret benennen wir folgende Beispiele:

- Bestehende Arbeitsgruppe, das "Change Board" auf Deutsch **Lenkungsausschuss**
- "man made objects" auf Deutsch **Bauten und Installationen**
- "Information Need Definition" auf Deutsch Definition **des Informationsbedarfs** ISO-Norm 15939
- "buiding information modelling" auf Deutsch **Modellierung von Bauinformationen.**

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
5. Abs. 1.lit.a	die Daten gemäss Datenmodell der amtlichen Vermessung	Bestehende Formulierung behalten. Die Daten der amtlichen Vermessung sind als Georeferenzdaten quasi die Mutter aller Geobasisdaten. Sie werden für alle genauen Datensätze als Referenzdatensatz verwendet. Entsprechend ist der Nutzerkreis um ein Vielfaches grösser als bei anderen Geobasisdaten. Die digitale Nutzung erfolgt nach Transfer über das Geodatenmodell. Dieses Geodatenmodell hat somit einen ungleich höheren Stellenwert und muss zum Schutz der Investitionen in Prozesse und Umssysteme eine grosse Stabilität aufweisen, so wie das bis jetzt der Fall war. Das Datenmodell der amtlichen Vermessung soll somit weiterhin in der VAV verankert bleiben. Wichtige und notwendige Anpassungen – gar die angedachte Modularisierung – können auch so umgesetzt werden.
5. Abs1 lit.b	Versicherung der Fixpunkte und Grenzzeichen im Gelände	Die in (1) vollständig dokumentierten Begriffe "Zeichen und "Grenzzeichen" reichen aus, der Begriff "Punktzeichen" ist unnötig und wurde noch nie verwendet. Daher ist es auch unnötig, ihn in Art. 1 der VBSD einzuführen. Außerdem versteht der nicht spezialisierte Benutzer den Begriff "Grenzstein" noch recht gut, aber die anderen Markierungen und Zeichen (Dübel, Nägel, Bolzen, ...) sind für ihn schon schwer zu verstehen, eine zusätzliche allgemeine Kategorie einzufügen ist völlig unangemessen.
6 Abs. 1	Der Objektkatalog umfasst die folgenden Informationsebenen: a. Liegenschaften b. flächenmässig ausgeschiedene selbstständige und dauernde Rechte an Grundstücken c. Bergwerke d. Dienstbarkeiten e. Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen f. Daten zu Punkten g. Gebäude h. Verkehrswege	Das minimale Datenmodell der AV gehört in die Verordnung, sonst besteht die Gefahr, dass die AV «ausgehöhlt» wird. Die vorgeschlagene Formulierung orientiert sich am Entwurf der VAV und VAV-VBS

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	<ul style="list-style-type: none"> i. Gewässer j. Daten zur weiteren Beschaffenheit der Erdoberfläche k. weitere Objekte, soweit diese für die Nutzung des Grundstücks, für die amtliche Vermessung oder für die Erstellung von abgeleiteten amtlichen Produkten (Art. 6) von Bedeutung sind l. geografische Namen m. technische und administrative Einteilungen 	
6 Abs. 2	Das VBS legt die Anforderungen an das Geodatenmodell für die amtliche Vermessung fest, namentlich hinsichtlich Datenbeschreibungssprache, Dimensionen, Genauigkeit und Zuverlässigkeit. Das Datenmodell kann modular aufgebaut sein.	Der für Art. 6 Abs. 1 vorgeschlagene Wortlaut wird mit geringfügigen Präzisierungen in Abs. 2 übernommen.
6 Abs. 3	Kantonale Erweiterungen des Geodatenmodells sind nicht zulässig.	<p>Der für Art. 6 Abs. 2 vorgeschlagene Wortlaut wird übernommen.</p> <p>Wir begrüßen eine Standardisierung des Geodatenmodells über die ganze Schweiz</p> <p>Eine Umsetzung ist jedoch erst möglich, wenn die Objekte eine OID erhalten.</p>
7 Abs. 2	<p>Er enthält mindestens die Daten über:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Liegenschaften (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 1 ZGB); b. die flächenmässig ausgeschiedenen selbstständigen und dauernden Rechte an Grundstücken (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 2 ZGB); c. die Bergwerke (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB); d. die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in einer zeichnerisch eindeutigen Darstellung ihrer Grenzen (Art. 732 Abs. 2 ZGB); e. die Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen (Art. 660a ZGB), 	Ein Mindestinhalt kann sich nicht auf Eigentumsdaten beschränken. Die Bodenbedeckung und insbesondere die Gebäude sind aufgrund ihrer grundlegenden Bedeutung für die Wirtschaft (Wert der Gebäude, Zweckbestimmung des Bodens (Bauwesen, Wald oder Landwirtschaft)) ein unverzichtbarer Bestandteil des Plans.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	f. die Gebäude, Verkehrswege, Gewässer und Daten zur weiteren Beschaffenheit der Erdorberfläche	
7 Abs. 2 lit. d	Kein Änderungsantrag	<p>Wir begrüßen es sehr dass die Grundlagen für die Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung geschaffen werden.</p> <p>Das Eintragen von neuen Dienstbarkeiten erachten wir nicht als problematisch (es ist jedoch von grundlegender Bedeutung, sicherzustellen, dass diese Dienstbarkeiten der Daten der AV perfekt entsprechen, indem sie digital auf der Grundlage eines Auszugs aus dem PfdGB erstellt werden, der als konform zertifiziert wurde. Wir schlagen daher auch eine Änderung von Art. 70 Abs. 3 GBV).</p> <p>Schwierig ist die Erfassung der Dienstbarkeiten aus der Vergangenheit. Es muss zwingend vorgängig eine Bereinigung der Dienstbarkeiten durchgeführt werden</p> <p>Voraussetzung für die rückwirkende Erfassung der Dienstbarkeiten ist ein vereinfachtes Verfahren zur Bereinigung von bestehenden Dienstbarkeiten. Dies muss in der Grundbuchverordnung festgeschrieben werden.</p>
7. Abs. 3	Die Inhalte gem. Abs. 2, lit. a bis e genießen die mit dem Grundbuch verbundenen Wirkungen (Art. 971 bis 974 ZGB).	geringfügige Umformulierung des Vorschlages, bedingt durch die Darstellung der Gebäude und Bodenbedeckung im Plan für das Grundbuch.
7 Abs. 4	Streichen	In der Verordnung muss nicht definiert werden wie die Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung aufgenommen werden. (Schnittstelle). Es genügt zu definieren dass die Dienstbarkeiten Teil der amtlichen Vermessung sind.
14a Abs. 1	Kein Änderungsantrag	Wir begrüßen die vorgeschlagene Präzisierung.
14a Abs. 2	Kein Änderungsantrag	Diesem Absatz kann man implizit entnehmen, dass es künftig erlaubt sein wird Kreisbogen mit einer Näherungsgeometrie abzubilden. Weitere Ausführungen fehlen jedoch in den vorliegenden Rechtsgrundlagen und Erläuterungen. Wir gehen somit davon aus, dass diese Näherungsgeometrien nach Revision VAV noch nicht zugelassen sein werden, sondern erst, nachdem die entsprechenden Weisungen publiziert sind.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

14x	<p>Neuer Artikel in ZGB, GeolG oder in VAV</p> <p>Zum Thema Widersprüche infolge Bodenbewegungen ausserhalb der ausgeschiedenen Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen</p>	<p>Weiterhin ungeklärt bleibt das Verfahren in Gebieten mit nicht dauernden Bodenverschiebungen mit kleinen Geschwindigkeiten von bis zu 1 cm pro Jahr welche nicht als Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen ausgeschieden sind. Solche Gebiete gibt es z.B. im Kanton Obwalden oder Luzern (Entlebuch). Weil die Grundbuchvermessung bereits über 100 Jahre alt ist, betragen die Differenzen inzwischen bis zu 1.5 m und sie sind offensichtlich. Die V+D hat hierzu Weisungen zu erlassen. Es kann sein, dass dazu gesetzliche Grundlagen notwendig sind. Diese sind mit der Revision der VAV zu erlassen.</p>
19	<p>Die für die amtliche Vermessung zuständige Stelle (gemäss Artikel 8, 9 und 12 GeolG sowie Artikel 9, 11, 12 und 25 GeolV), d.h. die Eidgenössische Vermessungsdirektion (im Folgenden V+D), kann.... erlassen.</p>	<p>Die V+D, die in Lgeo und Ogeo fehlt, muss korrekt eingeführt werden, sobald sie zum ersten Mal erscheint. Beachten Sie, dass der Begriff "cadastrale" im Deutschen nicht vorkommt, er könnte auch im Französischen und Italienischen gestrichen werden, oder im Deutschen "Eidgenössische Grundbuchvermessungsdirektion" V+D hinzugefügt werden. Außerdem wird in der Alltagssprache der Begriff "D plus M" auf Französisch und "V D" (phonetisch faudé) auf Deutsch verwendet...</p>
23 Abs. 1	<p>Die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für deren Nachführung ein Meldewesen organisiert werden kann, sind innert sechs Monaten nach Fertigstellung einer Veränderung nachzuführen.</p>	<p>Es ist richtig, dass die maximale Nachführungsfrist von heute einem Jahr herabgesetzt werden soll. Zu beachten ist, dass in der Praxis schon heute die meisten Nachführungsstellen die Neubauten zeitnah nach Fertigstellung nachführen, währenddem kleinere Um- und Anbauten aus Kosten- und Effizienzgründen oft gemeinde- bzw. quartierweise abgearbeitet werden. Dieses Zusammennehmen von kleinen Veränderungen in der Nachführung muss auch künftig möglich bleiben, damit eine kostengünstige und effiziente Nachführung in der Praxis umgesetzt werden kann.</p> <p>Mit der Frist von 3 Monaten wäre das für die meisten Gebiete nicht mehr möglich und es bräuchte sehr viele Ausnahmen gem. Abs. 2. Insbesondere in höher gelegenen Gebieten, wo über mehrere Monate keine Feldarbeiten geleistet werden können, sind 3 Monate zu kurz bemessen. Dabei geht es nicht nur um Bergkantone im engeren Sinn: es hat ausser in BS, SH, GE in allen Kantonen Gebiete über 1000 m.ü.M. und es kann nicht sein, dass die Mehrheit der Kantone für diese Gebiete explizit Ausnahmen festschreiben müssen.</p> <p>Die Definition der Frist muss genauer umschrieben werden. Mess- und festlegbar ist einzig die Frist ab Meldungseingang bei der Nachführungsstelle</p> <p>Die Vermessung und Nachführung der AV kann erst erfolgen, wenn die Objekte als Gesamtheit (inkl. Umgebung, Zugängen, Parkplätzen) fertiggestellt sind. Das Eintreten der Veränderung beginnt bereits beim ersten Auffahren der</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		Bagger und somit ist dieser Wortlaut unzutreffend und ungewollt. Deshalb ist die Formulierung entsprechend unserem Vorschlag anzupassen.
23. Abs. 3	Die Kantone regeln...	Rein redaktionell, (ein neuer § wird eingeführt).
27		Wir begrüßen die Aufhebung
28 Abs. 3	unter Beachtung von Art. 7 Abs. 2 und aus...	Redaktionelle Anpassung an den neuen Art. 7
38		Wir begrüßen die Aufhebung
40	Die V+D wird von einem Ingenieur-Geometer geleitet, der im eidg. Geometerregister eingetragen ist.	Der Begriff V+D sollte bereits in Artikel 19 eingeführt werden.
40 Abs. 3bis	Streichen	<p>Eine explizite kontinuierliche Weiterentwicklung soll nicht gefördert werden. Das Datenmodell soll stabil sein. Da sonst alle Kunden der AV ständig ihre Prozesse, Schnittstellen und Umsysteme anpassen müssten. Dies würde zu grossen Mehrkosten führen.</p> <p>Anpassungen sind auch ohne diesen Artikel nach Bedarf möglich.</p> <p>Das Einführen von Datenmodelländerungen muss über alle Themen / Module koordiniert erfolgen, sodass pro Schritt alle erforderlichen Anpassungen gleichzeitig umgesetzt werden können.</p> <p>Die Mitwirkung bei Anpassungen ist wichtig. Da sie aber in GeolG Art. 35 stipuliert ist, muss sie hier nicht wiederholt werden.</p>
45	nicht streichen	<p>Der Artikel ist nicht zu streichen. Die heute gültige Version ermöglicht den Kantonen, eigene Kriterien und Verfahren festzulegen.</p> <p>Der erläuternde Bericht diskutiert die Folgen, wenn Abs. 2 aufgehoben oder belassen würde und kommt zum Schluss: «Eine besondere Regelung für die Arbeitsvergabe in der amtlichen Vermessung rechtfertigt sich nicht mehr; Art.</p>

		<p>45 VAV ist deshalb ersatzlos aufzuheben.[1] Diesen Aussagen fehlt jedoch die sachliche Begründung.</p> <p>Die wichtigsten Arbeiten der amtlichen Vermessung, wie der Vermarkung, Ersterhebung, Erneuerung, periodischen Nachführung und provisorischen Numerisierung, sind nach den für den Kanton massgeblichen Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen zu vergeben (Art. 45 Abs. 1 VAV). Dieser Grundsatz ist nicht bestritten und könnte als unselbständige Wiederholung der Submissionsgesetzgebung ohne Änderung der Rechtslage durchaus gestrichen werden.</p> <p>Art. 45 Abs. 2 VAV war in der ursprünglichen Version der Verordnung (1993) nicht enthalten, sondern mit der Revision der Verordnung vom 21. Mai 2008[2] eingeführt. Der Bundesrat nahm dabei die Mahnung der Wettbewerbskommission ernst, die einen Wettbewerb auch bei den Nachführungsarbeiten verlangte. Er wollte mit der Ergänzung den Kantonen mehr Freiheiten einräumen und insbesondere verhindern, dass für Nachführungsgeometer ein Preiswettbewerb veranstaltet werden muss. Der Nachführungsgeometer kennt zu Beginn der Arbeiten, die ihm ausschliesslich und während einer bestimmten Zeit übertragen werden sollen, den Arbeitsanfall und die Preisentwicklung nicht und kann daher ein realistisches Preisangebot nicht machen. Nachführungsgeometer bzw. die Nachführungsgeometerin kann – wie bei einer Stellenbesetzung – durch eine Personenwahl bestimmt werden. Art. 45 Abs. 2 VAV ist eine spezialgesetzliche Bestimmung des Bundesrechts, die der IVöB vorgeht (Art. 9 IVöB). So lange diese Bestimmung besteht, muss der Preis kein Auswahlkriterium sein.[3] Dieses Anliegen erscheint heute doch auch im Interessen der Geometerunternehmungen zu sein, nachdem Preiswettbewerbe (etwa im Kanton Zug) zu Angeboten geführt haben, die die auf jeden Fall und objektiv gesehen nicht kostendeckend sein konnten und damit das Ziel des Submissionsverfahrens ad absurdum geführt haben.</p> <p>Wird Art. 45 Abs. 2 VAV gestrichen, fällt der Spielraum der Kantone weg und es kommen die Regeln der IVöB zur Anwendung. Denn die Nachführungsarbeiten während mehrerer Jahre in einem bestimmten Gebiet werden in aller Regel zur Überschreitung der Schwellenwerte führen. Die Vergabe der Nachführungstätigkeit muss dann wieder zwingend auch einen Preis verlangen, weil sich das vorteilhafteste Angebote aus der Qualität der Leistung und dem Preis ergeben muss (Art. 29 Abs. 1, Einleitungssatz BöB/IVöB).[4]</p>
--	--	---

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>[1] <i>Swisstopo, Erläuternder Bericht zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen (Erläuternder Bericht), Februar 2022, Ziff. 3.6.36.</i></p> <p>[2] <i>In Kraft getreten am 1. Juli 2008 (AS 2008 2745)</i></p> <p>[3] <i>Huser, Vermessungsecht Rz. 232 mit Bemerkungen zu den Zuschlagskriterien (Rz. 233).</i></p> <p>[4] <i>Dazu Huser Grundsatzpapier Ziff. 3.b.aa.</i></p>
46b		Das Verfahren für Pilotprojekte wird grundsätzlich begrüsst.
46b Abs. 3und sie müssen von einem föderalen Lenkungsausschuss überwacht und evaluiert werden.	Ein einziger grosser Kanton kann ein solches Projekt durchführen. Auch die Begleitung durch einen Steuerungsausschuss der V+D scheint unerlässlich.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2 Abs. 2	Die Lagefixpunkte sind für die geografische Position (E, N) massgeblich. Die Höhenfixpunkte sind für die Höhe (H) massgebend .	<i>LFP und HFP sind vollständig bekannt (E,N,H), haben aber nicht die gleiche Rolle.</i>
3	Ganzer Art. umformulieren nach Änderung Art. 6 VAV	Die Bodenbedeckung, insbesondere die Gebäude, Verkehrswege, Gewässer, sind wesentlich um den Plan für das Grundbuch lesbar zu machen. Deshalb gehören diese Daten zum Plan für das Grundbuch. Dies ist in Art. VAV entsprechend zu ergänzen. Hier verbleiben dann die restlichen Daten.
3 lit. b.	den bestehenden , geplanten oder projektierten Gebäuden nach den Artikeln 2 Buchstabe b und 7 Absatz 1 Buchstaben a und b sowie Absatz 2 der Verordnung vom 9. Juni 2017 über das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister sowie den übrigen bestehenden , geplanten oder projektierten Bauten und Anlagen	<i>Für das GWR kann die Regelung sinnvoll sein, dass das projektierte Gebäude als solches attribuiert wird, wenn die Baubewilligung erteilt wird. Für die AV sollen die projektierten Gebäude erst erfasst werden, wenn die Bewilligung in Rechtskraft erwachsen ist.</i>
6 lit.a	Streichen	<i>Nach Änderung von Art. 7 Abs.2 VAV Der Plan für das Grundbuch ist ohne die Daten zur Situation ungenügend und nahezu unbrauchbar. Folglich sind die Objekte zur Situation im PfdGB abzubilden. Somit erübrigt sich ein zusätzliches separates standardisiertes Produkt Situationsplan</i>
7 Abs. 1	Das Geodatenmodell der amtlichen Vermessung wird auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer ausgerichtet und berücksichtigt die Erfordernisse der Nachführungsstellen.	<i>Die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Nutzer ist wichtig und richtig. Ebenfalls notwendig ist aber auch die Orientierung auf die Bedürfnisse der Nachführungsstellen.</i>
7 Abs. 2	Streichen	<i>Der modulare Aufbau des Geodatenmodells muss nicht auf Verordnungsstufe geregelt werden, das kann auch ohne diesen Absatz erfolgen. Besonders störend in den Erläuterungen ist, dass die Änderungen von Modulen des Geodatenmodells zu jeweils verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt werden sollen. Genau das ist im Sinne der Kundenorientierung und der Nachführungsstellen nicht erstrebenswert: bei jedem Eingriff in irgend ein Modul müssen die Schnittstellen zu Umsystemen in der ganzen</i>

		<i>Produktionskette angepasst werden. Die Zahl der Anpassungen muss aus verschiedenen Gründen minimal sein.</i>
7 Abs. 3		<i>Thematisch und vor allem geometrisch gibt es diverse Bezüge und Abhängigkeiten zwischen einzelnen Modulen. Das kommt in den Erläuterungen leider nicht zum Ausdruck.</i>
8		<i>Das Geodatenmodell wird mindestens entweder in den Landessprachen D/F/I publiziert, oder aber es wird ein Glossar für die anderen Landessprachen für alle Objektklassen und Attribute erstellt.</i>
9 Abs. 3	streichen	<i>Die Erfahrung bei anderen Modellen (z.B. Abwasser im Modell VSA DSS) lehrt uns, dass damit mehr Missverständnisse als Nutzen bei Kund*innen hervorgerufen werden: das Ändern / Aktualisieren eines einzigen Attributes bewirkt ein neues Datum. Damit lassen sich aber keine Rückschlüsse ziehen, welche Information zum Objekt wie alt ist. Allgemein angewendet bringt die vorgeschlagene Formulierung keinen Gewinn. Somit soll bedarfsgerecht für ausgewählte Objekte (und nicht für alle) und deren Attribute das Datum der letzten Änderung geführt werden. Diese Detaillierung muss aber nicht in der VAV-VBS niedergeschrieben, sondern kann direkt beim Datenmodell angebracht werden.</i>
10	Streichen	<i>Je nach Kanton nicht umsetzbar. Welche statistischen Daten im Zusammenhang mit der Gemeinde? Zu allgemein und nicht die Rolle der AV Der Hinweis auf Kreisschreiben AV Nr. 2010/04 (GeoCat, GeoMeta) ist nicht schlüssig. Die heutige Lösung ist genügend. Der vorgeschlagene Verordnungstext geht aber weit darüber hinaus, was wir ablehnen.</i>
12 Abs. 2		<i>Bei der Festsetzung der Umsetzungsfristen ist zu berücksichtigen, dass sowohl bei der Nachführungsstelle wie auch auf Seite der Kunden die Schnittstellen und Umsysteme angepasst werden müssen. Es muss angestrebt werden, dass es zeitlich möglichst wenig Änderungen gibt. Die Änderungen an verschiedenen Modulen sind somit nicht nur fachlich sondern auch zeitlich aufeinander abzustimmen.</i>
13 Abs. 1		<i>Das vereinfachte Geodatenmodell ist nicht nur in der Beschreibungssprache gem. Art. 8 (Interlis 2) zu beschreiben, sondern auch in Formaten, welche durch die Mehrheit der Kunden eingelesen werden können (heute ist das dxf, künftig evtl. auch ifc).</i>
13 Abs. 3	Ändert sie das Geodatenmodell, so passt sie das vereinfachte Geodatenmodell wenn nötig gleichzeitig an.	<i>Weil es sich um ein vereinfachtes Geodatenmodell für Kunden handelt, sollen Anpassungen daran weniger häufig erfolgen als beim Geodatenmodell und nur wenn es nötig ist und den Kund*innen einen grösseren Nutzen stiftet: die Kund*innen wollen ein möglichst stabiles Datentransferformat.</i>

13 bis	Arbeitsgrundsatz Die Vermessungsarbeiten sind nach den Regeln der Kunst und unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit durchzuführen.	<i>Bisheriger Art. 1 der TVAV soll in die VAV-VBS überführt werden, z.B. nach Abschnittstitel und vor Art. 14. Begründung: Alle Arbeiten sind durch fachlich qualifiziertes Personal auszuführen bzw. zu überwachen. Dabei sind die anerkannten Regeln und Methoden anzuwenden wie auch innovative Geräte und Methoden zugelassen, wenn der Nachweis erbracht ist, dass diese gleichwertig sind. Mit der bestehenden Formulierung «unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit» wird die Innovation ausdrücklich gefördert.</i>
14 Abs. 3 lit. a+b	in Sömmerungsgebieten und in unproduktiven Gebieten: 5–12 10-24 Jahre; in allen übrigen Gebieten: 3–6 8-12 Jahre.	<i>Die Zeiträume für die PNF sind zu eng gewählt. meldepflichtige Veränderungen werden gem. Art. 23 VAV sehr streng nachgeführt. Daneben verbleiben für die PNF im Wesentlichen nur natürliche Änderungen wie z.B. Waldränder, Bachverläufe. Diese Änderungen gehen aber nur sehr langsam von statten. innerhalb von 3-6 Jahren lassen sich kaum Veränderungen feststellen. Der Aufwand für die PNF ist gross und rechtfertigt sich nur, wenn dadurch die Daten effektiv an Aktualität und Qualität gewinnen. Aus der Praxis sind kaum Fälle bekannt, wo der bisher vorgeschriebene Nachführungszyklus von maximal 12 Jahren ungenügend gewesen wäre. Eine Verschärfung der bisherigen Regelung ist nicht angezeigt. im Gegenteil: in der TS 5 kann der Nachführungszyklus auf bis zu maximal 24 Jahren ausgedehnt werden.</i>
15	Nach einem Naturereignis wird für das betroffene Gebiet möglichst rasch und zeitlich auf die Sanierung bzw. Wiederherstellung der Bauten abgestimmt eine ausserordentliche Nachführung durchgeführt. Diese umfasst alle Massnahmen, die für die Wiederherstellung der amtlichen Vermessung erforderlich sind.	<i>Bei einer reinen Wiederherstellung der Bauten am gleichen Ort macht eine "möglichst rasche" ausserordentliche Nachführung Sinn, damit die Bauten korrekt erstellt werden können. wenn vor einer Wiederherstellung zuerst umfangreiche Bauarbeiten zur Sicherung erstellt, oder ganze Strassenzüge neu gebaut werden müssen wäre eine umgehende Vermarkung falsch.</i>
17 Abs.1		Die (digitale, automatische) Historisierung darf nicht alle Objekte / Informationsebenen / Komponenten betreffen.
17 Abs 3	Die zuständige kantonale Stelle prüft...	
18 Abs 1	Wer Daten der amtlichen Vermessung verwaltet, sorgt in Anwendung der Standards ISO/IEC 27001:2013 und ISO/IEC 27005:2018 für die Daten- und Informationssicherheit. Wer Daten der amtlichen Vermessung verwaltet, ist verpflichtet, angemessene Sicherheitsmassnahmen nach anerkannten Grundsätzen und entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik zu ergreifen. Die zuständige kantonale	Art. 85 Abs. 1 TVAV lautet heute: <i>Wer Daten der amtlichen Vermessung verwaltet, ist verpflichtet, angemessene Sicherheitsmassnahmen nach anerkannten Grundsätzen und entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik zu ergreifen.</i> Diese Grundsatznorm, welche technologieneutral formuliert ist und sich am "Stand der Technik" orientiert, ist zu begrüssen und sollte im Grundsatz beibehalten werden.

	<p>Stelle kann von einer anerkannten Standardisierungsorganisation erlassene Standards für Datensicherheit verbindlich vorschreiben.</p>	<p>Der Umstand, dass die in Art. 85 Abs. 2 TVAV erwähnte Schweizer Norm SN 612010 bezüglich Informationssicherheitskonzept nicht mehr aktuell ist und sich allenfalls ein neuer Standard aufdrängt, sollte nicht dazu führen, dass die in Art. 85 Abs. 1 TVAV erwähnten Grundprinzipien ("Angemessenheit der Sicherungsmassnahmen", "nach anerkannten Grundsätzen" und "entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik") nicht mehr erwähnt werden resp. durch Verweis auf einen konkreten Standard ersetzt werden. Eher wäre auf die Festlegung eines konkreten Standards zu verzichten als auf die Nennung der Grundsätze.</p>
<p>18 Abs. 2</p>	<p>Die originären Daten müssen in einer Dateninfrastruktur verwaltet werden, die sich in der Schweiz befindet. Die Betreiberin der Dateninfrastruktur muss ihren Sitz in der Schweiz haben. Vertraglich muss sichergestellt sein, dass die kantonale Vermessungsaufsicht jederzeit Zugriff auf die Daten hat.</p> <p>Die Verfügbarkeit und Integrität der originären Daten muss durch geeignete technische, organisatorische und vertragliche Massnahmen sichergestellt werden. Der Zugriff auf die Daten durch die zuständige kantonale Stelle muss jederzeit möglich sein.</p>	<p>Die vorgeschlagene Formulierung ist nicht technologieneutral und schränkt die verfügbaren Mittel zur Schutzzielerreichung unverhältnismässig und unsachlich ein.</p> <p>Der erläuternde Bericht erwähnt richtigerweise, dass die originären Daten der amtlichen Vermessung für die Bestimmung von Liegenschaftsgrenzen massgeblich sind und diesbezüglich auch dem Plan für das Grundbuch die Rechtswirkungen des Grundbuchs zukommt. Es wird ferner zu Recht auf die Folgen (z.B. bzgl. Rechtssicherheit im Bereich des Grundeigentums) eines Verlustes der massgeblichen Daten der amtlichen Vermessung hingewiesen. Die damit verbundenen <i>Schutzziele</i>, nämlich <i>jederzeitige Verfügbarkeit</i> und <i>Integrität der Grundbuchdaten</i>, sind unbestritten. Die technischen, organisatorischen und vertraglichen Mittel, wie diese Schutzziele zu erreichen sind, sollten aber offenbleiben und jedenfalls nicht ohne Not eingeschränkt werden.</p> <p>Die vorgeschlagene Bestimmung enthält selektive und unnötig einschränkende Vorschriften bezüglich Datenhaltungsstandort sowie Sitz der Betreiberinnen von Dateninfrastrukturen, die sich in dieser Absolutheit nicht rechtfertigen. Die Schutzziele der jederzeitigen Verfügbarkeit und Integrität von Grundbuchdaten können durchaus auch auf andere Weise sichergestellt werden, als durch geographische Restriktionen. Zum Beispiel durch redundant aufgesetzte Dateninfrastrukturen sowie ausgereifte (und regelmässig getestete) Business Continuity und Backup-Strukturen, welche die Abhängigkeiten von einzelnen Betreiberinnen und deren IT-Infrastrukturen abfedern oder auflösen. Datenhaltungsstandorte und Betreiberinnen von Dateninfrastrukturen im Ausland sind à priori kein unüberwindbares Hindernis. Im Gegenteil. Hohe Verfügbarkeit und hoher Datensicherheitsstandard sind gerade zentrale Vorteile der Cloud-Infrastrukturen internationaler Hyperscaler.</p> <p>Auch in anderen Bereichen mit strengen Anforderungen an die Verfügbarkeit und Integrität von Daten (bspw. im Finanzsektor, siehe FINMA Rs. 2018/3</p>

		<p>Outsourcing Banken und Versicherungen; Annex 3 zu FINMA Rs. 2008/21 (Operationelle Risiken) als auch im Bereich der durch Strafrecht verstärkten Geheimnisrechte (z.B. Amtsgeheimnis, Arzt-, Anwalts-, Bankkundengeheimnis etc.) folgt die Regulierung regelmässig einem Ansatz, der ohne Restriktionen bzgl. Auslandsdatenhaltung oder anderweitiger Auslandsbezüge funktioniert. Der Fokus liegt generell vielmehr auf den <i>technischen, organisatorischen und vertraglichen Massnahmen</i>, welche in ihrer Gesamtheit dazu führen, dass die im erläuternden Bericht zu Recht erwähnten Risiken betreffend Verfügbarkeit und Integrität der Daten jederzeit gewährleistet sind. Diese Massnahmen zielen jeweils nicht ausschliesslich auf die beigezogenen Betreiberinnen von Dateninfrastrukturen, sondern schliessen insbesondere auch technische und organisatorische Massnahmen mit ein, die seitens der Daten"eignerin" umgesetzt werden. Man spricht hierbei auch vom sog. "Shared Responsibility" Modell.</p> <p>In diesem Kontext wäre es verfehlt, die zur Erreichung der Schutzziele Verfügbarkeit und Integrität einzusetzenden Mittel und Massnahmen vorweg konkret vorzuschreiben resp. zu beschränken. Entsprechend ist auf die sachlich nicht zu rechtfertigenden Einschränkungen bezüglich Datenhaltungsstandorte und Sitz der Betreibergesellschaften zu verzichten, sie sind weder verhältnismässig noch aus wettbewerbs- resp. beschaffungsrechtlicher Sicht zu rechtfertigen.</p>
18 Abs 3	Die zuständige kantonale Stelle kontrolliert die Einhaltung der Vorgaben gemäss Abs. 1 und 2.	
29		<p><i>Der Objektkatalog gemäss heutiger TVAV war in Entwurf DM.flex praktisch vollumfänglich enthalten. Soweit OK.</i></p> <p><i>Zu Definition und Detaillierungsgrad in den Ebenen BB/EO fehlen in allen heute bekannten Unterlagen die künftig beabsichtigten Weisungen. Ebenfalls fehlen mehrheitlich die künftig beabsichtigten Werte zu Genauigkeit und Zuverlässigkeit für alle Ebenen.</i></p> <p><i>Es kann keine zustimmende Stellungnahme über die Aufhebung der TVAV bzw. Delegation in Weisungen gegeben werden, wenn die Absicht zur Übernahme der bestehenden Regelungen nicht formuliert ist.</i></p>
30 Abs. 1		<p><i>Für eine Stellungnahme müsste der beabsichtigte Fahrplan bekannt gegeben werden.</i></p> <p><i>Da bis heute weder das definitive DM.flex, noch die zugehörigen Darstellungsvorschriften und Erfassungsrichtlinien vorliegen, scheint eine zeitnahe Einführung sehr unrealistisch.</i></p> <p><i>In jedem Fall ist die Frist grosszügig anzugeben, damit nicht nur die Softwarelieferanten und Nachführungsstellen für die Anpassungen und Migrationen genügend Zeit erhalten, sondern auch die Kunden der AV ihre</i></p>

		<i>Prozesse, Schnittstellen, Systeme und Umsysteme rechtzeitig anpassen können. Gleichzeitig mit in Kraft treten der neuen Verordnungen und Datenmodelle ist durch das VBS eine Informationskampagne zu lancieren, damit die Kunden der AV rechtzeitig darüber informiert sind und bis zur Umsetzung bei den Nachführungsstellen die notwendigen Anpassungen vorbereiten können.</i>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
1	In der GBV den Satz hinzufügen: Die Kantone regeln die Beziehungen zwischen der amtlichen Vermessung und dem Grundbuch.	
GBV Art. 70 Abst. 3	..., muss dieser konform zertifiziert sein und so ... Die Grundlage der Dienstbarkeit wird digital festgelegt.	Mit dem einfachen Zugriff auf die Daten der AV, kann jeder, mehr oder weniger gut, einen Auszug aus dem Grundbuch zu erstellen. Aber nur ein zertifizierter Auszug garantiert, dass die Beschreibung der Dienstbarkeit zur Realität und zur AV entspricht. Die Möglichkeit, die Stelle einer Dienstbarkeit "von Hand" auf einem Auszug des PfdGB zu zeichnen, sollte nicht mehr möglich sein, um die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Daten zu gewährleisten.



Questionnaire

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Consultation du 2 février 2022 au 13 mai 2022

Expéditeur

Nom et adresse du canton ou de l'organisation:

Ingénieurs-Géomètres Suisses, Kapellenstrasse 14, 3011 Bern

Personne à contacter en cas de questions en retour (nom, courriel, téléphone):

Erwin Vogel, erwin.vogel@ebwsb.ch, +41 58 451 69 50 oder +41 79 222 64 86

Réactions d'ordre général

1. Êtes-vous favorable aux orientations définies et aux objectifs fixés dans le projet mis en consultation ?

Oui Oui, avec des réserves Non

Commentaires :

Cliquez ou effleurez l'écran ici pour saisir du texte)

2. Autres réactions d'ordre général concernant le projet mis en consultation :

La révision partielle d'éléments intermédiaires de la législation comporte un certain nombre d'écueils. Nous voyons dans la procédure choisie la cause des contradictions et des critiques mentionnées dans notre prise de position.

L'un des principaux aspects de cette réforme consiste à "vider" l'OMO de certains éléments essentiels de la MO afin de pouvoir les gérer en fonction de l'évolution technique, sans devoir faire appel aux autorités supérieures. Ce changement serait acceptable s'il ne concernait pas les éléments stratégiques de la mensuration officielle, qui ne peuvent pas être modifiés à la discrétion de la D+M.

Grâce au concept DM.flex prévu, le modèle de données de la MO devient d'une part plus flexible et peut réagir plus rapidement et plus facilement aux changements. En principe, nous sommes favorables à cet allègement et nous soutenons cette solution. D'un autre côté, le modèle de données risque d'être déstabilisé par des modifications constantes. Or, cela ne serait en aucun cas dans l'intérêt des utilisateurs de la MO. Le modèle de données de la MO doit



être plus stable que d'autres géodonnées de base, étant donné que les données de la MO constituent quasiment la matrice, le fondement, de toutes les géodonnées de base : elles sont utilisées à titre de données d'arrière-plan par un très grand nombre d'utilisateurs. Les adaptations du modèle de données de la MO ont donc un impact beaucoup plus important que la modification de modèles spécialisés. Tous les utilisateurs des données de la MO doivent adapter leurs systèmes et leurs processus en cas de modification du modèle. Le nombre d'adaptations doit donc être limité au minimum. Le DM.flex prévu ne doit pas conduire à une situation entraînant la modification d'un modèle partiel de la MO tous les quelques mois ou années.

La numérisation a justement pour effet que les données de la MO sont remises aux clients quasiment exclusivement sous forme numérique. Un modèle de transfert de données stable est donc d'autant plus important.

→ Proposition : le modèle de données de la MO doit continuer à être ancré au niveau de l'ordonnance.

Il s'agit également d'éviter que la Confédération ne vide la MO de sa substance et que celle-ci ne perde le rôle prépondérant qu'elle joue dans la représentation détaillée et complète du territoire pour d'autres géodonnées, pour les projets de construction les plus divers et pour les mises à l'enquête publiques. Les bâtiments jouent un rôle aussi important que la propriété foncière et doivent donc rester au centre de la mensuration officielle.

Nous saluons vivement l'introduction de la troisième dimension, notamment pour la documentation compréhensible des propriétés par étages ou des constructions souterraines. L'étroite relation du DM.flex avec le BIM n'est pas encore résolue et doit encore être menée à bien.

Explication générale par rapport à BIM : "BIM" permet une planification architecturale complète en trois dimensions. Lors de l'exécution, les données modélisées doivent être adaptées à la position réelle construite, aux modifications de détail pendant la construction (déplacement de conduites, épaisseurs de murs différentes de celles prévues...) ; elles doivent également être adaptées aux modifications du programme de construction prévu (appartement en duplex avec escalier intérieur au lieu de deux appartements superposés) et les données doivent être mises à jour en 3D pour tous les éléments ainsi référencés. Obtenir le BIM comme outil de gestion d'un ouvrage est un défi énorme, la mensuration officielle en est encore loin. Il est donc d'autant plus important de se pencher sérieusement sur cette interface.

En rapport avec la troisième dimension et en relation directe ou indirecte avec le BIM, il nous semblerait judicieux d'introduire les PPE dans la MO (au même titre que les biens-fonds, les DDP ou les mines).



L'article 23 représente un net durcissement, avec une réduction du délai de mise à jour à 3 mois au lieu d'un an. Dans les documents, il y a une contradiction entre les commentaires mentionnant 2 mois et le texte de loi parlant de 3 mois (dans le texte français). La réduction du délai maximal de mise à jour à 3 mois est très ambitieuse et une actualité accrue entraînera des coûts supplémentaires. Des synergies actuellement exploitables s'estomperont et la mise à jour de la MO deviendra plus onéreuse. Sur le fond, on peut se demander si les délais doivent être réglés dans l'ordonnance ou si cette question ne devrait pas être du ressort des services cantonaux compétents.

Aussi, nous sommes d'avis que l'utilisation de termes anglais devrait être réduite au minimum.

Concrètement, nous citons les exemples suivants :

- Groupe de travail existant, le "Change Board" - en français : **comité de pilotage**
- "man made objects" - en français : **constructions et installations**
- "Information Need Definition" - en français : **définition des besoins en information**, norme ISO 15939
- "buiding information modelling" - en français : **modélisation des informations de construction**

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
5. alinéa 1, lettre a	Les données selon le modèle de données de la mensuration officielle	Conserver la formulation existante. Les données de la mensuration officielle sont quasiment la mère de toutes les géodonnées de base. Elles sont utilisées comme jeu de données de référence pour tous les jeux de données exacts. Le cercle des utilisateurs est donc beaucoup plus large que pour d'autres géodonnées de base. L'utilisation numérique s'effectue après transfert via le modèle de géodonnées. Ce modèle de géodonnées a donc une valeur bien plus élevée et doit présenter une grande stabilité pour protéger les investissements dans les processus et les systèmes périphériques, comme c'était le cas jusqu'à présent. Le modèle de données de la mensuration officielle doit donc continuer à être ancré dans l'OMO. Les adaptations importantes et nécessaires, telle que la modularisation envisagée, peuvent également être mises en œuvre de cette manière.
5. alinéa 1, lettre b	Repères (signes) des points fixes et signes de démarcation des limites (signes ponctuels)	Les termes de "repères" et de "signes de démarcation", entièrement documentés au point (1), sont suffisants ; le terme "signe ponctuel" est inutile et n'a jamais été utilisé. Il est donc inutile de l'introduire à l'article 1 de l'OLPD. En outre, l'utilisateur non spécialisé comprend encore assez bien le terme de "borne", mais les autres marques et signes (chevilles, clous, boulons...) sont plus difficiles à comprendre pour lui. Ajouter une catégorie générale supplémentaire est totalement inapproprié.
6. alinéa 1	Le catalogue des objets comprend les niveaux d'information suivants : a) Biens immobiliers b) Les droits distincts, autonomes et permanents sur des immeubles, délimités en fonction de leur superficie c) Mines d) Servitudes e) Zones de mouvements de terrain permanents f) Données relatives aux points g) Bâtiments h) Voies de communication i) Eaux j) Données relatives aux autres caractéristiques de la surface terrestre k) Autres objets, dans la mesure où ils sont importants pour l'utilisation du bien-fonds, pour la mensuration officielle ou pour l'établissement de produits officiels dérivés (art. 6) l) Les noms géographiques	Le modèle de données minimal de la MO doit figurer dans l'ordonnance, sinon la MO risque d'être "vidée de sa substance". La formulation proposée s'inspire du projet de l'OMO et de l'OMO-DDPS.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	m) Les divisions techniques et administratives	
6. alinéa 2	Le DDPS fixe les exigences auxquelles doit répondre le modèle de géodonnées pour la mensuration officielle, notamment en ce qui concerne le langage de description des données, les dimensions, la précision et la fiabilité. Le modèle de données peut avoir une structure modulaire.	Le texte proposé pour l'article 6, alinéa 1, est repris à l'alinéa 2 en ajoutant quelques précisions mineures.
6. alinéa 3	Les extensions cantonales du modèle de géodonnées ne sont pas autorisées.	La formulation proposée pour l'article, 6 alinéa 2, est reprise telle quelle. Nous saluons une standardisation du modèle de géodonnées pour toute la Suisse. Une mise en œuvre n'est toutefois possible que si les objets reçoivent un IDE.
7. alinéa 2	Il contient au moins les données concernant : a) Les immeubles (article 943, alinéa 1, chiffre 1 du CC) ; b) Les droits distincts et permanents sur les immeubles, délimités en fonction de leur surface (article 943, alinéa 1, chiffre 2 du CC) ; c) Les mines (article 943, alinéa 1, chiffre 3 du CC) ; d) Les servitudes dont l'exercice est limité localement, dans une représentation graphique claire de leurs limites (article 732, alinéa 2 du CC) ; e) Les zones soumises à des mouvements de terrain permanents (article 660a du CC) ; f) Les bâtiments, les voies de communication, les cours d'eau et les données relatives aux autres caractéristiques de la surface du sol	Un contenu minimal ne peut pas se limiter aux données relatives à la propriété. L'occupation du sol, et notamment les bâtiments, sont des éléments indispensables du plan en raison de leur importance fondamentale pour l'économie (valeur des bâtiments, destination du sol (construction, forêt ou agriculture).
7. alinéa 2, lettre d	Pas de demande de modification	Nous saluons la création des bases pour l'enregistrement des servitudes dans la mensuration officielle. L'enregistrement de nouvelles servitudes ne nous semble pas problématique (il est cependant fondamental de s'assurer que ces servitudes correspondent parfaitement aux données cadastrales en étant établies de manière numérique, sur la base d'un extrait du plan du RF certifié conforme. Nous proposons donc également une modification de l'art. 70 al. 3 de l'ORF). Ce qui est difficile, c'est la saisie des servitudes du passé. Il faut impérativement procéder au préalable à une mise à jour de ces servitudes.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		La condition préalable à la saisie rétroactive des servitudes est une procédure simplifiée d'épuration des servitudes existantes. Cette procédure doit être inscrite dans l'ordonnance sur le registre foncier.
7. alinéa 3	Les contenus selon l'alinéa 2, lettres a à e, bénéficient des effets liés au registre foncier (article 971 à 974 du CC).	Légère reformulation de la proposition, en raison de la représentation des bâtiments et de la couverture du sol sur le plan du registre foncier.
7. alinéa 4	Biffer	Il n'est pas nécessaire de définir dans l'ordonnance la manière dont les servitudes sont intégrées dans la mensuration officielle (interface). Il suffit de définir que les servitudes font partie de la mensuration officielle.
14a. alinéa 1	Pas de demande de modification	Nous saluons la précision proposée.
14a. alinéa 2	Pas de demande de modification	On peut déduire implicitement de ce paragraphe qu'il sera à l'avenir permis de représenter des arcs de cercle au moyen d'une géométrie approximative. D'autres explications font toutefois défaut dans les bases juridiques et les explications disponibles. Nous partons donc du principe que ces géométries approximatives ne seront pas encore autorisées après la révision de l'OMO, mais seulement après la publication des directives correspondantes.
14x.	Nouvel article dans le CC, dans la LGéo ou dans l'OMO sur le thème des contradictions dues à des mouvements de terrain en dehors des zones délimitées avec des déplacements de terrain permanents.	La procédure n'est toujours pas clarifiée dans les régions où les mouvements de terrain ne sont pas permanents et où ils ne dépassent pas 1 cm par an, et qui ne sont pas définies comme des régions à mouvements de terrain permanents. De telles zones existent par exemple dans le canton d'Obwald ou de Lucerne (Entlebuch). Comme la mensuration cadastrale a déjà plus de 100 ans, les différences peuvent atteindre 1,5 m et elles sont évidentes. La D+M a publié des directives à ce sujet. Il se peut que des bases légales soient nécessaires à cet effet. Celles-ci doivent être édictées lors de la révision de l'OMO.
19.	Le service compétent pour la mensuration officielle (selon les articles 8, 9 et 12 de la LGéo et les articles 9, 11, 12 et 25 de l'OGéo), c'est-à-dire la Direction fédérale des mensurations cadastrales (ci-après D+M), peut édicter ...	La D+M, qui manque dans la LGéo et l'OGéo, doit être introduite correctement dès qu'elle apparaît pour la première fois. Notez que le terme de "cadastral" n'existe pas en allemand, dès lors, il pourrait être supprimé en français et aussi en italien – ou alors, on pourrait ajouter "Eidgenössische Grundbuchvermessungsdirektion" V+D en allemand. De plus, dans le langage courant, le terme "D+M" est utilisé en français et "V+D" en allemand (phonétiquement : "faudé").
23. alinéa 1	Les éléments de la mensuration officielle pour la mise à jour desquels un système d'annonce peut être organisé doivent être mis à jour dans un délai de trois à six mois après la survenance	Il est raisonnable que le délai maximal de mise à jour, qui est actuellement d'un an, soit réduit. Il convient de noter que, dans la pratique, la plupart des organes de mise à jour mettent déjà à jour les nouvelles constructions peu de

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	l'achèvement d'une modification.	temps après leur achèvement, tandis que les petites transformations et extensions sont souvent traitées par commune ou par quartier pour des raisons de coûts et d'efficacité. Ce regroupement de petites modifications dans la mise à jour doit rester possible à l'avenir, afin qu'une mise à jour économique et efficace puisse être mise en œuvre dans la pratique. Avec un délai de 3 mois, cela ne serait plus possible pour la plupart des régions et il faudrait de très nombreuses exceptions, conformément à l'alinéa 2. En particulier dans les régions d'altitude, où aucun travail de terrain ne peut être effectué pendant plusieurs mois, le délai de 3 mois est trop court. Il ne s'agit pas seulement des cantons de montagne au sens strict : à l'exception des cantons de Bâle-Ville, Schaffhouse et Genève, il existe dans tous les autres cantons des zones situées à plus de 1000 m d'altitude et il n'est pas acceptable que la majorité des cantons doivent explicitement prévoir des exceptions pour ces zones. La définition du délai doit être précisée. Seul le délai à partir de la réception de l'annonce par l'organe de mise à jour peut être mesuré et fixé. La mensuration et la mise à jour de la MO ne peuvent être effectuées que lorsque les objets sont achevés dans leur ensemble (y compris les environs, les accès, les places de stationnement). La modification commence dès le premier passage des pellesteuses, ce qui rend cette formulation inappropriée. C'est pourquoi la formulation doit être modifiée conformément à notre proposition à gauche.
23. alinéa 3	Les cantons régleront...	A titre purement rédactionnel (un nouveau § sera introduit).
27.		Nous saluons la suppression.
28. alinéa 3	Dans le respect de l'article 7, alinéa 2, et de...	Adaptation rédactionnelle au nouvel article 7.
38.		Nous saluons la suppression.
40.	La D+M est dirigée par un ingénieur géomètre inscrit au registre fédéral des géomètres.	La notion de D+M devrait déjà être introduite à l'article 19.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

40. alinéa 3bis	A biffer.	<p>Un développement continu explicite ne doit pas être encouragé. Le modèle de données doit être stable, sinon tous les clients de la MO devraient constamment adapter leurs processus, interfaces et systèmes périphériques, ce qui entraînerait d'importants coûts supplémentaires. Des adaptations sont également possibles sans cet article, en fonction des besoins. L'introduction de modifications du modèle de données doit se faire de manière coordonnée sur tous les thèmes et modules, de sorte que, par étape, toutes les adaptations nécessaires puissent être mises en œuvre simultanément. La participation lors des adaptations est importante, mais comme elle est stipulée à l'article 35 de la LGéo, il n'est pas nécessaire de la répéter ici.</p>
45	A maintenir.	<p>L'article ne doit pas être supprimé. La version actuellement en vigueur permet aux cantons de définir leurs propres critères et procédures.</p> <p>Le rapport explicatif discute des conséquences de l'abrogation ou du maintien de l'alinéa 2 et arrive à la conclusion suivante : "Une réglementation particulière pour l'attribution des travaux dans la mensuration officielle ne se justifie plus ; l'article 45 OMO doit donc être abrogé sans être remplacé. [1] Ces affirmations ne sont toutefois pas étayées par des motifs objectifs.</p> <p>Les travaux les plus importants de la mensuration officielle, tels que l'abornement, le premier relevé, le renouvellement, la mise à jour périodique et la numérisation provisoire, doivent être adjugés conformément aux dispositions relatives aux marchés publics qui sont déterminantes pour le canton (art. 45, al. 1, OMO). A moins d'une modification de la situation juridique, ce principe n'est pas contesté et pourrait être parfaitement supprimé en tant que répétition dépendante de la législation sur les soumissions.</p> <p>L'art. 45 al. 2 OMO ne figurait pas dans la version initiale de l'ordonnance (1993) ; il a été introduit lors de la révision de l'ordonnance du 21 mai 2008 [2]. Ce faisant, le Conseil fédéral a pris au sérieux la mise en garde de la Commission de la concurrence, qui exigeait une mise au concours également pour les travaux de mise à jour. Avec l'introduction de ce complément, il voulait accorder plus de liberté aux cantons et éviter en particulier qu'une concurrence de prix doive s'instaurer entre les géomètres chargés de la mise à jour. Au début des travaux qui doivent lui être confiés exclusivement et pendant une période déterminée, le géomètre chargé de la mise à jour ne connaît pas la charge de travail et l'évolution des prix et ne peut donc pas faire une offre de prix réaliste. Le géomètre conservateur ou la géomètre conservatrice peut être désigné(e) par le biais d'une titularisation de la personne, comme pour un poste à pourvoir. L'art. 45 al. 2 OMP est une disposition légale spéciale du</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>droit fédéral qui prime sur l'AIMP (art. 9 AIMP). Tant que cette disposition existe, le prix ne doit pas être un critère de sélection [3]. A l'heure actuelle, cette exigence semble également être dans l'intérêt des entreprises de géomètres. Des concours de prix (par exemple dans le canton de Zoug) ont conduit à des offres qui, dans tous les cas et d'un point de vue objectif, ne pouvaient pas couvrir les coûts et ont ainsi démontré l'absurdité du but de la procédure de soumission.</p> <p>Si l'art. 45 al. 2 OMO est supprimé, la marge de manœuvre des cantons disparaîtra et les règles de l'AIMP s'appliqueront. Les travaux de mise à jour effectués pendant plusieurs années dans une région donnée conduisent en règle générale à un dépassement des valeurs seuils. L'adjudication de l'activité de mise à jour devra alors à nouveau impérativement exiger un prix, car l'offre la plus avantageuse doit résulter de la qualité de la prestation et du prix (art. 29 al. 1, phrase introductive LMP/AIMP). [4]</p> <p><i>[1] Swisstopo, rapport explicatif concernant la modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et des ordonnances d'exécution techniques (rapport explicatif), février 2022, ch. 3.6.36.</i></p> <p><i>[2] Entrée en vigueur le 1er juillet 2008 (RO 2008 2745).</i></p> <p><i>[3] Huser, droit de la mensuration, ch. marg 232, avec des remarques sur les critères d'adjudication (ch. marg. 233).</i></p> <p><i>[4] A ce sujet, document de base Huser, ch. 3.b.aa.</i></p>
46b.		<p>En principe, nous accueillons favorablement la procédure pour les projets pilotes.</p>
46b. alinéa 3	<p>...et ils doivent être contrôlés et évalués par un comité directeur fédéral.</p>	<p>Un seul grand canton peut mener à bien un tel projet. L'accompagnement par un comité de pilotage de la D+M semble également indispensable.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
2. alinéa 2	Les points fixes planimétriques sont déterminants pour la position géographique (E, N). Les points fixes altimétriques sont déterminants pour l'altitude (H).	Les points fixes planimétriques et les points fixes altimétriques sont entièrement connus (E, N, H), mais n'ont pas le même rôle.
3.	Reformuler tout l'article, après modification de l'article 6 de l'OMO.	La couverture du sol (notamment les bâtiments, les voies de communication et les cours d'eau) est essentielle pour rendre le plan lisible pour le registre foncier. C'est pour cette raison que ces données font partie du plan du registre foncier. Dès lors, cela doit être complété en conséquence dans l'article de l'OMO. Les autres données restent ensuite dans cet article.
3. lettre b	les bâtiments existants , planifiés ou projetés au sens des articles 2, lettres b, et 7, alinéa 1, lettres a et b, et alinéa 2 , de l'ordonnance du 9 juin 2017 sur le Registre fédéral des bâtiments et des logements, ainsi que les autres constructions et installations existantes , planifiées ou projetées	Pour le Registre des bâtiments et des logements, il peut être judicieux de prévoir que le bâtiment projeté soit considéré comme tel lorsque le permis de construire est délivré. Pour la MO, les bâtiments projetés ne doivent être saisis que lorsque le permis est entré en force.
6. lettre a	A supprimer.	Après modification de l'article 7, alinéa 2 de l'OMO Le plan pour le registre foncier est insuffisant et presque inutilisable sans les autres données relatives à la situation. Par conséquent, tous les objets relatifs à la situation doivent être représentés sur le Plan du RF. Il n'est donc pas nécessaire d'avoir un produit standardisé supplémentaire et séparé pour le plan de situation.
7. alinéa 1	Le modèle de géodonnées de la mensuration officielle est axé sur les besoins des utilisatrices et utilisateurs et tient compte des exigences des services de mise à jour.	L'orientation vers les besoins des utilisatrices et utilisateurs est importante et pertinente. Ceci étant, il est tout aussi nécessaire de s'orienter vers les besoins des organismes de mise à jour.
7. alinéa 2	A supprimer.	La structure modulaire du modèle de géodonnées ne doit pas être réglée au niveau de l'ordonnance, car cela peut se faire sans cet alinéa. Ce qui est particulièrement gênant dans les explications, c'est que les modifications des modules du modèle de géodonnées peuvent être effectuées à chaque fois à des moments différents. C'est précisément ce qui n'est pas souhaitable dans une vision orientée client et pour les organismes de mise à jour : à chaque intervention dans un module quelconque, les interfaces avec les systèmes périphériques doivent être adaptées dans toute la chaîne de production. Pour diverses raisons, le nombre d'adaptations doit être minimal.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

7. alinéa 3		Du point de vue thématique et surtout géométrique, il existe diverses relations et dépendances entre les différents modules. Cela n'apparaît malheureusement pas dans les explications.
8.		Pour le moins : soit le modèle de géodonnées est publié dans les langues nationales D/F/I, soit un glossaire est établi pour les autres langues nationales, pour toutes les classes d'objets et les attributs.
9. alinéa 3	A supprimer.	L'expérience acquise avec d'autres modèles (p. ex. eaux usées dans le modèle VSA SDEE) nous a appris que cela provoque plus de malentendus que d'avantages chez les clientes et les clients : la modification / mise à jour d'un seul attribut entraîne une nouvelle date. Or, cela ne permet pas de savoir de quand date telle ou telle information sur l'objet. Appliquée de manière générale, la formulation proposée n'apporte aucun avantage. La date de la dernière modification doit donc être gérée en fonction des besoins pour des objets sélectionnés (donc pas pour tous) et pour leurs attributs. Cette précision ne doit toutefois pas être inscrite dans l'OMO-DDPS, mais peut être apportée directement au modèle de données.
10.	A supprimer.	Selon le canton, cela n'est pas réalisable. Quelles sont les données statistiques en rapport avec la commune ? C'est trop général et ne correspond pas au rôle de la MO. La référence à la circulaire MO n° 2010/04 (GeoCat, GeoMeta) n'est pas concluante. La solution actuelle est suffisante. Mais le texte de l'ordonnance proposé va bien au-delà, ce que nous refusons.
12. alinéa 2		Lors de la fixation des délais de mise en œuvre, il faut tenir compte du fait que les interfaces et les systèmes périphériques doivent être adaptés tant au niveau de l'organisme de mise à jour que du côté des clientes et des clients. L'objectif est d'avoir le moins de changements possibles dans le temps. Les modifications apportées à différents modules doivent donc être harmonisées non seulement sur le plan technique, mais aussi au niveau temporel.
13. alinéa 1		Le modèle de géodonnées simplifié doit être décrit non seulement dans le langage de description selon l'article 8 (Interlis 2), mais aussi dans des formats qui peuvent être lus par la majorité des clientes et des clients (aujourd'hui c'est dxf, à l'avenir éventuellement aussi ifc).
13. alinéa 3	Si le modèle de géodonnées change, le modèle de géodonnées simplifié s'adapte simultanément, si nécessaire.	Comme il s'agit d'un modèle de géodonnées simplifié pour les clientes et les clients, les adaptations doivent être moins fréquentes que pour le modèle de géodonnées et n'avoir lieu que si elles sont nécessaires et qu'elles apportent

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

		une plus grande utilité aux clientes et aux clients : les clientes et les clients veulent un format de transfert de données aussi stable que possible.
13. bis	Principe de travail Les travaux de mensuration doivent être exécutés selon les règles de l'art et en tenant compte de la rentabilité.	L'actuel article 1 de l'OTEMO doit être transféré dans l'OMO-DDPS, par exemple après le titre de la section et avant l'article 14. Motif : Tous les travaux doivent être exécutés ou surveillés par du personnel qualifié. Les règles et méthodes reconnues doivent être appliquées et les instruments et méthodes innovants doivent être autorisés s'il est prouvé qu'ils sont équivalents. La formulation existante "en tenant compte de la rentabilité" encourage expressément l'innovation.
14. alinéa 3, lettres a et b	dans les régions d'estivage et les régions improductives : 5-12 10-24 ans ; dans toutes les autres régions : 3-6 8-12 ans.	Les périodes pour les MPD sont trop courtes. Les modifications soumises à l'obligation d'annonce sont mises à jour de manière très stricte, conformément à l'article 23 de l'OMO. En outre, il ne reste pour l'essentiel que des modifications naturelles pour les MPD, comme par exemple les lisières de forêt et les cours d'eau. Ces changements ne se produisent toutefois que très lentement. En l'espace de 3 à 6 ans, on ne constate pratiquement aucun changement. Le coût de la MPD est élevé et ne se justifie que si les données gagnent effectivement en actualité et en qualité. Dans la pratique, on ne connaît guère de cas où le cycle de mise à jour prescrit jusqu'à présent, à savoir 12 ans au maximum, aurait été insuffisant. Un renforcement de la réglementation actuelle n'est pas indiqué. Au contraire : en TNT5, le cycle de mise à jour peut être prolongé jusqu'à 24 ans au maximum.
15.	Après un événement naturel, une mise à jour extraordinaire est effectuée le plus rapidement possible dans la zone concernée, en fonction de l'assainissement ou de la reconstruction des bâtiments . Celle-ci comprend toutes les mesures nécessaires au rétablissement de la mensuration officielle.	Dans le cas d'une simple reconstruction des bâtiments sur le même site, une mise à jour extraordinaire "aussi rapide que possible" a du sens, afin que les bâtiments puissent être construits correctement. Si d'importants travaux de sécurisation doivent être réalisés avant la reconstruction ou si des voies d'accès entières doivent être reconstruites, un abornement immédiat serait une erreur.
17. alinéa 1		L'historisation (numérique, automatique) ne doit pas concerner tous les objets / couches d'information / éléments.
17. alinéa 3	Le service cantonal compétent vérifie...	

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

<p>18. alinéa 1</p>	<p>Quiconque gère des données de la mensuration officielle veille à la sécurité des données et des informations en application des normes ISO/CEI 27001:2013 et ISO/CEI 27005:2018.</p> <p>Quiconque gère des données de la mensuration officielle est tenu de prendre des mesures de sécurité appropriées selon des principes reconnus et conformément à l'état actuel de la technique. Le service cantonal compétent peut rendre obligatoires les normes de sécurité des données édictées par un organisme de normalisation reconnu.</p>	<p>L'article 85, alinéa 1 de l'OTEMO stipule aujourd'hui que quiconque gère des données de la mensuration officielle est tenu de prendre des mesures de sécurité appropriées selon des principes reconnus et conformément à l'état actuel de la technique.</p> <p>Cette norme de principe, qui est formulée de manière neutre sur le plan technologique et qui s'oriente à "l'état de la technique", est à saluer et devrait être maintenue dans son principe.</p> <p>Le fait que la norme suisse SN 612010 mentionnée à l'article 85, alinéa 2, de l'OTEMO ne soit plus d'actualité en ce qui concerne le concept de sécurité de l'information et qu'une nouvelle norme s'impose éventuellement ne devrait pas conduire à ce que les principes de base mentionnés à l'article 85, alinéa 1, de l'OTEMO ("adéquation des mesures de sécurité", "selon des principes reconnus" et "en fonction de l'état actuel de la technique") ne soient plus mentionnés ou soient remplacés par un renvoi à une norme concrète. Il serait préférable de renoncer à la définition d'une norme concrète plutôt qu'à la mention des principes.</p>
<p>18. alinéa 2</p>	<p>Les données d'origine doivent être gérées dans une infrastructure de données située en Suisse. L'exploitant de l'infrastructure de données doit avoir son siège en Suisse. Un contrat doit garantir que le service cantonal du cadastre a accès en tout temps aux données.</p> <p>La disponibilité et l'intégrité des données originales doivent être garanties par des mesures techniques, organisationnelles et contractuelles appropriées. L'accès aux données par le service cantonal compétent doit être possible à tout moment.</p>	<p>La formulation proposée n'est pas neutre sur le plan technologique et limite de manière disproportionnée et non objective les moyens disponibles pour atteindre l'objectif de protection.</p> <p>Le rapport explicatif mentionne à juste titre que les données originales de la mensuration officielle sont déterminantes pour la détermination des limites d'immeubles et qu'à cet égard, les effets juridiques du registre foncier sont également attribués au plan pour le registre foncier. Il est en outre fait référence, également à juste titre, aux conséquences (p. ex. en termes de sécurité juridique dans le domaine de la propriété foncière) d'une perte des données déterminantes de la mensuration officielle. Les objectifs de protection qui y sont liés, à savoir la disponibilité et l'intégrité en tout temps des données du registre foncier, sont incontestés. Les moyens techniques, organisationnels et contractuels permettant d'atteindre ces objectifs de protection devraient toutefois rester ouverts et en tout cas ne pas être limités sans nécessité.</p> <p>La disposition proposée contient des prescriptions sélectives et inutilement restrictives concernant le lieu de conservation des données et le siège des exploitants d'infrastructures de données, qui ne se justifient pas dans un tel absolu. Les objectifs de protection de la disponibilité et de l'intégrité des données du registre foncier peuvent tout à fait être garantis d'une autre manière que par des restrictions géographiques : Par exemple, par des</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

		<p>infrastructures de données redondantes ainsi que par des structures de continuité des activités et de sauvegarde sophistiquées (et régulièrement testées), qui atténuent ou suppriment les dépendances des différents exploitants et de leurs infrastructures informatiques. Les sites de conservation des données et les exploitants d'infrastructures de données à l'étranger ne constituent pas a priori un obstacle insurmontable. Au contraire : une haute disponibilité et un standard élevé de sécurité des données sont justement des avantages centraux des infrastructures cloud des hyperscaleurs internationales.</p> <p>Dans d'autres domaines également, où la disponibilité et l'intégrité des données sont soumises à des exigences strictes (par exemple dans le secteur financier, voir FINMA Rs. 2018/3, outsourcing banques et assurances ; annexe 3 à FINMA Rs. 2008/21, risques opérationnels), ainsi que dans le domaine des droits au secret renforcés par le droit pénal (par exemple secret de fonction, secret médical, secret professionnel des avocats, secret bancaire, etc.), la réglementation suit régulièrement une approche qui fonctionne sans restrictions concernant la conservation des données à l'étranger ou d'autres références à l'étranger. En général, l'accent est plutôt mis sur les mesures techniques, organisationnelles et contractuelles qui, dans leur ensemble, permettent de garantir à tout moment les risques mentionnés à juste titre dans le rapport explicatif concernant la disponibilité et l'intégrité des données. Ces mesures ne visent pas exclusivement les exploitants d'infrastructures de données auxquels il est fait appel, mais incluent notamment aussi des mesures techniques et organisationnelles mises en œuvre par le propriétaire des données. On parle ici du modèle dit de "responsabilité partagée".</p> <p>Dans ce contexte, il serait erroné de prescrire ou de limiter concrètement à l'avance les moyens et les mesures à mettre en œuvre pour atteindre les objectifs de protection que sont la disponibilité et l'intégrité. En conséquence, il convient de renoncer aux restrictions matériellement injustifiables concernant les sites de conservation des données et le siège des sociétés d'exploitation ; elles ne sont ni proportionnées ni justifiées du point de vue de la concurrence ou du droit des marchés publics.</p>
18. alinéa 3	Le service cantonal compétent contrôle le respect des prescriptions selon les alinéas 1 et 2.	
29.		<p>Le catalogue d'objets selon l'OTEMO actuel était pratiquement entièrement contenu dans le projet DM.flex. Jusqu'ici, c'est en ordre.</p> <p>En ce qui concerne la définition et le degré de détail dans les couches CS/OD,</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

		<p>les instructions prévues pour l'avenir manquent dans tous les documents connus aujourd'hui. De même, la plupart des valeurs envisagées pour la précision et la fiabilité à tous les niveaux font défaut. Il n'est pas possible de donner un avis favorable à l'abrogation de l'OTEMO ou à la délégation dans des directives si l'intention de reprendre les réglementations existantes n'est pas formulée.</p>
30. alinéa 1		<p>Pour pouvoir prendre position, il faudrait que le calendrier prévu soit communiqué. Étant donné qu'à ce jour, le DM.flex définitif n'est même pas disponible, pas plus que les règles de présentation et les directives de saisie correspondantes, une introduction dans les meilleurs délais semble très irréaliste. Dans tous les cas, le délai doit être indiqué de manière généreuse afin que non seulement les fournisseurs de logiciels et les organismes de mise à jour disposent de suffisamment de temps pour les adaptations et les migrations, mais aussi que les clients de la MO puissent adapter à temps leurs processus, interfaces, systèmes et systèmes périphériques. En même temps que l'entrée en vigueur des nouvelles ordonnances et des nouveaux modèles de données, le DDPS doit lancer une campagne d'information afin que les clients de la MO en soient informés à temps et puissent préparer les adaptations nécessaires jusqu'à la mise en œuvre dans les organes de mise à jour.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
1.	Ajouter la phrase suivante dans l'ORF : Les cantons règlent les relations entre la mensuration officielle et le registre foncier.	
ORF art. 70. al. 3	(...) La localisation de la servitude ou de la charge foncière doit figurer sur cet extrait de plan <u>certifié conforme</u> , de telle manière (...). <u>La localisation de la servitude est établie de manière numérique.</u>	Suite à l'accès facilité des données de la MO, tout un chacun est à même d'établir plus ou moins bien un extrait de plan du Registre Foncier. Or seul un extrait certifié est garant que le fonds cadastral servant à la description de la servitude est conforme à la réalité et à la MO. La possibilité d'établir des assiettes de servitude "à la main" sur des plans du RF ne doit plus être possible afin de garantir la précision et la fiabilité des données.



Questionnaire

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Consultation du 2 février 2022 au 13 mai 2022

Expéditeur

Nom et adresse du canton ou de l'organisation:

*Ingénieurs géomètres de Suisse occidentale IGSO,
Case postale 1215, 1001 Lausanne*

Personne à contacter en cas de questions en retour (nom, courriel, téléphone):

Philippe Calame, philippe.calame@hccgeo.ch

Réactions d'ordre général

1. Etes-vous favorable aux orientations définies et aux objectifs fixés dans le projet mis en consultation?

Oui Oui, avec des réserves Non

Commentaires:

IGSO est la section régionale de GEOSuisse regroupant 118 ingénieurs géomètres actifs des cantons de Genève, Vaud, Neuchâtel, Jura et du Jura bernois. Nos membres sont donc des utilisateurs journaliers de la mensuration officielle et sont les principales chevilles ouvrières des relevés permettant sa mise à jour.

Sur le fond nous relevons que le sens de la révision des ordonnances est bon, le tout est moderne, simple et allant à l'essentiel, elles permettent une meilleure souplesse dans les modifications techniques ultérieures de la MO, mais a contrario ceci fait craindre aux spécialistes de trop nombreuses mises à jour impactant de manière négative la gestion des données et leurs usages. En effet les données de la MO sont la base de nombreuses applications et bases de données géographiques dans de nombreux domaines qui nécessitent des structures de données stables dans le temps.

Nous retenons de manière positive la suppression du plan papier comme élément de la MO et l'introduction des servitudes.



Sinon, nous regrettons fortement que la PPE ne soit pas encore intégrée à la MO, alors que son intégration serait gage de fiabilité et précision pour les millions de lots PPE dont la garantie de conformité n'est actuellement pas toujours adéquate et réalisée de manière aussi fiable que pour les biens-fonds. Nous encourageons très fortement les autorités à intégrer la PPE dans la modification de l'OMO. Des milliards de crédits hypothécaires sont actuellement garantis sur la base de documents non normalisés, parfois faux et souvent imprécis et surtout ne bénéficiant pas de la garantie que fournit un ingénieur géomètre breveté, alors que les autres formes de propriété foncière le sont.

2. *Autres réactions d'ordre général concernant le projet mis en consultation:*

De manière générale, l'introduction du DM.flex et des servitudes dans la MO devrait impliquer une phase pilote, attribuée à quelques cantons avec un financement fédéral. Une telle mesure permettrait de mettre en place les solutions tenant compte d'éventuelles particularités régionales et d'y intégrer les conclusions et expérience de cette phase pilote, selon le même principe appliqué lors de l'introduction du cadastre RDPPF. Cette absence de phase pilote (ou de test) dans la modification de l'OMO pose un problème d'application claire aux ingénieurs géomètres brevetés privés, car ils devront tous s'engager dans nouvelle voie impliquant des risques financiers importants dans le développement d'outils informatiques sans avoir la certitude que ce choix soit la version définitive.

Concernant les servitudes, il conviendrait de définir précisément la manière de traiter les servitudes actuelles qui ont été établies sous forme papier et qui pourraient, voir devraient, être numérisées. Par ailleurs il serait souhaitable de savoir si l'entier des anciennes servitudes devrait être introduit dans le système sous forme numérique et comment seront garanties leur validité et foi publique.

Comme mentionné plus haut, l'introduction des anciennes et nouvelles servitudes dans la MO sous forme numérique devrait faire l'objet de tests dans des cantons pilotes et de délais de mise en œuvre réalistes, ce dont ces ordonnances ne parlent pas.

Nous estimons également que la possibilité toujours offerte pour le Registre foncier de dessiner des assiettes de servitude « à la main » sur un plan du RF n'est plus admissible en 2022, ceci en particulier alors que les servitudes font leur entrée numérique dans la Mensuration officielle à l'article 4. Les ingénieurs brevetés sont régulièrement confrontés à des litiges en matière d'assiette de servitude et seules des servitudes établies numériquement sont indiscutablement précises. Cette possibilité archaïque des servitudes décrites « à la main », peu utilisée, devrait être simplement radiée des ordonnances sur le RF.



Enfin, il n'est plus fait référence, dans le projet d'ordonnance, aux autres spécialistes en mensuration qui ne sont pas inscrits au registre fédéral des ingénieurs géomètres. Dès lors la mise à jour permanente ou périodique des éléments des actuelles couches de « couverture du sol », « objets divers » et « conduite » du plan du registre foncier ne sont plus mentionnées dans l'OMO. Ceci introduit une incertitude importante car nous ne savons donc pas si les autres spécialistes en mensuration seraient toujours habilités à déposer des cadastrations au sens de l'art 23 OMO, l'OMO ne mentionnant que des ingénieurs brevetés.

Nous encourageons à une précision de cet élément dans un article ou alinéa de cette modification de l'OMO ou dans l'OMO-DDPS.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
23	„... doivent être mis à jour dans un délai de trois <u>à six mois, selon les cantons</u> , à compter de ...“	L'exposé des motifs parle d'un délai de 2 mois, alors que le projet d'ordonnance parle de 3 mois. Pour nous un délai de 3 à 6 mois, tiré de l'expérience genevoise de 3 mois (mais sans contraintes météorologiques) est réaliste mais ne le serait pas pour les cantons du jurassiens et alpins. Ce délai doit donc être adapté selon les cantons, sous la responsabilités des services cantonaux.
Annexe (ch. II) 1. ORF du 23.09.2011 art. 70 al.3	(...) La localisation de la servitude ou de la charge foncière doit figurer sur cet extrait de plan <u>certifié conforme</u> , comme (...). <u>La localisation de la servitude est établie de manière numérique.</u>	Suite à l'accès facilité des données de la MO, tout un chacun est à même d'établir plus ou moins bien un extrait de plan du Registre Foncier, or seul un extrait certifié est garant que le fond cadastral servant au dessin de la servitude est conforme à la réalité et aux éventuels différents actes déposés au RF et non encore reportés au plan. La possibilité d'établir des assiettes de servitude "à la main" sur des plan du RF ne doit plus être possible afin de garantir la précision et la fiabilité des servitudes, d'autant qu'elle doivent être maintenant intégrées aux données numériques de la MO. La retranscription numérique d'une servitude établie à la main entrainerait une perte de précision et de fiabilité.



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Jermann Ingenieure + Geometer AG, Altenmattweg 1, 4144 Arlesheim

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Adrian Preiswerk, adrian.preiswerk@jermann-ag.ch / 061 926 96 91

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Wir unterstützen die Stellungnahme und Anträge des Berufsverbandes geosuisse.

Dazu möchten wir nachstehende Ergänzungen anbringen.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 6, Abs. 1	Datenmodell ist auf Verordnungsstufe zu definieren	Minimalanforderungen mit Objektkatalog und den Informationsebenen, vgl. geosuisse Stellungnahme.
Art. 11 Art. 12 Art. 15 Art. 16 Art. 17	Vermarkung → bisherige Artikel nicht aufheben Art. 11 (wie vorgeschlagen) → Art. 12 Die Kantone erlassen im Rahmen dieser Verordnung Vorschriften über die rechts-gültige Vermarkung → Art. 15 Die Grenzzeichen sind so anzubringen, dass die Grenzen im Feld dauernd erkennbar oder mit einfachen Mitteln auffindbar bleiben. → Art. 16 1 (wie vorgeschlagen) 2 Einzelne Grenzzeichen können nach der Erhebung der Daten nach Absatz 1 angebracht werden. a. bei einer Nachführung, wenn die Grenze nicht an Ort und Stelle festgestellt worden ist; b. wenn es aus einem wichtigen Grund nicht möglich oder zweckmässig ist, diese Arbeit vorher auszuführen. 3 Die fehlenden Grenzzeichen nach Absatz 2 müssen angebracht werden, sobald die Umstände es erlauben. → Art. 17 (bisher) 1 Werden die Grenzen durch natürliche oder künstliche Abgrenzungen, die dauernd eindeutig erkennbar sind, angegeben, so ist in der Regel auf Grenzzeichen zu verzichten. 2 Die Kantone können weitere Ausnahmen vorsehen, so insbesondere	Vermarkungspflicht gehört in die eidgenössische Verordnung → Ergänzungen Art. 12, 15, 16, 17

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Art. 23	<p>Laufende Nachführung Abs. 1 ... nach Eintreten der Veränderung ... Umformulieren in → nach Eingang der (behördlichen) Meldung</p> <p>Abs. 3 Die Kantone regeln das Meldewesen für die Bestandteile der amtlichen Vermessung</p>	<p>Präzisierung</p> <p>Präzisierung Das Meldewesen ist insb. für Dienstbarkeiten neu zu regeln und organisieren.</p>
Art. 45	nicht aufheben	<p>Die Ausführungen in der Stellungnahme von geosuisse werden mit dem Urteil des Kantonsgerichtes Baselland vom 09.03.2016 bestätigt (810 16 4, insbesondere die Erwägungen E5.3 / 5.4 / 6).</p> <p>Die Arbeiten der amtlichen Vermessung, die einen bestimmten geografischen Raum zur ausschliesslichen Ausführung vergeben werden (Nachführung AV), sind von der Ausschreibungspflicht erfasst (bisheriger Art. 45 VAV, Abs. 2). Die Aufgaben werden im Sinne einer Konzession des öffentlichen Dienstes vergeben. Die Gebühren sind nach kantonalem Tarif zu verrechnen; der Umfang der Arbeiten und damit der Preis ist im Voraus für die gesamte Zeitperiode nicht bestimmbar. Das Beschaffungsrecht ist kein passender Rahmen für eine Vergabe, da der Fokus auf Wettbewerb (Preis) gerichtet ist.</p> <p>Eine Aufhebung würde der bisherigen Rechtsprechung widersprechen; die voraussichtlichen Preiswettbewerbe würden den Anforderungen und Zielsetzungen der Amtlichen Vermessung klar schaden.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
14	streichen Ausführungen zum Nachführungszyklus in die VAV zu Art. 24, Abs. 3 nehmen	
20	Historisierung – Beschränkung auf die im Plan für das Grundbuch enthaltenen Mindestinformationen	Als Minimalanforderung Inhalt mit Grundbuchwirkung ist zu historisieren

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7b	streichen Ausführungen über die Anforderungen an die Daten (Genauigkeit und Zuverlässigkeit) in die VAV zu Art. 7, Abs. 3 nehmen	Technische Angabe in die VAV

Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport

Rechtsdienst@swisstopo.ch

Bern, 06. Mai 2022

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Amherd,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit grossen Interesse haben wir die Vorlagen studiert. Wir bedanken uns für die Initiative, die rechtlichen Grundlagen der amtlichen Vermessung der Schweiz zu modernisieren und damit die dringend notwendige Entwicklung zu ermöglichen.

Inhaltlich verweisen wir auf die Rückmeldungen im Word-Formular. Die wichtigsten Punkte sind für uns:

- die Verankerung der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen in allen Vorlagen;
- eine seriöse Abschätzung der Kostenfolgen für Bund, Kantone und übrige Beteiligte;
- das Aufzeigen eines realistischen Zeitplans für die Umsetzung.

Auch wenn diverse Punkte sicher noch verbessert werden müssen gilt es, vorwärts zu gehen und die Anpassungen umzusetzen. Gerne sichern wir Ihnen diesbezüglich unsere Unterstützung zu.

Freundliche Grüsse

Simon Rolli
Präsident KGK

Hans Andrea Veraguth
Mitglied des Vorstands

Beilage:

- offizieller Fragebogen

Kopie an:

- Geschäftsstelle BPUK



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:
Konferenz der kantonalen Geoinformations- und Katasterstellen (KGK)
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):
Hans Andrea Veraguth, hans-andrea.veraguth@alg.gr.ch, +41 81 257 24 61

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die Dokumente und der Inhalt der Revision entsprechen weitgehend den modernen Anforderungen und den paritätisch erarbeiteten Entwürfen. Die Absicht der Revisionen und die Beschreibungen und Begründungen zu den einzelnen Artikeln sind in der Regel ausführlich, verständlich und sinnvoll. Herzlichen Dank für die insgesamt gute Qualität der Vorlage.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Angesichts der künftigen Herausforderungen muss die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und swisstopo zwingend verbessert werden. Entsprechend ist den Kantonen wichtig, dass die präzisierenden Regelungen gemeinsam erarbeitet und breit diskutiert werden können. Wir schlagen vor, Art. 3 VAV entsprechend umzuformulieren.

Aktuell finden zu viele Aktivitäten in der amtlichen Vermessung gleichzeitig und ohne ersichtliche Koordination statt. Aufgrund der damit verbundenen finanziellen Unsicherheiten haben sich zahlreiche Kantone entschieden, die Revision abzulehnen. Angesichts der vielen anstehenden Veränderungen in der amtlichen Vermessung ist es aus Sicht der KGK zwar richtig, mit der vorliegenden



Revision die rechtliche Basis für die notwendige Flexibilität zu legen. Danach muss aber zwingend ein Marschhalt eingelegt werden, damit Bund und Kantone gemeinsam festlegen können, wie diese Veränderungen aussehen sollen, wie sie finanziert werden und in welcher Priorität sie umzusetzen sind.

Im erläuternden Bericht (Kap. 2.1.1) wird suggeriert, dass die Revision der Gesetzgebung nötig sei, weil man das Datenmodell angepasst habe. Es ist aber umgekehrt: Weil sich die Anforderungen und Kundenbedürfnisse geändert haben, müssen die Erlasse angepasst werden. Die Anpassung des Datenmodells und der Prozesse sind die darauf logisch folgenden Schritte. Zudem ist festzuhalten, dass das DM.flex zwar flexibel auf ändernde Bedürfnisse angepasst werden kann, dass dabei aber die Stabilität der amtlichen Vermessung weitestmöglich erhalten werden muss. Im selben Kapitel wird erwähnt, dass Regelungen für das Change Board geprüft werden sollen. Diese Regelungen existieren bereits, gemäss Rückmeldungen unserer Vertreter werden sie jedoch nicht in jedem Fall eingehalten und das Changeboard habe nicht die visionäre Rolle, die ihr zugedacht sei. Insbesondere würden nicht strategische Themen erörtert, sondern technische Details diskutiert.

Analog zum Thema IND-AV ist auf die Einführung der Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung vorläufig zu verzichten. Offene Fragen wie das zugehörige Datenmodell, der Umgang mit der negativen Publizitätswirkung und daraus abgeleitet Startzeitpunkt und Vollständigkeitsanforderung wurden weder abschliessend diskutiert noch beantwortet. Das Thema soll aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht zur nötigen Reife gebracht werden.

Die in Kapitel 4 des erläuternden Berichts aufgeführten Kosten entsprechen nach unserer Einschätzung möglicherweise den bundesinternen Kosten für die Umstellung der Modelle und Prozesse. Dies ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Umsetzung. Diese Kosten müssen vor Inkrafttreten der Verordnung seriös abgeschätzt und mittels Pilotprojekten verifiziert werden. Ebenfalls ist festzuhalten, welche Kostenbeteiligung des Bundes an diesen Kosten der Kantone für die Umsetzung vorgesehen ist. Auch gilt es zu beachten, dass die Aufarbeitung der Dienstbarkeiten in Abhängigkeit der angestrebten Vollständigkeit hohe bis sehr hohe Kosten verursachen wird.

Weder in den Erlassen noch im erläuternden Bericht lässt sich ableiten, welcher Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen ist. Unseres Erachtens sind für die Einführung der Prozesse, die Erarbeitung der zugehörigen Weisungen und der Migration der bestehenden Daten mindestens drei Jahre ab Inkrafttreten zu veranschlagen. Wird an der Einführung der Dienstbarkeiten festgehalten, betrachten wir einen Zeitraum von 10 Jahren bis zur vollständigen Datenerhebung als realistisch.



Die Terminologie und Konzeption für Geobasisdaten aus der Geoinformationsgesetzgebung ist nicht stringent übernommen worden. Die Datenebenen der amtlichen Vermessung sollen weiterhin und wie auch im neuen Datenmodell DM.flex gefordert, eigenständige Module sein und folglich auch als eigene Geobasisdatensätze gelistet werden. Der Plan für das Grundbuch hingegen ist «nur» eine Darstellung aus den Daten der amtlichen Vermessung und entsprechend kein eigenständiger Geobasisdatensatz. Es gibt im Gesetzgebungsentwurf weitere Begriffe wie "Kataster-" und "Situationsplan", "geplant" oder "projektiert", deren Klärung für die Branche von grossem Wert wäre.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3, Abs. 1	... legt nach Anhörung der kantonalen zuständigen Behörde die strategische Planung und übergeordneten Erlasse wie Richtlinien oder Weisungen der amtlichen Vermessung fest.	Mit der Verlagerung der Detailregelungen aus der Verordnung zu swisstopo ist wichtig, dass die Kantone dabei mindestens angehört werden und im Idealfall mitarbeiten können.
7, Abs. 2	<i>Buchstabe d ist zu streichen.</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
7.. Abs. 4	<i>Streichen</i>	Siehe allgemeine Bemerkungen zu den Dienstbarkeiten.
10	<i>Nicht streichen, aber anpassen</i>	Mit der Streichung dieses Artikels können die Kantone keine anderen Arbeiten und Datensätze unter dem Begriff amtliche Vermessung laufen lassen und der Begriff AV ist nur noch im Bundesrecht definiert. Die Legitimität der Verbundaufgabe fällt damit weg. Die Kantone müssen weiterhin die Möglichkeit haben Erweiterung von Arbeiten unter der Schirmherrschaft der amtlichen Vermessung (nicht des Datenmodells des Bundes) zu definieren und zu tätigen.
23	<p>¹ Die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für deren Nachführung ein Meldewesen organisiert werden kann, sind innert drei Monaten <u>nach Eingang der Meldung zu</u> einer Veränderung nachzuführen.</p> <p>² Die Kantone können nach Anhörung der V+D für begründete Fälle abweichende Fristen vorsehen.</p> <p>³ Sie regeln das Meldewesen.</p>	Die bestehende Regelung mit einer maximalen Nachführungsfrist von einem Jahr ist aufgrund der breiten Verwendungen der Daten nicht mehr zweckmässig. Die neue maximale Nachführungsfrist von drei Monaten, nach Eintreten einer Veränderung, ist dagegen herausfordernd und kann zu massiven Mehrkosten führen. Zudem ist der massgebende Auslöser «nach Eintreten einer Veränderung» nicht klar definiert. Da die laufende Nachführung über ein Meldewesen erfolgt, sollte als massgebender Auslöser der Eingang der Meldung in der Regelung Verwendung finden.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
30, Abs. 1	... muss bis zum 31. Dezember 2025 vollzogen sein.	Siehe allgemeine Bemerkungen zum Einführungszeitraum.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Konferenz der Schweizerischen Grundbuchführung, Philipp Adam, Präsident, c/o Amtsschreiberei-Inspektorat, Bielstrasse 9, 4502 Solothurn

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Philipp Adam, philipp.adam@fd.so.ch, 032 627 75 80

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die geplante Einführung des Datenmodells DM.flex wird begrüsst. Abgelehnt werden die vorgeschlagenen Fassung von Art. 7 Abs. 2 lit. d E-VAV (und damit auch Art. 21 Abs. 1 sowie Art. 70 Abs. 3 Ziff. 2 E-GBV) und Art. 7 Abs. 4 E-VAV, Art. 7a lit. b und Art. 7b lit. c E-TGBV, sowie der Ersatz des Begriffs «Plan für das Grundbuch» durch «Grundbuchplan» in der E-GBV und in Abschnitt 3a sowie Art. 7a E-TGBV.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Auf die Aufnahme der örtlich beschränkten Dienstbarkeiten in den Plan für das Grundbuch ist zu verzichten. Die vorgeschlagenen Bestimmungen sind nicht durchdacht:

- Die in Ziffer 1 oben genannten Verordnungsbestimmungen gehen über Art. 732 ZGB hinaus. Dies erachten wir als unzulässig.



- Inhalt und Umfang von Dienstbarkeiten sind aufgrund der Vorschriften im ZGB zu ermitteln. Der Rechtsgrundaussweis und damit auch ein allenfalls vorhandener Dienstbarkeitsplan ist nur ein Element, das bei der Auslegung unter gewissen Umständen zu berücksichtigen ist. Will man das ändern, kann das nicht geschehen, indem der private Dienstbarkeitsplan auf dem Verordnungsweg mit öffentlichem Glauben ausgestattet wird, sondern es ist das ZGB zu ändern. Jedenfalls ist es eine Illusion zu glauben, die Aufnahme von Dienstbarkeitsplänen, notabene nur von Dienstbarkeiten, die seit dem 1. Januar 2012 begründet wurden, könnten die Rechtssicherheit verbessern.
- Nicht jede in ihrer Ausübung örtlich beschränkte Dienstbarkeit setzt einen Dienstbarkeitsplan voraus. Teilweise sind Planeinzeichnungen heute gar unmöglich, beispielsweise bei einem Recht, einen bestimmten Raum innerhalb eines Gebäudes zu nutzen. Solche Beschränkungen lassen sich aktuell im Plan für das Grundbuch nicht darstellen.
- Entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht (Seite 9) werden Dienstbarkeitspläne nach der Begründung der Dienstbarkeit nicht archiviert. Die Pläne sind Bestandteil der Grundbuchbelege, mithin des Grundbuches selber. Sie werden dauernd aufbewahrt und berechtigte Personen erhalten bei der zuständigen Stelle, dem Grundbuchamt, entsprechend den Vorschriften im ZGB und der Grundbuchverordnung Einsicht.
- Es ist unbestritten, dass die Zugänglichkeit zu den Daten der amtlichen Vermessung unkompliziert und gebührenfrei ist. Das rechtfertigt es indes nicht, Dienstbarkeitspläne zu Bestandteilen der amtlichen Vermessung zu erklären. Insbesondere wäre es falsch, mit einer Verordnungsbestimmung Art. 970 ZGB über das Einsichtsrecht in das Grundbuch zu verwässern. Übersehen wird in diesem Zusammenhang, dass Dienstbarkeitspläne nicht zu den Daten gemäss Art. 26 Abs. 1 lit. a GBV gehören und deshalb auch nicht im Internet publiziert werden dürfen.
- Da in erster Linie der Grundbucheintrag massgebend ist, um den Inhalt und Umfang der Dienstbarkeit zu bestimmen, hat es dabei zu bleiben, dass Informationen zu Dienstbarkeiten (und anderen dinglichen und beschränkten dinglichen Rechten) beim zuständigen Grundbuchamt zu beziehen sind. Ein Plan ohne gleichzeitige Kenntnis des Grundbucheintrages ist nutzlos. So ist es beispielsweise ein grosser Unterschied, ob eine im Plan eingezeichnete Grundstücksfläche ein Fahrwegrecht abbildet oder einen Bereich markiert, auf dem nicht gebaut werden darf. Hinzu kommt, dass sich "Dienstbarkeitsflächen" mehrfach überschneiden können.
- Die Begründung einer Dienstbarkeit wird schwerfällig und teuer, wenn der Dienstbarkeitsplan in die amtliche Vermessung aufzunehmen ist. Daran vermag auch ein allfälliges Tool nichts zu ändern, mit dem Private eigene Einzeichnungen vornehmen können. Den Plan für das Grundbuch darf nur die patentierte Ingenieurin-Geometer/der patentierte Ingenieur-Geometer nachführen. Das bedeutet, dass in jedem Fall die Nachführung des Plans für das Grundbuch abzuwarten wäre, bevor eine Dienstbarkeit im Grundbuch eingetragen werden könnte. Das lehnen wir ab.



- Die nachträgliche Erfassung von Plänen bis zurück ins Jahr 2012 würde einen enormen Aufwand auslösen. Dieser rechtfertigt sich schon deshalb nicht, weil ältere Dienstbarkeiten genauso relevant sind wie jene, die seit dem 1. Januar 2012 begründet wurden. Wollte man ein vollständiges Bodeninformationssystem schaffen, wären sämtliche Dienstbarkeitspläne in der AV zu erfassen.
- Es fehlt an einem Bedürfnisnachweis für die Aufnahme von Dienstbarkeitsplänen in die amtliche Vermessung. Nur sehr wenige Kantone machen von der heute schon bestehenden Möglichkeit Gebrauch, gestützt auf kantonales Recht Dienstbarkeitspläne in die AV aufzunehmen.
- Der Ersatz der Bezeichnung «Plan für das Grundbuch» durch «Grundbuchplan» in der Grundbuchverordnung (GBV) lehnen wir ab. In der VAV (und in Art. 732 Abs. 2 ZGB) bleibt weiterhin die Bezeichnung «Plan für das Grundbuch» bestehen. Dies ergibt Diskrepanzen zwischen den verschiedenen deutschsprachigen Erlassen, was zu vermeiden ist. Der Ausdruck «Plan für das Grundbuch» hat sich in den Grundbuchämtern in den letzten Jahren etabliert. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, weshalb dies nun wieder geändert werden sollte.
- Sollte es einen neuen Anlauf mit gleicher Zielsetzung geben, wären die Vorarbeiten mit den zuständigen Stellen im Bundesamt für Justiz besser zu koordinieren.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7 Abs. 2 lit. d	Streichung	
7 Abs. 4	Streichung	

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
3a. Abschnitt Gliederungstitel	Plan für das Grundbuch	
7a	Der Plan für das Grundbuch nach Artikel 7 VAV (<u>Plan für das Grundbuch</u>) enthält.....	
7a lit. b	Streichung	
7b lit. c	Streichung	

Questionnaire

Modification de l'ordonnance sur la mensuration officielle et d'ordonnances d'exécution techniques

Consultation du 2 février 2022 au 13 mai 2022

Expéditeur

Nom et adresse du canton ou de l'organisation:

Ordre Vaudois des Géomètres, Route du Lac 2, 1094 Paudex

Personne à contacter en cas de questions en retour (nom, courriel, téléphone):

Nicolas Walter, Secrétaire général nwalter@centrepatronal.ch ou

Etienne Borloz, Président, etienne.borloz@geo-solutions.ch

058 *Cliquez ou effleurez l'écran ici pour saisir du texte*

Réactions d'ordre général

1. Etes-vous favorable aux orientations définies et aux objectifs fixés dans le projet mis en consultation?

Oui Oui, avec des réserves Non

Commentaires:

L'Ordre Vaudois des Géomètres est l'association cantonale vaudoise des géomètres brevetés. Elle regroupe 22 bureaux employant environ 300 personnes actives quotidiennement dans le domaine de la mensuration officielle. Ses membres sont pour l'ensemble également membres de l'IGSO et de GéoSuisse et en partagent en général les préoccupations et positions. Toutefois l'OVG est autonome et défend les spécificités de ses membres.

Nous ne pouvons que nous réjouir de la volonté de la Confédération de maintenir à jour un document aussi fondamental que l'ordonnance sur la mensuration officielle. Si de nombreux aspects de ce projet nous semblent aller dans la bonne direction, nous craignons qu'au travers du système proposé, la souplesse et l'adaptabilité du modèle engendre des changements trop fréquents correspondant à des besoins administratifs qui ne tiendraient pas compte de la réalité complexe du terrain.



Le propre de notre système de mensuration officielle est de documenter de manière fiable et pérenne les éléments traitant notamment de la gestion du territoire et de la propriété foncière. Ceux-ci se doivent d'être robustes, complets et accessibles. Il nous semble dès lors indispensable que ces éléments de base se retrouvent dans l'ordonnance elle-même et non pas dans l'ordonnance technique.

Si nous saluons la suppression du plan papier et l'intégration des servitudes dans le nouveau concept, nous regrettons vivement que les données ayant trait à la PPE ne figurent pas dans ce projet et ne soient pas intégrées à la mensuration officielle.

2. Autres réactions d'ordre général concernant le projet mis en consultation :

Nous avons des doutes quant à la mise en œuvre de certains éléments de cette ordonnance et n'avons pas trouvé d'information claire sur le phasage et les objectifs temporels de la mise en œuvre des dispositions nouvelles de cette ordonnance. Si à l'article 46 bis de l'OMO il est fait mention de la possibilité de mettre en place des projets pilotes, nous avons un doute sur le fait que cet article s'applique aussi à la mise en œuvre de cette nouvelle ordonnance.

Nous relevons globalement que les changements définitifs que va induire cette nouvelle ordonnance ne devraient se concevoir qu'à l'issue d'une phase pilote. Il nous semble en effet ambitieux et hasardeux de vouloir les lancer d'un seul coup sans test préalables. En effet, cette modification de l'OMO ne pourra pas se faire, au niveau des bureaux de géomètres brevetés privés, sans une adaptation onéreuse des outils informatiques et ceci sans la certitude que le système fonctionnera parfaitement, ni que ce choix soit définitif.

Une phase pilote permettrait de mieux faire accepter les changements désirés et de garantir une certaine sécurité quant aux choix d'outils que devront effectuer les bureaux.

La question de la numérisation des anciennes servitudes devrait également passer par une phase de tests avant sa mise en œuvre généralisée.

De manière générale, nous rejoignons les conclusions et remarques proposées par notre association faîtière IGS-Géosuisse et les reprenons à notre compte.

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
6	<p>Ad minima l'article 6 devrait faire référence à :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Points fixes b) Couverture du sol c) Objets divers d) Altimétrie e) Nomenclature f) Bien-fonds g) Conduites 	<p>Le modèle minimal de données de la MO doit figurer dans l'ordonnance.</p> <p>La dénomination des thèmes doit être clarifiée. Les éléments figurant à l'article 7a de l'OTEMO devraient, à notre avis figurer dans l'OMO, mais le vocabulaire et les termes utilisés doivent correspondre au vocabulaire usuel utilisé jusqu'ici afin d'éviter toute confusion.</p>
23	<p>„... doivent être mis à jour dans un délai de trois <u>à six mois,</u> <u>selon les cantons,</u> à compter de ...“</p>	<p>L'exposé des motifs parle d'un délai de 2 mois, alors que le projet d'ordonnance parle de 3 mois.</p> <p>Pour nous un délai de 3 à 6 mois, est réaliste sur le plateau, mais pas dans les régions jurassiennes et alpines. Ce délai doit donc être adapté selon les cantons, sous la responsabilités des services cantonaux.</p>
Annexe (ch. II) 1. ORF du 23.09.2011 art. 70 al.3	<p>(...) La localisation de la servitude ou de la charge foncière doit figurer sur cet extrait de plan <u>certifié conforme,</u> comme (...). <u>La localisation de la servitude est établie de manière numérique.</u></p>	<p>Suite à l'accès facilité des données de la MO, tout un chacun est à même d'établir plus ou moins bien un extrait de plan du Registre Foncier, or seul un extrait certifié est garant que le fond cadastral servant au dessin de la servitude est conforme à la réalité et aux éventuels différents actes déposés au RF et non encore reportés au plan.</p> <p>La possibilité d'établir des assiettes de servitude "à la main" sur des plan du RF ne doit plus être possible afin de garantir la précision et la fiabilité des servitudes, d'autant qu'elle doivent être maintenant intégrées aux données numériques de la MO. La retranscription numérique d'une servitude établie à la main entraînerait une perte de précision et de fiabilité.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni

Artikelweise Detailerörterung / Discussion, article par article, du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni

Public Affairs und Regulation · Hilfigerstrasse 1 · CH-3000 Bern 65

Bundesamt für Landestopografie swisstopo
3084 Wabern

Per E-Mail an: rechtsdienst@swisstopo.ch

Bern, 25. April 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV) sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zur obenerwähnten Vernehmlassung Stellung nehmen zu können.

Besonders relevant für die SBB ist die vorgeschlagene Streichung des geltenden Art. 46 VAV. Die Ansicht, dass eine solche Bestimmung in der Systematik der amtlichen Vermessungen nicht mehr passt, ist nachvollziehbar. Wir sind aber der Auffassung, dass es unangemessen und kontraproduktiv wäre, die Bahnen aus der Planung von Vermessungen auf dem Bahngelände ganz auszuschliessen.

Dementsprechend regen wir eine Ergänzung von Artikel 44 E-VAV mit folgendem Absatz an:

³ Bei der Projektierung von Ersterhebungen, Erneuerungen und Nachführungen im Bahngelände sind die Bahnunternehmen vorgängig zu kontaktieren. Aus Sicherheitsgründen sind die Bahnunternehmen berechtigt, die Feldaufnahmen der Informationsebenen Fixpunkte, Bodenbedeckung, Einzelobjekte und Höhen selbst auszuführen. Die Aufnahmen müssen nach den Grundsätzen und Anforderungen der amtlichen Vermessung erfolgen.

Begründung: Durch die vorgängige Kontaktaufnahme der Bahnunternehmen werden Doppelspurigkeiten vermieden. Feldaufnahmen auf Bahngelände erfordern zudem zwingend

die Einhaltung von bestimmten vorgegebenen Sicherheitsmassnahmen und entsprechend geschultes Fachpersonal. Dies soll durch die Bahnunternehmen sichergestellt werden. Die Bahnunternehmen führen die entsprechenden Aufnahmen nach Vorgaben der amtlichen Vermessung durch.

Zu den anderen beantragten Änderungen haben wir keine Bemerkungen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unseres Anliegens. Für Fragen steht Ihnen Ralph Hueber (ralph.hueber@sbb.ch) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse


Mitglied der Konzernleitung, Leiter Infrastruktur
Bern, 25.04.2022

 Einfache elektronische Signatur
Signiert auf Skribble.com

Peter Kummer
Mitglied der Konzernleitung
Leiter Infrastruktur


22.04.2022

 Einfache elektronische Signatur
Signiert auf Skribble.com

Luca Arnold
Leiter Regulation und Internationales

Kopie an: Gery Balmer, Abteilungschef Politik, Vizedirektor, BAV



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Schweizer Bauernverband SBV

Laurstrasse 10

5201 Brugg

Kontaktpersonen für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Ruedi Streit, rudolf.streit@agriexpert.ch, 056 462 52 69

Larissa Grossenbacher, larissa.grossenbacher@sbv-usp.ch, 056 462 50 07

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Grundsätzlich ist der Schweizer Bauernverband (SBV) mehrheitlich mit den vorgesehenen Anpassungen einverstanden. Die Aufnahme der Dienstbarkeiten in die amtliche Vermessung wird sehr begrüsst. Die Grundeigentümer als direkt Betroffene sind in dieser Vorlage noch besser zu stellen. Bei der Bemessung des Bundesbeitrags stellen wir noch Ungleichbehandlungen fest, die zu korrigieren sind (siehe Bemerkungen zu dem einzelnen Artikel).

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Bei der Dokumentation des Untergrunds begrüssen wir die Erfassung von bestehenden Anlagen und Bauten, diese sollen jedoch nicht zu Nutzungseinschränkungen an der Oberfläche führen.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 4, Abs. 2	2 Das VBS regelt beim Übergang militärischer Anlagen auf privaten Grundstücken in eine zivile Nutzung das Vorgehen für deren Aufnahme in die amtliche Vermessung und die Kostentragung unter Berücksichtigung der Interessen des Grundeigentümers .	Die Interessen des Grundeigentümers sind zu berücksichtigen, so dass diese auch bei der Regelung der Folgen und der Kosten berücksichtigt werden. Es muss vermieden werden, dass der private Grundeigentümer durch den Übergang von militärischen Anlagen in die zivile Nutzung nicht ohne sein Einverständnis zusätzlich belastet wird.
Art. 7 Abs. 2 Bst. d	Art. 7 Plan für das Grundbuch 1 Der Plan für das Grundbuch ist ein analoger oder digitaler Auszug aus den Daten der amtlichen Vermessung. 2 Er enthält mindestens die Daten über: a. die Liegenschaften (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 1 ZGB); b. die flächenmässig ausgeschiedenen selbstständigen und dauernden Rechte an Grundstücken (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 2 ZGB); c. die Bergwerke (Art. 943 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB); d. die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in einer zeichnerisch eindeutigen Darstellung ihrer Grenzen (Art. 732 Abs. 2 ZGB); e. die Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen (Art. 660a ZGB). 3 Der Mindestbestand des Planes hat Grundbuchwirkung (Art. 971–974 ZGB). 4 Die Dienstbarkeitsgrenzen werden über eine Schnittstelle in die Daten der amtlichen Vermessung überführt.	Der SBV unterstützt diese Artikel. Insbesondere begrüsst er im 2. Absatz Buchstabe d die detaillierte Darstellung von örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten.
Art. 14	Art. 14 Grenzverlauf 1 Als Grenzlinie gilt die Strecke Gerade oder ein Kreisbogen zwischen zwei Grenzpunkten. 2 Bei der Ersterhebung, Erneuerung oder Nachführung der Informationsebene Liegenschaften ist ein einfacher Grenzverlauf anzustreben. Bestehende Grenzlinien sind nach Möglichkeit zu bereinigen.	Der Begriff Strecke ist zu unklar, denn eine Strecke kann auch nicht gerade verlaufen. Um Missverständnisse zu vermeiden, muss der Grenzverlauf zwischen zwei Grenzpunkten eine Gerade sein (kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten). Die aktuelle Formulierung in der Verordnung mit der Gerade ist besser verständlich.
Art. 27	Aufgehoben	Mit der Aufhebung muss aber sicher gestellt werden, dass die Einhaltung der technischen und qualitativen Anforderungen des Bundesrechts geprüft wird. Sinnvollerweise muss eine Prüfung erfolgen vor einer Genehmigung durch die kantonale Behörde (so auch vorgesehen in Art. 29 Abs. 1). Es ist nicht ersichtlich, wie eine Prüfung durchgeführt wird. Eine Möglichkeit besteht darin,

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

		<p>dass Art. 28 zu ergänzen ist mit der Anforderung, dass auch die technischen und qualitativen Anforderungen des Bundesrechtes aufliegen und so die Einhaltung durch die Betroffenen geprüft werden kann (Ergänzung in Art. 28 Abs. 2). Allerdings dürfte eine solche Prüfung für die Betroffenen sehr anspruchsvoll sein.</p>
<p>Art. 28</p>	<p>Art. 28 Öffentliche Auflage 1 Nach Abschluss einer Ersterhebung oder Erneuerung der amtlichen Vermessung sowie nach Behebung von Widersprüchen nach Artikel 14a, bei denen Grundeigentümer in ihren dinglichen Rechten berührt sind, wird eine öffentliche Auflage mit Einspracheverfahren durchgeführt. 2 Gegenstand der öffentlichen Auflage sind der Plan für das Grundbuch des betreffenden Perimeters und weitere zum Zweck der Grundbuchführung erstellte Auszüge aus den Daten der amtlichen Vermessung. In der öffentlichen Auflage werden die technischen und qualitativen Anforderungen des Bundesrechtes für die Betroffenen bereitgestellt. 3 Die Kantone regeln das Verfahren unter Berücksichtigung der folgenden Grundsätze: a. Die öffentliche Auflage erfolgt während 30 Tagen. b. Die Auflage wird amtlich veröffentlicht. c. Grundeigentümer, deren Adresse bekannt ist, werden zusätzlich mit normaler Post über die Auflage und die ihnen zustehenden Rechtsmittel informiert. d. Dem Grundeigentümer wird auf Verlangen kostenlos ein Auszug über sein Grundstück nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben a–e-d aus dem Plan für das Grundbuch zugestellt. e. Gegen den Einspracheentscheid kann ein Rechtsmittel an eine kantonale Behörde erhoben werden; diese überprüft den Entscheid uneingeschränkt. f. In letzter kantonaler Instanz ist ein Rechtsmittel an ein Gericht im Sinne von Artikel 75 Absatz 2 des Bundesgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005 möglich. 4 Sie können vorsehen, dass die öffentliche Auflage und die amtliche Veröffentlichung ausschliesslich auch elektronisch durchgeführt werden.</p>	<p>Unter Abs. 2 sind auch die technischen und qualitativen Anforderungen des Bundesrechtes in der öffentlichen Auflage bereitzustellen. Ansonsten ist keine Überprüfung der Auflageakten auf die Übereinstimmung mit den technischen und qualitativen Anforderungen des Bundesrechtes ersichtlich.</p> <p>Mit der Ergänzung bst. d ist gewährleistet, dass dem Grundeigentümer ebenfalls die örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten zugestellt werden.</p> <p>Beschliesst ein Kanton die ausschliessliche elektronische Durchführung, dann stellt dies für viele betroffene Grundeigentümer einen Nachteil dar. Daher soll eine elektronische Durchführung nur in Ergänzung zur schriftlichen Auflage beschlossen werden können.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Art. 30	<p>Art. 30 Anerkennung durch den Bund 1 Die V+D anerkennt das Vermessungswerk, wenn: a. ihre formelle Prüfung ergeben hat, dass die Daten den Anforderungen des Bundesrechts entsprechen; und b. das Vermessungswerk vom Kanton genehmigt wurde. 2 Sie bezeichnet die von der zuständigen kantonalen Behörde einzureichenden Unterlagen.</p>	<p>Bei Abs. 1 Bst a ist eine formelle Prüfung vorgesehen. Wann erfolgt diese? Dies ist noch zu klären.</p>
Art. 45	<p>Aufheben-Beibehalten Art. 45 Arbeitsvergabe 1 Die Vergabe von Arbeiten wie der Vermarkung, Ersterhebung, Erneuerung, periodischen Nachführung und provisorischen Numerisierung erfolgt nach den für den Kanton massgeblichen Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen. 2 Arbeiten der amtlichen Vermessung, die in einem bestimmten geografischen Raum zur ausschliesslichen Ausführung vergeben werden, müssen öffentlich ausgeschrieben werden.</p>	<p>Art. 45 ist beizubehalten. Dies ermöglicht dem Kanton und Gemeinden mehr Freiheiten und gewährleistet, dass die Auftraggeber weitere wichtigen Aspekten Rechnung tragen können, z B der Unterstützung von lokalen Gewerben. Weiter untergräbt ein Preiswettbewerb die Absichten des Abrechnungstarifes, welcher einen strukturierten, einheitlichen und vergleichbaren Preis für die Leistungen der Nachführung der amtlichen Vermessung zum Ziel hat. Die amtliche Vermessung ist ein volkswirtschaftlich sensibler Bereich. Ein preisfixierter und überwachter Akkordtarif leistet einen eminent wichtigen Beitrag zu deren Qualitätssicherung und damit zur Sicherung des Grundeigentums.</p>
Art. 46b	<p>4. Abschnitt: Pilotprojekte 1 Die V+D kann im Bereich der amtlichen Vermessung Pilotprojekte in einzelnen Kantonen oder für beschränkte geografische Gebiete bewilligen zur Erprobung und Entwicklung: a. neuer Abläufe und Zuständigkeiten; b. neuer Technologien; c. neuer Inhalte, Daten- und Darstellungsmodelle. 2 Das VBS kann für solche Pilotprojekte besondere Regelungen erlassen, die vom Verordnungsrecht des Bundes abweichen. 3 Pilotprojekte sind zu befristen und zu evaluieren.</p>	<p>Pilotprojekte zur Erprobung und Entwicklung neuer Inhalte, Daten- und Darstellungsmodelle (Bst. c.) sollen nur sparsam bewilligt werden, damit eine gewisse Stabilität in der Darstellung des Inhalts der Amtlichen Vermessung erhalten bleibt.</p>
Art. 47d, Abs. 2, Bst. e	<p>Art. 47d Anrechenbare Kosten 2 Nicht anrechenbar sind namentlich: e. die Entschädigung für die bei Vermessungsarbeiten entstandenen Kulturschäden;</p>	<p>Wenn die Kulturschäden nicht anrechenbar sind, besteht die Gefahr, dass die Kulturschäden nicht korrekt entschädigt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Kulturschäden nicht anrechenbar sein sollen.</p>
Anhang (Art. 47c Abs. 1)	<p>4. Vermarkung: Vermarkung der Hoheits- und Eigentumsgrenzen für Landwirtschafts- und Forstwirtschaftsgebiete, sofern der Kanton einen angemessenen Kostenanteil übernimmt: 25 Prozent.</p>	<p>Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb nur bei der Vermarkung im Berg- und Sömmerungsgebiet ein Bundesbeitrag vorgesehen ist. Sowohl bei der Ersterhebung (vgl. Ziff. 1) wie auch bei der Erneuerung (vgl. Ziff. 3) ist für das Talgebiet auch ein Bundesbeitrag vorgesehen.</p>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

	<p>5. Massnahmen infolge von Naturereignissen: Für Massnahmen, die infolge von Naturereignissen oder infolge dauernder Bodenverschiebungen vorgenommen werden und einer Ersterhebung gleichkommen, werden die Ansätze für die Ersterhebung und Vermarkung angewendet und verdoppelt.</p>	<p>Der SBV fordert eine Verdopplung der Beiträge resp. der Ansätze, wenn Massnahmen infolge von Naturereignissen getroffen werden müssen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass diese liegen bleiben resp. diese nicht mehr vorgenommen werden.</p>
--	---	--



Swisstopo
Per Email
rechtsdienst@swisstopo.ch

Bern, 13. Mai 2022 sgv-Sc

Vernehmlassungsantwort
Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv lehnt die vorgeschlagenen Anpassungen ab. Erstens scheint Swisstopo der einzige Akteur zu sein, der aus den Änderungen einen Nutzen hat. Zweitens scheinen die Kosten der Änderungen insgesamt den Grundstückseigentümern überwältzt zu werden. Drittens werden die von den Änderungen herbeigeführten Regulierungskosten in den begleitenden Materialien nur rudimentär angesprochen. Die Vorlage enthält keine Schätzung der Regulierungskosten gemäss der vom Bundesrat verabschiedeten Methodologie. Schon allein deswegen ist sie in aller Deutlichkeit abzulehnen.

Der sgv schliesst sich den fachlichen bedenken und Vorschlägen der Ingenieur-Geometer Schweiz an.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler
Direktor, e. Nationalrat



Henrique Schneider
stellvertretender Direktor



schweizerischer ingenieur- und architektenverein
société suisse des ingénieurs et des architectes
società svizzera degli ingegneri e degli architetti
swiss society of engineers and architects

Bundesamt für Landestopografie
Swisstopo
Frau Bundesrätin
Viola Amherd

Geht per E-Mail an:
rechtsdienst@swisstopo.ch

Claudia Schwalfenberg
Leiterin Fachbereich Politik
Verantwortliche Baukultur
Mitglied des geschäftssteuernden Ausschusses
claudia.schwalfenberg@sia.ch
+41 44 283 15 94

Zürich, 11. Mai 2022 / mm

Entwurf der Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung / Stellungnahme des SIA

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Amherd
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir zum vorliegenden Entwurf der Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung Stellung.

Der SIA engagiert sich als massgebender Berufsverband der Bereiche Ingenieurbaukunst, Architektur, Technik und Umwelt für eine hohe Baukultur mit dem übergeordneten Ziel eines zukunftsfähigen und nachhaltig gestalteten Lebensraums von hoher Qualität. Der SIA konzentriert sich in seiner Stellungnahme auf grundsätzliche Aspekte und verweist für weitere Details auf die Stellungnahme seines Fachvereins GEOSUISSE.

Die Daten der amtlichen Vermessung nehmen als Mutter aller Grundlagengeodaten eine Sonderrolle unter den Geodaten ein. Sie sind für alle Planungen mit räumlichem Bezug von grosser Bedeutung. Eine Änderung des Datenmodells hat auf die im SIA vereinigten Planerinnen und Planer verschiedener Fachrichtungen deshalb unmittelbare Auswirkungen. Im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung wird die Relevanz des modellbasierten Datenaustauschs weiter zunehmen. Der SIA befürwortet eine Modernisierung der amtlichen Vermessung und das Schritthalten mit neuen Technologien.

Die Nutzung der Daten der amtlichen Vermessung ist mit grossen Investitionen in Schnittstellen, Umsysteme und Prozesse verbunden. Um unnötige Mehrkosten zu vermeiden, muss das Datenmodell der amtlichen Vermessung deshalb auch künftig eine angemessene Stabilität aufweisen. Ausserdem sind praktikable Nachführungsfristen zu gewährleisten.

Die vorgesehene Aufspaltung des jetzigen Modells in mehrere kleine, voneinander unabhängige Datenmodelle, die nicht mehr in der Verordnung spezifiziert sind, und die vorgesehene Herabsetzung der maximalen Nachführungsfrist auf drei Monate laufen einer angemessenen Stabilität und einer praktikablen Nachführung zuwider. Der SIA lehnt die Vernehmlassungsvorlage deshalb ab.

Das Datenmodell ist weiterhin in der Verordnung über die amtliche Vermessung zu verankern. Revisionen von verschiedenen Modulen / Themenbereichen sind inhaltlich und zeitlich koordiniert untereinander umzusetzen. Die Kompetenz für die einzelnen Module darf deshalb nicht an die Verwaltung delegiert werden. Die Verkürzung der bisher einjährigen Nachführungsfrist ist ausserdem praktikabel zu gestalten und auf drei bis sechs Monate nach Eintreten der Fertigstellung einer Veränderung anzusetzen.

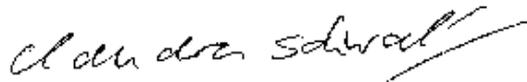
Die Einführung der dritten Dimension, die in der Vernehmlassungsvorlage als Neuerung vorgesehen ist, begrüßen wir sehr, insbesondere mit Blick auf die nachvollziehbare Dokumentation von Stockwerkeigentum oder unterirdischen Bauten.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Christoph Starck
Geschäftsführer



Claudia Schwalfenberg
Leiterin Fachbereich Politik

Bundesamt für Landestopografie
swisstopo
Postfach
3084 WabernPer E-Mail an: rechtsdienst@swisstopo.ch

St. Gallen, 22. April 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV) sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zur obenerwähnten Vernehmlassung Stellung nehmen zu können.

Besonders relevant für die SOB ist die vorgeschlagene Streichung des geltenden Art. 46 VAV. Die Ansicht, dass eine solche Bestimmung in der Systematik der amtlichen Vermessungen nicht mehr passt, ist nachvollziehbar. Wir sind aber der Auffassung, dass es unangemessen und kontraproduktiv wäre, die Bahnen aus der Planung von Vermessungen auf dem Bahngebiet ganz auszuschliessen.

Dementsprechend regen wir eine Ergänzung von Artikel 44 E-VAV mit folgendem Absatz an:

³ Bei der Projektierung von Ersterhebungen, Erneuerungen und Nachführungen im Bahngebiet sind die Bahnunternehmen vorgängig zu kontaktieren. Aus Sicherheitsgründen sind die Bahnunternehmen berechtigt, die Feldaufnahmen der Informationsebenen Fixpunkte, Bodenbedeckung, Einzelobjekte und Höhen selbst auszuführen. Die Aufnahmen müssen nach den Grundsätzen und Anforderungen der amtlichen Vermessung erfolgen.

Begründung: Durch die vorgängige Kontaktaufnahme der Bahnunternehmen werden Doppelspurigkeiten vermieden. Feldaufnahmen auf Bahngebiet erfordern zudem zwingend die Einhaltung von bestimmten vorgegebenen Sicherheitsmassnahmen und entsprechend geschultes Fachpersonal. Dies soll durch die Bahnunternehmen sichergestellt werden. Die Bahnunternehmen führen die entsprechenden Aufnahmen nach Vorgaben der amtlichen Vermessung durch.

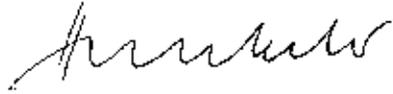
Zu den anderen beantragten Änderungen haben wir keine Bemerkungen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unseres Anliegens. Für Fragen steht Ihnen Urs Flückiger (urs.flueckiger@sob.ch) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Reto Fiechter
Leiter Infrastruktur



Peter Hunkeler
Leiter Anlagenmanagement



Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport
Frau Bundesrätin Viola Amherd
3003 Bern

Per Mail: Rechtsdienst@swisstopo.ch

Bern, 4. Mai 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, zu den oben genannten Verordnungen Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Gerne senden wir Ihnen in der Anlage unsere Stellungnahme in dem von Ihnen zur Verfügung gestellten Word-Formular. Die Antwort des Schweizerischen Städteverbandes wurde von unserer für diese Fragen zuständigen Arbeitsgruppe Geoinformation vorbereitet.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat

Direktor

Martin Flügel

Beilage Fragebogen

Kopie Arbeitsgruppe Geoinformation SSV
 Schweizerischer Gemeindeverband



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Monbijoustrasse 8, Case postale
3001 Berne

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Arbeitsgruppe Geoinformation SSV, Stephan Horat, stephan.horat@stadt.sg.ch, 071 224 67 45

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

Die Vorbehalte betreffen vornehmlich das Kosten-Nutzen-Verhältnis von DM.flex, die Verkürzung der Nachführungsfristen bzw. die unklare Definition dazu, die Regelungen zur Führung der Grunddienstbarkeiten.

Je nach konkreter Umsetzung kann die Aufnahme der Dienstbarkeiten einen enorm grossen Aufwand verursachen.

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Die allgemeine Zentralisierungstendenz erschwert die kantonale bzw. in unserem Fall die kommunale Flexibilität.

Die Vernehmlassungsunterlagen enthalten keine Angaben betreffend Stockwerkeigentum. Laut Empfehlung Digitale Dokumentation Stockwerkeigentum – Aufteilungsplan vom 05.05.2020 gibt es seitens amtlicher Vermessung keine rechtlichen Grundlagen betreffend Stockwerkeigentum. Mit der geplanten geometrischen Erfassung von STWE ist eine Aufnahme in die AV (analog den



Grunddienstbarkeiten) anzustreben. Das Thema ist entweder in der VAV-Revision zu ergänzen oder mit einem Hinweis im erläuternden Bericht auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition ? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
1 diverse	Eidgenössische Vermessungsdirektion resp. V+D ersetzen durch Bundesamt für Landestopografie	Es ist nicht ersichtlich, weshalb eine Untereinheit eines Bundesamts, die zudem nicht einmal mehr eine eigene Organisationseinheit bildet, in der Verordnung explizit ausgewiesen werden soll. Die Bezeichnung V+D lässt sich im ganzen Organigramm nirgends finden. Wir regen deshalb an, sie durch das Bundesamt zu ersetzen (wie es übrigens bereits im Kap. 8 bei den Programmvereinbarungen aufgeführt wird). Diese Bezeichnung garantiert mehr Beständigkeit und ist ausserdem für Externe klarer adressierbar.
5 + diverse	<u>Daten</u> ersetzen durch die <u>Geobasisdaten</u> , ev. Georeferenzdaten	Begriffe analog der Geoinformationsverordnung verwenden. Vergleiche auch Art. 37: ... Auszüge aus den Geobasisdaten der amtlichen Vermessung....
5 + diverse	2 Das VBS regelt die Einzelheiten, insbesondere die aus den Daten der amtlichen Vermessung abgeleiteten Produkte. Vorbehalten bleibt Artikel 7.	Nur dort «Geobasisdaten der amtlichen Vermessung» festschreiben, wo dies zwingend erforderlich ist. In aller Regel bringt die Präzisierung keinen Mehrwert und es reicht «amtliche Vermessung». Auch bei anderen Datensätzen wird nicht zwischen den Geobasisdaten und den übrigen Bestandteilen unterschieden (welche es zweifelsohne bei anderen Datensätzen auch gibt).
7	d. die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in einer zeichnerisch eindeutigen Darstellung ihrer Grenzen Grunddienstbarkeiten (Art. 732 Abs. 2 ZGB);	Es ist nicht ersichtlich, weshalb nur die Dienstbarkeiten, die örtlich eingeschränkt sind (d.h. sich für auf einen Teil des Grundstücks beziehen oder auf Grund des Rechtsgrundausweises nicht genügend bestimmbar) in der amtlichen Vermessung dargestellt werden sollen. Das ist für die Nutzenden keine befriedigende Lösung. Es sollen deshalb alle Grunddienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung erfasst werden, a) solche, die sich auf ein Grundstück beziehen, b) solche, deren örtliche Lage aus dem Rechtsgrundausweis bestimmbar ist und c) solche, die für die Bestimmbarkeit eine zusätzliche Darstellung in einem Auszug aus dem Plan für das Grundbuch benötigen.
7	Der Mindestbestand <u>gemäss Absatz 2 des Planes</u> ...	
7	Absatz 4 streichen	Damit die Dienstbarkeiten über eine Schnittstelle in die amtliche Vermessung übertragen werden können, müssen sie originär in einem digitalen System

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition ? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
	Neu: Das VBS legt die Einzelheiten zur Nachführung der Grunddienstbarkeiten fest.	erfasst resp. verwaltet werden. Dieses System gibt es heute nicht und soll auch nicht aufgebaut werden. Entweder soll der Dienstbarkeitsplan analog zum Mutationsplan direkt aus der amtlichen Vermessung erstellt werden oder die Dienstbarkeiten werden basierend auf dem Rechtsgrundausweis nach Aufnahme ins Grundbuch originär in der amtlichen Vermessung erfasst.
7	Absatz 5: Klammer ergänzen nach EJPD	
14a Abs. 2	Eine Verwendung von Näherungsgeometrien für die Kreisbogen in den Auszügen der amtlichen Vermessung stellt keinen Widerspruch dar.	Diesem Absatz kann man implizit entnehmen, dass es künftig erlaubt sein wird Kreisbogen mit einer Näherungsgeometrie abzubilden. Weitere Ausführungen fehlen jedoch in den vorliegenden Rechtsgrundlagen und Erläuterungen. Wir sind der Meinung, dass im Originalsystem der AV keine Näherungsgeometrien zugelassen werden sollen (Grund: Differenzen bei Grundbuchflächen und technischer Flächenberchnung). Bei Auszügen aus der AV sollen Näherungsgeometrien jedoch möglich sein.
23	... sind innert drei Monaten <u>nach Eingang der Meldung bei der Nachführungsstelle</u> nach Eintreten einer Veränderung nachzuführen.	Es ist unrealistisch, die Nachführung innert dreier Monate nach Veränderung festzuschreiben. Dazu funktioniert das Meldewesen zu wenig gut (Bsp.: im Plangenehmigungsverfahren erfolgt die Meldung innert 20 Tagen an die kantonale Vermessungsaufsicht, von dort innert unbestimmter Zeit an die Nachführungsstelle). Mess- und festlegbar ist deshalb einzig die Frist ab Meldungseingang bei der Nachführungsstelle.
23	Absatz 3: Wo keine übergeordneten Vorschriften bestehen, regeln sie das Meldewesen.	Bei Plangenehmigungsverfahren gibt es auf Bundesebene Meldefristen, die zu berücksichtigen sind.
27		Aufhebung und damit Verzicht auf die Vorprüfung wird begrüsst
28 Abs. 4		Umstellung auf öffentliche Auflage und amtliche Veröffentlichung in elektronischer Form wird begrüsst.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition ? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
34 Abs. 3		Artikel ersatzlos streichen, da Art. 36 Bst. e GeoIV bereits definiert, dass das Bundesamt für Landestopografie einen vernetzten Zugang zu den Geobasisdaten (also auch zur AV) betreibt.
36	streichen	Der Downloaddienst ist bereits im Anhang der GeoIV vorgeschrieben. Verantwortlich für den Downloaddienst ist die zuständige Stelle. Der vernetzte Zugang ist zudem in Art. 34 Abs. 3 erwähnt. Es braucht dazu keine zusätzliche Regelung.
37	Neu: Das VBS regelt die Anforderungen den beglaubigten Auszug, namentlich hinsichtlich Inhalt und Darstellung.	Nicht jeder von einem Ingenieur-Geometer resp. einer Ingenieur-Geometerin analog oder digital unterzeichnete Auszug ist eine öffentliche Urkunde im Sinne von Artikel 9 ZGB. Die Anforderungen sollen zusätzlich präzisiert werden.
38		Die Aufhebung der bundesweiten Regelung der Gebühr für die Beglaubigung wird begrüsst.
42 Abs. 3		Der Absatz ist ersatzlos zu streichen - die Aufgabe soll nicht von der obersten Aufsichtsbehörde selbst ausgeführt werden. Wenn ein Kanton die Aufgabe nicht selbst wahrnehmen kann, ist sie an einen anderen Kanton zu übertragen, was mit Abs. 4 neu ja möglich ist.
44	Erläuternder Bericht: <u>Vermessungsamt der Stadt Bern</u> durch <u>Geoinformation Stadt Bern</u> ersetzen.	
46a	Mutationsurkunden und <u>Dienstbarkeitspläne</u> ...	Vergleiche Bemerkung zu Art. 7. Wenn der Dienstbarkeitsplan aus der amtlichen Vermessung erstellt wird, so ist er hier zu ergänzen.
46a Abs. 1		Muss hier ein weiteres Register durch den Kanton erstellt und publiziert werden? Ist das wirklich notwendig und wie hat das zu funktionieren?
46b		Die Regelung zu möglichen Pilotprojekten wird begrüsst.
57a		Die Entlassung der Ebene Rohrleitungen aus der AV wird begrüsst.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition ? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
	Übergangsbestimmungen	Es fehlen Übergangsbestimmungen betreffend bis wann welche Regelungen umzusetzen sind (Nachführungsfrist, Datenmodell, etc.)
Grundbuchverordnung Art. 21	1 Liegenschaften, selbstständige und dauernde Rechte an Grundstücken, Bergwerke sowie die in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten Grunddienstbarkeiten werden nach den Vorschriften über die amtliche Vermessung erfasst, verwaltet und dargestellt.	
Grundbuchverordnung Art. 70 Abs. 3	2 Ist dem Rechtsgrundausweis ein Auszug des Grundbuchplanes beizufügen (Art. 732 Abs. 2 ZGB), so ist die örtliche Lage im Planauszug nach den Vorgaben von Artikel 7 Absatz 3 VAV geometrisch darzustellen. <u>Der Plan ist vom zuständigen Ingenieur-Geometer oder der zuständigen Ingenieur-Geometerin zu unterzeichnen.</u>	Vergleiche Bemerkung zu Art. 7 und Art. 46a. Artikel 7 Absatz 3 VAV heisst neu: <i>Der Mindestbestand des Planes hat Grundbuchwirkung (Art. 971–974 ZGB).</i> Das kann hier nicht als Referenz dienen.
Geoinformationsverordnung Anhang 1	Plan für das Grundbuch (<u>Auszug aus der amtlichen Vermessung</u>)	Gemäss Art. 7 VAV
Geoinformationsverordnung Anhang 1	Daten der amtlichen Vermessung	Anhang 1 umfasst nur Geobasisdaten, deshalb kann auf die Bezeichnung «Daten» verzichtet werden. Es heisst beispielsweise auch nicht «Daten der Nutzungsplanung», auch wenn es da neben den Geobasisdaten auch zusätzliche Bestandteile gibt.
Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen Art. 14		Es ist unklar, wer einen ÖREBK-Auszug beglaubigen kann. Es handelt sich hierbei ja nicht um einen Auszug aus der amtlichen Vermessung, weshalb Art. 37 in Verbindung mit Art. 46a nicht zu Anwendung gelangt. Ausserdem bezweifeln wir, dass in dieser Form beglaubigte ÖREBK-Auszüge wie die AV-Auszüge öffentliche Urkunden im Sinne von Artikel 9 ZGB sind. Der Begriff der Beglaubigung in Art. 14 ist zu präzisieren und zu erläutern.
Rohrleitungssicherheitsverordnung Art. 43		In Art. 44 VAV sind die qualifizierten Vermessungsfachleute gestrichen und die Ausführung der AV-Arbeiten den Ingenieur-Geometer*innen unterstellt worden. Was ist mit qualifizierte Vermessungsfachleute gemeint?

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition ? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Allg	Eidgenössische Vermessungsdirektion resp. V+D ersetzen durch Bundesamt für Landestopografie	
Allg	<u>Daten</u> ersetzen durch die <u>Geobasisdaten</u> , ev. Georeferenzdaten	
3		Das GWR kennt gemäss Merkmalskatalog die Stati projektiert, bewilligt, im Bau, bestehend, nicht nutzbar, abgebrochen und nicht realisiert. Projektiert ist ein Gebäude bis zur Erteilung der Baubewilligung ¹ . Die Aussage im erläuternden Bericht «Projektiert ist ein Gebäude, sobald die Baubewilligung erteilt wurde (Art. 7 VGWR).» ist nicht korrekt. Die Stati «geplant» und «projektiert» sind im erläuternden Bericht zu präzisieren.
4	Für die Daten des den Mindestbestand des Plans für das Grundbuch <u>gemäss Artikel 7 VAV</u> ...	Der «Plan für das Grundbuch» ist im Anhang 1 GeoIV als Geobasisdatum bezeichnet, nicht die Daten des Plans für das Grundbuch.
6		Wie kommt diese abschliessende Liste zustande? Der Plan für das Grundbuch (gemäss Art. 7 analoger oder digitaler Auszug aus der amtlichen Vermessung) ist kein amtliches Produkt, hingegen u.a. der Situationsplan. Ist letzterer auch ein analoger oder digitaler Auszug aus der AV? Was ist der Unterschied zu den Auszügen gemäss Art. 22? Was ist mit den Datenabgaben gemäss ordentlichem Datenmodell, ist das nicht auch ein amtliches Produkt? Art. 6 und Art. 22 sind zusammenzuführen.

¹ <https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/7008785/master>

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung des VBS über die amtliche Vermessung / Ordonnance du DDPS sur la mensuration officielle / Ordinanza del DDPS concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition ? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7	Abs. 4 a. den Plan für das Grundbuch b. den Mutationsplan c. <u>den Dienstbarkeitsplan</u> d. <u>den beglaubigten Auszug aus der amtlichen Vermessung</u> e. den Situationsplan f. den Basisplan g. weitere Visualisierungen	
9	Abs. 3: <u>Mindestens</u> jedes Objekt <u>des Plans für das Grundbuch und der Gebäude</u> weist das Datum seiner letzten Änderung aus.	Eine Historisierung über alle Objekte der amtlichen Vermessung ist nicht nötig.
10	Das Datenmodell muss für alle Liegenschaften, alle flächenmässig ausgeschiedenen selbstständigen und dauernden Rechte an Grundstücken, sowie alle Bergwerke <u>und alle Grunddienstbarkeiten</u> ...	
18	2 Die originären Daten müssen in einer Dateninfrastruktur verwaltet werden, die sich in der Schweiz befindet. Die Betreiberin der Dateninfrastruktur muss ihren Sitz in der Schweiz haben. Vertraglich muss sichergestellt sein, dass <u>sich der Gerichtsstand in der Schweiz befindet und die kantonale Vermessungsaufsicht jederzeit auf Anfrage Zugriff auf die Daten hat.</u>	Verantwortlich für die Informationssicherheit ist die zuständige Stelle. Sie muss jederzeit Zugriff auf die Daten haben. Der kantonalen Vermessungsaufsicht wird der Zugriff auf Anfrage erteilt.
22		Art. 6 und Art. 22 sind zusammenzuführen. Für die Nutzer*innen ist nicht erkennbar, was ein amtliches Produkt und was ein Auszug ist.

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Technische Verordnung des EJPD und des VBS über das Grundbuch / Ordonnance technique du DFJP et du DDPS concernant le registre foncier / Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition ? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
7a	Der Plan für das Grundbuch nach Artikel 7 VAV (Grundbuchplan) enthält die folgenden Daten der amtlichen Vermessung zu: ¹ Mindestbestand: b. den Grenzen der in ihrer Ausübung örtlich eingeschränkten GrundDienstbarkeiten (Art. 732 Abs. 2 ZGB); ² Zusätzliche Daten: d. den Fixpunkten; ff	Unterscheidung zwischen Mindestbestand gemäss Art. 7 VAV und weiteren Informationen. Nur der Mindestbestand hat Grundbuchwirkung.
7b	streichen	Ist bereits in Art. 4 VAV-VBS enthalten. Sonst zumindest analoge Formulierung wie in der VAV-VBS.
7d		Für digitale Auszüge soll der Mutationplan zusätzlich zur Massstabszahl auch einen Massstabsbalken enthalten.
7e	Der Dienstbarkeitsplan enthält insbesondere: ...	Ergänzungen zum Dienstbarkeitsplan

Thurgauer Geometer

Obmann Rainer Kefler, Rankstrasse 5, 8280 Kreuzlingen

Bundesamt für Landestopografie
swisstopo
Seftigenstrasse 264
3084 Wabern

Kreuzlingen, 12.05.2022

Stellungnahme der Thurgauer Geometer zu

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nimmt die Vereinigung der Thurgauer Geometer zur Anpassung der oben aufgeführten Verordnung Stellung und bedankt sich für die geleisteten Arbeiten.

Die allgemeine Stossrichtung der neuen Verordnung finden wir im Generellen richtig. Unten aufgeführt sind die Punkte, die uns besonders wichtig erscheinen oder welchen wir nicht zustimmen. Zusätzlich und im Grundsatz unterstützen wir die Stellungnahme von den Verbänden GEOSUISSE und IGS weitestgehend.

Allgemeine Rückmeldung

Das Datenmodell der Amtlichen Vermessung sollte weiterhin grosse Kontinuität aufweisen und nicht zu oft angepasst werden. Das Datenmodell ist darum weiterhin auf Verordnungsebene zu verankern. Wir begrüssen ausserordentlich, dass die dritte Dimension in Form des 3D-Kataster in die Amtliche Vermessung Eingang findet und dies unterstützen wir sehr.

Kommentare Artikelweise

Art. 7

Die Datendichte in der amtlichen Vermessung ist unbedingt zu erhalten. Dabei spielt die Bodenbedeckung eine zunehmend wichtige Rolle. Die Liegenschaftsebene ohne Bodenbedeckung und umgekehrt ist selten gefragt. Dies ist bei der Modulation zu berücksichtigen.

Es ist sehr zu begrüssen, dass die örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten Bestandteil der Amtlichen Vermessung werden sollen.

Thurgauer Geometer

Obmann Rainer Keller, Rankstrasse 5, 8280 Kreuzlingen

Art. 23

Das Bedürfnis für eine kürzere Fristsetzung ist verständlich, jedoch sind drei Monate zu kurz. Die Frist muss jedoch mit einem konkreten selbsterklärenden Termin in Verbindung gebracht werden können. Dieser Termin könnte z. B. die Bauabnahme sein.

Art. 36

Die Erwähnung, wer einen solchen Dienst anzubieten hat, sollte bereits in der Verordnung erfolgen.

Art. 45

Dieser Artikel wurde in einer vorhergehenden Revision nicht zu Unrecht eingeführt und ist unbedingt zu belassen.

Für die Thurgauer Geometer

Freundliche Grüsse



Rainer Keller
Obmann

Bundesamt für Landestopografie swisstopo
Seftigenstrasse 264
3084 Wabern

Per E-Mail an: rechtsdienst@swisstopo.ch

Bern, 12. Mai 2022

mario.marti@usic.ch | T 031 970 08 88

Stellungnahme der usic zur Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Unsere Stellungnahme bezieht sich ausschliesslich auf die Aufhebung von Artikel 45 VAV.

Die usic lehnt die Aufhebung von Art. 45 VAV ab.

Die Aussage im Bericht, wonach sich aufgrund der Revision des öffentlichen Beschaffungswesens (BöB/IVöB) eine Spezialregelung für die Auftragsvergabe von amtlichen Vermessungsdienstleistungen erübrigt, ist nicht zutreffend.

Für solche Leistungen ist bezeichnend, dass diese oft Verfügungscharakter besitzen und meistens nach einem Tarifmodell durch Private vergütet werden. Mit der Spezialregelung wird sichergestellt, dass solche Aufträge, auch wenn sie nach Massgabe des Beschaffungsrechts bezüglich ihrer Auftragshöhe unterschwellig angesiedelt sind, auf jeden Fall öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Zudem ist aufgrund der Tarifstruktur in der Nachführung der amtlichen Vermessung die Bewertung des Preises nicht sinnbildend.

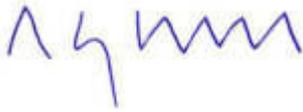
Die usic ist besorgt, dass mit dem Wegfall der Spezialregelung diese Aufträge in Zukunft seltener offen ausgeschrieben, sondern im Einladungs- oder freihändigen Verfahren vergeben werden könnten.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Position.

Freundliche Grüsse

u s i c

Der Präsident



Andrea Galli
MSc Civil Eng ETHZ

Der Geschäftsführer



Dr. Mario Marti
Rechtsanwalt

Die usic

Die Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen usic vereint rund 1 000 Mitgliedsunternehmen mit gut 13 000 Mitarbeitenden. Die Mitglieder generieren einen jährlichen Bruttohonorarumsatz von über 2,5 Mia. Franken. Dies entspricht einem Anteil von etwa 50 Prozent am gesamten ingenieurrelevanten Ausgabenanteil im Baubereich. Die Mitgliedsunternehmen der usic sind in allen baurelevanten Bereichen tätig, von der Raumplanung über die Geologie, die Vermessung, die Umweltingenieurwissenschaften, das Bauingenieurwesen sowie die Gebäudetechnik und die Elektroplanung. Damit ist die usic der grösste Schweizer patronale Planerverband und die anerkannte nationale Stimme der beratenden Ingenieur- und Planerunternehmen in der Schweiz.

Bundesamt für Landestopografie swisstopo

3084 Wabern

elektronisch eingereicht bei:

rechtsdienst@swisstopo.ch

Bern, 12.05.2022

bettina.meury@voev.ch

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV) sowie technischer Ausführungsverordnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zur obenerwähnten Vernehmlassung Stellung nehmen zu können.

Für die öV-Branche ist insbesondere die vorgeschlagene Streichung des geltenden Art. 46 VAV relevant. Dass eine solche Bestimmung in der Systematik der amtlichen Vermessungen heute nicht mehr passt, ist nachvollziehbar. Wir sind jedoch der Auffassung, dass es inadäquat und kontraindiziert ist, die Bahnen aus der Planung von Vermessungen auf dem Bahngebiet gänzlich auszuschliessen.

Dementsprechend regen wir eine **Ergänzung** von Artikel 44 E-VAV mit folgendem Absatz an:

³ Bei der Projektierung von Ersterhebungen, Erneuerungen und Nachführungen im Bahngebiet sind die Bahnunternehmen vorgängig zu kontaktieren. Aus Sicherheitsgründen sind die Bahnunternehmen berechtigt, die Feldaufnahmen der Informationsebenen Fixpunkte, Bodenbedeckung, Einzelobjekte und Höhen selbst auszuführen. Die Aufnahmen müssen nach den Grundsätzen und Anforderungen der amtlichen Vermessung erfolgen.

Begründung:

Durch die vorgängige Kontaktaufnahme mit den Bahnunternehmen können unnötige Doppelspurigkeiten vermieden werden. Feldaufnahmen auf Bahngebiet erfordern zwingend die Einhaltung von bestimmten vorgegebenen Sicherheitsmassnahmen und entsprechend geschultes Fachpersonal. Dies soll durch die Bahnunternehmen sichergestellt werden. Die Bahnunternehmen führen die entsprechenden Aufnahmen nach Vorgaben der amtlichen Vermessung aus.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unseres Ergänzungsvorschlags. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse,



Thomas Küchler
Vorsitzender der GL SOB
Präsident Kommission Infrastruktur



Ueli Stückelberger
Direktor VöV



Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz und
Sport VBS

per E-Mail:
- rechtsdienst@swisstopo.ch

St. Gallen, 10. Mai 2022

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnung - Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Bis 13. Mai 2022 läuft die Vernehmlassung zur vorstehenden Verordnung. Als Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten nehmen wir dazu gerne Stellung. Dies als «interessierter Kreis», da im Kanton St.Gallen die politischen Gemeinden für die Umsetzung der Vermessung zuständig sind wie auch für die Führung des Grundbuch- und Notariatswesen.

Vorbemerkung:

Aus Sicht der St.Galler Grundbuchämter ist insbesondere Art. 7 der VO über die amtliche Vermessung massgebend. Die darin vorgesehene Pflicht, eingeschränkte Dienstbarkeiten „zwingend“ vom Geometer vermessen zu lassen und mittels eines Mutationsplanes mit dem Rechtsgrundaussweis zu vereinigen, ist klar abzulehnen. Das «Grundbuchinteresse» ist dem «Vermessungsinteresse» gegenüber vorzuziehen. Die Begründung aus praktischer Sicht wird nachstehend darlegt.

Erläuterungen zur Vernehmlassungseingabe:

- a) Für die Grundbuchämter macht die angedachte Änderung schlichtweg keinen Sinn und bringt keinen Mehrwert. Im Gegenteil: Es verursacht nur unnötige Kosten. Die Dienstbarkeitsverträge enthalten heute bereits qualitativ gute Plangrundlagen. Diese sind Bestandteil des Grundbuchbeleges und ohne Interessensnachweis nicht einfach so einsehbar, was auch - richtigerweise - seinen Grund dafür hat.
- b) Es stellt sich die Frage, ob der Dienstbarkeitsinhalt einfach so ohne Weiteres via amtliche Vermessung bekannt gemacht werden darf?
- c) Die Grundeigentümer, welche eine Dienstbarkeit im Grundbuch eintragen wollen, haben dadurch erhebliche Kostenfolgen zu erwarten. Im schlechtesten Fall verzichten sie gar darauf einen Grundbucheintrag vorzunehmen und belassen es bei einer reinen Obligation. Dies bringt wiederum Unsicherheiten im Rechtsverkehr mit sich.

- d) Löschungen von bestehenden Dienstbarkeiten im Grundbuch sind gebührenfrei. Wenn nun neu aber der Geometer die Dienstbarkeit aus der amtlichen Vermessung entfernen muss, verursacht dies sicherlich auch Kosten, welche wohl wiederum dem Grundeigentümer auferlegt werden.
- e) Was muss gemacht werden bei unterirdischen Infrastrukturen? Was wenn die Infrastruktur in einem Gebäude liegt (z.B. Benützungsrecht an einem Raum für eine Trafostation)? Ist die amtliche Vermessung in der Lage dies entsprechend abzubilden?
- f) Die rückwirkende Aufnahme von Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung soll ausgeschlossen werden. Auch wenn die Pflicht zur Aufnahme neuer Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung eingeführt wird, werden auch in den kommenden Jahrzehnten nie, auch nur annähernd, alle Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung erfasst sein. Dies weil bei den «alten Dienstbarkeiten» u.a. auch das Datenmaterial teils viel zu schlecht ist, als dass diese einfach so in der aktuellen amtlichen Vermessung integriert werden könnte. Somit müssten in Zukunft zur Vergewisserung, welche Dienstbarkeiten bestehen zwei System (Grundbuchbeleg + amtliche Vermessung) konsultiert werden, was unnötigen Mehraufwand für alle Betroffenen generiert.

Zusammenfassung:

Die Formulierung von Art. 7, Abs. 2, Bst. d. ist dahingehend zu präzisieren, dass nur jene örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung aufzunehmen sind, deren Ausübung nicht gemäss Art. 732 Abs. 2 ZGB definiert ist.

Begründung: Die angedachte unpräzise Formulierung des Art. 7 Abs. 2 Bst. d zu den örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten führt zu einem Verlust an Rechtssicherheit, wenn wegen Kosten- und Zeitgründen weniger Dienstbarkeiten eingetragen werden. Auch könnte die rechtliche Gleichstellung des vom Geometer erstellten Planes mit dem öffentlich beurkundeten Plan und dafür fehlende Auslegungsbestimmung bei Abweichungen zwischen den beiden Plänen zu Problemen führen. Eine Grundbuchanmeldung, die Art. 732 Abs. 2 ZGB einhält, könnte auch bei einem Widerspruch zur VAV nicht abgewiesen werden. Dies führt zu weiteren Rechtsunsicherheiten. *Es sollten also nur jene örtlich beschränkten Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung aufgenommen werden müssen, bei welchen die belastete Fläche nicht aus dem Vertrag oder Plan gemäss Art. 732 Abs. 2 ZGB umschrieben oder ersichtlich ist.*

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**Vereinigung St. Galler Gemeinde-
präsidentinnen und –präsidenten**

Rolf Huber, Präsident

Bernhard Keller, Geschäftsführer



Fragebogen

Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen

Vernehmlassung vom 2. Februar 2022 bis zum 13. Mai 2022

Absender

Namen und Adresse des Kantons oder der Organisation:

Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und –präsidenten

Kontaktperson für Rückfragen (Name, E-Mail, Telefon):

Geschäftsstelle VSGP, Bernhard Keller, bernhard.keller@vsdp.ch, Tel. 058 228 68 90

Allgemeine Rückmeldungen

1. Befürworten Sie die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein

Anmerkungen:

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage:

Artikelweise Detailerörterung / Discussions, article par article du projet / Esame del progetto articolo per articolo

Verordnung über die amtliche Vermessung / Ordonnance sur la mensuration officielle / Ordinanza concernente la misurazione ufficiale

Artikel Article Articolo	Änderungsvorschlag? Autre proposition? Proposta di modifica?	Bemerkungen Remarques Osservazioni
Art. 7, Abs. 2, Bst. d	Die Formulierung von Art. 7, Abs. 2, Bst. d. ist dahingehend zu präzisieren, dass nur jene örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung aufzunehmen sind, deren Ausübung nicht gemäss Art. 732 Abs. 2 ZGB definiert ist.	<p><u>Vorbemerkung:</u> Aus Sicht der St.Galler Grundbuchämter ist insbesondere Art. 7 der VO über die amtliche Vermessung massgebend. Die darin vorgesehene Pflicht, eingeschränkte Dienstbarkeiten „zwingend“ vom Geometer vermessen zu lassen und mittels eines Mutationsplanes mit dem Rechtsgrundausweis zu vereinigen, ist klar abzulehnen. Das «Grundbuchinteresse» ist dem «Vermessungsinteresse» gegenüber vorzuziehen. Die Begründung aus praktischer Sicht wird nachstehend darlegt.</p> <p><u>Begründung/Zusammenfassung:</u> Die angedachte unpräzise Formulierung des Art. 7 Abs. 2 Bst. d zu den örtlich eingeschränkten Dienstbarkeiten führt zu einem Verlust an Rechtssicherheit, wenn wegen Kosten- und Zeitgründen weniger Dienstbarkeiten eingetragen werden. Auch könnte die rechtliche Gleichstellung des vom Geometer erstellten Planes mit dem öffentlich beurkundeten Plan und dafür fehlende Auslegungsbestimmung bei Abweichungen zwischen den beiden Plänen zu Problemen führen. Eine Grundbuchanmeldung, die Art. 732 Abs. 2 ZGB einhält, könnte auch bei einem Widerspruch zur VAV nicht abgewiesen werden. Dies führt zu weiteren Rechtsunsicherheiten. <i>Es sollten also nur jene örtlich beschränkten Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung aufgenommen werden müssen, bei welchen die belastete Fläche nicht aus dem Vertrag oder Plan gemäss Art. 732 Abs. 2 ZGB umschrieben oder ersichtlich ist.</i></p> <p><u>Erläuterungen zur Vernehmlassungseingabe:</u></p> <p>a) Für die Grundbuchämter macht die angedachte Änderung schlichtweg keinen Sinn und bringt keinen Mehrwert. Im Gegenteil: Es verursacht nur unnötige Kosten. Die Dienstbarkeitsverträge enthalten heute bereits qualitativ gute Plangrundlagen. Diese sind Bestandteil des Grundbuchbeleges und ohne Interessensnachweis nicht einfach so einsehbar, was auch - richtigerweise - seinen Grund dafür hat.</p>

		<ul style="list-style-type: none">b) Es stellt sich die Frage, ob der Dienstbarkeitsinhalt einfach so ohne Weiteres via amtliche Vermessung bekannt gemacht werden darf?c) Die Grundeigentümer, welche eine Dienstbarkeit im Grundbuch eintragen wollen, haben dadurch erhebliche Kostenfolgen zu erwarten. Im schlechtesten Fall verzichten sie gar darauf einen Grundbucheintrag vorzunehmen und belassen es bei einer reinen Obligation. Dies bringt wiederum Unsicherheiten im Rechtsverkehr mit sich.d) Löschungen von bestehenden Dienstbarkeiten im Grundbuch sind gebührenfrei. Wenn nun neu aber der Geometer die Dienstbarkeit aus der amtlichen Vermessung entfernen muss, verursacht dies sicherlich auch Kosten, welche wohl wiederum dem Grundeigentümer auferlegt werden.e) Was muss gemacht werden bei unterirdischen Infrastrukturen? Was wenn die Infrastruktur in einem Gebäude liegt (z.B. Benützungsrecht an einem Raum für eine Trafostation)? Ist die amtliche Vermessung in der Lage dies entsprechend abzubilden?f) Die rückwirkende Aufnahme von Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung soll ausgeschlossen werden. Auch wenn die Pflicht zur Aufnahme neuer Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung eingeführt wird, werden auch in den kommenden Jahrzehnten nie, auch nur annähernd, alle Dienstbarkeiten in der amtlichen Vermessung erfasst sein. Dies weil bei den «alten Dienstbarkeiten» u.a. auch das Datenmaterial teils viel zu schlecht ist, als dass diese einfach so in der aktuellen amtlichen Vermessung integriert werden könnte. Somit müssten in Zukunft zur Vergewisserung, welche Dienstbarkeiten bestehen zwei System (Grundbuchbeleg + amtliche Vermessung) konsultiert werden, was unnötigen Mehraufwand für alle Betroffenen generiert.
--	--	---